

WELTWIRTSCHAFTLICHE STUDIEN

IN VERBINDUNG MIT DEM INSTITUT FÜR VERKEHRS-
WISSENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER

HERAUSGEGEBEN VON
ANDREAS PREDÖHL

DAS ENDE DER DOLLARLÜCKE

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Alfred Steuber

aus Bremen

Münster 1963



Digitized by the Internet Archive
in 2026

WELTWIRTSCHAFTLICHE STUDIEN

in Verbindung mit dem Institut für Verkehrswissenschaft an der
Universität Münster

Heft 3

DAS ENDE DER DOLLARLOCKE

von
Hans-Joachim Lauth

in Verbindung mit dem Institut für
Verkehrswissenschaft an der Universität Münster

und der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
an der Universität Münster

Verlag

W. B. Schöningh & Co. KG

1962

SCHRIFTLEITUNG: ROLF FUNCK

WELTWIRTSCHAFTLICHE STUDIEN

IN VERBINDUNG MIT DEM INSTITUT FÜR VERKEHRS-
WISSENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER

HERAUSGEGEBEN VON
ANDREAS PREDÖHL

DAS ENDE DER DOLLARLÜCKE

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von
Alfred Steuber
aus Bremen

Münster 1963

WELTWEITSTUDIE
STUDIEN

VERGLEICHENDE STUDIEN ÜBER
DIE WIRTSCHAFTS- UND KULTUR-
GESCHICHTE DER VÖLKER UND VÖLKERN
VON DR. JOHANNES WILHELM
VERLAG VON DR. JOHANNES WILHELM
STRAßBURG

DAS ENDE
DER DOKUMENTE



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 7
------------------	------------

Erster Teil

Theoretische Grundlegung	9
1. Kapitel: Zahlungsbilanzkonzepte und -begriffe	9
§ 1 Formen der Zahlungsbilanz	9
§ 2 Inhalt und Gliederung der Zahlungsbilanz	12
2. Kapitel: Kriterien des Zahlungsbilanzungleichgewichts	19
§ 3 Die Mehrdeutigkeit des Ungleichgewichtsbegriffs	19
§ 4 Das Verfahren des Internationalen Währungsfonds zur Bestimmung des Zahlungsbilanzungleichgewichts...	21
1. Darstellung	21
2. Kritische Würdigung	27
§ 5 Das 'fundamentale Ungleichgewicht'	32
3. Kapitel: Das Dollarproblem	37
§ 6 Der Begriff 'Dollarlücke'	37
§ 7 Fragen der geographischen Abgrenzung	40
§ 8 Die statistische Messung der Dollarlücke	43

Zweiter Teil

Analyse des Verlaufs der Dollarknappheit	55
4. Kapitel: Die Zwischenkriegsperiode	57
§ 9 Die Ungleichgewichtssituation der ersten Nachkriegsjahre	57
§ 10 Die Phase relativen Zahlungsbilanzgleichgewichts	61
§ 11 Der akute Dollarmangel während der Weltwirtschaftskrise	66
§ 12 Fortdauer der Dollarknappheit nach 1933	72

	Seite
5. Kapitel; Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg.....	76
§ 13 Die Krisenjahre 1946 - 1948.....	76
§ 14 Wirtschaftliche Erholung während der Marshallplan-Periode	84
Dritter Teil	
Die Überwindung der Dollarlücke	94
6. Kapitel; Beweise für das Ende der Dollarknappheit.....	94
§ 15 Verschiedene Arten der Dollarlücke	94
§ 16 Folgerungen aus der jüngsten Zahlungsbilanz- entwicklung der USA	96
§ 17 Politisch-militärische Einflußfaktoren	100
§ 18 Währungskonvertibilität und Dollarlücke	102
7. Kapitel; Die Beseitigung des westeuropäischen Bilateralismus ..	106
§ 19 Die ersten multilateralen Verrechnungsabkommen.....	106
§ 20 Die Europäische Zahlungsunion.....	111
§ 21 Die Liberalisierung des westeuropäischen Außenhandels	117
Anhang (mit Verzeichnis)	125
Literaturverzeichnis	169

EINLEITUNG

Eines der schwerwiegendsten Probleme der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik nach dem letzten Kriege war die weltweite Dollarknappheit, deren Bedeutung im wesentlichen auf zwei Tatsachen beruhte:

1. Der US-Dollar nimmt unter den Währungen der Welt die Stellung eines *primus inter pares* ein.

2. Die Vereinigten Staaten verkörpern die mit Abstand größte Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt.

Während zahlreiche Experten lange Zeit hindurch die Ansicht vertraten, die sog. Dollarlücke¹ sei ein säkulares Phänomen, wiesen andere Nationalökonomien alle Behauptungen über die Existenz eines Dollarmangels zurück. Neuerdings wurde sogar die These aufgestellt, Ende der fünfziger Jahre sei die Dollarknappheit in eine "Dollarschwemme" umgeschlagen.² Eine durch so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnete Diskussion gibt Veranlassung, sich mit dieser offensichtlich sehr komplexen Materie eingehender zu befassen.

Über die Frage, was unter dem Begriff 'Dollarlücke' zu verstehen ist, gibt es eine Vielzahl voneinander abweichender Ansichten³, mit denen wir uns noch beschäftigen werden. Wir wollen uns vorläufig mit dem Hinweis begnügen, daß es sich bei der Dollarknappheit um einen Valutaengpaß handelt, ausgelöst durch ein internationales Zahlungsbilanzungleichgewicht.

Aber auch hinsichtlich der Definition des 'Zahlungsbilanzungleichgewichts' besteht keine einhellige Auffassung. Wie sich zeigen wird, kann man noch nicht einmal von der 'Zahlungsbilanz' sprechen, da es hierbei verschiedene Formen zu unterscheiden gilt. Durch diese sich gegenseitig bedingenden Fragestellungen ist der Aufbau des theoretischen Teils unserer Untersuchung in großen Umrissen vorgezeichnet.

Außer der Dollarknappheit hat es in der Vergangenheit noch ein weiteres bedeutsames Beispiel einer Devisenlücke gegeben, nämlich die sog. Ster-

¹ Dollarlücke, Dollarknappheit, Dollarmangel, Dollardefizit werden im folgenden als Synonyma betrachtet.

² Vgl. HABERLER, Gottfried: Das Dollarproblem. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87, 1961, S. 171

³ "Angesichts der großen praktischen Bedeutung dieser sogenannten Dollarknappheit ist es erstaunlich, feststellen zu müssen, daß der Begriff zu den unklarsten gehört, die in der öffentlichen Diskussion verwandt worden sind." (LUTZ, Friedrich A.: Europäische Währungsprobleme. In: Ordo, 4. Bd., 1951, S. 300)

linglücke. Zwischen dieser und dem Dollarmangel bestand eine gewisse Wechselwirkung, wobei der gemeinsame Dollarpool der Sterlingländer das Verbindungsglied bildete. Im Gegensatz zu den weltweiten Auswirkungen der Dollarknappheit handelte es sich jedoch bei der Sterlinglücke um ein "internes" Problem des Sterlingraumes.¹

¹ Vgl. dazu PREDÖHL, Andreas: Die Sterlingkrise. In: Zeitschrift für Geopolitik, XXIII Jg., 1952, S. 132 ff.

Erster Teil

THEORETISCHE GRUNDLEGUNG

1. KAPITEL

ZAHLUNGSBILANZKONZEPTE UND -BEGRIFFE

§ 1: Formen der Zahlungsbilanz

In seinem Aufsatz "Three Concepts of the Balance of Payments and the so-called Dollar Shortage"¹ unterscheidet F. Machlup drei verschiedene Formen der Zahlungsbilanz;

1. Die marktmäßige Zahlungsbilanz ("Market Balance"), die er eine Bilanz von Angebot und Nachfrage nennt.
2. Die programmatische Zahlungsbilanz ("Programme Balance"), von Machlup als Bilanz der Hoffnungen und Wünsche bezeichnet.
3. Die buchhalterische Zahlungsbilanz ("Accounting Balance"), "a balance of credits and debits".²

1. Die marktmäßige Zahlungsbilanz

"The market balance of payments is a model of a given situation in the foreign-exchange market, characterised by the effective demand and supply of foreign exchange at the given exchange rate and at alternative, hypothetical rates. This is an ex ante concept for use in the analysis of the foreign-exchange market, with major emphasis on the effects which changes of the exchange rate might have upon the amounts of exchange effectively demanded and supplied."²

Wie den weiteren Ausführungen zu entnehmen ist, liegt der marktmäßigen Zahlungsbilanz eine Anzahl sehr weitgehender Prämissen zugrunde, darunter das Bestehen eines völlig freien Devisenmarktes und das Fehlen jeglicher Handelsbeschränkungen.³

Nach der Bezeichnung "market balance of payments" und dem, was in der Definition ausgesagt wird, könnte man zunächst vermuten, es handle sich um eine praktikable Methode zur (ex-ante-)Bestimmung der auf dem Devisenmarkt zu erwartenden Angebots- und Nachfrageverhältnisse, also um ein Mittel der empirischen Analyse. Bei genauerer Be-

¹ Erschienen in: The Economic Journal, Vol. LX, London 1950, S. 46 ff.

² MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 46

³ Ibid., S. 49 ff.

trachtung kommt man jedoch zu der Feststellung, daß es sich lediglich um ein sehr abstraktes, nur theoretischen Zwecken dienendes Modell handelt, mit dessen Hilfe sich zwar die grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen Angebot, Nachfrage und Wechselkurs demonstrieren lassen, während aber eine praktische Anwendbarkeit im Rahmen empirischer Untersuchungen nicht gegeben ist. Eine geometrische Darstellung würde das aus der allgemeinen Wirtschaftstheorie hinreichend bekannte Bild der sich kreuzenden Angebots- und Nachfragekurven zeigen, wobei auf der Ordinate der Wechselkurs (als Preis für Devisen), auf der Abszisse das Angebot an und die Nachfrage nach Devisen abzutragen wären. Der im Schnittpunkt der von links oben nach rechts unten verlaufenden Nachfrage- und der von rechts oben nach links unten verlaufenden Angebotskurve zum Ausdruck kommende Wechselkurs wird als Gleichgewichtswechselkurs bezeichnet, da nur bei dieser Währungsrelation Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herrscht.

Es erscheint die Frage berechtigt, ob es überhaupt sinnvoll ist, ein solches rein theoretisches Modell, welches jeder zahlenmäßigen Konkretisierung verschlossen bleibt, als "Zahlungsbilanz" zu bezeichnen. Normalerweise verbindet sich ja mit dem Begriff Zahlungsbilanz die Vorstellung einer irgendwie gearteten statistischen Übersicht über zurückliegende (oder künftige) Außenhandelstransaktionen, wobei gerade die in den einzelnen Rubriken erscheinenden Zahlenangaben das eigentliche Kernstück darstellen. Eine Zahlungsbilanz ohne Zahlen ist, ganz abgesehen von dem Mangel an operativer Verwendbarkeit, bis zu einem gewissen Grade eine paradoxe Vorstellung.

Da bei allen Formen der Zahlungsbilanz Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt eine Rolle spielen, ausgelöst durch die im Vordergrund stehenden Außenhandelstransaktionen wie Kauf oder Verkauf von Gütern, Diensten oder Schuldtiteln, erscheint es fraglich, ob es überhaupt möglich ist, die marktmäßige Zahlungsbilanz von den anderen Zahlungsbilanz-Arten eindeutig abzugrenzen und ihr eine Eigenständigkeit zuzubilligen.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß die oben beschriebene Zahlungsbilanzkonzeption für die vorliegende Untersuchung, die von der historischen Entwicklung des Dollarmangels, also von der realisierten Dollarlücke ausgehen muß, ungeeignet ist. Das schließt jedoch nicht aus, daß wir in den folgenden Abschnitten noch verschiedentlich mit ihr konfrontiert werden.

2. Die programmatische Zahlungsbilanz

"The programme balance of payments is a statement of sources and uses of foreign funds, expected or planned, over a future period of one or more years, based upon the nation's capital and consumption requirements, and on a programme of meeting an excess of requirements

over resources by recourse to foreign finance expected or sought. This also is an ex ante concept, not for analysis but for use in planning, forecasting or negotiating, with major emphasis not on what is effectively demanded, but on what is felt to be desirable with reference to some accepted standards." ¹

Ebenso wie die marktmäßige Zahlungsbilanz stellt auch die programmatische Zahlungsbilanz eine ex-ante-Kategorie dar. Es handelt sich um eine Art Budgetbilanz, die für **Vorausplanungen** gute Dienste zu leisten vermag. Eine solche programmatische Zahlungsbilanz kann allerdings nur befriedigen und von Nutzen sein, wenn sie in eine umfassende volkswirtschaftliche Gesamtplanung eingebettet ist. In diesem Falle wird sie für die zu treffenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen eine bedeutungsvolle Kompaßfunktion erfüllen.

Anders als die noch zu besprechende buchhalterische Zahlungsbilanz, die ex definitione immer ausgeglichen ist, kann der hier erörterte Zahlungsbilanz-Typ durchaus ein Defizit oder einen Überschuß ausweisen, also insgesamt gesehen unausgeglichen sein, da in Verfolgung bestimmter wirtschaftlicher und sozialer Ziele von entsprechenden Prämissen hinsichtlich Lebensstandard, Beschäftigungsgrad usw. ausgegangen wird.

Die Finanzierung eines ex ante ausgewiesenen Budget-Defizits stellt u. U. ein schwieriges und für das betroffene Land sehr entscheidendes Problem dar, dessen Lösung nicht zuletzt von der Unterstützungsbereitschaft anderer Staaten abhängt. Die eine oder mehrere Perioden umfassende Vorausplanung bietet die vorteilhafte Möglichkeit frühzeitiger Verhandlungsaufnahme mit den in Betracht kommenden Ländern, wodurch die einen normalen Wirtschaftsablauf gefährdenden Engpässe, soweit sie aus dem Außenhandel resultieren, vermieden oder zumindest begrenzt werden können.

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg erlangte die programmatische Zahlungsbilanz große Bedeutung, wurde doch die Verteilung der lebenswichtigen Dollarhilfe an die sog. Marshallplan-Länder auf Grund solcher Programmbilanzen durchgeführt.

Nur am Rande sei vermerkt, daß die programmatische Zahlungsbilanz in Ländern mit Zentralverwaltungswirtschaft eine ganz besondere Rolle spielt.

3. Die buchhalterische Zahlungsbilanz

"The accounting balance of payments is a record of all transactions, real and financial, which have taken place over a past period of one or more years between the country's residents and residents of other

¹ MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 46

countries, the record being kept in the form of double-entry book-keeping, with each credit entry balanced by an offsetting debit entry, and vice versa. This is an ex post concept based on statistical information and estimates for use chiefly in the description of past developments and perhaps also in the appraisal of the present position of one nation in relation to others."¹

Es handelt sich hier um die bekannten, von den verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen veröffentlichten statistisch-tabellarischen Übersichten, an die man normalerweise denkt, wenn von der Zahlungsbilanz die Rede ist.

Die buchhalterische Zahlungsbilanz unterscheidet sich von den beiden zuvor besprochenen Zahlungsbilanz-Typen vor allem durch ihren ex-post-Charakter. Da jeder Buchung eine korrespondierende Gegenbuchung entspricht, ist sie insgesamt betrachtet notwendigerweise stets ausgeglichen. Wegen der immer wieder vorkommenden Mißverständnisse sei bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Ausgeglichenheit und Gleichgewicht einer Zahlungsbilanz zwei verschiedene Tatbestände ausdrücken, was oft nicht genügend beachtet wird.

Die buchhalterische Zahlungsbilanz stellt nicht nur die entscheidende Arbeitsgrundlage für alle empirisch-historischen Untersuchungen dar, sie ist auch für Planungszwecke, also bei der Aufstellung programmatischer Zahlungsbilanzen, unentbehrlich, bildet sie doch die Ausgangsbasis für alle auf zukünftige Perioden gerichteten Überlegungen. Eine nachträgliche Gegenüberstellung der in der programmatischen Zahlungsbilanz enthaltenen Planungsgrößen und der aus der buchhalterischen Zahlungsbilanz ersichtlichen realisierten Werte, also eine Art Soll-Ist-Vergleich, kann wichtige Aufschlüsse geben und der Verbesserung künftiger Programmbilanzen dienen. Je genauer die Prognose für zukünftige Perioden ist, um so größer wird die Übereinstimmung zwischen programmatischer und buchhalterischer Zahlungsbilanz sein.

Nach dem oben Gesagten bedarf es wohl kaum noch der Erwähnung, daß sich unsere Untersuchung, bei der es sich ja in erster Linie um eine historische Betrachtung handelt, ausschließlich auf die buchhalterische Zahlungsbilanz stützt, bietet doch sie allein das für eine empirische Analyse unentbehrliche Zahlenmaterial.

§ 2: Inhalt und Gliederung der Zahlungsbilanz

Die Gegenüberstellung der verschiedenen Formen der Zahlungsbilanz führte zu dem Ergebnis, daß für eine empirische Analyse des Dollarproblems nur die buchhalterische Zahlungsbilanz² in Betracht kommt. Diesem Zahlungsbilanztyp sind in der Literatur so viele Definitionen gewidmet worden,

¹ MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 46 f.

² In Zukunft werden wir auf das Beiwort 'buchhalterisch' verzichten und einfach von 'der Zahlungsbilanz' sprechen.

daß deren Wiedergabe ein ganzes Kapitel füllen würde. Der aus Raumgründen notwendige Verzicht auf eine detaillierte Erörterung der verschiedenen Begriffsbestimmungen fällt um so leichter, als diese zu keinen neuen Erkenntnissen verhelfen, da letzten Endes stets dem gleichen Tatbestand Ausdruck verliehen wird, wenn auch mit unterschiedlichen Wendungen.

In Anlehnung an die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gegebene Definition¹ wollen wir im folgenden unter 'Zahlungsbilanz' die systematische Zusammenstellung aller (in Wertgrößen ausgedrückten) wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den Bewohnern des berichtenden Landes² und den Bewohnern anderer Länder während eines bestimmten Zeitraumes verstehen. Der Terminus 'wirtschaftliche Transaktion' ist extensiv auszulegen. Er dient als umfassender Oberbegriff für Warenhandel, Dienstleistungsaustausch und Kapitaltransfer, gleichgültig, ob ein "quid pro quo" gegeben ist oder nicht.

Bevor wir auf den Inhalt der einzelnen Zahlungsbilanzposten eingehen, wollen wir uns kurz mit der Zahlungsbilanzgliederung beschäftigen. Reihenfolge und Gruppierung der einzelnen Zahlungsbilanzpositionen sowie deren Zusammenfassung zu sog. Teilbilanzen sind grundsätzlich keiner starren Regel unterworfen, sondern frei gestaltbar, wobei das Wie in erster Linie vom Zweck der vorzunehmenden Untersuchung abhängt. Generell wird man sagen können, daß diejenige Gliederung die beste ist, welche die außenwirtschaftliche Situation eines Landes am deutlichsten zum Ausdruck bringt. Trotzdem sollte man im Interesse der Vergleichbarkeit nicht ohne zwingenden Grund von den bewährten Standard-Schemata³ abweichen. Gemäß diesem Prinzip wollen wir von der Darstellung verschiedener Zahlungsbilanzgliederungen, wie sie die Literatur in bemerkenswerter Vielfalt bietet, Abstand nehmen und uns sofort der Klassifizierung des IWF bzw. des Department of Commerce zuwenden.⁴

Sehr zweckmäßig erscheint uns die Aufspaltung der Zahlungsbilanz in die beiden großen Untergruppen 'laufende Transaktionen' und 'Kapitaltransaktionen'. Die Bilanz der laufenden Transaktionen⁵ umfaßt alle Forde-

¹ Vgl. International Monetary Fund (IMF): Balance of Payments Manual. Washington 1950, S. 1

² In den in unserer Untersuchung verwendeten Zahlungsbilanzen ist das berichtende Land stets die USA. Darunter sind zu verstehen: Die Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich ihrer Besitzungen (Jungfern-Inseln, Panama-Kanal-Zone, Puerto Rico, Samoa-Inseln und einige kleinere Inseln im Pazifik).

³ Wie sie in Veröffentlichungen bekannter Institutionen mit internationalem Geltungsbereich (IWF, Department of Commerce, BIZ usw.) verwendet werden.

⁴ Vgl. die beiden Gliederungsschemata im Anhang, S. 128 ff.

⁵ Oft auch 'Einkommensbilanz' genannt.

rungen und Verpflichtungen aus Warenhandel¹ und Dienstleistungsaustausch² sowie die unentgeltlichen Leistungen.³ Beachtenswert ist, daß die Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden usw.) zum Bereich der Dienstleistungen gerechnet werden. Dagegen ist nichts einzuwenden, handelt es sich doch um Entgelte für "Dienstleistungen" des Kapitals.⁴

In der Bilanz der Kapitaltransaktionen⁵ erscheinen die Bewegungen kurz- und langfristigen Kapitals, aufgeschlüsselt nach staatlich und privat, sowie die Nettobestandsänderungen der Gold- und Devisenreserven.

Die wechselseitige Abhängigkeit beider Teilbilanzen kommt darin zum Ausdruck, daß ein Überschuß (Defizit) in der Bilanz der laufenden Transaktionen eo ipso entsprechende Reaktionen in der Kapitalbilanz auslöst, sei es durch Erhöhung (Verringerung) der Forderungen bzw. Abnahme (Zunahme) der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, sei es durch Goldzufluß (Goldabfluß).

Da die Aufzeichnung der Außenhandelstransaktionen nach der Methode der doppelten Buchführung erfolgt, wobei jeder Kredit-Posten mit einem gleich großen Debet-Posten korrespondiert, ist die Zahlungsbilanz als Ganzes immer ausgeglichen, d. h. die algebraische Summe der Salden beider Teilbilanzen ist stets gleich Null. Diese aus der Doppelverbuchung der einzelnen Vorgänge resultierende systemnotwendige (formale) Ausgeglichenheit der Zahlungsbilanz gibt keinerlei Aufschluß über die Frage des Zahlungsbilanzgleichgewichts. Es handelt sich hier um zwei ganz verschiedene Tatbestände. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sollte auf eine sorgfältige terminologische Unterscheidung Wert gelegt werden.

Die sowohl von der Sache her als auch infolge technischer Mängel bestehenden Schwierigkeiten bei der Erfassung der Außenhandelstransaktionen

¹ Statt 'Warenhandel' findet man zuweilen die Bezeichnung 'sichtbare Transaktionen'.

² Für 'Dienstleistungen' hat sich auch der Terminus 'unsichtbare Transaktionen' eingebürgert.

Weitere häufig gebrauchte Begriffe sind: 'Handelsbilanz', worunter die Gegenüberstellung der Warenein- und -ausfuhr zu verstehen ist, und 'Leistungsbilanz', die den Warenhandel und Dienstleistungsaustausch umfaßt.

³ Auch 'einseitige Transfers' genannt. Hierzu zählen: Private einseitige Transfers, Pensionszahlungen, staatliche Schenkungen usw. Diese Transaktionen zeichnen sich dadurch aus, daß ihnen kein "quid pro quo" zugrunde liegt.

⁴ Vgl. hierzu ROBINSON, Joan: Essays in the Theory of Employment. Oxford 1947, S. 135

⁵ Auch einfach 'Kapitalbilanz' genannt.

können hier nicht zur Sprache gebracht werden.¹ Man sollte sich aber der daraus resultierenden Ungenauigkeiten stets bewußt sein.² Wie das Department of Commerce freimütig zugibt, beruhen die Zahlenangaben vieler Einzelposten, besonders in der Kapitalbilanz, auf Schätzungen.³

Ein Vergleich der Zahlungsbilanzen des IWF⁴ und des Department of Commerce⁵ zeigt, daß sich die einzelnen Wertangaben nur in Ausnahmefällen decken. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe: 1. Der unterschiedliche Inhalt der Zahlungsbilanzposten, der z. T. auf die verschiedenartige Gliederung der Zahlungsbilanzen zurückzuführen ist. 2. Die bei den amerikanischen Zahlungsbilanzen mehrmals stattfindenden Berichtigungen werden bei den Veröffentlichungen des IWF nicht berücksichtigt, während die Zahlen des Department of Commerce nachträglich auf den neuesten Stand gebracht werden.

Der obige Grund hat mit dazu beigetragen, daß wir die Frage, ob wir unserer Analyse die Zahlenangaben des IWF oder des Department of Commerce zugrunde legen sollen, zugunsten der letztgenannten Institution entschieden haben. Ausschlaggebend war aber die Tatsache, daß allein das Department of Commerce ausführliche Regional-Zahlungsbilanzen aufstellt, die sich gliederungsmäßig mit den Standard-Zahlungsbilanzen decken.

Dementsprechend werden wir bei der nun folgenden Besprechung des Zahlungsbilanzinhalts nach der Gliederung des Department of Commerce vorgehen.⁶ Die nachstehenden Erläuterungen beschränken sich auf diejenigen Zahlungsbilanzposten, deren Zusammensetzung unklar sein könnte.

¹ Interessante Einzelheiten enthalten nachstehende Veröffentlichungen: U.S. Department of Commerce: The Balance of Payments of the United States 1949 - 1951. (A Supplement to the Survey of Current Business). Washington 1952, S. 15 ff.; IMF: Balance of Payments Manual, a. a. O., S. 19 ff.

² Vgl. hierzu auch COLM, Gerhard: Über den Inhalt und Erkenntniswert der Zahlungsbilanz. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 29 (1929 I), S. 1* ff.

³ Vgl. U.S. Department of Commerce: The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948. Washington 1950, S. 216 ff.

⁴ Veröffentlicht im 'Balance of Payments Yearbook'

⁵ Veröffentlicht in 'Survey of Current Business'

⁶ Vgl. Anhang, S. 130 f.

Die folgenden Ausführungen stützen sich vorwiegend auf nachstehende Publikationen des U.S. Department of Commerce: The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948, a. a. O., S. 207 ff, sowie The Balance of Payments of the United States 1949 - 1951, a. a. O., S. 15 ff.

Die Unterscheidung zwischen 'Gütern' und 'Dienstleistungen' ist mehr pragmatischer als logischer Art. So zählen z.B. die Güterkäufe von Touristen zu den Dienstleistungen, das heißt sie werden im Konto 'Reiseverkehr' (Zeile 6 und 16) verbucht. Der Posten 'Warenhandel' (Zeile 4 und 14) umfaßt alle beweglichen Güter einschließlich nichtmonetären Goldes. Wichtige Ausnahmen sind: Die Warenkäufe der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte in fremden Ländern erscheinen unter 'Militärausgaben' (Zeile 19), die Güterkäufe diplomatischer Vertretungen im Ausland gehen in das Konto 'verschiedene staatliche Dienstleistungen' (Zeile 8 und 18) ein.

Der Posten 'verschiedene private Dienstleistungen' (Zeile 7 und 17) beinhaltet die Ein- und Ausfuhr elektrischen Stromes, den Nachrichtenverkehr, Versicherungen, Lizenzen, Schriftstellertantiemen, Filmverleihgebühren usw. Das Konto 'verschiedene staatliche Dienstleistungen' (Zeile 8 und 18) umfaßt im wesentlichen die mit der Einrichtung und dem Betrieb von Auslandsmissionen zusammenhängenden Aufwendungen und Erträge sowie die an internationale Organisationen zu zahlenden Mitgliederbeiträge.

In Zeile 9 der Zahlungsbilanzgliederung erscheinen die Einnahmen der USA aus militärischen Transaktionen, z.B. für Transportleistungen amerikanischer Luftstreitkräfte und dergleichen. Die 'Militärausgaben' (Zeile 19) setzen sich im wesentlichen zusammen aus persönlichen Ausgaben der Stationierungsstreitkräfte (einschließlich des Zivilpersonals) im Ausland, den sog. 'Offshore-Käufen'¹, Aufwendungen für ausländische Angestellte sowie für die Inanspruchnahme fremder Dienstleistungen (Transporte, Nachrichtenübermittlung usw.), Installations-, Erhaltungs- und Betriebskosten militärischer Anlagen u. a. m. Von Bedeutung ist die Tatsache, daß die Militärausgaben der USA in der Zahlungsbilanz als Importe staatlicher Dienstleistungen behandelt werden.

Von den erwähnten Militärausgaben zu unterscheiden ist die sog. direkte Militärhilfe der USA, die in Zeile 2 unter der Bezeichnung 'Military transfers under aid programs' aufgeführt ist. Dieser Posten umfaßt die unentgeltlichen Lieferungen militärischer Güter und Ausrüstungen (einschließlich damit zusammenhängender Dienstleistungen) der USA im Rahmen der verschiedenen Militärhilfeprogramme. Da es sich um unentgeltliche Leistungen handelt, erfolgt die Gegenbuchung bei den einseitigen Transfers unter dem Titel 'Military supplies and services' (Zeile 27).

Zu den 'Kapitalerträgen' (Zeile 10 - 12 und 20 - 21) zählen Gewinne, Dividenden und Zinsen aus Direkt-Investitionen, Beteiligungen und Wertpapieren aller Art. Zu beachten ist, daß die einbehaltenen (reinvestierten) Gewinne ausgeklammert bleiben.²

¹ Dabei handelt es sich um Rüstungsgüter, die von den USA im Ausland gekauft und verbündeten Nationen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

² siehe nächste Seite

Bei den 'einseitigen Transfers' (Zeile 24 - 29) handelt es sich um unentgeltliche (private oder staatliche) Leistungen in Form von Gütern, Diensten, Geld oder Guthabenübertragungen. Wie bereits erwähnt, liegt diesen Transaktionen, im Gegensatz zu allen anderen, kein "quid pro quo" zugrunde. Die 'private remittances' (Zeile 26) umfassen Geschenksendungen (Geld oder Waren) von Privatpersonen oder caritativen Organisationen¹ usw. Unter 'staatlichen Schenkungen' (Zeile 28) sind in erster Linie die Leistungen im Rahmen der verschiedenen Auslandshilfe-Programme der Nachkriegszeit² sowie die spätere Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer zu verstehen.

Wie aus der Zahlungsbilanzübersicht für die Zeit von 1946 bis 1960³ hervorgeht, haben wir zwecks Erleichterung der im weiteren Verlauf unserer Untersuchung vorzunehmenden Zahlungsbilanzanalyse die laufenden Transaktionen in 'kommerzielle Transaktionen' und 'Sondertransaktionen'⁴ untergliedert. Letztere umfassen 'unentgeltliche militärische Lieferungen'⁵ (Zeile 2), 'Militärausgaben'⁶ und 'Schenkungen der amerikani-

Fußnote 2 von Vorseite

In den Zahlungsbilanzen des IWF werden sie in die 'Kapitalerträge' einbezogen. Zu unterscheiden ist zwischen 'investment earnings', worunter die (Brutto-) Investitionserträge zu verstehen sind, und 'investment income', den tatsächlich transferierten Investitionseinkommen. Bei der Differenz zwischen diesen beiden Größen handelt es sich um die unverteilten (reinvestierten) Gewinne.

- ¹ Besondere Bedeutung erlangten die CARE-Paketsendungen nach dem zweiten Weltkrieg. (CARE = Co-Operative for American Remittance to Europe).
- ² Neben den Schenkungen im Rahmen amerikanischer Hilfsprogramme - es sei hier nur auf das 'European Recovery Programme' hingewiesen - zählen dazu auch die meist beträchtlichen Zuwendungen der USA an internationale Organisationen wie z. B.: United Nations Relief and Rehabilitation Administration (Vereinigung der Vereinten Nationen für Wiedergutmachung und Entschädigungen), International Refugee Organization (Internationale Flüchtlingsorganisation), International Children's Emergency Fund (Internationaler Notstandsfonds für Kinder) usw.
- ³ Anhang, S. 165 ff.
- ⁴ GARDNER verwendet den Begriff 'Noncommercial transactions' und charakterisiert diese als "Frucht politischer Notwendigkeiten".
(GARDNER, Walter R.: An Exchange-Market Analysis of the U.S. Balance of Payments. In: IMF Staff Papers, Vol. 8, No. 2, 1961, S. 198 und 206)
- ⁵ Wir haben diesen Posten in unserer Zahlungsbilanzübersicht in Klammern gesetzt, weil er, wie bereits erwähnt, durch Gegenbuchung bei den einseitigen Transfers (Zeile 27) neutralisiert und somit im Saldo der gesamten laufenden Transaktionen nicht wirksam wird.
- ⁶ Der Saldo-Vermerk bedeutet, daß von den Militärausgaben (Zeile 19) die Einnahmen der USA aus militärischen Transaktionen (Zeile 9) abgesetzt worden sind.

schen Regierung' (Zeile 28). Unter der Bezeichnung 'kommerzielle Leistungsbilanz' ist dementsprechend die Zusammenfassung von Warenhandel und Dienstleistungsverkehr unter Ausklammerung der unentgeltlichen militärischen Lieferungen und der Militärausgaben zu verstehen.

Die Kapitalbilanz bedarf keiner weiteren Erklärungen. Zur zeitlichen Abgrenzung der Kapitaltransaktionen ist zu sagen, daß unter 'kurzfristig' eine Laufzeit bis zu einem Jahr zu verstehen ist. Als 'langfristig' gelten solche Forderungen und Verbindlichkeiten, deren Verfallszeit mehr als ein Jahr beträgt.¹

Der Posten 'Foreign capital and gold, total' (Zeile 47) faßt die ausländischen (Netto-)Kapitalanlagen in den USA (Zeile 41) und die (Netto-)Goldbewegungen (Zeile 46) zusammen.

In dem als Differenz zwischen dem Saldo der laufenden Transaktionen und dem Saldo der Kapitaltransaktionen (einschl. Gold) ermittelten Restposten 'Errors and omissions'² (Zeile 48) finden die bei der statistischen Erfassung der Außenhandelstransaktionen vorkommenden Irrtümer und Lücken ihren Niederschlag. Positives (negatives) Vorzeichen bedeutet, daß Kredit-Posten zu niedrig (hoch) und/oder Debet-Posten zu hoch (niedrig) ausgewiesen worden sind, was einer Unterbewertung (Überbewertung) der Zahlungseingänge und/oder einer Überbewertung (Unterbewertung) der Zahlungsausgänge entspricht; oder konkreter ausgedrückt: Ein Pluszeichen (Minuszeichen) besagt, daß der Überschuß der USA in den laufenden Transaktionen in Wirklichkeit größer (kleiner) und/oder der amerikanische Kapitalexport geringer (höher) war als angegeben.

Aus Raumgründen ist es nicht möglich, das Zustandekommen dieses regelmäßig erscheinenden Korrekturpostens im einzelnen zu erklären.³ Es sollte jedoch stets beachtet werden, daß es sich um einen Sammelposten handelt, in dem sich die statistischen Ermittlungsfehler sämtlicher Einzelposten der Zahlungsbilanz niederschlagen. Aus diesem Grunde ist es unkorrekt, wenn - wie das vielfach geschieht - die 'errors and omissions' einer bestimmten Kategorie, z. B. den kurzfristigen oder den autonomen Kapitalbewegungen zugeschlagen werden. (Vgl. dazu § 8)

¹ Vgl. U.S. Department of Commerce: The Balance of Payments of the United States 1949 - 1951, a.a.O., S. 93

² Statistische Fehler und Auslassungen. Üblich sind auch die Bezeichnungen 'unexplained items' oder 'unrecorded transactions'.

³ Eine eingehende Erörterung findet sich in: The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948, a.a.O., S. 166 ff., sowie in: The Balance of Payments of the United States 1949 - 1951, a.a.O. S. 115 ff.

KRITERIEN DES ZAHLUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTS

§ 3: Die Mehrdeutigkeit des Ungleichgewichtsbegriffs

Der Begriff 'Zahlungsbilanzungleichgewicht' hat in der Vergangenheit eine sehr unterschiedliche Interpretation erfahren, die in mancher Hinsicht mit der geschichtlichen Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen parallel läuft. Bevor wir uns mit den heutigen Definitionsbemühungen auseinandersetzen, wollen wir in einer kurzen Rückschau die verschiedenen Deutungsversuche früherer Zeiten erörtern.

In dem Maße wie sich der zwischenstaatliche Wirtschaftsverkehr in seinen Anfängen auf den Güteraustausch konzentrierte, blieb das Interesse zunächst auf die Handelsbilanz¹ beschränkt. Allgemein bekannt ist, welche Bedeutung die Merkantilisten dem Außenhandel beimaßen. Oberstes Ziel ihrer Wirtschaftspolitik und Grundlage aller handelspolitischen Maßnahmen war es, durch möglichst große Außenhandelsüberschüsse den Goldbestand ihres Landes zu erhöhen, war doch das Gold zum Inbegriff des Wohlstandes schlechthin geworden. Aus der Vernachlässigung der 'unsichtbaren Transaktionen' darf aber nicht gefolgert werden, daß ihre Bedeutung damals noch nicht bekannt gewesen sei. Die Merkantilisten hatten bereits eine recht genaue Vorstellung vom Wesen der Zahlungsbilanz.² Die unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung zwangen sie aber zu einer einschränkenden Betrachtungsweise.

Obwohl die Klassiker gegen die Zahlungsbilanzauffassung der Merkantilisten heftig polemisierten, übernahmen sie doch deren Theorie insoweit, als die Goldbewegungen weiterhin das entscheidende Kriterium für die Beurteilung der außenwirtschaftlichen Situation blieben. In der Interpretation zeigte sich allerdings eine gewisse Akzentverschiebung. Während die Merkantilisten die Veränderung des Goldbestandes als Gradmesser der wirtschaftlichen Stärke des betreffenden Landes ansahen, stellten die Klassiker die Ausgleichsfunktion der Goldbewegungen in den Vordergrund ihrer Betrachtungen. Große Goldzu- oder -abflüsse waren ihrer Meinung nach Ausdruck eines Zahlungsbilanzungleichgewichts, während ein ausgeglichenes Goldkonto als Gleichgewichtsmerkmal figurierte.

Abgesehen von der nach heutiger Auffassung viel zu engen Betrachtungsweise, sind Einwendungen in der Sache selbst am Platze, wobei vor allem auf die fehlende Differenzierung zwischen monetären und nicht-monetären

¹ Nach ZIMMERMAN ist der Begriff 'Handelsbilanz' bereits im Jahre 1616 von dem englischen Philosophen Francis Bacon gebraucht worden. (ZIMMERMAN, L. J.: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Köln 1954, S. 36)

² Das zeigt sich z. B. recht deutlich in der um 1630 verfaßten und 1664 heraus-

Goldbewegungen hinzuweisen ist, deren einwandfreie statistische Trennung aber auch heute noch zu wünschen übrig läßt. In Ländern mit eigener Goldproduktion oder großem Goldverbrauch für industrielle Zwecke kommt man zwangsläufig zu falschen Resultaten, wenn alle in der Zahlungsbilanz verzeichneten Goldbewegungen unterschiedslos als Ungleichgewichts-Symptom gewertet werden. Sogar die monetären Goldströme erfüllen nicht immer die ihnen zugesprochene Indikatorfunktion. Man denke nur an den Fall der Reparationszahlungen. Andererseits ist es möglich, daß ein Zahlungsbilanzungleichgewicht vorliegt, ohne daß Goldbewegungen registriert worden sind, z. B. dann, wenn der Ausgleich durch Veränderung der kurzfristigen Forderungen bzw. Guthaben zustande gekommen ist.¹

Nach Ende des ersten Weltkrieges begannen sich in der Zahlungsbilanzanalyse gewisse Fortschritte abzuzeichnen. Es hatte sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt, daß die Gleichgewichtsfrage nicht allein unter dem Aspekt der Goldbewegungen beurteilt werden kann. Aus diesem Grunde sah man sich veranlaßt, nach neuen Lösungen zu suchen. Eine Gruppe prominenter Autoren, darunter VINER², AFTALION³, KINDLEBERGER⁴, KEYNES⁵, bediente sich zur Definition des Zahlungsbilanzungleichgewichts der Bilanz der laufenden Transaktionen. Sie betrachteten ein aus der Gesamtheit von Warenhandel, Dienstleistungsaustausch und Kapitalerträgen resultierendes Defizit als Zahlungsbilanzungleichgewicht.

Fortsetzung Fußnote 2 von Vorseite

gegebenen Schrift von Thomas MUN: *England's Treasure by Foreign Trade*. (Deutsche Übersetzung von Rudolf BIACH, Wien 1911)

- ¹ Vgl. hierzu auch die Ausführungen von NIEHANS, Jürg: *Ausgleichsgesetze der amerikanischen Zahlungsbilanz*. Bern 1951, S. 7 f.
- ² Vgl. VINER, Jacob: *Canada's Balance of International Indebtedness 1900 - 1913*. (Harvard Economic Studies, Vol. XXVI). Cambridge 1924, S. 21 f., 105, 107
- ³ Vgl. AFTALION, Albert: *L' équilibre dans les relations économiques internationales*. Paris 1937, S. 6 ff.
- ⁴ Vgl. KINDLEBERGER, Charles P.: *International Monetary Stabilization*. In: *Postwar Economic Problems* (ed. by S. E. HARRIS). New York and London 1943, S. 379. In seinem später erschienenen Buch "The Dollar Shortage" (New York 1950) bezieht er die langfristigen Kapitalbewegungen in die Gleichgewichtsanalyse mit ein (vgl. S. 172 ff.)
- ⁵ Vgl. KEYNES, J. M.: *The Balance of Payments of the United States*. In: *The Economic Journal*, Vol. LVI, 1946, S. 172 f.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf hingewiesen, daß Keynes in einem früheren Aufsatz eine andere, weit umfassendere Definition des Zahlungsbilanzungleichgewichts vorgeschlagen hatte. (Vgl. hierzu die Ausführungen Gottfried HABERLERS in seinem Aufsatz "Currency Depreciation and the International Monetary Fund". In: *Foreign Economic Policy for the United States* (ed. by S. E. HARRIS). Cambridge (Mass.) 1948, S. 396, Fußnote 33)

Demgegenüber vertrat beispielsweise ANGELL die Meinung, ein Zahlungsbilanzungleichgewicht zeige sich am deutlichsten in der Kapitalbilanz. Er schreibt: "Strictly speaking, a country's international payments are 'out of equilibrium' whenever short-term funds are moving to or from it ..."¹

Amtliche Stellen der USA, voran das amerikanische Handelsministerium, definierten das Zahlungsbilanzungleichgewicht als Summe der Salden des Goldkontos und der kurzfristigen Kapitalbewegungen, zuzüglich der sog. 'unexplained items'.²

Durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen erhielt die Diskussion um das Zahlungsbilanzungleichgewicht starken Auftrieb, wobei besonders die eine Zeitlang im Mittelpunkt aller wissenschaftlichen Diskussionen stehende Dollarknappheit starke Impulse vermittelte. Die amerikanische Wirtschaftshilfe und die sonstigen neuartigen Formen der Außenhandelsfinanzierung ließen die mit dem Zahlungsbilanzungleichgewicht zusammenhängenden Fragen teilweise in völlig neuem Licht erscheinen und brachten darüber hinaus bisher nicht bekannte Komplikationen in die Zahlungsbilanzanalyse.

Inspiziert durch die neuen Gegebenheiten im internationalen Wirtschaftsverkehr, wie sie besonders deutlich in den Nachkriegszahlungsbilanzen der USA zum Ausdruck kamen, bemühte sich eine große Zahl von Nationalökonomien, das Zahlungsbilanzungleichgewicht neu zu definieren.

HARRIS, KÜNG und NIEHANS betrachteten das Vorhandensein von Anpassungs- bzw. Ausgleichsvorgängen als Begriffsmerkmal des Zahlungsbilanzungleichgewichts. Während HARRIS³ und KÜNG⁴ in erster Linie die Goldbewegungen, die Übertragungen internationaler Zahlungsmittel und die Gewährung kurzfristiger Kredite ins Auge faßten, spannte NIEHANS den Bogen erheblich weiter. Er unterschied zwei Gruppen von Anpassungsvorgängen, die "sichtbaren" und die "unsichtbaren", die er dann jeweils noch weiter unterteilte. Zur ersten Kategorie zählte er diejenigen Ausgleichsvorgänge, die in den einzelnen Zahlungsbilanzpositionen (zahlenmäßig) zum Ausdruck kommen. Die zweite Gruppe umfaßt solche Anpassungsvorgänge,

¹ ANGELL, James W.: Equilibrium in International Payments; The United States 1919-35. In: Explorations in Economics. New York, London 1936, S. 14

² Dieser das Zahlungsbilanzungleichgewicht symbolisierende Saldo trug die Bezeichnung 'net movements of all balancing items' oder 'excess of dollar used over dollar supplied'. (Vgl. U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy. (Verfaßt von Hal B. LARY and Associates. Washington 1943. Table II.)

³ Vgl. HARRIS, Seymour E.: Dollar Scarcity. Some remarks inspired by Lord Keynes' last article. In: The Economic Journal, Vol. LVII, 1947, S. 165

⁴ Vgl. KÜNG, Emil: Die Selbstregulierung der Zahlungsbilanz. St.Gallen 1948, S. 7 ff.

die aus veränderten Marktbedingungen resultieren, wodurch die Wirtschaftssubjekte zur Revision ihrer Wirtschaftspläne gezwungen werden.¹

Andere Wirtschaftswissenschaftler, darunter MACHLUP², ENKE und SALERA³, HABERLER⁴, MEADE⁵, gingen einen ähnlichen Weg. Sie versuchten, durch Unterscheidung zwischen autonomen und induzierten Kapitaltransaktionen der Lösung des Problems näher zu kommen, wobei den induzierten Kapitalbewegungen (incl. Gold) die Rolle des Ungleichgewichtsindikators zufällt.

Als autonom gelten diejenigen Transaktionen, welche nicht aus Zahlungsbilanzrückichten erfolgen, die also von anderen Positionen der Zahlungsbilanz unabhängig sind. Demgegenüber sind induzierte Kapitalbewegungen dadurch gekennzeichnet, daß sie durch autonome Transaktionen ausgelöst werden und ausschließlich dem Zweck dienen, den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen, d.h. die aus autonomen Transaktionen⁶ resultierenden Zahlungsbilanz-"Lücken" zu füllen.

Es liegt auf der Hand, daß die angestrebte Klassifizierung entsprechend den zugrunde liegenden Motiven in praxi mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Diejenigen Autoren, die alle langfristigen Kapitalbewegungen als autonom und alle kurzfristigen als induziert einstufen, übersahen in ihrem Drang nach Vereinfachung die wirkliche Problematik. Ebenso unbefriedigend ist der Versuch FRISCH's einer Trennung entsprechend dem Liquiditätsgrad der einzelnen Kapitalposten.⁷

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Arbeiten des IWF zu, der sich sehr intensiv mit dieser außerordentlich komplexen Materie auseinandersetzte und schließlich eine annehmbare Lösung fand.

¹ Einzelheiten siehe NIEHANS: Ausgleichsgesetze, a.a.O., S. 12 ff.

² Vgl. MACHLUP, Fritz: International Trade and the National Income Multiplier. Philadelphia 1943, S. 130 ff.

³ Vgl. ENKE, Stephen and SALERA, Virgil: International Economics. New York 1947, S. 153 f.

⁴ Vgl. HABERLER, Gottfried: Dollar Shortage? In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S. E. HARRIS). Cambridge (Mass.) 1948, S. 429

⁵ Vgl. MEADE, J. E.: The Theory of International Economic Policy, Vol. 1: The Balance of Payments. London, New York, Toronto 1951, S. 11 ff.

⁶ Z. B. Ein- und Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen, privater Kapitalverkehr usw.

⁷ Vgl. FRISCH, Ragnar: On the Need of Forecasting a Multilateral Balance of Payments. In: American Economic Review, Vol. XXXVII, 1947, S. 536

§ 4: Das Verfahren des Internationalen Währungsfonds zur Bestimmung des Zahlungsbilanzungleichgewichts

1. Darstellung

Als der Internationale Währungsfonds nach Ende des zweiten Weltkrieges seine Tätigkeit aufnahm, stand bereits fest, daß die ihm nach den Konventionen von Bretton Woods zufallenden Aufgaben mit den überkommenen Hilfsmitteln und Methoden nicht zu bewältigen waren.

Eingedenk der Tatsache, daß ohne genaue Diagnose eine erfolgversprechende Therapie nicht möglich ist, war dem IWF in erster Linie daran gelegen, die notwendigen Voraussetzungen für eine zuverlässige Beurteilung der außenwirtschaftlichen Situation der ihm angeschlossenen Staaten zu schaffen.

Hierzu bedurfte es zunächst einmal einer wesentlichen Verbesserung der in vielfacher Hinsicht unbefriedigenden Zahlungsbilanztechnik. Durch Art. VIII/5 der IWF-Satzung sind die Mitgliedsländer zwar verpflichtet, periodisch Auskünfte über ihre internationalen Transaktionen zu erteilen, doch waren mit der Datensammlung nur gewisse Grundlagen geschaffen. Die eigentlichen Schwierigkeiten begannen erst bei der Verarbeitung der erhaltenen Daten. Nur wenn es gelang, die Aussagekraft und Transparenz der Zahlungsbilanzen zu erhöhen, konnten sie zu brauchbaren Werkzeugen bei der Verwirklichung der in Art. I der Fonds-Satzung genannten Ziele¹ und aller daraus erwachsenden Einzelmaßnahmen werden.

Eines der wesentlichsten, aber auch der schwierigsten Probleme, die es in diesem Zusammenhang zu lösen galt, bestand darin, eine adäquate Definition für das Zahlungsbilanzungleichgewicht zu finden. Im ersten 'Balance of Payments Yearbook', das nach dem Krieg erschien, stellte der IWF ausdrücklich fest, einer der Hauptzwecke der Zahlungsbilanz sei es, Aufschluß darüber zu geben, ob sich die internationalen Transaktionen eines Landes im Gleichgewicht befinden oder nicht.²

¹ Vgl. BACHMANN, Hans: Die Konventionen von Bretton Woods. St. Gallen 1945, S. 63f.

Die Beseitigung bzw. Verminderung von Gleichgewichtsstörungen in den internationalen Zahlungsbilanzen ist in Art. I/VI ausdrücklich erwähnt.

² Vgl. International Monetary Fund: Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947. Washington 1949, S. 4.

Mit dieser ersten Veröffentlichung der Zahlungsbilanzen seiner Mitglieder, die seitdem lückenlos fortgeführt wird, knüpfte der IWF an eine Publikationsserie an, die der Völkerbund im Jahre 1924 begonnen hatte.

Da aber die traditionellen Gliederungs-Schemata nicht geeignet waren, ein ausreichend wirklichkeitsgetreues Bild von der Außenhandelsposition eines Landes zu vermitteln, mußten neue Wege beschritten werden. Den Ausgangspunkt bildete die sich als sehr zweckmäßig erweisende Unterteilung der Zahlungsbilanz in die beiden Hauptgruppen: 'current account' und 'capital account' (incl. 'monetary gold').

Es mußte nun zunächst einmal untersucht werden, ob und inwieweit eine isolierte Betrachtung der laufenden Transaktionen zuverlässige Ergebnisse hinsichtlich der Frage eines eventuell bestehenden Zahlungsbilanzungleichgewichts zu liefern vermag. Eine sorgfältige Analyse führte zu dem Ergebnis, daß die Aussagekraft der Bilanz der laufenden Transaktionen - ungeachtet ihrer sonstigen fundamentalen Bedeutung - im Hinblick auf die Gleichgewichtsproblematik beschränkt ist. Ohne Einbeziehung der Kapitalbilanz kann man den komplizierten Zusammenhängen nicht gerecht werden und läuft Gefahr, falsche Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Totalbetrachtung der Zahlungsbilanz wird aber nur dann Früchte tragen, wenn es gelingt, Licht in die den Kapitaltransaktionen zugrunde liegenden Tatbestände zu bringen und jene Faktoren aufzudecken, welche die internationale Kapitalposition eines Landes bestimmt haben.

Um den angedeuteten Erfordernissen gerecht zu werden, entwickelte der IWF neben dem sog. Standard-Schema ¹ eine zweite Darstellungsform, die eindeutig analytischen Charakter hatte. Sie wurde erstmals im Jahre 1949 veröffentlicht, und zwar unter der Bezeichnung 'Financing of International Transactions' ² . Der wichtigste Abschnitt des neuen Zahlungsbilanzkonzepts, der zugleich das Kernstück dieser vielversprechenden Weiterentwicklung bildet, führt den Titel 'Compensatory Official Financing' ³.

Damit hatte sich - zumindest seitens des IWF - die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Zeiten, in denen Gleichgewicht oder Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz hinreichend an den Bewegungen der Währungsreserven abgelesen werden konnten, endgültig vorbei waren. Die Vielzahl der nach dem Krieg neu entstandenen Finanzierungsmethoden auf dem Gebiet des internationalen Handels - man denke nur an die vielfältigen Formen amerikanischer Wirtschaftshilfe - sprengten den Rahmen herkömmlicher Kategorien und zwangen zur Anwendung neuer Begriffe und Verfahren.

Den Terminus 'compensatory official financing' definiert der IWF folgendermaßen: "This is the financing that the monetary authorities undertake to settle international transactions" ⁴ . Mit 'monetary authorities' sind

¹ 'Standard-Schedule', dargestellt im Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947, a. a. O., S. 40

² Ibid., S. 365

³ Die adäquate Übersetzung dürfte 'staatliche Ausgleichsfinanzierung' sein.

⁴ IMF: Balance of Payments Manual, a. a. O., S. 108

die mit der Geld- und Währungspolitik befaßten Institutionen der einzelnen Länder gemeint, in deren Zuständigkeitsbereich im allgemeinen auch das Halten der Gold- und Devisenreserven fällt (Zentralbanken, 'Treasury' oder sonstige 'Government agencies').¹

Entscheidendes Kriterium für die Zuordnung einzelner Zahlungsbilanzposten zum Sektor 'staatliche Ausgleichsfinanzierung' ist also die Frage, ob sie dem Zweck des Zahlungsbilanzausgleichs dienen oder nicht. Das eigentliche Problem besteht darin, diese staatliche Ausgleichsfinanzierung von anderen staatlichen Finanzierungsformen zu trennen, für die der IWF den Begriff 'special official financing'² prägte. Hierbei handelt es sich um solche staatlichen Geschenke und Kapitalbewegungen, die nicht aus Zahlungsbilanz-Rücksichten erfolgen.³

Wenn in diesem Zusammenhang der gesamte private Bereich ausgeklammert bleibt, so ist das durchaus logisch und bedarf keiner weiteren Rechtfertigung, denn es kann nicht unterstellt werden, daß sich ausländische private Investoren bei ihren Entscheidungen durch den Gedanken leiten lassen, einen Beitrag zum Zahlungsbilanzausgleich leisten zu wollen. Damit wird aber nicht behauptet, zwischen der Zahlungsbilanzsituation eines Landes und der Investitionsneigung ausländischer privater Anleger bestünden überhaupt keine Zusammenhänge. Diese werden aber höchstens in der Weise zur Geltung kommen, daß potentielle ausländische Investoren durch ein größeres Zahlungsbilanzungleichgewicht von ihrem Vorhaben abgeschreckt werden oder sich sogar zu einer Repatriierung der bereits in dem betreffenden Land investierten Mittel veranlaßt sehen, um sich in Zukunft Ländern mit stabileren Außenwirtschaftsverhältnissen zuzuwenden, was allenfalls das bestehende Ungleichgewicht noch weiter vergrößern würde. Es kann sich also höchstens um einen Zufall handeln, wenn das Investitionsinteresse privater ausländischer Anleger mit dem Bemühen der 'monetary authorities' um Wiederherstellung (oder Erhaltung) des Zahlungsbilanzgleichgewichts zusammenfällt.

Zum Komplex der staatlichen Ausgleichsfinanzierung zählt der IWF im wesentlichen folgende Zahlungsbilanzposten⁴: Monetäres Gold; kurzfristige staatliche Guthaben im Ausland; langfristige staatliche Guthaben im Aus-

¹ Vgl. Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947, a. a. O., S. 6 f.

² Der deutsche Begriff 'spezielle staatliche Finanzierung' ist zu eng, da für internationale Institutionen, wie z. B. die Weltbank, die Bezeichnung 'staatlich' nicht paßt. Es erscheint daher zweckmäßig, den englischen Terminus beizubehalten.

³ Vgl. International Monetary Fund; Balance of Payments Yearbook 1948 und Preliminary 1949. Washington 1950, S. 22

⁴ Eine ins einzelne gehende Darstellung findet sich im Balance of Payments Manual, a. a. O., S. 108 ff.

land, soweit sie fungibel sind¹; Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Banken und staatlichen Institutionen (außer IWF und Weltbank); langfristige staatliche Kredite zur Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (im Gegensatz zu 'special project loans'²; staatliche Schenkungen (z. B. 'ECA³-grants' sowie den größeren Teil der UNRRA⁴-Hilfe) u. a. m.

Im Gegensatz dazu umfaßt die 'special official financing' hauptsächlich folgende Leistungen: Geschenke, die nicht aus Zahlungsbilanzrücksichten erfolgen; Kredite der Weltbank (IBRD)⁵ und der Export-Import-Bank, die ja im allgemeinen für ganz bestimmte Entwicklungsprojekte gegeben werden; Reparationszahlungen; Rückzahlungen von Auslandsschulden; Anleihe-Tilgungen; Zeichnungsbeträge beim IWF oder bei der Weltbank usw.

Es liegt auf der Hand, daß bei der Zuordnung der einzelnen Zahlungsbilanzposten zu der einen oder anderen Gruppe u. U. erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstehen können, stellt sich doch bei jedem Buchungsvorgang die Frage, welche Motive für die jeweiligen Transaktionen bestimmend waren. Diese Schwierigkeiten sind von dem IWF keineswegs verkannt oder verniedlicht worden, was einige Kritiker anscheinend übersehen haben.

Ein Einwand, dem aber bereits zu jenen Zeiten Bedeutung zukam, als es noch üblich war, in der Bewegung der Währungsreserven den alleinigen Gradmesser für die Beurteilung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu sehen, bezieht sich auf die Zwitterstellung des Goldes, genauer gesagt, auf die Unmöglichkeit, monetäre und nichtmonetäre Goldbewegungen einwandfrei voneinander zu trennen. Eine Abgrenzung ist deshalb wichtig, weil von beiden Gold-"Arten" einander entgegengesetzte Wirkungen auf die Zahlungsbilanz ausgehen. Während nämlich ein Abfluß monetären Goldes im allgemeinen Ausdruck und Folge eines Defizits in der Bilanz der laufenden Transaktionen ist, bewirkt die Ausfuhr nichtmonetären Goldes auf Grund seines Gütercharakters⁶ eine Verbesserung des Saldos der laufenden Transaktionen.⁷

¹ In erster Linie 'portfolio securities'

² Kredite für ganz bestimmte Entwicklungsprojekte, z. B. Wasserkraftwerke, Stauseen und dergl., wie sie vorwiegend von der Weltbank und der Export-Import-Bank vergeben werden.

³ 'Economic Cooperation Administration' (Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Dieser obersten Verwaltungsbehörde oblag die Durchführung des Marshall-Planes.

⁴ 'United Nations Rehabilitations and Reparations Association' (Vereinigung der Vereinten Nationen für Wiedergutmachungen und Entschädigungen).

⁵ 'International Bank for Reconstruction and Development' (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung).

⁶ Daher Verbuchung in der Handelsbilanz.

⁷ Man denke nur an die Bedeutung des Goldexportes im Rahmen der Handelsbilanz der Südafrikanischen Union.

Für die statistische Zuordnung des die Grenzen überschreitenden Goldes ist im allgemeinen der Erstempfänger ausschlaggebend. Handelt es sich um eine Zentralbank, so gilt es grundsätzlich als monetäres Gold, auch wenn es anschließend der industriellen Verarbeitung zugeführt wird.¹

2. Kritische Würdigung

Die wohl schärfste Kritik an dem neuen Zahlungsbilanz-Konzept des IWF stammt von MACHLUP. In einer sehr detaillierten Stellungnahme² versucht er, alle seiner Meinung nach schwachen Punkte des Systems im allgemeinen und des Konzeptes der staatlichen Ausgleichsfinanzierung im besonderen zutage zu fördern. Das Ergebnis seiner Betrachtungen gipfelt in der Feststellung, daß das Konzept der staatlichen Ausgleichsfinanzierung zur Erfassung und Messung eines Zahlungsbilanzungleichgewichts untauglich ist. Die in kompromißlose Ablehnung mündenden Einwände MACHLUPS verlieren aber deshalb an Gewicht, weil er unverhohlen zu erkennen gibt, daß er die buchhalterische Zahlungsbilanz überhaupt für ungeeignet hält, Licht in die mit dem Zahlungsbilanzungleichgewicht zusammenhängenden Probleme zu bringen.³ Dazu ist seiner Ansicht nach nur die marktmäßige Zahlungsbilanz brauchbar, für deren Propagierung er sich derart einsetzt, daß darunter zuweilen die Objektivität leidet. MACHLUP gibt deutlich zu erkennen, daß er der buchhalterischen Zahlungsbilanz nur insoweit einen Wert zubilligt, als sie imstande ist, die ex-ante-Situation zu erhellen, eine Forderung, die mit dem ex-post-Charakter dieses Zahlungsbilanz-Typs gar nicht in Einklang zu bringen ist. Seine Angriffe gegen die Konzeption des IWF müssen also in erster Linie unter diesem Blickwinkel gesehen und als Teil der dahinter stehenden grundsätzlichen Ablehnung der buchhalterischen Zahlungsbilanz verstanden werden.

An den Anfang seiner Betrachtungen stellt MACHLUP die These, daß die mit der Suche nach einer geeigneten Ungleichgewichts-Definition einhergehende Unsicherheit und Verwirrung in erster Linie darauf zurückzuführen seien, daß die Tatsache des Bestehens dreier voneinander völlig verschiedener Zahlungsbilanz-Konzeptionen⁴ nicht genügend beachtet werde.⁵ Den gleichen Fehler begehe auch der IWF, indem er

¹ Weitere Einzelheiten finden sich im Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947, a.a.O., S. 14 f.

² Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a.a.O., S. 46 ff., insbes. S. 60 ff.

³ MACHLUP behauptet, daß die Schlüsse, die aus der buchhalterischen Zahlungsbilanz gezogen würden, i. a. mehr irreführend als dienlich seien (S. 61)

⁴ Gemeint sind die bereits erwähnten 'market balance', 'programme balance' und 'accounting balance'. (Vgl. § 1)

⁵ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a.a.O., S. 46

sich einmal auf das eine und dann wieder auf das andere Konzept beziehe.¹ Den Unterschied könne man sich z. B. anhand der ERP² -Hilfe klarmachen. Diese habe in der programmatischen Zahlungsbilanz des Empfängerlandes auf jeden Fall kompensatorischen Charakter, auch dann, wenn sie in der marktmäßigen Zahlungsbilanz als nicht-kompensatorischer Posten betrachtet werden müsse. Es sei aber unzweifelhaft, daß es dem IWF auf Grund seiner Aufgabenstellung³ in erster Linie um Probleme der marktmäßigen Zahlungsbilanz gehe.⁴

Schwerer wiegt der Vorwurf MACHLUPS, die Einbeziehung der ERP-Hilfe in den Sektor der staatlichen Ausgleichsfinanzierung entspreche nicht der Realität. Als Begründung führt er an: "Not the pressures in the foreign-exchange markets, but the potentials for improvement in the productive use of domestic resources were fundamental guides in the allocation of loans and grants under the E. R. P. programme."⁵ MACHLUP ist der Ansicht, die ERP-Hilfe entspreche in ihren Wesenszügen weitgehend den 'project loans'⁶, die aber der IWF ausdrücklich der 'special official financing' zurechne.

Welche Konsequenz der Ausschluß der 'ERP loans and grants' aus der staatlichen Ausgleichsfinanzierung haben würde, macht BADGER deutlich, indem er die europäische Zahlungsbilanz von 1949 in Form zweier Alternativen darstellt.⁷ Dabei wird die ERP-Hilfe einmal als kompensatorischer Posten aufgefaßt, im zweiten Fall dagegen als Teil der 'special official financing' betrachtet. Alternative 1 weist für 1949 ein Zahlungsbilanzdefizit Europas gegenüber der restlichen Welt in Höhe von 4,1 Mrd. \$ aus, welches vornehmlich durch die ERP-Hilfe finanziert wurde. Im zweiten Fall, wo also die ERP-Hilfe als nichtkompensatorisches Element angesehen wird, ergibt sich ein Überschuß Europas in Höhe von 0,7 Mrd. \$. Angesichts der außerordentlichen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten Europas

¹ "The balance-of-payments pressures which Compensatory Official Financing is supposed to relieve are, in one place, taken to refer to the market balance and, in another place, to the programme balance of payments." (MACHLUP, S. 65)

² 'European Recovery Programme' (Europäisches Wiederaufbauprogramm). Offizielle Bezeichnung für den Marshall-Plan.

³ Diese wird im Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947 auf S. 5 wie folgt umschrieben: "... use of the Fund's resources, exchange-rate adjustments and exchange controls."

⁴ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 65 f.

⁵ Ibid., S. 65

⁶ Vgl. § 4, S. 26

⁷ Vgl. BADGER, Donald G.: The Balance of Payments: A Tool of Economic Analysis. In: IMF Staff Papers, Vol. II, Washington 1951-52, S. 158 und 160

im Jahre 1949 besteht kein Zweifel darüber, daß die zweite Darstellung völlig unrealistisch ist. Daraus folgt, daß hinsichtlich der 'ERP loans and grants' die Klassifizierungsmethode des IWF unbedingt vorzuziehen ist, wird sie doch der Forderung, ein möglichst wirklichkeitsgetreues Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse zu liefern, wesentlich besser gerecht.

MACHLUP greift in diesem Zusammenhang auch das Problem der UNRRA-Hilfe auf und tritt dafür ein, diese nicht als staatliche Ausgleichsfinanzierung einzustufen.¹ Hier besteht teilweise eine Übereinstimmung mit dem IWF, der im vorliegenden Falle eine modifizierte Handhabung empfiehlt.²

An anderer Stelle seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem neuen Zahlungsbilanz-Konzept des IWF geht MACHLUP auf das 'timing problem' ein³ und sieht in den sich hier ergebenden Aberrationen einen weiteren Beweis für die Untauglichkeit der buchhalterischen Zahlungsbilanz hinsichtlich einer zufriedenstellenden Beantwortung der Gleichgewichtsfrage. Er weist u. a. auf die bekannte Tatsache der im Auslandsgeschäft sehr unterschiedlichen Zahlungsmodalitäten hin⁴. So könne es z. B. sein, daß die Anfang des Jahres erfolgten Lieferungen bereits im vergangenen Jahr vorausbezahlt worden sind oder daß Im- und Exporte dieses Jahres erst im nächsten Jahr beglichen werden. Solche zeitlichen Differenzen zwischen Lieferung und Bezahlung führen zwangsläufig⁵ zu Veränderungen im Konto der kurzfristigen Kapitalbewegungen. Es bestehe nun - so meint MACHLUP - die Gefahr, daß derartige kurzfristige Kapitalbewegungen in die Gleichgewichtsbetrachtung einbezogen würden, was dann natürlich ein falsches Ergebnis zeitige.

Dazu ist zu bemerken, daß der von MACHLUP vorgebrachte Einwand zwar sachlich gerechtfertigt ist, aber für das IWF-Konzept der staatlichen Ausgleichsfinanzierung nicht zutrifft, da ja ex definitione der gesamte private Sektor ausgeklammert wird.

Der letzte, aber sehr wesentliche Fragenkomplex, der hier behandelt werden soll, bezieht sich auf den Vorwurf MACHLUPS, die buchhalterische Zahlungsbilanz sei als Ungleichgewichts-Indikator trotz sorgfältigster Auswahl der Zahlungsbilanzposten untauglich, weil niemals festzustellen sei, ob die jeweiligen Transaktionen autonom oder induziert sind⁶, und zwar rühre dies nicht zuletzt daher, daß die einzelnen Vorgänge ex post anstatt ex ante erfaßt werden.

¹ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 64 f.

² Vgl. IMF: Balance of Payments Manual, a. a. O., S. 109 f.

³ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 62

⁴ Z. B. Vorauskasse, Zahlung bei Lieferung, nachträgliche Bezahlung usw.

⁵ Auf Grund der bereits früher erwähnten doppelten Verbuchung aller Vorgänge.

⁶ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 61 f.

Bei der Trennung von autonomen und induzierten Transaktionen legt MACHLUP sehr strenge Maßstäbe an. Nur wenn eine Vielzahl außerordentlich weitgehender Bedingungen erfüllt ist, darf das Prädikat "autonom" verliehen werden. Damit wird unserer Meinung nach die gesamte Gleichgewichts-Diskussion mit einer Reihe unnötiger Beschränkungen belastet. Es ist zwar zu berücksichtigen, daß die von MACHLUP genannten Voraussetzungen ursprünglich und in erster Linie für sein Konzept der marktmäßigen Zahlungsbilanz gelten sollten. Da er aber der buchhalterischen Zahlungsbilanz im Hinblick auf die Ungleichgewichts-Bestimmung nur insoweit einen Wert zuerkennt, als sie geeignet ist, bei der Analyse der marktmäßigen Zahlungsbilanz Hilfestellung zu leisten¹, werden die gesetzten Prämissen indirekt auch auf die buchhalterische Zahlungsbilanz ausgedehnt.

Wenden wir uns zunächst der Nachfrageseite zu, da verschiedene der hier geltenden Bedingungen auch für die Angebotsseite zutreffen.² Nach MACHLUP können nur diejenigen Teile der (effektiven) Devisennachfrage als autonom angesehen werden, "who are not restricted by specially adopted or discretionary government control measures"³. Es sind also zunächst einmal alle staatlichen Maßnahmen herauszudestillieren, die aus Zahlungsbilanzrücksichten erfolgen und daher geeignet sind, den autonomen Charakter der Devisennachfrage zu verfälschen. Hierzu gehören neben den verschiedenen Formen der Devisenkontrolle alle bekannten handelsbeschränkenden staatlichen Eingriffe, als da sind: Einfuhr-Verbote, -Zölle und -Kontingente, Sonderbesteuerung importierter Güter oder daraus hergestellter Erzeugnisse, Subventionen für Entwicklung und Herstellung von Substitutionsprodukten im Inland, Begrenzung der Auslandsreisen und viele andere die Devisennachfrage tangierende Regierungsmaßnahmen.⁴ MACHLUP geht aber noch weiter, indem er darüber hinaus auch alle aus der allgemeinen Wirtschaftspolitik resultierenden Effekte berücksichtigt wissen will, die das Einkommensniveau, die Kaufkraft und die Nachfragebedingungen für heimische und ausländische Produkte verändern.⁴

Auf der anderen Marktseite liegen die Verhältnisse ähnlich. Zum autonomen Devisenangebot zählt MACHLUP nur die Beträge, "who are not motivated by a desire to support the exchange rate"³. Es darf sich also hinter dem Angebot nicht die Absicht verbergen, eine Nachfrage befriedigen zu wollen, die bei dem herrschenden Wechselkurs andernfalls nicht zum Zuge käme. So kann z. B. ein Valutaangebot, das der Schließung einer bereits bestehenden Devisenlücke dient, nicht als autonom angesehen werden.

¹ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a.a.O., S. 61

² Bei den nun folgenden Erörterungen gilt stets die Annahme fester Wechselkurse.

³ MACHLUP: Three Concepts, a.a.O., S. 47

⁴ Ibid., S. 49

Beträge, die aus den Gold- und Devisenreserven der Zentralbanken (oder sonstiger 'monetary authorities'), aus Stabilisierungsanleihen und dergleichen stammen oder vom IWF zur Verfügung gestellt worden sind, müssen wegen ihres kompensatorischen Charakters gleichfalls ausgeklammert werden. Auch hier kommen darüber hinaus die bereits erörterten sonstigen Regierungsmaßnahmen ins Spiel, soweit sie geeignet sind, das Devisenangebot zu beeinflussen, so z. B. die Exportsubventionen oder solche staatlichen Eingriffe, die sich über eine Veränderung des Einkommensniveaus auf die Exporte auswirken, sei es nun stimulierend oder bremsend.¹

Falls die einzelnen Maßnahmen der Regierung während der betrachteten Berichtsperiode Änderungen erfahren, wird das bereits früher in anderem Zusammenhang behandelte ² 'timing problem' wieder akut.³

Die außerordentlich weitgehenden Einschränkungen und Vorbehalte lassen vermuten, daß MACHLUP offenbar mehr messen wollte als nur die aktuelle Lücke zwischen effektiver Nachfrage und effektivem Angebot auf dem Devisenmarkt. Insofern zielt MACHLUP - und hier kann man dem Standpunkt BADGERS⁴ nur beipflichten - auf etwas ab, was der IWF gar nicht angestrebt hat. Dem Währungsfonds ging es darum, die aktuelle Situation zu beleuchten, nicht aber um eine differenzierte Analyse bestimmter Konditionalzustände.

Natürlich kann ein Land durch Devisenkontrollen und Handelsbeschränkungen seine Importe auf ein solches Maß herabdrücken, wie es seinen Einnahmen aus Transaktionen mit dem Ausland entspricht, und damit das Entstehen von Zahlungsbilanzdefiziten vermeiden. Umfang und Wirkung solcher an sich möglichen Maßnahmen dürfen aber auch nicht überschätzt werden. Hätten sie tatsächlich einen derart entscheidenden Einfluß, dann gäbe es nicht so große Schwankungen in den Devisenreserven der Länder, und Zahlungsbilanzungleichgewichte würden keine Rolle spielen.

Es wäre immerhin zu überlegen, ob es nicht zweckmäßiger ist, die staatlicherseits getroffenen Maßnahmen einfach als Fakten in das Kalkül einzubeziehen und die Gleichgewichtsfrage aus der gegebenen Situation zu beurteilen. Jedenfalls sind wir nicht der Meinung MACHLUPS, die marktmäßige Zahlungsbilanz sei wertlos, wenn man die den autonomen Charakter von Angebot und Nachfrage verfälschenden Regierungs-Eingriffe einschließt. Bleiben z. B. die staatlichen Kontrollen auch in Zukunft bestehen, dann ist es gar nicht mehr so wichtig zu wissen, welches Ausmaß das Zahlungsbilanzungleichgewicht ohne sie haben würde.

¹ Vgl. MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 51

² Vgl. § 4, S. 29

³ Näheres bei MACHLUP: Three Concepts, a. a. O., S. 51 f.

⁴ Vgl. BADGER: The Balance of Payments, a. a. O., S. 150.

Es muß vor allem betont werden, daß der buchhalterischen Zahlungsbilanz, ungeachtet der ihr bei MACHLUP widerfahrenden Geringschätzung, erhebliche Bedeutung zukommt; mag sie vielleicht auch für besondere, vorwiegend theoretische Zwecke weniger wichtig sein. Bei richtiger Interpretation der buchhalterischen Zahlungsbilanz und verständnisvoller Würdigung aller sonstigen Einflußfaktoren, die nicht unmittelbar in den die Außenhandelstransaktionen widerspiegelnden Zahlen zum Ausdruck kommen, ist es durchaus möglich, wesentliche Einsicht in die mit dem Ungleichgewicht zusammenhängenden Probleme zu gewinnen. BADGER fügt einen sehr wichtigen Gesichtspunkt hinzu, indem er feststellt: "Finally, it should be emphasized that the accounting balance, despite its defects, is the only available objective measure.." ¹.

§ 5: Das 'fundamentale Ungleichgewicht'

Nach Artikel IV/5 der Konvention von Bretton Woods darf ein Mitglied des IWF nur dann eine Änderung seiner vertraglich fixierten Währungsparität beantragen, wenn sie der Behebung eines fundamentalen Ungleichgewichts dient. ² Daraus geht hervor, daß der Begriff 'fundamentales Ungleichgewicht' zum Prüfstein schwerwiegender Entscheidungen werden kann. Um so erstaunlicher ist es, daß eine exakte Definition vom IWF bisher nicht gegeben wurde, obwohl kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß ein solcher Terminus ohne nähere Umschreibung Raum für sehr unterschiedliche Interpretationen bietet. ³

Gestützt auf die Deutungsversuche namhafter Wirtschaftswissenschaftler, wollen wir im folgenden prüfen, ob und inwieweit sich aus den für das fundamentale Ungleichgewicht geltenden Kriterien brauchbare Erkenntnisse hinsichtlich des uns interessierenden Zahlungsbilanzungleichgewichts gewinnen lassen.

¹ BADGER: The Balance of Payments, a. a. O., S. 156

² "A member shall not propose a change in the par value of its currency except to correct a fundamental disequilibrium." (International Monetary Fund: Articles of Agreement, Art. IV, Sect. 5)

³ Joan ROBINSON befürchtet, daß die fehlende Begriffserklärung zu willkürlicher Handhabung der Fonds-Bestimmungen führen könne: "... there is no meaning for 'equilibrium' and therefore no clear standard for 'fundamental disequilibrium'. It seems that any country which wishes to alter its exchange rate can find plenty of arguments to show that it is in fundamental disequilibrium, in one sense or another, and equally the managers of the Fund can always find plenty of arguments to show that it is not."

(ROBINSON, Joan: Exchange Equilibrium. In: *Economia Internazionale*, Vol. III, 1950, S. 400)

Einen bedeutsamen Beitrag zur Definition des fundamentalen Ungleichgewichts liefert MIKESELL, der nach seinen eigenen Angaben Zugang zu den Unterlagen des nicht veröffentlichten Teils der Vorverhandlungen von Bretton Woods hatte. Er hebt zunächst hervor, daß die Autoren der IWF-Satzung ein Ungleichgewicht in den laufenden Transaktionen der Zahlungsbilanz als Hauptkriterium des fundamentalen Ungleichgewichts angesehen hätten¹, und führt dazu weiter aus: "Properly interpreted, such an imbalance (in a member's current international accounts)² would be one which was not offset by long-term borrowings and would be accompanied by a sustained loss of international reserves or continued borrowings from the Fund or from other sources of short-term credits."³ Die angefügte Erläuterung ist sehr wichtig, denn die isolierte Betrachtung der Bilanz der laufenden Transaktionen ohne weitere Qualifizierung würde zu falschen Ergebnissen führen, weisen doch die Zahlungsbilanzen der meisten Entwicklungsländer lange Zeit hindurch Leistungsbilanzdefizite aus⁴, ohne daß deshalb von einem fundamentalen Ungleichgewicht zu sprechen wäre.

Einige Schwierigkeiten bereitet in diesem Zusammenhang noch die Frage, was unter 'international reserves' zu verstehen ist. Die Standard-Definition lautet: "Gold plus equilibrating or accommodating capital movements"⁵. Es ist sehr schwer, für den Terminus 'equilibrating capital movements' eine allgemein gültige und praktikable Formel zu finden. Man versteht darunter zwar in erster Linie langfristige Kapitalbewegungen, was aber nicht ausschließt, daß mitunter auch kurzfristige Kapitaltransfers hinzugerechnet werden, obwohl diese doch in vielen Fällen gerade die Ursache von Zahlungsbilanzungleichgewichten sind.⁶ Mit den Einzel-

¹ "From a study of the unpublished minutes of the pre-Bretton Woods negotiations, however, it is clear that the principal criterion for rate alternations in the minds of the authors of the text of the Fund agreement was the existence of a disequilibrium in the current international accounts of the member requesting a change."

(MIKESELL, Raymond F.: The Role of the International Monetary Agreements in a World of Planned Economics. In: The Journal of Political Economy, Vol. LV, 1947, S. 503, Fußnote 14)

² Vom Verfasser eingefügt

³ MIKESELL: The Role of the International Monetary Agreements, a. a. O., S. 503 f.

⁴ die im allgemeinen durch Kapitalimporte aus hochindustrialisierten Ländern ausgeglichen werden.

⁵ HABERLER: Currency Depreciation, a. a. O., S. 386

Der Begriff 'accommodating capital movements' wurde von MACHLUP geprägt. (MACHLUP: International Trade, a. a. O., S. 130)

⁶ Man denke nur an die gleichgewichtsstörenden Wirkungen des sog. 'hot money'.

heiten dieser sehr weitläufigen Problematik können wir uns hier nicht auseinandersetzen.¹

Es taucht die grundsätzliche Frage auf, ob zwischen fundamentalem Ungleichgewicht und Zahlungsbilanzungleichgewicht in jedem Fall ein direkter Zusammenhang besteht, d. h. ob nicht auch dann ein fundamentales Ungleichgewicht vorliegen kann, wenn die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht ist und umgekehrt. TRIFFIN stellt dazu fest: "... a mere balance of payments deficit is not conclusive evidence of a fundamental disequilibrium, the absence of such a deficit is not conclusive proof of a fundamental equilibrium in a country's international position."² Als Beweis zitiert er den Fall Belgiens der Jahre 1932-34. Obwohl die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht war, lag ein fundamentales Ungleichgewicht vor, was in einer drastischen Verminderung der wirtschaftlichen Aktivität und einer starken Reduzierung des Volkseinkommens zum Ausdruck kam.

Einen ähnlichen Standpunkt vertritt NURKSE. Er führt als Beispiel die Verhältnisse Großbritanniens in den Jahren 1925-30 an, die in besonders auffälliger Weise das Bestehen eines fundamentalen Ungleichgewichts demonstrierten.³ Trotzdem wies die britische Zahlungsbilanz ein annäherndes Gleichgewicht auf, welches aber nur auf Kosten einer im Vergleich zum Ausland ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit, verbunden mit entsprechend starkem Rückgang des Volkseinkommens und der Gesamtnachfrage, zustande gekommen war. Hauptursache dieser Situation war die 1925 erfolgte Aufwertung des Pfundes auf die alte Goldparität, die zu einer Überbewertung der britischen Währung führte.⁴

Will man - wie es übrigens auch HABERLER empfiehlt⁵ - bei der Begriffsbestimmung des Zahlungsbilanzungleichgewichts zusätzlich den Beschäftigungsgrad in das Kalkül einbeziehen, so ergeben sich neue Probleme,

¹ Folgende Werke beschäftigen sich ausführlich mit den aufgeworfenen Klassifikationsproblemen:

IVERSEN, Carl: *Some Aspects of the Theory of International Capital Movements*. Copenhagen 1935;

KINDLEBERGER, Charles P.: *International Short-Term Capital Movements*. New York 1937;

MACHLUP, F.: *International Trade*, a. a. O.

² TRIFFIN, Robert: *National Central Banking and the International Economy*. In: *International Monetary Policies*. *Postwar Economic Studies*, No. 7. Washington 1947, S. 76

³ Vgl. NURKSE, Ragnar: *Conditions of International Monetary Equilibrium*. In: *Essays in International Finance*, No. 4, Princeton 1945. (Reprinted in: *Readings in the Theory of International Trade*. London 1950, S. 10 f.)

⁴ Vgl. dazu PREDÖHL, Andreas: *Außenwirtschaft*. Göttingen 1949, S. 277 f.

⁵ Vgl. HABERLER: *Currency Depreciation*, a. a. O., S. 388 f.

denn es würde damit die Frage aufgeworfen, welches Maß an Arbeitslosigkeit als gerade noch zulässig betrachtet werden soll. Darüber hinaus müßte entschieden werden, ob bei ihrer Messung die gesamte Wirtschaft oder nur die Exportindustrie zu berücksichtigen ist.

Auch HANSEN¹ vertritt die Ansicht, daß die Zahlungsbilanzsituation allein kein ausreichender Gradmesser für das eventuelle Bestehen eines fundamentalen Ungleichgewichts ist. Zur Ergänzung empfiehlt er die Durchführung internationaler Vergleiche der Preis-Kosten-Strukturen, denen er eine wichtige Indikatorfunktion beimißt.

Meinungsverschiedenheiten bestehen auch hinsichtlich der Länge der Betrachtungsperiode, womit zugleich die Frage der Einbeziehung oder Ausklammerung kurzfristiger zyklischer Schwankungen aufgeworfen wird. Während TRIFFIN² dafür plädiert, die aus den "normalen" Fluktuationen auf den Weltmärkten resultierenden Einflüsse unberücksichtigt zu lassen, steht HABERLER³ auf dem Standpunkt, eine einwandfreie Trennung sei infolge der sich zwangsläufig ergebenden Überschneidungen gar nicht möglich. NURKSE⁴ empfiehlt, die Länge der betrachteten Periode so zu wählen, daß ein Durchschlagen der zyklischen Effekte und damit eine etwaige Verfälschung des Ergebnisses vermieden wird. Er vertritt darüber hinaus die Ansicht, und zwar in Übereinstimmung mit HABERLER, man solle als zusätzliches Kriterium die Höhe der vorhandenen und zum Ausgleich zyklischer Schwankungen einsetzbaren Devisenreserve in das Kalkül einbeziehen. HABERLER⁵ macht sogar den Vorschlag, der IWF solle auch dann das Bestehen eines fundamentalen Ungleichgewichts anerkennen, wenn das betreffende Land über unzureichende Währungsreserven verfügt, wobei er allerdings offen läßt, wo die Trennungslinie zwischen ausreichend und unzureichend gezogen werden soll.

POLAK⁶ ist der Meinung, das fundamentale Ungleichgewicht setze sich aus zwei Komponenten zusammen, denen man zweckmäßigerweise getrennt Aufmerksamkeit schenken sollte. Er unterscheidet ein 'Preisungleichge-

¹ Vgl. HANSEN, Alvin H.: Fundamental Disequilibrium. In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S. E. HARRIS). Cambridge (Mass.) 1948, S. 379 ff.

² Vgl. TRIFFIN: National Central Banking, a. a. O., S. 55 ff.

³ Vgl. HABERLER, Gottfried: Comments on "National Central Banking and the International Economy". In: International Monetary Policies. Postwar Economic Studies, No. 7, Washington 1947, S. 89 f.

⁴ Vgl. NURKSE: Conditions, a. a. O., S. 6

⁵ Vgl. HABERLER: Currency Depreciation, a. a. O., S. 390

⁶ Vgl. POLAK, J. J.: Exchange Depreciation and International Monetary Stability. In: Review of Economic Statistics, Vol. XXIX, 1947, S. 174

wicht', bedingt durch "a change in relative prices", und ein 'strukturelles Ungleichgewicht', ausgelöst durch "a structural change in demand or supply conditions".¹

Die wohl beste und umfassendste Definition² gibt TRIFFIN, indem er das fundamentale Ungleichgewicht umschreibt als "a maladjustment in a country's economy so grave and persistent that the restoration or maintenance of satisfactory levels of domestic activity, employment, and incomes would prove incompatible with equilibrium in the balance of payments, if not accompanied by extraordinary measures of external defense, such as a change in the exchange rates, increased tariff or exchange control protection, etc."³.

Unsere Beschäftigung mit dem fundamentalen Ungleichgewicht hat eine Reihe neuer und wichtiger Erkenntnisse vermittelt. Besonders bedeutsam erscheint uns die Tatsache, daß sich die Definitionsbemühungen keineswegs auf den von der Zahlungsbilanz her gesteckten Rahmen beschränken, obwohl es sich doch bei dem fundamentalen Ungleichgewicht in dem vom IWF gebrauchten Sinne in erster Linie um ein außenwirtschaftliches Phänomen handelt. Wie in den angeführten Beiträgen zum Ausdruck kommt, bemüht man sich - unserer Meinung nach sehr zu Recht - die gesamtwirtschaftliche Situation eines Landes zum Gegenstand der Analyse zu machen⁴

¹ POLAK: Exchange Depreciation, a.a.O., S. 174

Was POLAK unter diesen beiden Formen des Ungleichgewichts versteht, ergibt sich aus seinen weiteren Ausführungen:

"Starting from an equilibrium situation, price disequilibrium will develop when the general level of prices of a country rises in comparison with the general level of prices in all other countries." (S. 174)

"Starting again from a situation of equilibrium, a structural disequilibrium develops when international demand shifts away from certain products of a country or when that country's relative supply position of certain exportable commodities deteriorates. This development is connected with changes in production technique or consumption demand in the world." (S. 174)

² HABERLER nennt sie "a most ingenious formulation which contains, in a nutshell, all important elements of the problem". (HABERLER: Comments, a.a.O., S. 99)

³ TRIFFIN: National Central Banking, a.a.O., S. 77 f.

⁴ Das nachstehende Zitat vermittelt - zugleich stellvertretend für die Äußerungen anderer Autoren - ein treffendes Bild von der hier zur Anwendung gelangenden weiträumigen Betrachtungsweise:

"Any fundamental disequilibrium would manifest itself, not only in a deficit in the balance of payments, but also in monetary and banking statistics, price and production data, etc. Such series, as well as the course of the balance of payments, should be compared with the experience of other countries, and especially of those of similar economic structure but subject to different domestic influences and policies. Only in this manner can a proper diagnosis be arrived ..."

(TRIFFIN: National Central Banking, a.a.O., S. 76)

3. KAPITEL

DAS DOLLARPROBLEM

§ 6: Der Begriff 'Dollarlücke'

Nach Durcharbeitung der außerordentlich zahlreichen Veröffentlichungen, die sich direkt oder indirekt mit dem Problem der Dollarknappheit befassen, gelangt man zu dem unbefriedigenden Ergebnis, daß alle Versuche, aus der Mannigfaltigkeit der dargebotenen Ansichten eine allgemeingültige Definition des Begriffs Dollarlücke herauszudestillieren, zum Scheitern verurteilt sind. Übereinstimmung herrscht nur darüber, daß es sich bei der Dollarlücke um ein internationales Zahlungsbilanzungleichgewicht handelt. Dieser Tatsache wird entweder *expressis verbis* Ausdruck verliehen¹ oder doch zumindest nicht widersprochen. Das veranlaßte uns, dem Komplex des Zahlungsbilanzungleichgewichts besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Unsere im vorigen Kapitel unternommenen Interpretationsversuche erbrachten zwar eine weitgehende Klärung vieler grundsätzlicher Fragen und vertieften die Einsicht in die bestehenden Zusammenhänge, führten aber schließlich zu der Erkenntnis, daß eine allgemeinverbindliche Definition des Terminus Zahlungsbilanzungleichgewicht nicht gegeben werden kann, was angesichts der Vielschichtigkeit der Problematik auch nicht wundert.

Eine Erklärung für die bei der Umschreibung des Begriffs Dollarlücke in der Literatur zutage tretenden Divergenzen läßt sich in dem Umstand erblicken, daß Ursache und zeitliche Dauer der Dollarknappheit von den einzelnen Autoren sehr unterschiedlich beurteilt werden. Zwischen der Deutung eines Phänomens und seiner Begriffsbestimmung besteht naturgemäß immer ein enger Zusammenhang, meist in Form einer wechselseitigen Beeinflussung. So hängt die Beurteilung einer Erscheinung weitgehend von der zugrunde liegenden Definition ab; diese wiederum wird entscheidend geprägt von der Einschätzung und Bewertung des jeweiligen Sachverhalts.

Die hier angedeuteten Wechselbeziehungen und Verknüpfungen spielten auch bei der Diskussion um die Dollarlücke, die in den Nachkriegsjahren einen dominierenden Platz einnahm, eine wichtige Rolle. Infolge Fehlens einer einheitlichen Begriffsbestimmung ist viel aneinander vorbeigeredet worden, was der Durchdringung der eigentlichen Problematik nicht förderlich war.

Die in der Literatur wiedergegebenen Definitionen der Dollarlücke sind in den meisten Fällen nichts anderes als eine Zusammenfassung der aus der jeweiligen Auseinandersetzung mit dem Dollarproblem gewonnenen Ergeb-

¹ Gottfried HABERLER z. B. drückt das in seinem Aufsatz "Dollar Shortage?" (a. a. O., S. 426) sehr direkt aus: "Dollar scarcity is, thus, another word for a disequilibrium in the balance of payments. . ."

nisse. Sie versinnbildlichen zugleich den wissenschaftlichen Standort des betreffenden Autors auf dem Gebiet der Außenwirtschaft. In dieser Hinsicht lassen sich im wesentlichen drei Hauptströmungen unterscheiden, wobei die extremen Positionen durch diametral entgegengesetzte Auffassungen markiert werden: auf der einen Seite Zurückweisung aller Behauptungen von der angeblichen Existenz einer Dollarlücke, auf der anderen Seite Betonung des chronischen Charakters der Dollarknappheit. Dazwischen steht die These vom Dollarmangel als temporärer Erscheinung.

Zur erstgenannten Richtung zählen die Vertreter der sog. orthodoxen Schule, d. h. diejenigen Nationalökonomien, die an der klassischen Theorie des internationalen Handels festhalten, deren Kerngedanke ein allgemeines, sich selbst erhaltendes Gleichgewicht der internationalen Wirtschaft ist, für dessen Kontinuität die systemimmanenten Kräfte automatisch sorgen.¹

Besonders bekannt geworden ist die überspitzte Äußerung HARRODS, der seine ablehnende Haltung gegenüber dem "Gerede" über die Dollarlücke in folgende Worte kleidet: "This allegation of a 'world dollar shortage' is surely one of the most brazen pieces of collective effrontery that has ever been uttered."² Auf Grund ihrer Stellungnahmen zum Problem der Dollarknappheit weisen sich u. a. auch GRAHAM³ und ROBERTSON⁴ als Vertreter der orthodoxen Schule aus.

In scharfem Gegensatz zur völligen Negation der Dollarlücke, wie sie am deutlichsten bei HARROD zum Ausdruck kommt, steht der ausgeprägte Pessimismus BALOGHS, der neben KINDLEBERGER⁵ einer der profiliertesten Verfechter der These vom chronischen Charakter des Dollarmangels ist. Er schreibt: "The dollar problem is not of a transitory nature; nor can it be solved by 'orthodox methods' without aggravating the malaise not only of the world but even of the U. S."⁶

Eine gewisse Überraschung bereitet die Tatsache, daß sogar noch im Jahre 1957 Veröffentlichungen namhafter Wirtschaftswissenschaftler erschie-

¹ Vgl. hierzu auch KEYNES: *The Balance of Payments*, a. a. O., S. 185

² HARROD, Roy: *Are these Hardships necessary?* London 1947, S. 43

³ Vgl. GRAHAM, Frank D.: *The Cause and Cure of 'Dollar Shortage'*. (Essays in International Finance). Princeton 1949

⁴ Vgl. ROBERTSON, Denis H.: *Britain in the World Economy*. London 1954

⁵ Vgl. KINDLEBERGER, Charles P.: *Dollar Shortage*. Massachusetts, New York, London 1950

⁶ BALOGH, Thomas: *The Dollar Crisis, Causes and Cure*. London and Oxford 1950, S. XIV

nen, in denen mit Überzeugungskraft die Lehre von der chronischen Dollarlücke verbreitet wird.¹

Die Mehrzahl der sich mit dem Dollarproblem beschäftigenden Autoren vertritt den Standpunkt, daß es sich bei der Dollarknappheit um eine vorübergehende Störung handelt, wobei allerdings hinsichtlich der Ursachen die Meinungen stark voneinander abweichen.

Beim Studium der zahlreichen Stellungnahmen zum Thema Dollarlücke hat man trotz der zur Schau getragenen Festigkeit, mit der die einzelnen Autoren ihre Ansichten darlegen oder verteidigen, das Gefühl, als ob in der grundsätzlichen Beurteilung des Dollarproblems lange Zeit hindurch eine weit verbreitete Unsicherheit geherrscht habe, vor allem im Hinblick auf längerfristige Prognosen. Wie schwierig diese waren, verdeutlicht die folgende Äußerung MacDOUGALL's: "... it would require a very courageous man to forecast either chronic dollar shortage or its absence during the coming decades."²

Aus raumökonomischen Gründen müssen wir es uns versagen, die im Schrifttum vorgefundenen Definitionen des Begriffs Dollarlücke einzeln vorzuführen und gegeneinander abzuwägen. Ihre vollständige Behandlung würde ein ganzes Kapitel füllen. Dieser Verzicht erscheint uns aber vertretbar, zumal wir der Meinung sind, daß die vorwiegend sehr allgemein gehaltenen Umschreibungen keine tieferen Einsichten vermitteln und somit für den weiteren Verlauf unserer Analyse keine wesentliche Bereicherung darstellen.

Auch soll nicht der Versuch unternommen werden, die große Zahl der bereits vorhandenen Begriffsdeutungen um eine weitere zu vermehren. Wir wollen stattdessen gleich einen Schritt weitergehen und uns der statistischen Messung der Dollarlücke zuwenden, da uns eine Klärung dieses Problems besonders wichtig erscheint. Bevor nämlich kein geeigneter Maßstab zur Quantifizierung des Phänomens gefunden ist, läßt sich nicht beurteilen, wann und wie lange Dollarmangel herrscht, welches Ausmaß er hat und inwieweit von der Beendigung der abnormalen Situation gesprochen werden kann.

¹ MacDOUGALL, Donald: *The World Dollar Problem*. London, New York 1957
HARRIS, Seymour E.: *International and Interregional Economics*. New York, Toronto, London 1957
CROWTHER, Geoffrey: *Balances and Imbalances of Payments*. Boston 1957
(Vgl. dazu auch HABERLER, Gottfried: *Das Dollarproblem*. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 87, 1961, S. 172)

² MacDOUGALL, Donald: *A Lecture on the Dollar Problem*. In: *Economica*, Vol. XXI, 1954, S. 200

Bei den folgenden Erörterungen werden uns die im Zusammenhang mit der Behandlung des Zahlungsbilanzungleichgewichts gewonnenen Erkenntnisse als Plattform dienen. Zuvor aber müssen wir uns einem gesonderten Problem zuwenden, nämlich der geographischen Abgrenzung der Dollarlücke.

§ 7: Fragen der geographischen Abgrenzung

Im letzten Paragraphen hatten wir die allgemein akzeptierte Feststellung getroffen, daß es sich bei der Dollarlücke um ein internationales Zahlungsbilanzungleichgewicht handelt. Es erhebt sich nunmehr die Frage, was in diesem Zusammenhang unter "international" zu verstehen ist, d. h. ob man bei der Behandlung des Dollarproblems den gesamten Dollarraum der gesamten übrigen Welt oder nur einige Länder des Dollarraumes einer bestimmten Hemisphäre gegenüberstellen soll. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß die hier zu treffende Entscheidung für den weiteren Verlauf der Untersuchung von großer Tragweite ist. Zunächst müssen wir uns aber mit einigen Fakten vertraut machen.

Zum Dollarraum zählen entsprechend der Klassifizierung des IWF¹ folgende Länder: Neben den USA und Kanada die zentralamerikanischen Staaten Costa-Rica, Dominikanische Republik, Guatemala, Haiti, Honduras, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, El Salvador; weiter einige südamerikanische Republiken, nämlich Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela; außerdem die Philippinen.

Als Hauptkriterium der sog. Dollarländer gilt die Tatsache, daß sie ihren Zahlungsverkehr in Dollar abwickeln. Zusätzliches Unterscheidungsmerkmal ist die Handhabung des Devisenverkehrs. Es trifft zwar zu, daß der Zahlungsverkehr der Dollarländer keinen Beschränkungen unterliegt, wohingegen die südamerikanischen Nichtdollarländer² ihren Außenhandel durch Devisenbewirtschaftung regulieren. Das bedeutet nun aber nicht, daß der Handelsverkehr der Dollarländer keiner Reglementierung unterworfen wäre, denn ihre Importe werden mit Hilfe von Einfuhrkontingenten gesteuert. Bei genauerer Prüfung kommt man also zu der Feststellung, daß die Aufteilung der zwanzig lateinamerikanischen Republiken in Dollar- und Nichtdollarländer weitgehend formaler Art ist.

Dieses bis jetzt noch einigermaßen überschaubare Bild verschwimmt dadurch, daß zahlreiche Dollarländer zusätzliche bilaterale Handels- und Zahlungsabkommen abgeschlossen hatten, um so der Diskriminierung des Dollarraums, insbesondere durch Europa und Japan, entgegenzuwirken.

¹ Vgl. IMF: Balance of Payments Yearbook, Vol. 5, Febr. 1954, S. 4 und Dez. 1954, S. 4

² Es handelt sich um Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay.

Für ihre jeweiligen Vertragspartner wurden sie somit zu "Nichtdollarländern". Eine weitere Komplizierung tritt dadurch ein, daß verschiedene Nichtdollarländer bestimmte Ausfuhr Güter zeitweilig nur gegen Dollars verkauften, während einige Dollarländer große Teile ihrer Exporte auf Grund der erwähnten zweiseitigen Außenhandelsabkommen auch gegen andere Währungen abgaben.¹

Man sieht, daß der Begriff 'Dollarraum' sehr fragwürdig ist. Das wird auch vom IWF bestätigt: "The definition of the dollar area varies from country to country, depending on the payments arrangements in force between the reporting country and individual foreign countries, and the definition may change from time to time for any one country."²

Weitere, teilweise unlösbare Probleme ergeben sich hinsichtlich der zahlenmäßigen Erfassung der Außenhandels transaktionen, da die Statistiken der lateinamerikanischen Länder meist sehr mangelhaft sind. Erschwerend kommt hinzu, daß vielfach mit gespaltenen Wechselkursen operiert wird, auch seitens der Dollarländer.

Es würde sich also eine Beschränkung auf die beiden wichtigsten Länder des Dollarraums, nämlich die USA und Kanada, empfehlen. Aber auch Kanada ist ein sehr problematischer Fall, und zwar aus drei Gründen: 1. seiner Zwitterstellung wegen: Auf der einen Seite ist Kanada Mitglied des Commonwealth, andererseits besteht eine enge wirtschaftliche und währungsmäßige Bindung an die USA. Die Situation ist dergestalt, daß auf Grund der sog. Empire-Präferenzen alle Importe aus Großbritannien Vorzugszölle genossen, während die kanadischen Exporte nach Großbritannien denselben Diskriminierungen unterworfen waren wie beispielsweise die britischen Einfuhren aus den USA, da für Großbritannien Kanada ein Land des Dollarraums ist. 2. verdient die Tatsache Beachtung, daß Kanadas Zahlungsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten immer stark defizitär war, Kanada daher also selbst zu den Dollardefizitländern gehörte. 3. muß berücksichtigt werden, daß Kanada fast zwölf Jahre hindurch eine Sonderstellung einnahm, indem es als einziges Land der westlichen Welt einen frei schwankenden Wechselkurs hatte.³

Auf Grund der geschilderten Sachlage haben wir uns dafür entschieden, statt des Dollarraumes allein die USA in das Blickfeld zu rücken.

¹ Vgl. hierzu die Ausführungen von KREUTZFELDT, Hans: Der internationale Dollarkreislauf, Hamburg 1960, S. 85

² IMF: Balance of Payments Yearbook, Vol. 5, Dez. 1954, S. 14

³ Am 30. September 1950 wurde der Kurs des kanadischen Dollar freigegeben. Unter gleichzeitiger Abwertung erfolgte am 2. Mai 1962 die Rückkehr zu einem festen Umrechnungskurs.

Es erhebt sich nun die Frage nach dem Gegenspieler. Soll man den Vereinigten Staaten die gesamte restliche Welt gegenüberstellen oder nur einen Teil derselben, z.B. Westeuropa? Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es zweckmäßig ist, zweigleisig vorzugehen, d.h. die Entwicklung der Außenhandelsituation sowohl zwischen den USA und der übrigen Welt als auch zwischen den USA und Westeuropa¹ zu analysieren. Wie sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit zeigen wird, lassen sich verschiedene "Arten" der Dollarlücke unterscheiden. Wir werden z.B. sehen, daß das Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den USA und der übrigen Welt einen anderen Charakter hat als dasjenige zwischen den USA und Westeuropa. Dieses hier bereits vorweggenommene Teilergebnis unserer Untersuchung halten wir deshalb für sehr bedeutsam, weil es ein wesentlich besseres Verstehen der vielschichtigen Problematik ermöglicht. Der Weg dorthin ist aber nur dann offen, wenn man sich zu dem erwähnten zweigleisigen Vorgehen entschließt.

Die oben getroffene Entscheidung gestattet es uns, die Dollarlücke nunmehr präziser zu definieren, und zwar als Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den USA und der übrigen Welt bzw. Westeuropa, oder, was dasselbe ist, als defizitäre Zahlungsbilanzsituation der restlichen Welt bzw. Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten. Zweckmäßig ist, das Dollardefizit der Welt gegenüber den USA als 'weltweite Dollarlücke', dasjenige Westeuropas gegenüber den USA als 'westeuropäische Dollarlücke' zu bezeichnen.

Es trifft zwar zu, daß das Dollarproblem erst nach dem zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Diskussionen rückte. Wenn man von Dollarknappheit sprach, dann meinte man in erster Linie das Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den USA und Westeuropa. Trotzdem sollte man nicht übersehen, daß die Dollarlücke kein neues Phänomen ist, sondern bereits eine lange Geschichte hat, denn zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt bestand schon seit dem ersten Weltkrieg ein Zahlungsbilanzungleichgewicht.²

Für die Unzweckmäßigkeit einer Beschränkung der Außenhandelsanalyse auf die Gebiete USA - Westeuropa läßt sich ein weiterer Grund anführen, nämlich der Umstand, daß die zur Klärung bestimmter Probleme benötig-

¹ In den Regional-Zahlungsbilanzen des Department of Commerce werden unter der Bezeichnung 'Westeuropa' bis einschl. 1951 nur die OEEC-Länder geführt. (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei); ab 1952 außerdem Finnland, Jugoslawien und Spanien.

² Vgl. Bericht der ECA-Handelskommission (vorgelegt von der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Washington 1949, S. 8

ten statistischen Unterlagen in der Relation USA - Westeuropa nicht zur Verfügung stehen. Erklärlicherweise sind die amerikanischen Standard-Zahlungsbilanzen, in denen die Außenhandelstransaktionen der USA mit der gesamten übrigen Welt verzeichnet sind, stärker detailliert und bedeutend ausführlicher als die Regional-Zahlungsbilanzen. So lassen sich z.B. die im nächsten Abschnitt folgenden Untersuchungen über die verschiedenen Methoden der statistischen Messung des Dollarmangels in der Gegenüberstellung USA - Westeuropa nicht durchführen, weil hierfür das notwendige Zahlenmaterial fehlt. Auch müßte man auf alle Vergleiche mit den zwanziger und dreißiger Jahren verzichten, da für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen keine Zahlungsbilanzen USA - Westeuropa verfügbar sind.

Zu der oben dargelegten geographischen Abgrenzung muß kritisch angemerkt werden, daß sich einige Nachteile bei der Analyse des Dollarproblems nicht vermeiden lassen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß der abgesteckte Rahmen immer noch zu eng ist. Diesen Mangel vermag auch das geplante zweigleisige Vorgehen nicht vollständig zu beheben. Man muß sich darüber im klaren sein, daß mit einer Untersuchung der Außenhandelsentwicklung zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa die Hintergründe der westeuropäischen Dollarlücke nicht völlig ausgeleuchtet werden können, da eine solche "bilaterale" Betrachtung den sog. Dreieckshandel unberücksichtigt läßt.¹ Es wäre sicherlich nicht unwichtig festzustellen, ob und in welchem Umfang Westeuropa imstande war, sein Dollardefizit gegenüber den USA durch Dollareinnahmen aus Außenhandelsüberschüssen mit dritten Ländern zu kompensieren. Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es aber einer wesentlichen Verfeinerung der Außenhandelsstatistik. Erforderlich wären gesonderte "DollARBilanzen" für Westeuropa, aus denen die Dollareinnahmen aus dem Außenhandelsaldo mit der übrigen Welt (außer den USA) abgelesen werden könnten. Da derartige Unterlagen fehlen, muß auf eine Klärung dieses Teilaspektes verzichtet werden.

§ 8: Die statistische Messung der Dollarlücke

Nach Erarbeitung der notwendigen Grundlagen sind wir nunmehr in der Lage, uns der statistischen Messung der Dollarlücke zuzuwenden. Entsprechend unserer Definition (vgl. § 7, S. 42) findet die Dollarlücke² ihren

¹ Die Dollareinnahmen Westeuropas stammen nicht allein aus den Wirtschaftsbeziehungen mit den USA, sondern auch aus Transaktionen mit der übrigen Welt. So verwenden z.B. wenig industrialisierte Länder einen Teil ihrer Dollarerlöse aus Rohstoffexporten an die USA zum Ankauf von Investitionsgütern aus Westeuropa.

² Da die Statistiken über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa für den vorgesehenen Zweck nicht ausreichen, müssen wir im folgenden vorwiegend die 'weltweite Dollarlücke' zugrunde legen. Vgl. im übrigen die dazu in § 7 gemachten Ausführungen.

Ausdruck in einem Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den USA und der übrigen Welt (bzw. Westeuropa) in Form eines Zahlungsbilanzüberschusses der Vereinigten Staaten.

Um eine Vorstellung von der Größenordnung der Dollarlücke zu bekommen, ist es erforderlich, den amerikanischen Zahlungsbilanzüberschuß ziffernmäßig zu konkretisieren. Als Arbeitsunterlage dienen uns die vom Department of Commerce herausgegebenen Zahlungsbilanzen der USA.¹

Bei der Suche nach einer geeigneten Methode zur statistischen Messung des Zahlungsbilanzüberschusses (oder -defizits) werden wir in der Weise vorgehen, daß wir verschiedene aus amerikanischen Regierungsveröffentlichungen entnommene Verfahren darstellen und gegeneinander abwägen, wobei derjenigen Methode der Vorzug gebührt, die dem Charakter des Dollarproblems am besten Rechnung trägt.

Methode I

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bediente sich das amerikanische Handelsministerium zur Ermittlung des Zahlungsbilanzüberschusses bzw. -defizits der USA einer für heutige Begriffe ziemlich rudimentären Verfahrensweise, die in der Addition der Salden der Goldbewegungen und kurzfristigen Kapitaltransfers sowie der als Rest errechneten 'statistischen Fehler und Auslassungen'² bestand.³ Wie Tabelle 1 (Anhang S.132) zeigt, ergibt sich für die Zeit von 1919 bis 1939 mit Ausnahme der Jahre 1922, 1926 und 1927, stets ein Dollardefizit der restlichen Welt gegenüber den Vereinigten Staaten, welches in dem gesamten zwanzigjährigen Zeitraum knapp 10 Mrd. \$ ausmachte.⁴

Dieses Resultat war für viele Experten sowohl Ausgangspunkt als auch Bestätigung ihrer These von der Existenz einer weltweiten chronischen Dollarlücke. (Vgl. § 6) Wendet man aber die gleiche Methode auf die Nachkriegsjahre an, so zeigt sich, daß nur in 1946 und 1947 sowie in 1957 eine Dollarlücke bestanden hat⁵, woraus hervorgeht, daß dieses Verfahren für die obige These keine Beweiskraft besitzt. Entweder wurde die "Umkehrprobe" nicht vorgenommen oder ihr Ergebnis ignoriert.

¹ Veröffentlicht im Survey of Current Business

² Im Originaltext 'unexplained items' bzw. 'errors and omissions' genannt.

³ Vgl. U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a.a.O., Table II

⁴ Errechnet unter Saldierung mit den Überschüssen in den Jahren 1922, 1926 und 1927

⁵ Vgl. Tabelle 2, Anhang, S. 133. Bemerkenswert ist, daß bereits für 1950 ein Dollarüberschuß der übrigen Welt in Höhe von fast 2 1/2 Mrd. \$ ausgewiesen wird.

Die geschilderte Methode ist für unsere Zwecke ungeeignet, da sie, besonders für die ersten Nachkriegsjahre, ein Bild zeichnet, welches im krassen Gegensatz zur Realität steht. Wir wollen daher auf eine ausführliche Stellungnahme verzichten¹ und nur einige grundsätzliche Einwendungen vorbringen.

Die Hinzurechnung der gesamten 'Fehler und Auslassungen' (Spalte 3 der Tab. 1 und 2) - der wohl strittigste Posten jeder Zahlungsbilanz² - ist nur dann gerechtfertigt, wenn es sich dabei ausschließlich um nicht registrierte kurzfristige Kapitalbewegungen handelte. Da aber die genannte Rubrik in Wirklichkeit die statistischen Ermittlungsfehler und Auslassungen sämtlicher Einzelposten der Zahlungsbilanz erfaßt, wird das Endergebnis zwangsläufig verfälscht.

Nicht weniger bedenklich ist es, die gesamten kurzfristigen Kapitalbewegungen als 'induziert' zu betrachten, denn nur diese können auf Grund des ihnen (definitionsgemäß) zugeschriebenen Ausgleichscharakters zur Ungleichgewichtsbestimmung herangezogen werden. Auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten, die bei der Unterscheidung zwischen autonomen und induzierten Transaktionen entstehen, haben wir bereits hingewiesen (vgl. § 3). Dessenungeachtet läßt sich mit Hilfe einer einfachen Faustregel annähernd feststellen, ob die (Netto-)Kapitaltransfers autonomer oder induzierter Art sind, und zwar durch einen Vergleich der Vorzeichen der Salden der Gold- und Kapitalbewegungen. Liegt Übereinstimmung vor, dann spricht zumindest der Anschein dafür, daß es sich um induzierte (ausgleichende) Kapitalbewegungen handelt, denn in diesem Fall unterstützen die Kapitalströme den Ausgleichseffekt der Goldbewegungen. Umgekehrt kann die Verschiedenheit der Vorzeichen als Indiz dafür gewertet werden, daß die Kapitalbewegungen autonomer Natur sind.

Ein gutes Demonstrationsbeispiel bietet die Zeit von 1934 - 1939. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, weist das Goldkonto durchweg ein Minuszeichen auf, was einem (Netto-)Goldexport des Auslands nach den Vereinigten Staaten entspricht. Dagegen sind die Salden der Kapitalbewegungen mit einem Pluszeichen versehen, d. h. es findet gleichzeitig ein Kapitalexport nach den USA statt.³ Den zum Ausgleich des Dollardefizits dienenden Goldbewegungen laufen also Kapitalströme parallel, die in ihrer Wirkung dem Kompensationseffekt des Goldes entgegengesetzt sind. Es kann sich hierbei also nur um autonome Kapitalbewegungen handeln. Ihre Heranziehung bei der Ermittlung des Dollardefizits ist nicht korrekt.

1 Es sei auf die ausführliche Kritik HABERLERS verwiesen. (HABERLER: Dollar Shortage? a. a. O., S. 429 f.)

2 Auf die damit zusammenhängende Problematik wurde bereits im § 2 hingewiesen.

3 Es handelt sich hier vornehmlich um die mit der Hitlerherrschaft einsetzende Kapitalflucht aus Europa. Alle zu dem Bereich des 'hot money' zählenden Kapitalströme haben aber autonomen Charakter, da sie nicht aus Grün-

Methode II

Die offiziellen Verlautbarungen der amerikanischen Regierung der letzten Zeit stützen sich auf das in Tabelle 3 (Anhang, S.134) wiedergegebene Verfahren zur Bestimmung des Zahlungsbilanzdefizits der USA.¹ Danach erfolgt die Messung durch Addition folgender Zahlungsbilanzposten: Veränderungen des Goldbestandes (einschließlich frei konvertierbarer Währungen) plus Veränderung der sog. liquiden Verbindlichkeiten der USA gegenüber dem Ausland.² Letztere setzen sich zusammen aus den kurzfristigen Verbindlichkeiten und den ausländischen Guthaben in Form von U.S. Regierungs-Obligationen.³

Es drängt sich sofort die Frage auf, warum neben den Verbindlichkeiten nicht auch die Forderungen der USA gegenüber dem Ausland Berücksichtigung finden.⁴ Die Inkonsequenz des amerikanischen Vorgehens, d.h. die Vernachlässigung der Forderungsveränderungen, wird verständlich, wenn man bedenkt, welche Rolle das Motiv der Golddeckung in den USA spielt. Auf Grund der für den U.S. Dollar bestehenden Goldeinlöschungspflicht stellen alle liquiden Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland potentielle Forderungen auf den 'gold stock' der Vereinigten Staaten dar, da jederzeit

Fortsetzung Fußnote 3 von Vorseite

den des Zahlungsbilanzausgleichs erfolgen, sondern im Gegenteil eher ungleichgewichtsfördernd wirken.

¹ Dies geht z.B. hervor aus den Zahlungsbilanzen des Department of Commerce für 1959 und 1960 (Survey of Current Business, Juni 1961, S. 12), dem 'Economic Report of the President', der zu Anfang jeden Jahres dem amerikanischen Kongreß zugeleitet wird, sowie dem 'Annual Report of the Council of Economic Advisers', Die "amtliche" Definition des Zahlungsbilanzdefizits ist nicht unbestritten. Sie wird z.B. von GARDNER (Deputy Director of the Research and Statistics Department) heftig kritisiert. (GARDNER: An Exchange-Market Analysis, a.a.O., S. 195 ff.)

LEDERER dagegen (Chief of the Balance of Payments Division) verteidigt sie. (LEDERER, Walther: The Balance of United States Payments: A Statement of the Problem. In: The Dollar in Crisis (ed. by S. E. HARRIS). New York 1961, S. 114 ff.)

² Vgl. auch U.S. Department of Commerce: Survey of Current Business, Juni 1961, S. 9

³ 'U.S. Government securities' bzw. 'U.S. Government bonds and notes'

⁴ Zum Vergleich sei auf die Verfahrensweise der Deutschen Bundesbank hingewiesen, die das Gesamtdefizit bzw. den Gesamtüberschuß der Zahlungsbilanz aus der Veränderung des Goldbestandes plus dem Saldo aus der Veränderung von Verpflichtungen und Forderungen gegenüber dem Ausland ermittelt. (Vgl. die Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank.)

damit gerechnet werden muß, daß ein Teil der liquiden Forderungen gegenüber den USA in Gold konvertiert wird. Die Entscheidung darüber liegt außerhalb des Machtbereichs der Vereinigten Staaten. Hinzu kommt die in vielen amerikanischen Kreisen gehegte Furcht, der mit der Abnahme der Goldreserven einhergehende Vertrauensschwund gegenüber dem Dollar könnte die ausländischen Gläubiger zum Abbau ihrer liquiden Forderungen und zu einer Flucht ins Gold veranlassen, was im Falle einer lawinenartigen Entwicklung eine allgemeine Währungskrise heraufbeschwören würde.

Trotz der zweifellos großen Bedeutung dieser Zusammenhänge wirkt es befremdlich, daß die sog. 'reserve ratio' zur Beurteilungsgrundlage der Zahlungsbilanzsituation gemacht wird. Offenbar werden dabei zwei Sphären miteinander verquickt, die einer getrennten Betrachtung bedürfen. Hinzu kommt, daß mit der Registrierung der Veränderung der Goldreserven und der liquiden Verbindlichkeiten die Deckungsfrage nicht zu beantworten ist. Nur ein Vergleich des jeweiligen Goldbestandes der USA mit der Höhe der insgesamt bestehenden liquiden Verbindlichkeiten könnte den gewünschten Maßstab schaffen.

Die einseitige Betrachtungsweise ist der Grund dafür, daß Methode II als für unsere Zwecke unbrauchbar abgelehnt werden muß. Dies wird auch vom Ergebnis her bestätigt. Tabelle 3 zeigt ab 1950, mit Ausnahme des Jahres 1957, fortlaufend einen Dollarüberschuß des Auslands, was jedoch den wahren Verhältnissen nicht entspricht.¹ Noch deutlicher wird die Widersprüchlichkeit bei der Betrachtung der Tabelle 4 (Anhang, S.135). Danach hat in der Dekade 1950 - 1960² nur im Jahre 1951 eine Dollarlücke Westeuropas bestanden, während in allen übrigen Jahren Dollarüberschüsse, teilweise erheblichen Umfangs, ausgewiesen werden. Dieses Ergebnis spricht für sich.

Methode III

Die im Jahre 1954 erschienene Sonderausgabe des Survey of Current Business³ enthält vierjährige Zusammenfassungen der amerikanischen Zahlungsbilanz⁴ in Form graphischer Darstellungen, aus denen ein weiteres Verfahren zur Messung der Dollarlücke ersichtlich wird. Nach der dort

¹ Auch HABERLER macht auf das Kuriosum aufmerksam, daß jahrelang von Dollarknappheit, ja sogar von einer chronischen Dollarlücke die Rede war, während die amerikanische Zahlungsbilanz Defizite ausweist. (HABERLER: Das Dollarproblem, a. a. O., S. 172)

² Die für 1946 - 1949 benötigten Zahlen sind teilweise nicht verfügbar, so daß Tabelle 4 erst mit dem Jahre 1950 beginnt.

³ U.S. Department of Commerce: The Balance of Payments of the United States 1919 - 1953 (A Supplement to the Survey of Current Business). Washington 1949, S. II und S. 3

⁴ Für die beiden Zeiträume 1946-49 und 1950-53

demonstrierten Methode haben wir die in Tabelle 5 (Anhang, S. 136) gezeigte statistische Übersicht aufgebaut. Die Außenhandelstransaktionen der USA werden in den beiden Gruppen 'Dollarverbrauch des Auslands' und 'Dollarerwerb des Auslands' zusammengefaßt. Der sich aus der Gegenüberstellung beider Gruppen ergebende Saldo weist die Größe des Dollardefizits bzw. -überschusses der Welt gegenüber den Vereinigten Staaten aus.¹ Analog der Struktur des angewandten Verfahrens entspricht dieser Saldo zahlenmäßig der Summe aus Goldbewegungen plus Veränderung der ausländischen Kapitalanlagen in den USA.²

Es handelt sich hier um ein ziemlich rudimentäres Globalkonzept, welches zwar die rechnerische Ermittlung des Umfangs der Dollarströme (USA → Ausland und Ausland → USA) gestattet, aber den Nachteil hat, die aus dem unterschiedlichen Charakter der einzelnen Zahlungsbilanzposten resultierenden Komponenten unberücksichtigt zu lassen, ohne die eine zuverlässige Beurteilung des Dollarproblems aber nicht möglich ist. Diese jeglicher Differenzierung entbehrende Methode vermag einer so komplexen Materie, wie sie die Dollarlücke darstellt, nicht gerecht zu werden. Das in Tabelle 5 zum Ausdruck kommende Ergebnis bestätigt die Richtigkeit unserer Ansicht, denn im Jahre 1949 war die Dollarknappheit noch nicht beendet.

Methode IV

Die statistische Übersicht der Tabelle 6 (Anhang, S. 137) entspricht in ihren Grundzügen dem im 'Randall-Report'³ wiedergegebene Schema. Mit Tabelle 5 besteht insofern eine gewisse Übereinstimmung, als wiederum die Bildung und Gegenüberstellung zweier Gruppen erfolgt, die zwar dieselben Überschriften tragen, inhaltlich aber völlig anders strukturiert sind.

Dem sich aus dem Leistungsbilanzüberschuß der USA (zuzüglich statistischer Fehler und Auslassungen) ergebenden 'Dollarverbrauch des Auslands' stehen als 'Dollarerwerb des Auslands' die privaten einseitigen Transfers und die Bewegungen langfristigen Privatkapitals der USA gegenüber,

¹ Dollarverbrauch größer als Dollarerwerb ergibt negativen Saldo (Dollardefizit des Auslands); Dollarerwerb größer als Dollarverbrauch ergibt positiven Saldo (Dollarüberschuß des Auslands).

² Ein Dollardefizit des Auslands löst Goldbewegungen Ausland → USA und/oder Abbau der ausländischen Kapitalanlagen in den USA aus. Umgekehrt führt ein Dollarüberschuß des Auslands zu Goldbewegungen USA → Ausland und/oder Zunahme der ausländischen Kapitalanlagen in den USA.

³ Vgl. U. S. Commission on Foreign Economic Policy; Report to the President and the Congress ("Randall-Report"). Washington 1954, Kap. I

die aber - wie aus der Tabelle hervorgeht - in dem gesamten Zeitraum (1946 - 1960) nicht ausreichten, den 'Dollarverbrauch' zu kompensieren, so daß Jahr für Jahr eine Dollarlücke der Welt gegenüber den USA ausgewiesen wird.

Das Besondere dieser Methode besteht darin, daß nur die amerikanischen Privatkapitalströme als "reguläre" Dollarquelle angesehen werden, wobei sogar die kurzfristigen privaten Kapitalbewegungen ausgeklammert bleiben. Den Autoren dieses Verfahrens ging es offenbar um eine klare Aussonderung aller nicht autonomen Kapitalbewegungen, wobei sie allerdings den Kreis übermäßig eng zogen. So läßt sich z. B. für die Eliminierung des kurzfristigen Privatkapitals keine plausible Erklärung finden. Selbst der IWF ließ in seinem auf strengen Maßstäben beruhenden Konzept der 'staatlichen Ausgleichsfinanzierung' den gesamten privaten Bereich beiseite und bestätigte damit den autonomen Charakter der gesamten privaten Kapitalbewegungen. (Vgl. § 4, S. 25)

Auch die Ausklammerung der Pensionszahlungen aus der Gruppe 'Dollarerwerb' ist unkorrekt. Die Tatsache, daß es sich dabei nur um relativ geringfügige Beträge handelt, stellt keinen Entschuldigungsgrund dar.

Besondere Beachtung verdient die Art der Ermittlung des Leistungsbilanzsaldos. Von großer Bedeutung ist, daß die unentgeltlichen Lieferungen militärischer Güter und Ausrüstungen¹ in die Gesamtexporte der USA einbezogen worden sind, wodurch der Leistungsbilanzsaldo erheblich verfälscht wird, zumal es sich von 1951 ab um beachtliche Beträge handelt². Der in Tabelle 6 ausgewiesene Leistungsbilanzüberschuß der USA ist dadurch z. T. stark überhöht. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß die grundsätzliche Frage, ob bei der Messung der Dollarlücke der militärische Bereich ausgeklammert oder einbezogen werden soll, an dieser Stelle noch gar nicht berührt wird, da es sich, wie erwähnt, um unentgeltliche Sachlieferungen der Vereinigten Staaten handelt.

Sinn und Zweck der hier vorgeführten Methode ist die Quantifizierung der Dollarströme. Da unentgeltliche Exporte aber keine monetären Reaktionen auslösen, müssen sie außer Ansatz bleiben, denn eine Beeinflussung der

¹ Der betreffende Zahlungsbilanzposten trägt die Bezeichnung 'Military transfers under aid programs' bzw. 'Military transfers under grants'. (Vgl. dazu auch § 2 sowie Anhang, S.130)

² Diese schwanken zwischen 1,5 Mrd. und 4,2 Mrd. \$.

Dollarströme findet nicht statt.¹ Der in Tabelle 6 ausgewiesene 'Dollarverbrauch' entspricht also nicht der Realität.

Obwohl noch weitere Einwendungen zu erheben wären, wollen wir es mit der vorgebrachten Kritik bewenden lassen, die bereits zu erkennen gibt, daß Methode IV zur Messung der Dollarlücke nicht geeignet ist.

Methode V

Die Tabellen 7 (Anhang, S. 138) und 8 (Anhang, S. 139) basieren auf den im 'Balance of Payments Yearbook' (Vol. 4, 1950-51, S. 22 und 271) veröffentlichten analytischen Zahlungsbilanzen, deren Ursprung das vom IWF entwickelte neuartige Verfahren zur Bestimmung des Zahlungsbilanzungleichgewichts ist. Wir haben uns damit bereits ausführlich beschäftigt (vgl. § 4), so daß es einer weiteren Erläuterung nicht mehr bedarf.

Die aus dem vom IWF erarbeiteten Konzept der 'staatlichen Ausgleichsfinanzierung' hergeleitete Definition des Zahlungsbilanzungleichgewichts ist in ihrer Art konkurrenzlos, da sie nicht nur eine überdurchschnittlich ausgefeilte Lösung bringt, sondern auch noch den Vorteil praktischer Anwendbarkeit bietet, wovon man sich an Hand der analytischen Zahlungsbilanzen überzeugen kann. Um so bedauerlicher ist es, daß diese Form der Zahlungsbilanzdarstellung nur für die Zeit von 1946 bis 1951 existiert.² Auf weitere Veröffentlichungen hat der IWF verzichtet. Die dafür gegebene Begründung³ vermag nicht zu überzeugen, zumal kein anderes brauchbares Konzept vorhanden ist, auf welches ersatzweise zurückgegriffen werden könnte.

¹ Nur auf dem Papier, d. h. in der Zahlungsbilanz sieht es so aus, als ob ein Güter- und ein Geldstrom bestehe. Dieser Eindruck basiert auf dem für die Zahlungsbilanz geltenden Prinzip der doppelten Buchführung. Dem Posten 'Military transfers under aid programs' ist daher als Gegenbuchung der Posten 'Unilateral transfers; Military supplies and services' zugeordnet. (Vgl. Zahlungsbilanzgliederung des Department of Commerce (Zeilen 2 und 27), Anhang, S. 130 f.). In den vom IWF herausgegebenen Zahlungsbilanzen werden die unentgeltlichen militärischen Lieferungen nicht aufgeführt. (Vgl. Anhang, S. 128 f.)

² Regionalbilanzen USA-Westeuropa liegen sogar nur für den Zeitraum 1949-51 vor, und zwar lediglich mit stark abgerundeten Werten.

³ "In borderline cases, however, the application of the concept of compensatory financing to official grants and credits involved a considerable element of subjective judgment. In order to diminish the area of subjective judgment as far as possible, the analysis in this Yearbook omit entirely the general headings 'surplus or deficit' and 'compensatory financing'." (IMF: Balance of Payments Yearbook, Vol. 5, a. a. O., S. II)

Eine eigenhändige Fortführung dieser Zahlungsbilanzdarstellung ist nicht möglich, weil das dafür notwendige Zahlenmaterial nicht zur Verfügung steht. Alle Versuche, die erforderlichen Werte aus den Standardzahlungsbilanzen abzuleiten, scheitern an der ungenügenden Aufgliederung der einzelnen Zahlungsbilanzposten.

Nach Methode V wird das Zahlungsbilanzdefizit der restlichen Welt (bzw. Westeuropas) ermittelt aus dem Saldo der autonomen Transaktionen (Zeile 8, Tabellen 7 und 8) oder - was das gleiche ist - aus dem Gesamtbetrag der 'staatlichen Ausgleichsfinanzierung'.¹ Die von uns in den Tabellen 7 und 8 vorgenommene Gruppierung hat lediglich den Zweck, die gegenläufigen "Dollarströme" zu versinnbildlichen.²

Als problematisch erweist sich die Behandlung der 'statistischen Fehler und Auslassungen'. Ihre vollständige Eingliederung in den Kreis der autonomen Transaktionen ist insofern bedenklich, als es sich - wie bereits erwähnt (vgl. § 2) - um einen Sammelposten handelt, der die statistischen Ermittlungsfehler sämtlicher Zahlungsbilanzposten aufnimmt, auch solcher nicht autonomen Charakters.

Ein weiterer Einwand richtet sich gegen die Hinzurechnung der unentgeltlichen Lieferungen militärischer Ausrüstungsgüter in die Exporte der Vereinigten Staaten während der Jahre 1950 und 1951, wodurch der Leistungsbilanzsaldo USA-Westeuropa zu hoch ausgewiesen wird (vgl. Tab. 8, Zeile 1). Die dadurch entstehende Verfälschung wirkt sich zwar nicht in vollem Umfang auf den letztlich allein interessierenden Saldo (Zeile 8) aus, da durch gleichzeitige Erhöhung des Postens 'Special Official Financing' (Zeile 6) teilweise eine Neutralisierung erfolgt.³ Bestehen bleibt die Tatsache, daß die Wertangaben für die westeuropäische Dollarlücke in den Jahren 1950 und 1951 fehlerhaft sind.

Ergebnis

Bei unserer Suche nach einem brauchbaren Maßstab zur Quantifizierung des Dollardefizits hat sich gezeigt, daß die meisten herkömmlichen Verfahren für eine exakte statistische Messung der Dollarlücke ungeeignet

¹ Die 'staatliche Ausgleichsfinanzierung' entspricht definitionsgemäß dem Saldo der autonomen Transaktionen.

² Dabei entspricht Zeile 3 dem "Dollarstrom" Ausland → USA, Zeile 7 USA → Ausland.

³ Die unentgeltlichen Lieferungen militärischer Güter betrugen im Jahre 1950 rd. 0,5 Mrd. \$, 1951 rd. 1,1 Mrd. \$. Um diese Beträge differiert der Leistungsbilanzsaldo (Zeile 1). Die in Zeile 6 unter 'Special Official Financing' verzeichneten Werte (0,3 und 1,0 Mrd. \$) reichen nicht aus, die oben genannte Differenz bei der Saldierung voll zu neutralisieren.

sind. Allein Methode V vermag, von gewissen Mängeln abgesehen, zu überzeugen. Da aber die als Grundlage dienenden analytischen Zahlungsbilanzen nur für einen sehr beschränkten Zeitraum zur Verfügung stehen, kann insgesamt gesehen von einer Lösung des Problems nicht gesprochen werden.

Unsere bisherigen Bemühungen führten dazu, daß zuverlässige Zahlen über das Ausmaß der weltweiten Dollarlücke nur für die Zeit von 1946 bis 1951 genannt werden können (vgl. Tab. 7, Anhang, S. 138). Im Falle der westeuropäischen Dollarlücke besitzen wir lediglich für das Jahr 1949 eine hinreichend genaue Größenvorstellung (vgl. Tab. 8, Anhang, S.139).

Aile von uns angestellten Versuche, die überlieferten Verfahren zu perfektionieren oder eine eigene Methode zu entwickeln, welche eine einwandfreie statistische Messung der Dollarlücke für den gesamten unserer Analyse zugrunde liegenden Zeitraum (1919 - 1958) gewährleistet, scheiterten an der Unzulänglichkeit der vorliegenden Zahlungsbilanzstatistiken.

Ein Problem besonderer Art, das bei der Messung der Dollarlücke auftritt, stellt sich in der Frage, ob die Militärausgaben¹ einbezogen oder ausgeklammert werden sollen. Diese werden bekanntlich in der Zahlungsbilanz als Einfuhr ausländischer (staatlicher) Dienstleistungen verbucht (vgl. § 2), woraus sich entsprechende Auswirkungen auf den Leistungsbilanzsaldo ergeben. Eine Eliminierung der Militärausgaben, bei denen es sich, jedenfalls auf amerikanischer Seite, um erhebliche Beträge² handelt, würde die statistisch ermittelte Größe der Dollarlücke entsprechend erhöhen.³

¹ Diese sind nicht identisch mit den früher erörterten unentgeltlichen Lieferungen militärischer Ausrüstungen seitens der USA. Es handelt sich vielmehr um die in Zeile 9 und 19 der Zahlungsbilanzgliederung des 'Department of Commerce' (Anhang, S.130) aufgeführten Posten 'Military transactions' und 'Military expenditures', von denen der letztere größenordnungsmäßig die Hauptrolle spielt.

² Die Militärausgaben der USA betrugen 1946 rd. 1/2 Mrd. \$, stiegen dann weiter an und erreichten ihr Maximum in 1958 mit rd. 3 1/2 Mrd. \$. Die vom Ausland an die Vereinigten Staaten erfolgten Zahlungen für 'militärische Transaktionen' fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Sie schwankten während der Jahre 1953-60 zwischen 158 und 372 Mio. \$. (Erstmalige Notierung in der Zahlungsbilanz von 1953.) Der Gesamtbetrag der amerikanischen Militärausgaben für die Zeit von 1946 bis 1960 belief sich auf rd. 30 Mrd. \$. Die Einnahmen der USA aus militärischen Transaktionen betrugen während des gleichen Zeitraums rd. 2 Mrd. \$.

³ Für 1951 z. B. ergäbe sich (nach Methode V) ohne Militärausgaben eine um 42 v. H. höhere Dollarlücke (4,308 Mio. \$ statt 3,038 Mio \$).

Die Frage der Behandlung der Militärausgaben führt zu einer Überlegung grundsätzlicher Art: Soll man bei der Untersuchung ökonomischer Probleme den politisch-militärischen Sektor berücksichtigen oder nicht? Im Rahmen unserer Arbeit müßte geprüft werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Begriff 'Dollarlücke' enger zu fassen, d.h. nur die 'kommerzielle Dollarlücke' zum Gegenstand der Analyse zu machen. Um hierauf eine Antwort geben zu können, ist eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge erforderlich, was eine Vertiefung der behandelten Materie verlangt. Wir können diese Frage daher erst in einem späteren Abschnitt endgültig beantworten.

Soviel kann aber schon jetzt gesagt werden: Eine Beschränkung auf die ökonomisch motivierten Transaktionen hätte nicht nur eine Ausklammerung der Militärausgaben zur Folge, sondern würde auch eine Differenzierung der amerikanischen Wirtschaftshilfe erforderlich machen, denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der amerikanischen Schenkungen und Kreditgewährungen aus politischen Gründen erfolgte. Eine solche Aufspaltung muß - ungeachtet der grundsätzlichen Abgrenzungsschwierigkeiten - solange illusorisch bleiben, als die hierfür benötigten statistischen Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. Man wird auch kaum erwarten können, daß eine Regierung bereit ist, über die Beweggründe ihrer Auslandshilfe Angaben zu machen.

Der mögliche Einwand, eine isolierte Betrachtung der Militärausgaben sowie der politisch motivierten Wirtschaftshilfe habe im Grunde genommen nur akademischen Wert, da die Industriekernländer infolge ihrer entwicklungsbedingten permanenten Überschüsse in jedem Falle gezwungen seien, Kapitalexport zu treiben, und es sich daher letzten Endes nur um die Frage der Etikettierung (dieser Kapitalströme) handle, ist nicht stichhaltig. Zunächst einmal muß darauf hingewiesen werden, daß die "normalen" Kapitalströme vom Kern zum Rand fließen¹, d.h. von den hochindustrialisierten Staaten zu den sog. Entwicklungsländern. Dieses Bild paßt aber nicht in den Rahmen der westeuropäischen Dollarlücke, da wir es im Falle Westeuropas gleichfalls mit einem Industriekern zu tun haben. Wollte man also beispielsweise die Militärausgaben der USA in Westeuropa als eine Form der Kapitalhilfe auffassen, so hieße das, hinsichtlich der Richtung der Kapitalströme eine These aufzustellen, die allen bisherigen Erfahrungen zuwiderläuft. Außerdem wird verkannt, daß Kapitalhilfe anders definiert ist und anderen Regeln gehorcht als Devisenhilfe.²

¹ Z. B. von den Vereinigten Staaten nach Südamerika

² Mit dieser Problematik werden wir uns im weiteren Verlauf unserer Untersuchung noch beschäftigen. (Vgl. § 15 und § 18)

Ein weiterer Gesichtspunkt sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Nicht ökonomisch motivierte Transaktionen, wie z.B. die Militärausgaben, können sehr bedeutsame ökonomische Auswirkungen haben. So beeinflussen z.B. die 'Offshore-Käufe'¹ die Produktionsstruktur eines Landes, wenn sie zu einer Erweiterung der Industriegütererzeugung (durch Herstellung militärischer Ausrüstung) führen. Die privaten Ausgaben der Stationierungstreitkräfte vermögen anregend auf die Konsumgüterindustrie der betreffenden Länder zu wirken. Andererseits können diejenigen Staaten, denen ein Teil der von ihnen benötigten ausländischen Valuta durch Militärausgaben zufließt, u. U. auf eine Intensivierung ihrer Exportgütererzeugung verzichten.

Obige Darlegungen zwingen uns, im Verlauf der weiteren Untersuchung den nicht ökonomisch motivierten Transaktionen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

¹ Es handelt sich hierbei vorwiegend um Käufe von Rüstungsgütern im Ausland, welche die USA verbündeten Nationen unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Zweiter Teil

Analyse des Verlaufs der Dollarknappheit

"Obgleich die gefährlichen Folgerungen der Dollarlücke sich erst jetzt ganz abzuzeichnen beginnen, hat diese Lücke eine Geschichte, die etwa fünfunddreißig Jahre zurückreicht." Diese Feststellung findet sich in einem Bericht der ECA-Handelskommission aus dem Jahre 1949.¹ Auch von anderen Wirtschaftswissenschaftlern, insbesondere den Verfechtern der These vom chronischen Charakter des Dollarmangels, wird die Ansicht vertreten, eine Dollarknappheit habe bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren bestanden.

Die Hypothese, der Beginn der Dollarlücke falle in die Zeit des ersten Weltkrieges, gewinnt an Überzeugungskraft, wenn man bedenkt, daß die weltwirtschaftliche Stellung der USA in jenen Jahren eine entscheidende Veränderung erfahren hatte: Aus einem chronischen Schuldnerland war gleichsam über Nacht eine Gläubigernation geworden.² Zwei weitere Tatsachen stützen die oben zitierte Äußerung der ECA-Handelskommission: 1. Die Vereinigten Staaten erzielten seit 1914 einen permanenten Leistungsbilanzüberschuß, der weder durch Krieg oder Frieden, noch durch Prosperität oder Depression unterbrochen wurde. Der kommerzielle Leistungsbilanzüberschuß³ belief sich vom Beginn des ersten Weltkrieges bis Ende 1960 auf insgesamt 163,7 Mrd. \$. Dieser Betrag verteilt sich wie folgt auf die Kriegs- und Friedensjahre:⁴

Jahre	Kommerzieller Leistungsbilanzüberschuß	
	insgesamt	Jahresdurchschnitt
1914-1918 a)	10,8 Mrd. \$	rd. 2,4 Mrd. \$
1919-1939	24,8 " \$	" 1,2 " \$
1940-1945	40,1 " \$	" 6,7 " \$
1946-1960	88,0 " \$	" 5,9 " \$

a) Juli 1914 - Dez. 1918

¹ Bericht der ECA-Handelskommission (vorgelegt von der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Washington 1949, S. 8

² Während im Jahre 1914 die ausländischen Kapitalanlagen in den USA um rd. 3,7 Mrd. \$ größer waren als die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland (Schuldnerposition der USA), hatte sich Ende 1919 die Situation umgekehrt: Die amerikanischen Guthaben im Ausland übertrafen die ausländischen Guthaben in den USA um rd. 3,7 Mrd. \$ (unter Ausschluß der Kriegsschulden!). (Vgl. U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a.a.O., S. 122)

³ Warenhandel und Dienstleistungen ohne unentgeltliche militärische Lieferungen und ohne Militärausgaben

⁴ Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 162 ff.

Beachtenswert ist, daß die Finanzierung dieses Überschusses, insgesamt gesehen, zum überwiegenden Teil mittels staatlicher Kredite und Schenkungen der amerikanischen Regierung erfolgte, die sich von 1914 bis 1960 auf rd. 104 Mrd. \$ beliefen (Schenkungen: 75,5 Mrd. \$; Kredite: 28,5 Mrd. \$).

2. Der prozentuale Anteil der amerikanischen Goldreserven am gesamten monetären Weltgoldbestand nahm seit dem ersten Weltkrieg bis 1949 ständig zu.¹

Die folgende Analyse der Zahlungsbilanzentwicklung zwischen den USA und der übrigen Welt² soll klären, ob bereits in der Zwischenkriegsperiode Dollarknappheit geherrscht und welche Ursachen sie etwa gehabt hat. Da die Veränderungen im Handels- und Zahlungsverkehr eng mit dem Konjunkturverlauf verknüpft sind, erscheint es zweckmäßig, die Zeit von 1919 bis 1939 entsprechend den verschiedenen Prosperitäts- und Depressionsphasen in vier Abschnitte zu unterteilen und diese kurz zu charakterisieren, wobei es sich jedoch im Rahmen dieser Arbeit lediglich um einen fragmentarischen Überblick handeln kann.

¹ Die Goldbestände der USA betrugen 1913 ca. 27 v.H., 1921 über 40 v.H., 1939 ca. 68 v.H. der gesamten monetären Goldreserven der Welt. (Vgl. *The United States in the World Economy*, a. a. O., S. 134)

² Wir stützen uns dabei auf das vom U. S. Department of Commerce gesammelte Material, welches im Jahre 1943 unter dem Titel "The United States in the World Economy" (a. a. O.) veröffentlicht wurde.

4. KAPITEL

DIE ZWISCHENKRIEGSPERIODE (1919 - 1939)

§ 9: Die Ungleichgewichtssituation der ersten Nachkriegsjahre

Die Periode von 1919 bis 1921 war in ihrer ersten Hälfte durch einen für Nachkriegsjahre typischen Boom gekennzeichnet, der von einer weltweiten Inflation begleitet wurde.¹ Für diese Entwicklung lassen sich im wesentlichen drei Gründe anführen: 1. Der sich in Form eines gewaltigen Nachfragestoßes entladende, während des Krieges aufgestaute Bedarf an Konsum- und Investitionsgütern, dem die zur Verfügung stehenden Produktionskapazitäten nicht gewachsen waren; 2. die mit der Kriegs- und Wiederaufbaufinanzierung zusammenhängende inflationäre Geld- und Fiskalpolitik; 3. die durch den Kaufkraftschwund und die Abwertungsgerüchte hervorgerufenen spekulativen Operationen.

Der Warenhunger im Ausland, besonders in Europa, ließ die amerikanischen Exporte sprunghaft nach oben schnellen. Auch die Importe zogen kräftig an, wurden aber vor allem durch die relativ niedrigen Exportkapazitäten in Europa begrenzt.

	Güter- u. Dienst- leistungsexporte der USA (i. Mrd. \$)	Güter- u. Dienst- leistungsimporte der USA (i. Mrd. \$)
1914 - 1918 a)		
insgesamt	24,8	14,0
Jahresdurchschnitt	5,5	3,1
1919	10,8	5,9
1920	10,3	6,7
1921	5,5	3,4
a) Juli 1914 - Dez. 1918		

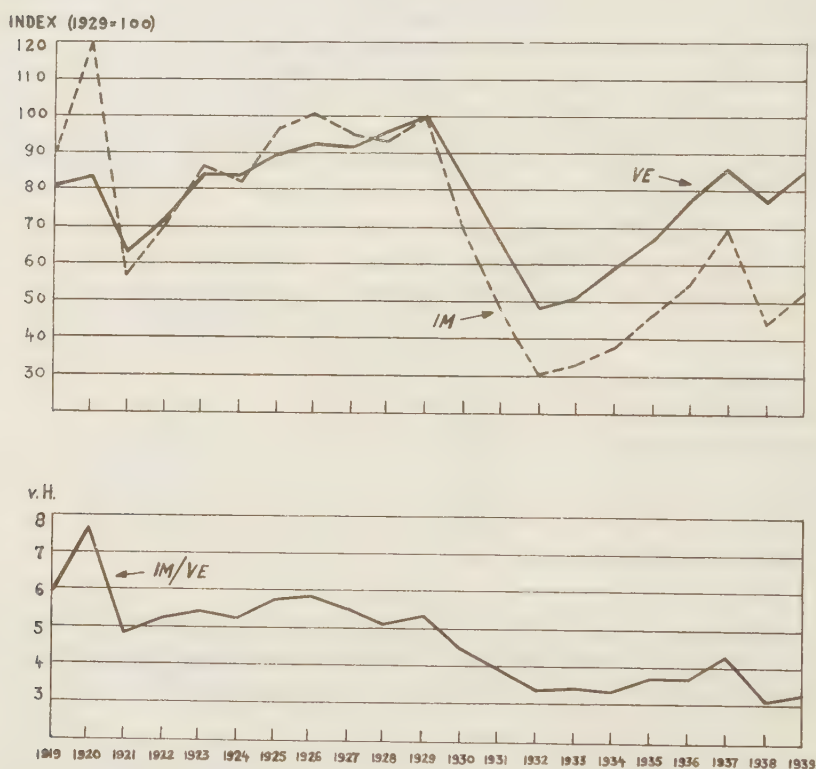
Bei einem Vergleich der Ex- und Importwerte ist zu berücksichtigen, daß die Preise der Einfuhrgüter der USA² infolge der hohen Rohstoffnachfrage wesentlich stärker gestiegen waren als die der Ausfuhrgüter.

¹ Im Jahre 1920 hatte z. B. der Großhandelspreisindex in Deutschland die doppelte, in Großbritannien und den Vereinigten Staaten die dreifache, in Frankreich und Italien sogar die sechs- bis siebenfache Höhe des Standes von 1914 erreicht. (Vgl. ENKE und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 44)

² Es handelte sich zum überwiegenden Teil um Rohstoffe.

Dem übersteigerten Expansionsprozeß folgte in den Vereinigten Staaten im Sommer 1920 eine scharfe Depression mit starkem Produktionsrückgang und Preisverfall. Die Folge war ein rapides Absinken der Importe (auf ca. die halbe Vorjahreshöhe), woraus die starke Konjunkturabhängigkeit der amerikanischen Einfuhren ersichtlich wird, wie sie übrigens während der gesamten Zwischenkriegsperiode zu beobachten ist. Mit Ausnahme der beiden ersten Nachkriegsjahre betrug die Höhe der amerikanischen Importe stets 3 bis 6 v. H. des jeweiligen Volkseinkommens.¹ Wie Abb. 1 zeigt, unterlagen die Einfuhren im Konjunkturablauf größeren Fluktuationen als das Volkseinkommen: Im Aufschwung stiegen sie stärker an, während des Abschwungs fielen sie schneller.

Abb. 1: Volkseinkommen (VE) und (wertmäßige) Importe (Im) der USA
Durchschnittliche Importquote (Im/VE)

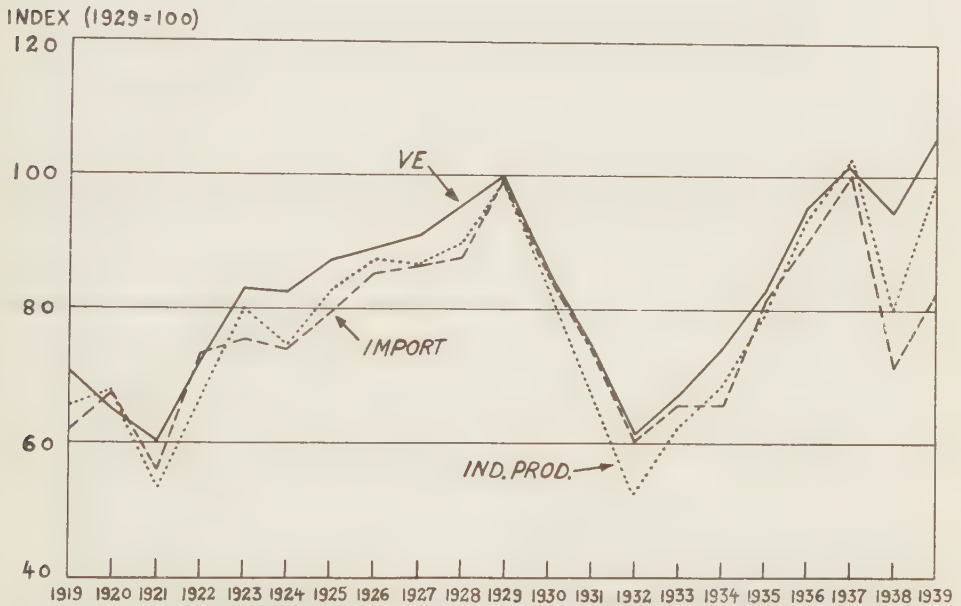


Quelle: U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a. a. O., S. 38

¹ Siehe nächste Seite

Diese Diskrepanz resultierte weitgehend aus Preisschwankungen, wie aus Abb. 2 deutlich wird, in der eine Bewertung zu konstanten Preisen vorgenommen wurde. Die enge korrelative Beziehung zwischen den Importen und der Höhe der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten ergibt sich (zwangsläufig) aus der Tatsache, daß der größte Teil der amerikanischen Einfuhren aus Rohstoffen und Halbfabrikaten besteht.

Abb. 2: Volkseinkommen (VE) zu konstanten Preisen, mengenmäßige Importe (Import) und mengenmäßige industrielle Produktion (Ind. Prod.) der USA



Quelle: U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a. a. O., S. 39

von Vorseite

¹ Für die Zwischenkriegsperiode als Ganzes ergibt sich eine durchschnittliche Importquote von knapp 5.

CHANG ermittelte für die Zeit von 1924 bis 1938 eine durchschnittliche Importquote der USA in Höhe von 10, 2. (Vgl. CHANG, Tse Chun: International Comparison of Demand for Imports. In: Review of Economic Studies, Vol. XIII, 1945 - 46, S. 54)

Wie CHANG zu diesem mehr als doppelt so hohen Wert gelangt, läßt sich nicht feststellen.

KINDLEBERGER meint, das Ergebnis von CHANG sei fehlerhaft. (KINDLEBERGER: The Dollar Shortage, a. a. O., S. 39)

Der aus der Tabelle auf Seite 57 ersichtliche starke Exportrückgang der USA im Jahre 1921 hatte mehrere Ursachen. Viele Länder Europas, vor allem Großbritannien, hatten inzwischen ihre Exportindustrien wieder auf den alten Stand gebracht und mit wachsendem Erfolg begonnen, ihre früheren Absatzmärkte in der Welt zurückzuerobern. Ausschlaggebender aber ist die Tatsache, daß infolge der jahrelangen ¹ beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüsse der USA, denen nur ein relativ geringer Kapitalexport gegenüberstand ², die Gold- ³ und Dollarreserven des Auslands stark zusammengeschmolzen und die ausländischen Guthaben in den Vereinigten Staaten ⁴ weitgehend abgebaut waren. Der im Ausland herrschende Dollarangel wurde außerordentlich verschärft, als die amerikanische Regierung die ihren früheren Verbündeten gewährten Kredite plötzlich einstellte. ⁵ Letzten Endes war es also die "schlechte Gläubigerpolitik" der USA, die viele Länder vor die unausweichliche Notwendigkeit stellte, einen mehr oder minder großen Teil ihres Importbedarfs auf andere Lieferländer umzulenken.

Hinzu kam, daß eine wichtige Dollarquelle der ersten Nachkriegsjahre schwächer floß: Die einseitigen Transfers. ⁶ In den relativ hohen Beträgen

¹ Die Zeit des ersten Weltkrieges muß dabei mit berücksichtigt werden.

² Mitte 1914 - Ende 1921

Leistungsbilanzüberschuß der USA	21,3 Mrd. \$
- Saldo der einseitigen Transfers	2,9 Mrd. \$
Saldo der lfd. Transaktionen	18,4 Mrd. \$
Langfr. privater Kapitalexport	2,8 Mrd. \$
Staatliche Kredite	10,2 Mrd. \$

³ Von Mitte 1914 bis Ende 1921 wurde Gold im Gesamtwert von 1,5 Mrd. \$ in die Vereinigten Staaten exportiert, (vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 162 ff.)

⁴ Die ausländischen Kapitalanlagen in den USA verminderten sich von Mitte 1914 bis Ende 1921 um 2,3 Mrd. \$. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 162 ff.)

⁵ Die (Netto-) Kredite der amerikanischen Regierung fielen von 2,3 Mrd. \$ im Jahre 1919 auf 175 Mio. \$ in 1920. 1921 überstiegen sogar die Anleiherückzahlungen die Neukredite. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 163 f.)

⁶ Diese setzten sich zum überwiegenden Teil aus Überweisungen von Privatpersonen (an Verwandte und Freunde) und karitativen Organisationen zusammen. Von 1919 bis 1939 floß auf diese Weise ein Gesamtbetrag in Höhe von 7,5 Mrd. \$ ins Ausland. (Ermittelt nach The United States in the World Economy, a.a.O., Table I). Der ab 1932 zu beobachtende Rückgang ist u. a. eine Folge der großen und langandauernden Arbeitslosigkeit in den USA.

der Jahre 1919 bis 1921 kommt das Bemühen der Amerikaner zum Ausdruck, die in der Welt, vor allem in Europa, herrschende Nachkriegsnot zu lindern.

§ 10: Die Phase relativen Zahlungsbilanzgleichgewichts (1922 - 1929)

Bereits im Jahre 1922 war die erste Nachkriegsdepression weitgehend überwunden.¹ Es begann, abgesehen von einigen kurzen Rückschlägen², eine Zeit weltweiter wirtschaftlicher Expansion. Die zerrütteten Währungsverhältnisse stellten allerdings sowohl für die binnenwirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern als auch für den Außenhandel eine schwere Belastung dar. Besonders gravierend wirkte die deutsche Inflation³, die ab 1922 einen lawinenartigen Verlauf nahm und erst im Herbst 1923 durch einen drastischen Währungsschnitt ihr Ende fand.⁴ Die "Restauration der Weltgoldwährung" (PREDÖHL) erfolgte schrittweise und erstreckte sich über die Zeit von 1924 bis 1928.⁵ Ein weiteres ernstes Problem war die Abwicklung der deutschen Reparationsleistungen.⁶

Für den konjunkturellen Aufschwung in den Vereinigten Staaten, der hauptsächlich von der Maschinen- und Autoindustrie getragen war, blieben die vom Außenhandel herrührenden Impulse von untergeordneter Bedeutung. Die Wirtschaftsexpansion der übrigen Welt wurde aber durch den relativ stetigen und schnellen Auftrieb in den USA, der gegen Ende von einer starken spekulativen Welle überlagert war und schließlich einen geradezu hektischen Verlauf nahm, erheblich stimuliert.

¹ So lag z. B. der output der USA 1922 nur wenig unter dem des Boomjahres 1920.

² 1924 und 1927 traten in den Vereinigten Staaten leichte Rezessionen auf.

³ Vgl. hierzu die Ausführungen von EUCKEN, Walter; Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem, Jena 1923.

⁴ Aber auch die Siegermächte hatten unter mehr oder minder starken inflationären Erscheinungen zu leiden, insbesondere Frankreich. (Vgl. dazu PREDÖHL: Außenwirtschaft, a. a. O., S. 275)

⁵ Den Anfang machten Deutschland, Schweden und Ungarn im Jahre 1924; es folgten Großbritannien, die Niederlande, Australien, die Südafrikanische Union und die Schweiz in 1925; Finnland und Belgien in 1926; Dänemark, die Tschechoslowakei, Polen und Italien in 1927; Frankreich, Norwegen und Argentinien in 1928. (Vgl. ENKE und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 46 f.)

⁶ Mit diesen Fragen befaßt sich ausführlich PREDÖHL in seinem Buch "Aus-enwirtschaft" (a. a. O., S. 276 ff.).

Die außenwirtschaftliche Situation der Zeit von 1922 bis 1929 ist durch fortgesetzte Leistungsbilanzüberschüsse der USA gekennzeichnet, wobei allerdings festzustellen ist, daß über die gesamte Periode hinweg die amerikanischen Exporte einen geringeren Zuwachs aufwiesen als die Importe.¹ Die Schwankungen des Leistungsbilanzsaldos resultierten vornehmlich aus der uneinheitlichen Entwicklung der amerikanischen Einfuhren, die im Gegensatz zu den von Jahr zu Jahr gestiegenen Ausfuhren zeitweilig rückläufig waren, eine Folge des ungleichmäßigen Wirtschaftswachstums in den Vereinigten Staaten und der bereits erwähnten starken Konjunkturabhängigkeit der amerikanischen Importe.²

Trotz des hohen Leistungsbilanzüberschusses der USA lag während des hier betrachteten Zeitraumes insgesamt gesehen kein Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt vor, da neben hohen einseitigen Transfers ein breiter Strom langfristigen Privatkapitals ins Ausland floß.³ Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Aufrechterhaltung des Zahlungsbilanzgleichgewichts von der Kontinuität des langfristigen Kapitalexportes abhing, einer im Vergleich zu den amerikanischen Güter- und Dienstleistungsexporten sehr unstabilen Komponente, wie der Verlauf zeigte.⁴ Das Zahlungsbilanzgleichgewicht der

1	1922	1929	Veränderung
Güter- und Dienstleistungs- exporte der USA (in Mio. \$)	4.954	7.034	+ 42 v. H.
Güter- und Dienstleistungs- importe der USA (in Mio. \$)	3.965	5.896	+ 49 v. H.
2 Während der Rezessionsjahre 1924 und 1927 weist die Zahlungsbilanz jeweils einen beachtlichen Importrückgang der Vereinigten Staaten aus (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S.163)			
3			1922 - 1929
Leistungsbilanzüberschuß der USA			8,6 Mrd. \$
- Saldo der einseitigen Transfers			2,9 " \$
Saldo der laufenden Transaktionen			5,7 Mrd. \$
Langfristiger privater Kapitalexport der USA			6,7 Mrd. \$

4 Dafür zwei Beispiele:

	Langfristiger privater Kapital- export der USA	
1922	822 Mio. \$	
1923	383 " \$	minus 53 v. H.
1928	1.310 " \$	
1929	636 " \$	minus 51 v. H.

zwanziger Jahre hätte zweifellos eine solidere Grundlage gehabt, wenn statt der umfangreichen amerikanischen Kapitalexporte höhere Güterimporte der USA erfolgt wären.

Mit dem rapiden Rückgang des langfristigen Privatkapitalexports im Jahre 1929 begann die Zahlungsbilanzsituation kritisch zu werden¹, zumal seit 1928 der Zustrom langfristigen Auslandskapitals in die Vereinigten Staaten stark angewachsen war.

Eine Begleiterscheinung des umfangreichen langfristigen Kapitalexports der USA war die in den zwanziger Jahren zu beobachtende starke Zunahme der Kapitalerträge der Vereinigten Staaten.² Die wachsenden Aktivsalden dieses Zahlungsbilanzpostens übten allerdings einen der gleichgewichtsfördernden Wirkung des Kapitalexports entgegengesetzten Effekt aus, indem sie zu einer Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses der USA beitrugen.

Erstaunlich ist, daß die amerikanischen Depressionen der Jahre 1921, 1924 und 1927 in den Kapitalerträgen der Vereinigten Staaten so deutlich zum Ausdruck kamen.³ Wie aus Abbildung 3 hervorgeht, ergaben sich diese Fluktuationen ausschließlich aus den Erträgen amerikanischer Direktinvestitionen im Ausland. Der auf den ersten Blick schwer verständliche Zusammenhang zwischen Konjunkturverlauf in den Vereinigten Staaten und Kapitalerträgen vom Ausland erklärt sich aus der Tatsache, daß sich die amerikanischen Direktinvestitionen im Ausland auf Unternehmungen mit Rohstoffproduktion konzentrierten, deren wichtigster Abnehmer die USA waren.

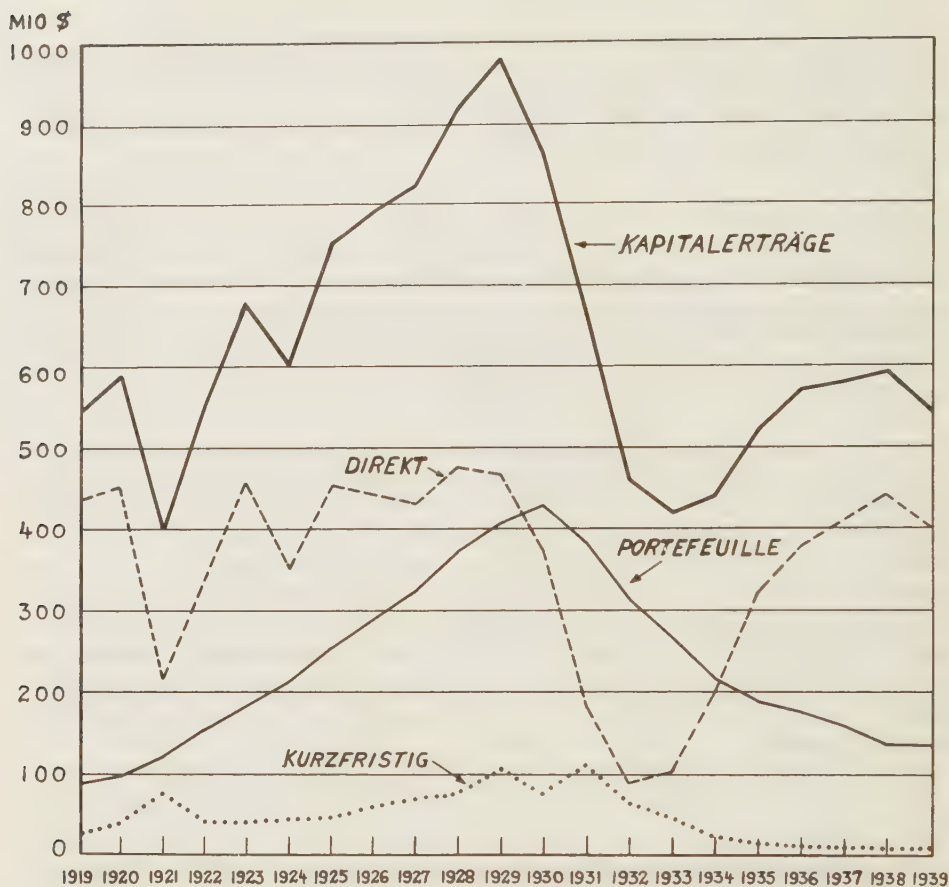
¹ Einem Leistungsbilanzüberschuß der USA in Höhe von 1.138 Mio. \$ stand in 1929 nur noch ein langfristiger Nettokapitalexport in Höhe von 240 Mio. \$ gegenüber. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 163 f.)

² Vgl. Abbildung 3

Der Anstieg der Kapitalerträge resultierte jedoch nicht nur aus der absoluten Erhöhung der amerikanischen Auslandsinvestitionen, sondern spiegelte auch die während dieser Phase weltweiter Prosperität erzielten größeren Gewinne wider. Die gleichen Faktoren, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, waren auch für die rapide Abwärtsbewegung nach 1929 verantwortlich.

³ Bei den ans Ausland gezahlten Kapitalerträgen traten sie dagegen gar nicht oder kaum in Erscheinung. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S.163)

Abb. 3: Kapitalerträge der USA aus Privatinvestitionen im Ausland
(Direkt-, Portefeuille- und kurzfristige Investitionen)



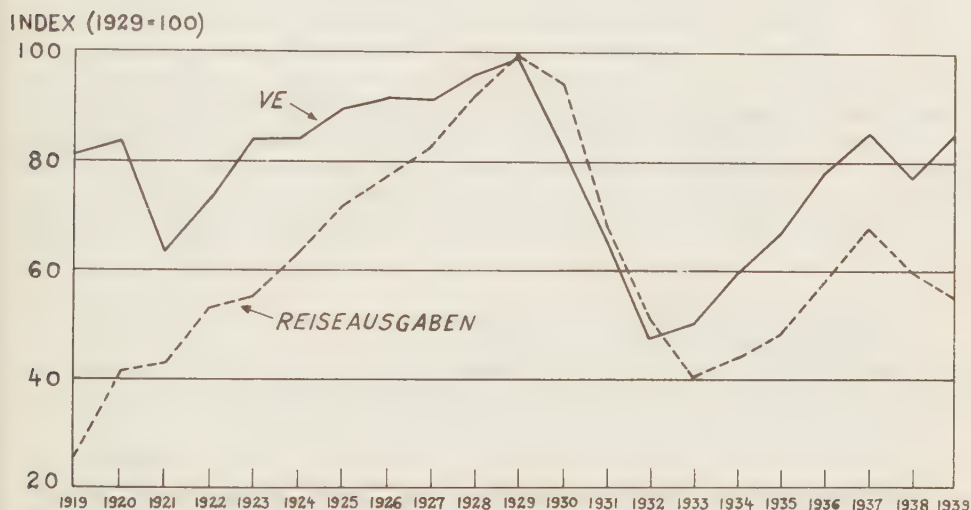
Quelle: U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a. a. O., S. 80

In diesem Zusammenhang muß auch auf die gleichgewichtsfördernde Entwicklung der Konten 'Transport' und 'Reiseverkehr' hingewiesen werden. Dem letztgenannten Zahlungsbilanzposten kommt insofern besondere Bedeutung zu, als die Ausgaben amerikanischer Touristen im Ausland für viele Länder eine außerordentlich wichtige Dollarquelle darstellten.¹ Abbildung 4, die den Zusammenhang zwischen Reiseausgaben und Volksein-

¹ In der Zeit von 1919 bis 1939 flossen rd. 6,3 Mrd. \$ in Form von Reiseausgaben ins Ausland.

kommen der USA veranschaulicht, läßt die hohen Zuwachsraten während der zwanziger Jahre¹ sichtbar werden, die sich einerseits aus der verhältnismäßig hohen Nachfrageelastizität (in bezug auf das Einkommen), vor allem aber aus den im Laufe der Zeit wesentlich verbesserten Reisebedingungen und der guten Touristikorganisation in den Vereinigten Staaten erklären lassen.²

Abb. 4: Volkseinkommen (VE) und Reiseausgaben der USA



Quelle: U.S. Department of Commerce: The United States in the World Economy, a. a. O., S. 76

Der erhebliche Rückgang der amerikanischen Transportleistungseinnahmen und die damit verbundene defizitäre Entwicklung dieses Zahlungsbilanzpostens seit 1922³ haben gleichfalls zu einer Milderung des Leistungsbilanzüberschusses der USA und dementsprechend zur Förderung des Zahlungsbilanzgleichgewichts beigetragen. Die im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren auffallende Verschlechterung der amerikanischen Transportleistungsbilanz ist in erster Linie die Folge der veränderten Wettbewerbsposition der Vereinigten Staaten.⁴

¹ Gegenüber dem Jahre 1919 hatten sich die Reiseausgaben bis 1929 vervierfacht.

² Die Entwicklung nach 1933 hängt auch mit den durch die Dollarabwertung gestiegenen Reisekosten zusammen.

³ Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 163

⁴ Auf Grund ihrer während des Weltkrieges erlittenen Schiffsverluste waren

Obwohl aus der Zahlungsbilanz unmittelbar kein Ungleichgewicht abzulesen ist, darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß trotzdem während des hier behandelten Zeitraums eine latente Dollarknappheit bestand, da im Ausland auf Grund des Währungschaos der Wunsch vorherrschte, liquide Mittel möglichst in Dollarform zu halten¹, so daß die (weitgehend unrealisiert bleibende) Dollarnachfrage das Angebot erheblich übertraf. Hinzu kam die Nachwirkung des großen Zahlungsbilanzungleichgewichts früherer Jahre (1914 - 1921).²

§ 11: Der akute Dollarmangel während der Weltwirtschaftskrise (1930 - 1933)

Der Expansionsprozeß der zwanziger Jahre, der in seiner letzten Phase, vor allem in den USA, deutliche Zeichen der Übersteigerung erkennen ließ und von einer spekulativen Welle bisher nicht gekannten Ausmaßes begleitet war, endete mit einem Sturz ins Bodenlose. Die gemeinhin als 'Weltwirtschaftskrise' bezeichnete große Depression wurde durch den Kurs-

Fortsetzung Fußnote 4 von Vorseite

viele Länder in den ersten Friedensjahren weitgehend auf die Transportleistungen der USA angewiesen, woraus sich die ungewöhnlich hohen Transportleistungseinnahmen der Vereinigten Staaten in den Jahren 1919 und 1920 erklären. Der ab 1921 zu beobachtende Rückgang des Seefrachtenanteils der Vereinigten Staaten resultierte nicht allein aus der Erhöhung des ausländischen Tonnagevolumens, sondern auch aus der abnehmenden Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Schifffahrt im allgemeinen. Ein großer Teil der amerikanischen Handelsflotte war während des Krieges im sogenannten Schnellbauverfahren hergestellt worden. Diese mit geringem Aufwand gebauten und relativ langsamen Kriegskonstruktionen konnten mit den in der Nachkriegszeit entstandenen schnelleren und moderneren Schiffen anderer Nationen nicht konkurrieren. Während im Jahre 1922 noch rd. 62 v. H. der amerikanischen Warenimporte und 38 v. H. der amerikanischen Warenexporte von Schiffen der Vereinigten Staaten befördert wurden, waren es 1939 nur noch 29 bzw. 15 v. H. (Vgl. *The United States in the World Economy*, a. a. O., S. 73)

Besonders gravierend war die Überlegenheit des Auslands in der Fahrgastschifffahrt, die darin zum Ausdruck kam, daß im Durchschnitt über Dreiviertel der nach Übersee reisenden Amerikaner ausländische Linien benutzten. (Vgl. *The United States in the World Economy*, a. a. O., S. 73)

¹ Bei den amerikanischen Banken bestanden in jener Zeit umfangreiche Auslandsguthaben, New York wurde in zunehmendem Maße zum Reservezentrum der Welt und gleichzeitig zur internationalen Clearingstelle.

² Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 162 f.

einbruch an der New Yorker Börse Ende Oktober 1929 eingeleitet. Produktionsrückgang¹, Preisverfall² und Massenarbeitslosigkeit³ kennzeichneten den Verlauf des Kontraktionsprozesses. Die schwere Krise, von der zunächst hauptsächlich die Vereinigten Staaten betroffen waren, sprang bis zum Jahre 1931 auch auf den europäischen Kontinent über.

Es ist hier nicht der Ort, den genauen Verlauf und die außerordentlich vielschichtigen Ursachen der großen Krise in voller Breite darzulegen.⁴ Wir müssen uns auf eine Erörterung derjenigen Tatbestände beschränken, denen im Rahmen unserer weiteren Untersuchung besondere Bedeutung zukommt.

Der internationale Handels- und Zahlungsverkehr erlitt durch die Weltwirtschaftskrise beträchtliche Veränderungen. Sowohl die Ex- als auch

1	<u>Index der industriellen Produktion</u>		
	Welt	USA	Übrige Welt
	(alle Länder außer der UDSSR)		(alle Länder außer USA und UDSSR)
1929	100	100	100
1930	86	81	
1931	75	68	
1932	64	54	73
1933	72	64	

Quelle: Société des Nations: La Production Mondiale et les Prix 1938/39. Genève 1939, S. 43

The United States in the World Economy, a. a. O., S. 8

Wie die obige Tabelle zeigt, war der Produktionsrückgang in den Vereinigten Staaten bedeutend stärker als in der übrigen Welt.

- 2 Der Großhandelspreisindex der USA fiel von 95,3 in 1929 (1926 = 100) auf 64,8 in 1932. (Vgl. The Economic Report of the President, transmitted to the Congress, Jan. 1949, S. 120)
- 3 Der Prozentsatz der Nichtbeschäftigten in den USA stieg von rd. 3 v. H. in 1929 (1,5 Mio. Arbeitslose) auf 25 v. H. in 1933 (fast 13 Mio. Arbeitslose). (Vgl. Economic Report of the President, Jan. 1961, S. 146)
- 4 Eine ausführliche Darstellung gibt PREDÖHL in seinem Aufsatz "Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931". In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1. Jg., 1953, 2. Heft, S. 97 ff. Darüber hinaus gibt es zum Thema Weltwirtschaftskrise eine kaum überschaubare Zahl von Beiträgen. Vgl. auch PREDÖHL, Andreas: Weltwirtschaftskrise. In: HdSw, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 618 ff., mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis.

die Importe der Vereinigten Staaten gingen stark zurück und erreichten im Jahre 1933 ihren tiefsten Stand seit Ende des ersten Weltkrieges.¹ Die Verringerung der amerikanischen Einfuhren war in Anbetracht der sehr geringen Gold- und Dollarreserven des Auslandes für die Weltwirtschaft von besonderer Tragweite.

Die außerordentlich starke Reduktion des Außenhandels ist in erster Linie eine Folge der schweren Depression, aber auch die Konsequenz der neu errichteten bzw. verstärkten Handelshemmnisse. Durch den 'Smoot-Hawley-Tariff-Act' von 1930 wurden die amerikanischen Importzölle beträchtlich heraufgesetzt. Dabei handelte es sich z. T. um Vergeltungsmaßnahmen gegen die verschärften Einfuhrrestriktionen des Auslands.²

Es wäre aber falsch, in den relativ hohen amerikanischen Einfuhrzöllen den Hauptgrund für das Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt sehen zu wollen, wie dies in der Literatur vielfach geschieht.³ Die These von dem dominierenden Einfluß der amerikanischen Zollpolitik auf die Importhöhe der USA und die daraus gezogene Schlußfolgerung, die Dollarknappheit der dreißiger Jahre sei in erster Linie das Ergebnis der von den Vereinigten Staaten vorgenommenen Zollerhöhungen, erscheint außerordentlich fragwürdig, wenn man den aus Abbildung 2 (vgl. S. 59) hervorgehenden engen Zusammenhang zwischen mengenmäßiger Einfuhr und industrieller Produktion (bzw. Volkseinkommen zu konstanten Preisen) in Betracht zieht.⁴

1	1929	1933	Veränderung
Güter- und Dienstleistungsexporte der USA (in Mrd. \$)	7,0	2,4	minus 66 v. H.
Güter- und Dienstleistungsimporte der USA (in Mrd. \$)	5,9	2,1	minus 64 v. H.
Leistungsbilanzüberschuß der USA (in Mrd. \$)	1,1	0,3	

² Die mit Beginn der Krise einsetzenden Preisrückgänge, die besonders stark den Sektor der Primärprodukte trafen, hatten viele Länder zu Zollerhöhungen veranlaßt, mit deren Hilfe insbesondere die heimische Landwirtschaft vor Preiseinbrüchen und Absatzschwierigkeiten geschützt werden sollte.

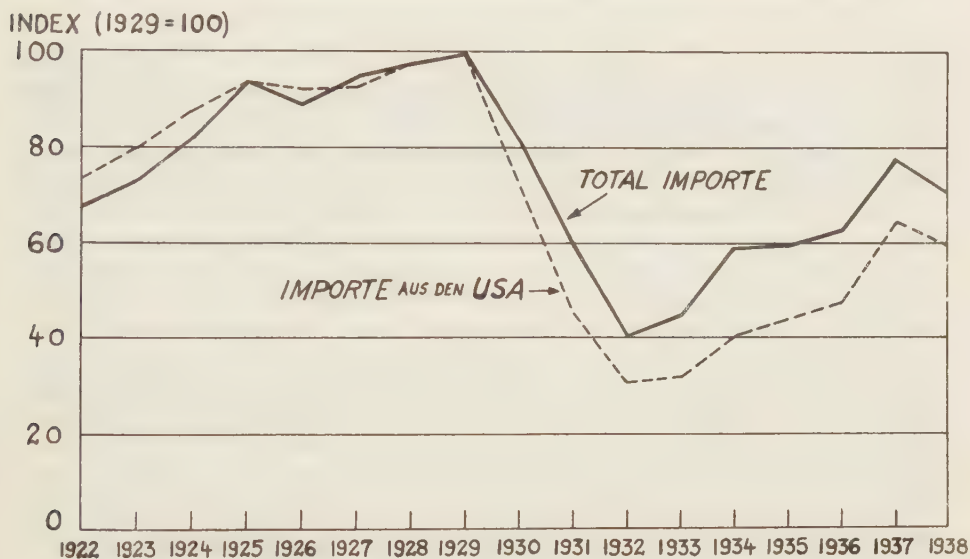
³ Vgl. dazu beispielsweise KINDLEBERGER: The Dollar Shortage, a. a. O., S. 38;

RÖPKE, Wilhelm: Internationale Ordnung, Zürich 1945, S. 329

⁴ Weder die im Jahre 1921 im Rahmen des seit 1913 bestehenden 'Unterwood-Tariff' erfolgte Zollerhöhung, noch der 1922 eingeführte, mit wesentlich höheren Zollsätzen ausgestattete 'Fordney-MacCumber Tariff' oder aber die mit dem bereits erwähnten 'Smoot-Hawley-Tariff-Act' vorgenommene drastische Erhöhung der Zollsätze (bei gleichzeitiger Ausdehnung der Zollpflicht) haben dieses Verhältnis sichtbar beeinflußt. Das gleiche gilt für die Mitte 1934 erfolgte Milderung der Einfuhrzölle durch den 'Reciprocal Trade

Nachdem es im weiteren Verlauf der Depression zu einer internationalen monetären Krise gekommen war, wurden die ausländischen Importkontrollen immer lückenloser. Die inzwischen weitgehend erschöpften Gold- und Dollarreserven zwangen viele Staaten zur Errichtung prohibitiv wirkender Zollbarrieren gegenüber Importen aus den Vereinigten Staaten. Die Diskriminierung der USA spiegelt sich sehr deutlich in Abbildung 5 wider. Die in den zwanziger Jahren zu beobachtende Parallelentwicklung zwischen den Gesamtimporten des Auslands und den Importen aus den USA ¹ endet zu Beginn der dreißiger Jahre. Der sich während der großen Depression entwickelnde "Abstand" blieb bis zum zweiten Weltkrieg erhalten.

Abb. 5: Gesamtimporte des Auslands und Importe aus den USA



Quelle: U.S. Department of Commerce; The United States in the World Economy, a.a.O., S. 55

Fortsetzung Fußnote 4 von Vorseite
Agreements Act'.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt KINDLEBERGER: "For imports as a whole, however, it is impossible to detect any influence of the Tariff Acts of 1922 or 1930 in reducing the volume of imports relative to the volume of industrial production as the tariffs were raised, or of the agreements negotiated under the Reciprocal Trade Agreements Act of 1934 in increasing the volume of imports relative to industrial production as tariffs were lowered." (KINDLEBERGER: The Dollar Shortage, a.a.O., S. 59 f.)

¹ Die Werte der 'Importe aus den USA' sind den amerikanischen Exportstatistiken entnommen. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 163)

Auch die internationalen Kapitalbewegungen wurden stark in Mitleiden-
schaft gezogen. Der langfristige amerikanische Kapitalexport, der von
1927 bis 1929 im Durchschnitt rd. 1 Mrd. \$ jährlich betragen hatte, ver-
ringerte sich 1930 auf ca. ein Drittel. Im Jahre 1931 setzte dann die gro-
ße Kapitalrepatriierungswelle ein, die schließlich zum Zusammenbruch
der Goldwährung führte.¹ Großbritannien, das von dem plötzlichen Abzug
amerikanischen Kapitals besonders hart getroffen wurde², sah sich am
20. September 1931 als erstes Land zur Aufgabe des Goldstandards ge-
zwungen.³ Die britische Devaluation löste eine weltweite Abwertungswelle
aus⁴, der lediglich die sog. Goldblockländer⁵ widerstanden. Eine Reihe
von Staaten entschloß sich dazu, ihre Wechselkurse künftig an dem des

¹ Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf die für den Zusammenbruch der
Goldwährung maßgeblichen Hintergründe näher einzugehen. (Vgl. dazu LUTZ,
Friedrich: Goldwährung und Wirtschaftsordnung. In: Weltwirtschaftliches
Archiv, Bd. 41, 1935 I, S. 234 ff.; sowie PREDÖHL: Außenwirtschaft, a. a.
O., S. 259 f.) Wir müssen uns hier mit dem Hinweis begnügen, daß mit dem
Ende der "expansiven Phase der Weltwirtschaft" (PREDÖHL: Außenwirtschaft,
a. a. O., S. 101) sowie den daraus resultierenden strukturellen Veränderun-
gen die Goldwährung ihrer wesentlichsten Grundlagen beraubt worden war.
Noch ein zweiter Faktor spielte hierbei eine Rolle, nämlich die Abwicklung
der interalliierten Kriegsschulden, vor allem der Transfer der deutschen
Reparationszahlungen. Einer solchen Aufgabe war der Goldwährungsmecha-
nismus nicht gewachsen. (Weitere Einzelheiten bei PREDÖHL: Die Epochen-
bedeutung der Weltwirtschaftskrise, a. a. O., S. 104 f.)

² Britische Banken hatten in großem Umfang kurzfristige Anleihen aus den USA
aufgenommen und diese Gelder in Form von langfristigen Krediten an Deutsch-
land und verschiedene andere europäische Staaten ausgeliehen. (Vgl. ENKE
und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 57)

³ Dieses Datum ist insofern von großer Bedeutung, als es eine entscheidende
Zäsur in der weltwirtschaftlichen Entwicklung markiert: An die Stelle libe-
raler Währungspolitik tritt die autonome Währungspolitik. PREDÖHL spricht
vom "Todestag der liberalen Weltwirtschaft überhaupt". (PREDÖHL: Außen-
wirtschaft, a. a. O., S. 285)

⁴ Einzelheiten bei PREDÖHL: Außenwirtschaft, a. a. O., S. 285 f.

⁵ Frankreich, Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Italien und Polen. (Vgl.
HALM, Georg N.: Währungsblock. In: HdSw, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 449).
Diese Länder bemühten sich, durch Deflationspolitik den Goldstandard auf-
rechtzuerhalten, was ihnen aber nur eine beschränkte Zeit hindurch gelang.
Belgien vollzog im März 1935 eine Abwertung um 32 v. H., Frankreich sus-
pendierte die Goldeinlösungspflicht im Oktober 1936. Diesem Schritt schlos-
sen sich kurze Zeit später auch die restlichen 'Goldblockländer' an. (Vgl.
ENKE und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 59 f.)

Pfund Sterling zu orientieren. Damit entstand der 'Sterlingblock' ¹ .

Das nächste entscheidende Ereignis war die Aufhebung des Goldstandards in den USA am 5. März 1933, die um so überraschender kam, als sich die Vereinigten Staaten in außenwirtschaftlicher Hinsicht keineswegs in einer Zwangslage befanden. ² Die Zahlungsbilanzsituation der USA war zu diesem Zeitpunkt günstiger als beispielsweise im Herbst 1931, wo die Bank von England die Goldeinlösung aussetzte. Es handelte sich hierbei ausschließlich um eine auf die amerikanische Binnenwirtschaft gerichtete konjunkturpolitische Maßnahme. Die offizielle Abwertung des Dollars erfolgte am 31. Januar 1934. ³

Durch den beträchtlichen Rückgang der amerikanischen Waren- und Dienstleistungsimporte sowie der Kapitalexporte kam es zu einer weltweiten Dollarknappheit, die zu einer wesentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitrug ⁴ , mit denen die einzelnen Länder zu kämpfen hatten. Das Ausmaß des Dollarmangels läßt sich am besten durch eine Gegenüberstellung der vor und während der Weltwirtschaftskrise von den

¹ Dieser umfaßte im wesentlichen die Commonwealthländer (ohne Kanada), die skandinavischen Staaten sowie Portugal. Bei dem 'Sterlingblock' handelte es sich um eine zwanglose Gruppenbildung, dem jedes beliebige Land, das sich der britischen Währungspolitik (freiwillig) anschließen wollte, kraft eigener Entscheidung beitreten konnte. Es gab weder Devisenbewirtschaftung noch Diskriminierungen gegenüber bestimmten Ländern. (Vgl. HALM: Währungsblock, a. a. O., S. 448 f.)

Der 'Sterlingblock' (1931-1939) darf nicht verwechselt werden mit dem zu Anfang des zweiten Weltkrieges gebildeten 'sterling area', auf den wir noch zu sprechen kommen.

² Die sich im Jahre 1933 häufenden Zahlungseinstellungen amerikanischer Banken waren die Folge der depressiven Wirtschaftslage in den USA, hatten also rein binnenwirtschaftliche Ursachen.

³ Die Goldparität wurde von bisher 20,67 \$ auf 35 \$ je Troy-Unze Feingold (31,104 Gramm) geändert, was einer Herabsetzung des Goldgehalts um rd. 41 v. H. entspricht.

⁴ "This drastic decline in United States purchases from foreign countries and in the world supply of dollars must rank as one of the most severe disturbances to the world economy during the period, directly depressing business activity abroad and producing foreign-exchange problems of unparalleled dimensions." (The United States in the World Economy, a. a. O., S. 173)

USA ins Ausland geflossenen Dollarbeträge demonstrieren.¹ Berücksichtigt man die gegenüber den Vereinigten Staaten bestehenden fixen Zahlungsverpflichtungen des Auslandes (kontraktgemäße Verzinsung und Amortisation von Dollaranleihen und Kriegsschulden) in Höhe von ca. 900 Mio. \$ pro Jahr², dann ergibt sich, daß dem Ausland beispielsweise in den Jahren 1932 und 1933 noch jährlich 1,5 Mrd. \$ zur freien Disposition verblieben, die jedoch nicht einmal zur Begleichung der dringendsten Güterimporte ausreichten.

§ 12: Fortdauer der Dollarknappheit nach 1933

Bereits Ende 1932/Anfang 1933 machten sich erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung bemerkbar.³ Diese wurde späterhin in den meisten

1	1927-1929 (jährl. Durchschn.)	1930	1931	1932	1933
Dollarerwerb des Aus-					
lands auf Grund von:					
Waren- und Dienstleistungs-					
importen der USA (in Mrd. \$)	5,6	4,4	3,1	2,1	2,1
Einseitigen Transfers und lang-					
fr. Kapitalexporten der USA					
(in Mrd. \$)	1,8	1,5	0,8	0,3	0,3
insgesamt	7,4	5,9	3,9	2,4	2,4
Prozentualer Rückgang gegen-					
über dem Dreijahresdurch-					
schnitt 1927-1929 (in v. H.)		20	47	68	68

Quelle: Zusammengestellt nach "The United States in the World Economy",
a. a. O., Table II: World Supply and Use of Dollars, 1919 - 1939

² Vgl. The United States in the World Economy, a. a. O., S. 5 f.

³ Nach SCHUMPETER lag der Tiefstand der Depression in den wichtigsten Industrieländern im Sommer 1932. (Vgl. SCHUMPETER, Joseph A.: Business Cycles, Vol. II, New York and London 1939, S. 906 ff. und 924 ff.)

	Index der industriellen Produktion (1929 = 100)	
	Welt (ohne UDSSR)	USA
1931	75	68
1932	64	54
1933	72	64
1934	78	66
1935	86	76
1936	96	88
1937	104	92
1938	93	72

Quelle: Société des Nations: La Production Mondiale et les Prix 1938/39.
Genève 1939, S. 43

Ländern mit Hilfe konjunkturpolitischer Eingriffe des Staates kräftig gefördert.¹ Nur die Goldblockländer, die sich mit Hilfe deflationistischer Methoden an die veränderten weltwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen versuchten, blieben von dem allgemein beginnenden Aufschwung zunächst ausgeschlossen.

Insgesamt gesehen war die Zeit von 1934 bis 1939 durch wirtschaftlichen Nationalismus und Protektionismus gekennzeichnet, die zu einer zunehmenden Desintegration der Weltwirtschaft führten.² Die Mitte 1933 in London stattfindende Welthandelskonferenz war der letzte Versuch, ein einheitliches Weltwirtschafts- und -währungssystem herzustellen. Ihr Scheitern bewies, daß die meisten Länder nicht gewillt waren, ihre nationalen beschäftigungspolitischen Maßnahmen dem größeren Ziel internationaler Zusammenarbeit unterzuordnen.³

Die während der Weltwirtschaftskrise von vielen Ländern eingeführte quantitative Importbeschränkung und Devisenbewirtschaftung⁴ wurden weitgehend aufrecht erhalten und zum Teil noch verstärkt.⁵ Es kam in zunehmendem Maße zum Abschluß bilateraler Handels- und Zahlungsabkommen.⁶

Wenn es trotz der von den einzelnen Ländern betriebenen autonomen Konjunktur- und Währungspolitik gelang, die Wechselkurse einigermaßen stabil zu halten, so ist das nicht zuletzt dem mäßigenden Einfluß Großbritanniens und der Sterlingblockländer zu verdanken, deren konjunkturpolitische Maßnahmen eine bemerkenswerte Rücksichtnahme auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erkennen ließen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das im Jahre 1936 zwischen den Vereinigten Staaten,

¹ Besonders markante Beispiele sind der 'New Deal' in den USA, die 'Politik des billigen Geldes' in Großbritannien und die 'Arbeitsbeschaffungsprogramme' in Deutschland.

² Die Autarkiebestrebungen in Deutschland stellten einen Sonderfall dar. Sie dienten - zumindest ab 1936 - der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

³ Einzelheiten über die Vorgeschichte und Ziele der Welthandelskonferenz von London in: League of Nations: Commercial Policy in the Interwar Period; International Proposals and National Policies. Geneva 1942, S. 61 ff.

⁴ Über die verschiedenen Systeme der Devisenbewirtschaftung siehe ENKE und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 342 ff.

⁵ Vgl. dazu auch CONDLIFFE, John Bell: The Reconstruction of World Trade. New York 1940, S. 232 ff.

⁶ Man hat zwischen Zahlungsabkommen, Kompensationsabkommen und Verrechnungs- oder Clearingabkommen zu unterscheiden.

(Einzelheiten bei ENKE und SALERA: International Economics, a. a. O., S. 318 ff. ;

GORDON, Margaret S. : Barriers to World Trade. New York 1941, Chapter VI-VII;

TOWLE, Lawrence W. : International Trade and Commercial Policy. New York and London 1947, S. 480 ff.)

Großbritannien und Frankreich abgeschlossene 'Tripartite-Agreement', demzufolge sich die nach der Weltwirtschaftskrise geschaffenen Währungsfonds der beteiligten Länder im Interesse der Stabilisierung der Devisenkurse erforderlichenfalls zu entsprechenden Interventionen verpflichteten.¹ Wenn Frankreich trotzdem zu mehrmaligen Abwertungen gezwungen war, so beweist das lediglich, daß derartige Abkommen eine aus dem Rahmen fallende inflationistische Wirtschaftspolitik nicht zu neutralisieren vermögen.

Die außenwirtschaftliche Entwicklung zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt war im wesentlichen durch drei Erscheinungen gekennzeichnet, nämlich das relativ niedrige Niveau der amerikanischen Güter- und Dienstleistungsimporte² sowie den beträchtlichen Kapital-³ und Goldzufluß⁴ aus dem Ausland in die Vereinigten Staaten. Die Spitze der amerikanischen Ein- und Ausfuhren lag im Jahre 1937, aber doch noch weit unter den Werten von 1929. Mit der Ende 1937 einsetzenden Depression⁵ trat eine erneute Verminderung des Außenhandelsvolumens ein (vor allem bei den Importen), die bis zum Kriegsausbruch noch nicht wieder voll aufgeholt war. Der langfristige Privatkapitalexport der USA in Form von Neuinvestitionen im Ausland kam während der Periode 1934 bis 1939 nahezu völlig zum Erliegen und wurde außerdem durch den gleichzeitig stattfindenden Abbau langfristiger Auslandsguthaben bei weitem überkompensiert.

¹ Vgl. dazu PREDÖHL: Weltwirtschaftskrise, a. a. O., S. 621;
 HALM, Georg N.: Währungsausgleichsfonds. In: HdSW, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 446;
 LUTZ, Friedrich: Neue Goldwährung. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 46, 1937 II, S. 409 ff.

²	1920 - 1929 (Jahresdurchschnitt)	1934 - 1939 (Jahresdurchschnitt)
Güter- und Dienstleistungsimporte der USA	5,1 Mrd. \$	3,3 Mrd. \$
³ (Netto-)Kapitalzufluß in die USA		1934 - 1939
langfristig		2,0 Mrd. \$
kurzfristig		3,9 Mrd. \$
insgesamt		5,9 Mrd. \$

⁴ Der jährliche Goldzufluß in die USA schwankte zwischen 1,3 und 3,2 Mrd. \$ bei einem Gesamtwert (1934 - 1939) in Höhe von 10,7 Mrd. \$.

⁵ Der Volumenindex des industriellen output der USA, der 1937 den Stand von 1929 leicht überschritten hatte, fiel erneut um 23 Punkte und damit auf den Stand von 1935 zurück.

(Vgl. The United States in the World Economy, a. a. O., S. 184, Table 16)

Der gewaltige in Richtung USA fließende Kapitalstrom rekrutierte sich zum überwiegenden Teil aus sogenanntem Fluchtkapital, vor allem aus Europa. Die ungünstige politische Entwicklung und die zunehmende Kriegsfurcht waren allenthalben die auslösenden Momente. Wie sehr ökonomische Überlegungen in den Hintergrund traten, ergibt sich beispielsweise aus der Tatsache, daß ein großer Teil der in den USA angelegten Auslandsgelder nicht verzinst wurde.¹

In den Jahren 1935 bis 1937 war die Bilanz der laufenden Transaktionen erstmals nahezu ausgeglichen², ein für die gesamte Zwischenkriegsperiode einmaliges Ereignis. Es wäre aber falsch, daraus folgern zu wollen, die Zahlungsbilanzsituation zwischen den USA und der übrigen Welt habe sich einem Gleichgewicht angenähert. Die Vorgänge in der Kapitalbilanz, vor allem die umfangreichen Goldexporte in die Vereinigten Staaten, lassen erkennen, daß die Dollarnachfrage des Auslandes das Angebot weiterhin beträchtlich überstieg³, wenn auch hinsichtlich der Dollarverwendung ein grundlegender Wandel eingetreten war. Ein Vergleich der Kapitalbilanz des Zeitraumes 1934 bis 1939 mit der vorangegangenen Perioden⁴ läßt die tiefgreifende Änderung der Zahlungsbilanzstruktur offenbar werden.

¹ Vgl. The United States in the World Economy, a. a. O., S. 9

² Der Saldo der laufenden Transaktionen lag unter 100 Mio. \$.
(Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 163)

³ "Our balance-of-payments position remained strong in that there continued to be an extremely lively demand for dollars ..". (The United States in the World Economy, a. a. O., S. 187).

⁴ Vgl. Zahlungsbilanzen der USA in Mehrjahresperioden, Anhang, S. 162

5. KAPITEL

DIE ZEIT NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

§ 13: Die Krisenjahre 1946 - 1948

Durch den zweiten Weltkrieg wurde das seit langem bestehende weltwirtschaftliche Ungleichgewicht erheblich vergrößert. Während ein Teil der Welt ¹ der Katastrophe zusteuerte, erlebt der amerikanische Kontinent einen wirtschaftlichen Aufschwung bisher nicht gekannten Ausmaßes. ²

Der Schwerpunkt des Ungleichgewichts lag zwischen den USA und Westeuropa, dessen Wirtschaftspotential während des Krieges große Einbußen erlitten hatte. ³ Obwohl die Nachkriegssituation Westeuropas noch in relativ frischer Erinnerung ist, dürfte eine Zusammenfassung der wichtigsten unmittelbaren Kriegsauswirkungen, soweit sie für unsere Untersuchung von Belang sind, angebracht sein ⁴ :

1. Zerstörung oder übermäßige Abnutzung ⁵ des Produktionsapparates ⁶ und der Gebäude;
2. Aufzehrung der Vorräte im Konsum- und Investitionsgütersektor;
3. Verluste an menschlicher Arbeitskraft und technischem Wissen;
4. Wegfall bzw. weitgehende Einschränkung des Osthandels;
5. Einbußen an Auslandsvermögen;
6. Kriegsschulden gegenüber außereuropäischen Ländern;
7. Erschöpfung der Gold- und Devisenreserven;
8. Zurückgestaute Kaufkraft, verbunden mit einem großen Nachholbedarf.

¹ Vor allem Europa und Japan.

Einzelheiten über die Dezimierung des westeuropäischen Kapitalstocks in: United Nations: Economic Survey of Europe since the War, Geneva 1953, S. 1ff.

² Neben den Vereinigten Staaten waren es besonders Kanada und einige lateinamerikanische Republiken, die ihre industrielle und landwirtschaftliche Produktion während des Krieges beträchtlich ausgedehnt hatten.

³ So betrug z. B. die industrielle Produktion Westeuropas Mitte 1945 weniger als die Hälfte des Standes von 1938. (Vgl. Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Bonn 1950, S. 29. Künftig als "Zweiter OEEC - Bericht" zitiert.)

⁴ Vgl. dazu auch BACHMANN, Hans: Die Marshall-Hilfe. In: Außenwirtschaft, 3. Jg., 1948, S. 209 ff.

⁵ Infolge jahrelangen Ausfalls von Ersatz- bzw. Neuinvestitionen

⁶ Einschließlich Raubbau am Boden

Tabelle 9 (Anhang, S. 140) zeigt den niedrigen Stand der industriellen Produktion Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg, wobei die außerordentlich ungünstige Position Westdeutschlands und Österreichs besonders ins Auge fällt. Welches Gewicht die aus dem Rahmen fallende Entwicklung in Westdeutschland¹ hatte, läßt der Gesamtindex erkennen.

Die Ausdehnung der Produktion wurde durch Engpässe in den sog. Schlüsselindustrien stark behindert. Über Umfang und Veränderung der Steinkohlenförderung und Rohstahlerzeugung Westeuropas geben die Tabellen 10 (Anhang, S. 141) und 11 (Anhang, S. 142) Auskunft. Auch hier verdient die kritische Lage Westdeutschlands besondere Beachtung, dessen Anteil an der westeuropäischen Steinkohlenförderung von 29 v. H. im Jahre 1938 auf 16 v. H. in 1946 zurückging, bei einer absoluten Förderabnahme um rd. zwei Drittel. Noch krasser war der Kapazitätsverlust in der westdeutschen Rohstahlerzeugung, die auf 10 v. H. des Vorkriegsstandes zurückfiel. Ihr Anteil an der Rohstahlerzeugung Westeuropas verringerte sich von fast zwei Drittel auf ein Zehntel. Die Arbeitsproduktivität in den OEEC-Ländern war ebenfalls beträchtlich gesunken und betrug insgesamt gesehen im Jahre 1946 nur noch Dreiviertel des Vorkriegsstandes. (Vgl. Tab. 12, Anhang, S. 143)

In krassem Gegensatz zu der äußerst schwierigen Wirtschaftslage Westeuropas (und anderer Teile der Welt) stand die sprunghafte Aufwärtsentwicklung der USA², die aus dem Krieg mit wesentlich erhöhter Produktionskapazität hervorgingen³ und in der Nachkriegswirtschaft die führende Rolle übernahmen. Keine andere Nation erreichte auch nur annähernd die Außenhandelsposition der Vereinigten Staaten. Während die USA in der Zeit von 1936 bis 1938 weniger als ein Siebtel des gesamten Importbedarfs der restlichen Welt befriedigten, war es in den Jahren 1946/47 rd. ein Drittel.⁴ Im Spitzenjahr (1947) exportierten die Vereinigten Staaten 11 v. H. ihrer Güterproduktion. Die USA waren aber nicht nur der mit Abstand größte Exporteur der Welt, sondern auch zugleich das bedeutend-

¹ Die bereits durch Kriegszerstörungen stark geschrumpfte Produktionskapazität Westdeutschlands erlitt durch die jahrelangen Demontagen zusätzliche Einbußen. Darüber hinaus wurden die Inbetriebnahme und der Ausbau funktionsfähig gebliebener Anlagen durch Produktionsverbote und -beschränkungen der Besatzungsmächte erheblich verzögert und erschwert.

² Das Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten stieg von 90,4 Mrd. \$ in 1939 auf 213,4 Mrd. \$ in 1945, also um 136 v. H. (Vgl. The Economic Report of the President, Jan. 1949, S. 99)

³ Index der industriellen Produktion (1935 = 100); 1939 = 109; 1943 = 239; 1945 = 203. (Vgl. The Economic Report of the President, Jan. 1949, S. 111)

⁴ Der nächstgrößte Nachkriegsexporteur war Großbritannien mit rd. 12 v. H. aller Warenimporte der übrigen Welt. (Vgl. The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948, a. a. O., S. 22 f.)

ste Importland: Von 1946 bis 1948 kauften sie ein Sechstel bis ein Fünftel aller Exporte der übrigen Welt.¹

Die Nachkriegszahlungsbilanzen der USA vermitteln ein deutliches Bild von den durch den zweiten Weltkrieg hervorgerufenen tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft. Wie nachstehende Tabelle zeigt, war das Leistungsbilanzungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt wesentlich größer als nach dem ersten Weltkrieg.² Damals war das Ausland bereits 1919 wieder in der Lage gewesen, mehr als die Hälfte seiner Güter- und Dienstleistungsimporte aus den USA mit den Erlösen aus entsprechenden Exporten zu bezahlen. Nach dem zweiten Weltkrieg dauerte es mehrere Jahre, bis das gleiche Verhältnis erreicht wurde.

Jahr	Güter- u. Dienstleistungs-		Kommerzieller Leistungsbilanzüberschuß der USA (Mrd. \$)	Anteil der Importe an den Exporten (v. H.)
	Exporte der USA (Mrd. \$)	Importe der USA (Mrd. \$)		
1919	10,8	5,9	4,9	55
1920	10,3	6,7	3,6	65
1921	5,5	3,4	2,1	62
1927-29 (Durchschnitt)	6,8	5,6	1,2	82
1936-38 (Durchschnitt)	4,1	3,6	0,5	88
1946	14,7	6,5	8,2	44
1947	19,7	7,7	12,0	39
1948	16,8	9,5	7,3	57
1949	15,8	9,0	6,8	57

a) ohne unentgeltliche militärische Lieferungen

b) ohne Militärausgaben

¹ In den Jahren 1936 - 38 waren es rd. 12 v. H. (Vgl. The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948, a. a. O., S. 27)

² Während des Höhepunktes der Nachkriegskrise (1947) belief sich der Leistungsbilanzüberschuß der USA auf durchschnittlich 1 Mrd. \$ pro Monat.

Rd. 80 v. H. der in obiger Tabelle verzeichneten Gesamtausfuhren der USA bestanden aus Warenlieferungen¹. Dieser gewaltige Güterstrom² vermittelt eine Vorstellung von dem Ausmaß des Warenhungers in der restlichen Welt³ und dem Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten.

Untersucht man die geographische Verteilung des amerikanischen Warenhandels, so zeigt sich, daß die Exporte nach Westeuropa und Asien⁴ besonders stark gestiegen, während die Importe aus diesen Regionen anteilmäßig zurückgegangen waren.

	1936-38	1947	1948	1949
<u>Warenexporte der USA</u> a)				
(vierteljährl. Durchschnittswerte i. Mio. \$)				
nach Westeuropa b)	282	1.324	1.046	1.019
nach Asien c)	122	561	507	534
<u>Prozentualer Anteil der amerikanischen Warenim-</u> <u>porte (v. H.)</u> a)				
aus Westeuropa b)	24,4	12,1	13,7	12,7
aus Asien c)	29,4	17,3	18,2	17,9

a) Vgl. The Midyear Economic Report of the President, July 1951, S. 267 und 269

b) OEEC-Länder (einschl. der Türkei)

c) Ohne Türkei

¹ Diese betrugen (ohne Militärgüterexporte):

1946 11,7 Mrd. \$; 1947 16,0 Mrd. \$; 1948 13,2 Mrd. \$ (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 165)

² Im Rekordjahr 1947 exportierten die USA fast so viel Güter wie in der gesamten Vorkriegsperiode 1934 - 1939.

³ Die riesige Nachfragewelle der ersten Friedensjahre wurde nicht allein durch den Wiederaufbau der vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder ausgelöst, sondern war auch die Folge des während der Kriegsjahre entstandenen Nachholbedarfs.

⁴ Japans Ausfuhren, die vor dem Krieg zu mehr als Dreiviertel aus Fertigwaren bestanden, waren infolge der Kriegereignisse stark zusammengeschrumpft, so daß viele Länder Asiens gezwungen wurden, ihren Importbedarf in den Vereinigten Staaten zu decken. Hinzu kam die Exportunfähigkeit Westeuropas. (Vgl. The Balance of International Payments of the United States 1946 - 1948, a.a.O., S. 8)

Am hervorstechendsten war zweifellos das Leistungsbilanzungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, welches rd. die Hälfte des gesamten Leistungsbilanzdefizits der restlichen Welt gegenüber den USA ausmachte. (Vgl. nachstehende Tabelle).

	1946	1947	1948	1949
Kommerzielle Güter- und Dienstleistungsexporte der USA nach Westeuropa a) (in Mrd. \$)	5,4	7,1	5,7	5,3
Kommerzielle Güter- und Dienstleistungsimporte der USA aus Westeuropa a) (in Mrd. \$)	1,3	1,6	1,9	1,9
Kommerzieller Leistungs- bilanzüberschuß USA - Westeuropa (in Mrd. \$) .	4,1	5,5	3,8	3,4
Anteil der Importe an den Exporten (v. H.)	24	23	33	36
Anteil des westeurop. Leistungsbilanzdefizits am weltweiten Leistungs- bilanzdefizit (v. H.)	50	46	53	50

a) OEEC-Länder

Beachtung verdient die Tatsache, daß Westeuropa in den ersten beiden Nachkriegsjahren noch nicht einmal ein Viertel seiner Güter- und Dienstleistungsimporte aus den USA mit Erlösen aus entsprechenden Exporten bezahlen konnte. Dieses Ungleichgewicht resultierte einerseits aus dem geschrumpften Produktionsvolumen (sowohl im industriellen als auch im landwirtschaftlichen Bereich)¹, zum anderen aus den Veränderungen in

¹ Westeuropa war nicht nur für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft, sondern auch zur Deckung des existenznotwendigen Bedarfs seiner Bevölkerung in starkem Maße auf amerikanische Hilfe in Form von Lebensmittel-, Brennstoff- und Rohmateriallieferungen angewiesen. (Vgl. dazu: Zweiter OEEC-Bericht, a. a. O., S. 19). So lagen z. B. die Weizen- und Mehleinfuhren Westeuropas aus den USA in den Jahren 1947 und 1948 um rd. 800 Mio \$ über dem Vorkriegsstand. (Grund dafür waren die niedrigen Nahrungsmittelexporte des Ostens und der ehemaligen westeuropäischen Agrar-Überschußländer.) In den gleichen Jahren entfielen 500 bzw. 300 Mio \$ des westeuropäischen Dollardefizits auf Kohleimporte aus den Vereinigten Staaten. (Hauptursache war die gesunkene Förderleistung in Westdeutschland und Großbritannien.) (Vgl. The Balance of International Payments of the United States 1946-1948, a. a. O., S. 7)

der Außenhandelsstruktur der OEEC-Länder. Wie aus Tabelle 13 (Anhang, S. 144) hervorgeht, war der Anteil des Intra-OEEC-Handels¹ an den Gesamteinfuhren der OEEC-Länder nach dem Kriege erheblich zurückgegangen², und zwar von knapp 40 v. H. im Jahre 1938 auf rd. 30 v. H. in 1946 und 1947. Berücksichtigt man ferner, daß die OEEC-Importe aus Osteuropa um 5 v. H., aus Westdeutschland³ um 7 v. H. sanken, dann sind die Mehreinfuhren aus den USA weitgehend erklärt.

Ein Vergleich der während des dargestellten Zeitraums erfolgten Veränderungen in den prozentualen Anteilen der OEEC-Importe aus den in der Tabelle unterschiedenen Ländern und Ländergruppen ruft das Bild kommunizierender Röhren hervor. In dem Maße wie die Einfuhren der OEEC-Länder aus West- und Osteuropa sowie aus Westdeutschland gegenüber dem Vorkriegsniveau abnahmen, stiegen die Importe aus den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1947 hatten die Verschiebungen ihren Höhepunkt erreicht. In der darauffolgenden Zeit ist ein allmähliches Zurückpendeln in Richtung auf die Ausgangslage festzustellen, wobei die Entwicklung des Ost-West-Handels ein durch politische Konstellationen bedingter Sonderfall war.

Das Handelsbilanzdefizit der OEEC-Länder wurde, wie Tabelle 13 zeigt, nicht nur von der Import-, sondern auch von der Exportseite her beeinflusst. Seine Spitze lag im Jahre 1947, als die Einfuhrabhängigkeit Westeuropas am größten, die Exportfähigkeit aber noch sehr gering war. In den folgenden Jahren ist ein Rückgang der OEEC-Importe aus den Vereinigten Staaten bei gleichzeitigem Anstieg der westeuropäischen Exporte nach den USA festzustellen.

Es muß in diesem Zusammenhang erneut auf die bedeutsame Rolle Westdeutschlands hingewiesen werden, dessen Anteil an den OEEC-Exporten nach den Vereinigten Staaten vor dem zweiten Weltkrieg 13 bis 20 v. H. betrug, in 1947 dagegen unter 1 v. H. lag. Der Vorkriegsprozentsatz wurde erst 1951 wieder erreicht, gegen Ende der fünfziger Jahre sogar leicht überschritten. (Vgl. Tab. 14, Anhang, S. 145). Bemerkenswert ist ferner, daß die OEEC-Importe aus Westdeutschland zeitweise (1937, 1938, 1953, 1954 und 1958) ebenso hoch waren wie diejenigen aus den USA. (Vgl. Tab. 13, Anhang, S. 144). Es folgt daraus, daß ein beträchtlicher Teil

¹ Darunter ist der Handel der OEEC-Länder untereinander zu verstehen.

² Die Veränderungen gegenüber den Vorkriegsjahren kommen in Tab. 13 nicht voll zum Ausdruck, da in den Wertziffern die Preissteigerungen enthalten sind.

³ Die Bundesrepublik trat Ende Oktober 1949 der OEEC bei.

des westeuropäischen Handelsbilanzdefizits gegenüber den Vereinigten Staaten die Konsequenz der vorübergehenden Ausschaltung Westdeutschlands war.¹

Die für Westeuropa nachteilige Entwicklung der 'terms of trade'² als Folge des unverhältnismäßig starken Preisanstiegs bei Nahrungsmitteln und Rohstoffen stellte für die Handelsbilanzen der OEEC-Länder eine zusätzliche Belastung dar.

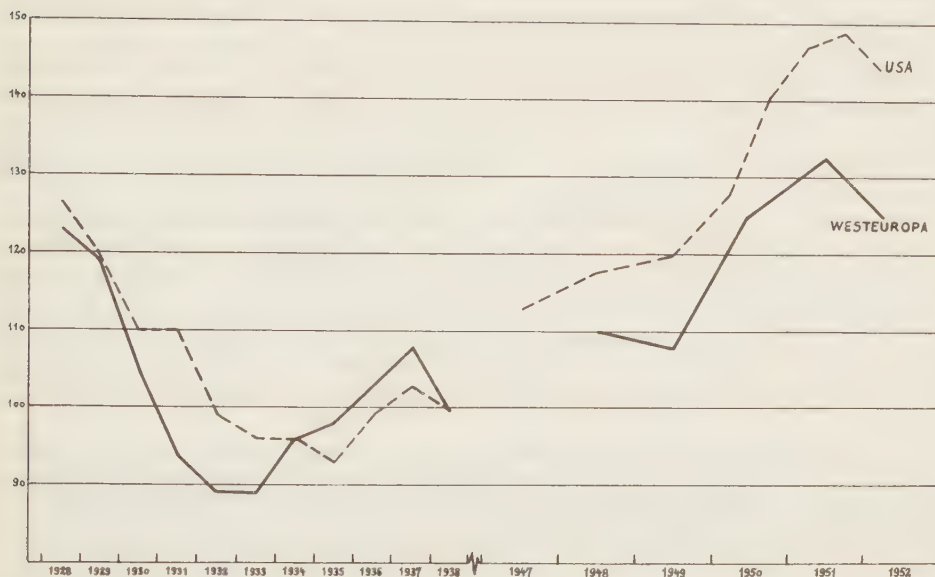
¹ Auf diese Zusammenhänge hat besonders PREDÖHL immer wieder hingewiesen: "Auf jeden Fall aber ist die Desorganisation der Raumökonomie des (europäischen) Kerngebietes ein entscheidender Faktor der Dollarlücke." (PREDÖHL: Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise, a. a. O., S. 112) Vgl. dazu auch PREDÖHL: Außenwirtschaft, a. a. O., S. 238 ff.; MACKENROTH, Gerhard und PREDÖHL, Andreas: Deutschland und die wirtschaftliche Einheit Europas. Hamburg 1948

Gleicher Auffassung ist BAADE: "... ein erheblicher Teil des Dollardefizits anderer europäischer Länder ist weiter nichts als die weitergeleitete Konsequenz der Zerstörung ihrer normalen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland Also nur wenn der deutsche Export auf ein Vielfaches des heutigen Volumens gebracht wird, kann die europäische Wirtschaftsbilanz in Ordnung kommen." (BAADE, Fritz: Der europäische Longterm-Plan und die amerikanische Politik. (Kieler Studien, Nr. 1). Kiel 1949, S. 9)

Auch in den USA begann man sich, wenn auch erst nachdem jahrelang der Vernichtungswille dominiert hatte und währenddessen viel kostbare Zeit verstrichen war, darüber klar zu werden, daß eine wirtschaftliche Gesundung Westeuropas bei Ausklammerung seines wichtigsten Industriegebietes nicht zu erreichen war. Im Gesetzentwurf für den Marshallplan wird dazu ausgeführt: "Die Lähmung der Produktion in Deutschland ist eine der bedeutendsten Ursachen des wirtschaftlichen Ungleichgewichts in Europa. Die wirtschaftliche Stagnation dieses Landes, dessen Produktion und Handel vor dem Krieg so wesentlich waren für Europa, ist eines der stärksten Hindernisse der Wiedergesundung." Zitiert nach BRIEFS, Goetz: Amerika und der Europäische Wiederaufbauplan, In: Außenwirtschaft, 3. Jg., 1948, S. 1)

² Index der Importpreise
Index der Exportpreise

Abb. 6: 'terms of trade' Westeuropas und der USA (1938 = 100)



Quelle: United Nations: Economic Survey of Europe since the War. Geneva 1953, S. 12

Nach Ansicht der Experten des 'Department of Economic Affairs of the United Nations' können die 'terms of trade' Westeuropas vom Sommer 1950 als das für die Nachkriegszeit typische Durchschnittsniveau angesehen werden. Das würde bedeuten, daß gegenüber der Vorkriegszeit (Basis 1938) eine Verschlechterung um 25 v. H. eingetreten ist. Die daraus resultierende Belastung für die westeuropäische Handelsbilanz würde etwa 44 v. H. der mengenmäßigen Exporte Westeuropas des Jahres 1938 entsprechen.¹

Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, erfolgte die Finanzierung des Leistungsbilanzüberschusses der USA gegenüber der restlichen Welt zum größten Teil durch Schenkungen und langfristige Kredite der amerikanischen Regierung. Der private langfristige Kapitalexport der Vereinigten Staaten spielte in den ersten Nachkriegsjahren nur eine untergeordnete Rolle.

¹ Vgl. Economic Survey of Europe since the War, a. a. O., S. 11 f.

	1946	1947	1948	1949
Finanzierung des kommerziellen Leistungsbilanzüberschusses der USA a) durch:				
Schenkungen der amerikanischen Regierung (v. H.)	28	16	54	74
Langfristige Kredite der amerikanischen Regierung (v. H.)	41	60	21	10
Privaten langfristigen Kapitalexport der USA (v. H.)	1, 2	6, 7	11	11

a) Errechnet aus den Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 165 f.

Ohne die umfangreiche Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten¹ wäre ein Ausgleich der abnormen Leistungsbilanzdefizite des Auslandes nicht möglich gewesen, da die Gold- und Dollarreserven in den meisten Ländern weitgehend erschöpft und deren Guthaben in den Vereinigten Staaten schon während des Krieges größtenteils abgebaut worden waren.²

§ 14: Wirtschaftliche Erholung während der Marshallplan-Periode

Die Wirtschaftshilfe der USA, die sich nach Kriegsende vorwiegend im Rahmen der UNRRA³ vollzog, wurde nach Anlaufen des Marshallpla-

¹Die Wirtschaftshilfe der USA (Schenkungen und langfristige Kredite der amerikanischen Regierung) belief sich von 1946 bis 1948 auf über 20 Mrd. \$, wovon mehr als die Hälfte Westeuropa zugute kam. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 165 ff.)

²Hierzu muß man wissen, daß sämtliche Kriegsleistungen der USA an ihre Verbündeten vor Inkrafttreten des 'Leih- und Pachtgesetzes' ('Lend-Lease-Act' vom März 1941) bar bezahlt werden mußten ('Cash and Carry Clauses'). (Einzelheiten bei SINEWE, Klaus E.: Grundlage und Entwicklung des Zahlungsverkehrs nach dem zweiten Weltkrieg. Meisenheim 1954, S. 30 f.)

³'United Nations Relief and Rehabilitation Administration' ('Vereinigung der Vereinten Nationen für Wiedergutmachungen und Entschädigungen'), eine von den USA inspirierte und Ende 1943 durch vierundvierzig Staaten gegründete Organisation, deren Finanzierung durch Beitragszahlungen der Mitgliedsländer (in Höhe von 1 v. H. ihres Volkseinkommens) erfolgte. Während der insgesamt dreijährigen Tätigkeit dieser Hilfsorganisation - offiziell endeten die UNRRA-Lieferungen mit Ablauf des Jahres 1946 - standen die Leistungen der Vereinigten Staaten so stark im Vordergrund, daß sich schließlich die Meinung herausbildete, es handele sich um eine rein amerikanische Aktion. (Einzelheiten bei HENIKSTEIN, Hugo: Die amerikanische Handelspolitik nach dem zweiten Weltkrieg und die Wiederbelebung des Welthandels. Wien 1950, S. 94f.)

nes¹ Mitte 1948² stärker auf Westeuropa konzentriert,³ Grundlage des ERP war ein vom 'Komitee für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit' ausgearbeitetes 'Wiederaufbauprogramm'.⁴ Höhe und ländermäßige Aufschlüsselung der ERP-Hilfe entsprachen grundsätzlich den vom CEEC für die Laufzeit des Hilfsprogramms vorausgerechneten Dollardefiziten der einzelnen Länder, wurden aber für jedes Marshallplan-Jahr neu festgesetzt, um notwendig werdende Korrekturen berücksichtigen zu können.

Die ERP-Lieferungen der USA erfüllten eine doppelte Funktion: Westeuropa erhielt die für seinen Wiederaufbau dringend benötigten Investitionsgüter, Rohstoffe und Nahrungsmittel, und zwar ohne Bezahlung.⁵ Die westeuropäischen Importeure mußten den Kaufpreis (in heimischer Währung) an den Staat abführen. Die eingehenden Beträge flossen in die von den Regierungen der einzelnen Länder zu bildenden 'Gegenwertfonds' ('counter-

¹ Ausgangspunkt dieser unter der offiziellen Bezeichnung 'Europäisches Wiederaufbauprogramm' ('European Recovery Program'; ERP) laufenden Unterstützungsaktion der Vereinigten Staaten war die am 5. Juni 1947 von Staatssekretär MARSHALL vor der Harvard-Universität gehaltene Rede über die künftige Außenwirtschaftspolitik der USA.

(Vgl. MARSHALL, George C.: Address on Aid to Europe. In: Current History (A monthly magazine of world affairs), August 1947)

Zur Durchführung des ERP wurde die 'Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit' ('Economic Cooperation Administration': ECA), mit Sitz in Washington, gegründet, deren Aufgaben Ende 1951 an das 'Amt für gegenseitige Sicherheit' ('Mutual Security Agency': MSA) übergingen.

Über die politischen Hintergründe des Marshallplanes und die langwierige Vorbereitungsprozedur gibt BRIEFS eine detaillierte Schilderung. (BRIEFS: Amerika und der Europäische Wiederaufbauplan, a.a.O., S. 1 ff.)

² Der Marshallplan trat zwar formell bereits am 3. April 1948 in Kraft. Der effektive Beginn des ERP wurde aber durch die Doppelgleisigkeit im amerikanischen Gesetzgebungsverfahren hinausgezögert.

Die Marshallhilfe endete offiziell am 30. 6. 1952, die Abwicklung dauerte jedoch bis Ende 1952.

Das ERP-Jahr deckt sich mit dem Haushaltsjahr der USA (1. 7. bis 30. 6.).

³ In den Jahren 1946 bis 1948 entfielen 56 v. H. der Schenkungen und langfristigen Kredite der amerikanischen Regierung auf Westeuropa, in der Zeit von 1949 bis 1952 waren es dagegen 74 v. H. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 165 ff.)

⁴ Vgl. Committee for European Economic Cooperation (CEEK): General Report. United States Government, Department of State, Washington 1947.

⁵ Der größte Teil der Lieferungen wurde durch Schenkungen, der Rest durch langfristige Kredite der amerikanischen Regierung finanziert.

part funds') und konnten entsprechend den Richtlinien des 'Wiederaufbauprogramms' zur Finanzierung lebenswichtiger Investitionen verwendet werden.¹

Wie aus Tabelle 15 (Anhang, S. 146) hervorgeht, erreichte das westeuropäische Investitionsvolumen schon während des ersten Marshallplan-Jahres (1948/49) eine beachtliche Höhe, was besonders deutlich zum Ausdruck kommt, wenn man zum Vergleich die entsprechenden Werte der Vereinigten Staaten heranzieht. Danach betrugen im Jahre 1948/49 die Bruttoinvestitionen Westeuropas zwei Drittel derjenigen der USA, während das westeuropäische Bruttosozialprodukt nur wenig mehr als die Hälfte des amerikanischen ausmachte. Da bei dem ohnehin niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung Westeuropas² eine weitere Reduzierung des Konsums nicht zu vertreten war, bildete die nachhaltige Unterstützung der Vereinigten Staaten die entscheidende Voraussetzung für die Vergrößerung des westeuropäischen Kapitalstocks.³

Mit dem ERP kam erstmals nach Kriegsende ein umfassendes, auf einer geschlossenen Konzeption beruhendes Hilfsprogramm zum Zuge, welches ganz Westeuropa einbezog und daher gegenüber den vorangegangenen punktuellen Unterstützungsaktionen der USA⁴ eine wesentlich größere Effizienz versprach. Für die zweckgerechte Verteilung und Anwendung der amerikanischen Hilfe drängten die Vereinigten Staaten auf Schaffung einer zwischenstaatlichen Organisation, von der zugleich die notwendigen Impulse zur Bildung einer großräumigen westeuropäischen Gesamtwirtschaft (ähnlich dem amerikanischen Vorbild) ausgehen sollten. Auf Grund der Initia-

¹ Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat - OEEC: Handbuch 1956. Bad Godesberg 1956, S. 15. (Künftig zitiert als "OEEC-Handbuch 1956").

² Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung gegenüber 1938 um 20 Mio. zugenommen hatte, wobei der Flüchtlingsstrom aus dem Osten die Hauptrolle spielte.

³ Die während des ersten Marshallplan-Jahres von den USA erhaltene Wirtschaftshilfe entsprach ungefähr dem Einfuhrüberschuß Westeuropas (in Höhe von rd. 5 Mrd. \$). Viel Beachtung fand die von Paul HOFFMAN (dem Administrator der 'Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit') vor dem amerikanischen Kongreß getroffene Feststellung: "For every dollar of our aid to Europe, Europe puts 6 dollars into capital formation." (Zitiert nach: ELLIS; Howard S.: The Economics of Freedom. New York 1950, S. 34)

⁴ Die bis dahin von den Vereinigten Staaten über die UNRRA, den IWF, die Weltbank usw. geleisteten indirekten oder in Form von zweiseitigen Kreditabkommen (z. B. mit Großbritannien und Frankreich) durchgeführten direkten Dollarhilfen bezogen sich immer nur auf einzelne Empfangsländer (Vgl. dazu BACHMANN: Die Marshall-Hilfe, a. a. O., S. 213 ff.)

tive der USA kam es am 16. April 1948 zur Gründung der 'Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit' ¹, der sich fast alle europäischen Länder westlich des eisernen Vorhangs anschlossen. ²

Die nach 1948 einsetzende wirtschaftliche Erholung Westeuropas läßt sich an folgenden Indikatoren ablesen:

Die industrielle Produktion der OEEC-Länder, die 1948, d.h. "nur" dreieinhalb Jahre nach Kriegsende, den Vorkriegsstand leicht überschritten hatte ³, expandierte während der Marshallplan-Periode beträchtlich: Von 1948 bis 1950 betrug die Zuwachsrate 25 v.H., von 1948 bis 1952 40 v.H. ⁴ Nach Ansicht der OEEC ist die zwischen 1948 und 1950 erzielte Produktionssteigerung zu ungefähr einem Viertel der erhöhten Beschäftigung, zu drei Vierteln dem Produktivitätsanstieg zuzuschreiben. ⁵

Das Bruttosozialprodukt der OEEC-Länder (zu konstanten Preisen) nahm von 1948 bis 1952 um 27 v.H. zu und lag damit um rd. ein Viertel über dem Stand von 1938. (Vgl. Tab. 18, Anhang, S. 149). Auch hinsichtlich der Verwendung des Bruttosozialprodukts zeigten sich bemerkenswerte Veränderungen. Während 1947 noch 91 v.H. der gesamten heimischen Erzeugung konsumiert wurden, fiel dieser Prozentsatz, trotz der inzwischen angestiegenen Verteidigungslasten, auf 84 v.H. in 1952. Der Einfuhrüberschuß verringerte sich von 10,7 Mrd. \$ in 1947 auf 1,3 Mrd. \$ in 1952.

¹ Organisation for European Economic Cooperation (OEEC). Vgl. "Abkommen über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit(OEEC) vom 16. April 1948". In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1345 ff. und 1565 ff. Die Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit "stellt das umfassendste multilaterale Wirtschaftsabkommen dar, das bisher von souveränen Regierungen abgeschlossen worden ist. Mit ihr verpflichten sich die Signatarmächte zur Durchführung eines Wiederaufbauprogramms und setzen sich eine Reihe von gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielen: Steigerung der Erzeugung, Modernisierung des Produktionsapparates, Ausweitung des zwischenstaatlichen Handels durch Beseitigung von Beschränkungen des Handels- und Zahlungsverkehrs, Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Sicherung der inneren finanziellen Stabilität." (OEEC-Handbuch, a.a.O., S. 16)

Mit Ausnahme von Finnland, Jugoslawien und Spanien

³ Vgl. Tabelle 9, Anhang, S. 140

Nach dem ersten Weltkrieg dauerte es mehr als sechs Jahre, bis die industrielle Produktion Europas ihr Vorkriegsniveau wieder erreicht hatte.(Vgl. ELLIS, Howard S.: The Economics of Freedom, a.a.O., S. 15 f.)

⁴ Vgl. Tabelle 16, Anhang, S. 148

Über die Struktur der industriellen Produktion gibt Tabelle 17, Anhang, S.148 Auskunft.

⁵ Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Dritter Bericht; Die Wirtschaftslage Westeuropas. Bonn 1951, S. 53 (Künftig zitiert als "Dritter OEEC-Bericht")

Die erhöhte Produktionskapazität und die damit einhergehende Verbesserung der Exportfähigkeit Westeuropas sowie die gleichzeitige Verringerung der Importabhängigkeit von den USA spiegeln sich sehr deutlich in der Außenhandelsentwicklung wider. Wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht, konnte das westeuropäische Leistungsbilanzdefizit gegenüber den USA erheblich abgebaut werden, wobei der starke Anstieg der amerikanischen Importe aus Westeuropa den Ausschlag gab.

	Durchschnitt der Jahre		Veränderung
	1946-1948	1949-1952	v. H.
Kommerzieller Warenhandel und Dienstleistungsaustausch der USA (in Mrd. \$):			
Exporte nach Westeuropa	6,1	4,9	- 20
Importe aus Westeuropa	1,6	2,7	+ 69
Saldo	4,5	2,2	- 51
Anteil der Importe an den Exporten (v. H.)	26	55	+ 29
Totale Exporte	17,1	16,6	- 3
Totale Importe	7,9	12,0	+ 52
Saldo	9,2	4,6	- 50
Anteil der Importe an den Exporten (v. H.)	46	72	+ 26

Während Westeuropa im Durchschnitt der Jahre 1946 bis 1948 nur 26 v. H. seiner Güter- und Dienstleistungsimporte aus den Vereinigten Staaten mit den Erlösen aus entsprechenden Exporten bezahlen konnte, waren es in der Zeit von 1949 bis 1952 bereits 55 v. H.

Aber auch die Reduzierung des Leistungsbilanzungleichgewichts zwischen den USA und der gesamten übrigen Welt machte rasche Fortschritte: Das Ausland war in der Periode 1949 - 1952 imstande, nahezu drei Viertel seiner Importe durch eigene Exporte zu bezahlen; der Leistungsbilanzüberschuß der Vereinigten Staaten halbierte sich; die weltweite Dollarlücke, die von 1946 bis 1948 im Durchschnitt über 8 Mrd. \$ jährlich betragen hatte, ging in der Zeit von 1949 bis 1951 auf durchschnittlich 2,9 Mrd. \$

pro Jahr, d. h. um fast zwei Drittel, zurück.¹ Besonders beachtenswert ist die starke Zunahme der amerikanischen Einfuhren im Jahresdurchschnitt 1949 - 1952, wobei der Importrückgang während der Rezession 1948/49 durch die Entwicklung der folgenden Jahre überkompensiert wurde.²

Die günstige Gesamtentwicklung resultierte aber nicht allein aus den inzwischen bei der Überwindung der Kriegsauswirkungen erzielten Erfolgen, sondern wurde auch von den im September 1949 stattfindenden Währungsabwertungen wesentlich beeinflusst, deren auslösendes Moment die Ende 1948 einsetzende Konjunkturabschwächung in den USA bildete.³

Das für den Außenhandel entscheidende Faktum war der starke Lagerabbau in den Vereinigten Staaten⁴, der vor allem für die Rohstoffe produ-

¹ Vgl. Tabelle 7, Anhang, S. 138

Die sprunghafte Verringerung des Zahlungsbilanzungleichgewichts zwischen den USA und der restlichen Welt im Jahre 1950 - der kommerzielle Leistungsbilanzüberschuß der Vereinigten Staaten ging von 6,8 auf 2,4 Mrd. \$, d. h. um rd. zwei Drittel zurück - ließ sogar die Vermutung aufkommen, die Dollarknappheit sei bereits endgültig überwunden. (Tatsächlich betrug die weltweite Dollarlücke 1950 nur noch 265 Mio \$.) Die günstige Entwicklung war aber hauptsächlich auf exogene Faktoren zurückzuführen, indem die Korea-Krise eine gewaltige Rohstoffnachfrage der USA auslöste.

Die prozentuale Importsteigerung betrug beinahe das Doppelte der Bruttosozialprodukt-Erhöhung.

³ Vom Nov. 1948 bis Juli 1949 ging die industrielle Produktion der Vereinigten Staaten um 17 v. H. zurück. (Vgl. The Economic Report of the President, Jan. 1950, S. 3) Diese erste Nachkriegsrezession in den USA wies gegenüber den Depressionen früherer Zeiten wesentliche Unterschiede auf. Damals war jeder Kontraktionsprozeß mit großer Arbeitslosigkeit und einem erheblichen Rückgang des Sozialprodukts verbunden; demgegenüber zeigten diese volkswirtschaftlich relevanten Größen während der Rezession 1948/49 nur unwesentliche Veränderungen; Das Bruttosozialprodukt ging 1949 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 v. H. zurück, die Arbeitslosigkeit stieg um 2 v. H. (Vgl. Economic Report of the President, Jan. 1961, S. 127 und 146)

⁴ Der durch den großen Nachholbedarf im Konsum- und Investitionsgütersektor und die hohe Auslandsnachfrage ausgelöste Nachkriegsboom war von erheblichen Preissteigerungen begleitet gewesen. Die Erwartung weiterer Preiserhöhungen hatte die Produzenten zu immer stärkerer Lageraufstockung veranlaßt. Der mit dem Beginn des Kontraktionsprozesses einsetzende Preisrückgang führte zu einer Umkehr der bisherigen Vorratspolitik, d. h. zu einem unverhältnismäßig weitgehenden Abbau der Warenlager. Dies drückte sich u. a. darin aus, daß die privaten Inlandsinvestitionen der USA 1949 um 18 v. H. niedriger lagen als im Vorjahr. (Vgl. The Economic Report of the President, Jan. 1950, S. 5)

zierenden Länder erhebliche Exporteinbußen brachte. In dem Maße, wie davon der 'Sterlingraum' ¹ in Mitleidenschaft gezogen wurde, gingen die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens rapide zurück ², so daß eine drastische Abwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar unvermeidbar war. Dem Beispiel Großbritanniens folgten innerhalb einer Woche neben sämtlichen Commonwealth-Ländern ³ fast alle westeuropäischen Staaten, allerdings mit unterschiedlichen Abwertungssätzen.⁴

Die Devaluationen dienten in erster Linie dem Zweck, die Wettbewerbsfähigkeit Westeuropas auf dem amerikanischen Markt zu verbessern und damit die Exporte nach den Vereinigten Staaten zu fördern, um auf diese Weise das westeuropäische Dollardefizit abzubauen. Die erhöhte Konkurrenzfähigkeit kam aber darüber hinaus auf dem gesamten Weltmarkt zur Geltung, indem es Westeuropa gelang - unter Zurückdrängung der USA - einen größeren Exportanteil auf dritten Märkten zu erobern. Mit dem Rückgang des amerikanischen Exportüberschusses verringerte sich auch die weltweite Dollarlücke. Auf die Höhe der westeuropäischen Einfuhren hatten die Abwertungen nur geringen Einfluß, da die Importnachfrage Westeuropas zunächst noch ziemlich unelastisch war. Das ergab sich nicht nur aus der Zusammensetzung der westeuropäischen Einfuhren, d.h. dem hohen Anteil an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und speziellen Investitionsgütern, sondern auch aus der Tatsache, daß alle nicht notwendigen Importe

¹ Zu Anfang des zweiten Weltkrieges hatte Großbritannien den 1931 geschaffenen 'Sterlingblock' (vgl. § 11, S. 71) zum 'sterling area' (Sterlingraum) umgestaltet, der im Gegensatz zu dem verhältnismäßig lockeren Sterlingblock eine festgefügte Einheit mit strenger Devisenbewirtschaftung nach außen und Zentralisierung der Gold- und Dollarreserven in London (Dollarpool) darstellte. Innerhalb des 'sterling area' bestand ein mehr oder minder freier Devisenverkehr. Mitglieder waren - nach Ausscheidender skandinavischer Staaten und Portugals - die Commonwealth-Länder (ohne Kanada) sowie Ägypten, der Irak, Island und der Sudan. (Vgl. dazu: PREDÖHL: Weltwirtschaftskrise, a.a.O., S. 622; HALM: Währungsblock, a.a.O., S. 450; WENDT, Siegfried: Die Lage der Währungen nach Beendigung des zweiten Weltkriegs. In: Europa-Archiv 1948, S. 1283 f.)

² Die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens betrugen vor der Abwertung nur noch 1,3 Mrd. \$, ungefähr die Hälfte des Standes von Ende 1946. (Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): Zwanzigster Jahresbericht (1949/50), S. 157)

³ Die Mitglieder des britischen Commonwealth, mit Ausnahme Kanadas und Pakistans, werteten um den gleichen Prozentsatz ab wie Großbritannien. (Vgl. Zwanzigster Jahresbericht der BIZ, a.a.O., S. 161)

⁴ Vgl. Tabelle 19, Anhang, S. 150

Die Abwertungswelle von 1949 hatte manche Parallelen mit derjenigen von 1931: In beiden Fällen bildete der Konjunkturrückgang in den USA das auslösende Moment. Sowohl 1949 als auch 1931 ging der Anstoß von der Änderung der Parität des Pfund Sterling aus.

aus den USA bereits durch administrative Restriktionen verhindert wurden.¹

Den Abwertungen des Jahres 1949 kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil bis dahin eine Überhöhung vieler Wechselkurse, vor allem eine Überbewertung der westeuropäischen Währungen bestanden hatte. Ohne diese Korrektur wären die auf eine Verringerung der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte gerichteten Anstrengungen zu einem großen Teil verpufft. Die unrealistischen Währungsparitäten waren nicht allein das Produkt der unverhältnismäßig starken Nachkriegsinflation in Westeuropa, sondern auch die Konsequenz der vom IWF Anfang 1947 vorgenommenen Wechselkursfixierung.

Eingedenk der Tatsache, daß die umfangreichen Wechselkurs-Fluktuationen und die damit zusammenhängenden spekulativen Kapitalbewegungen zu den Hauptursachen der internationalen Wirtschaftsstörungen und Zahlungsbilanzschwierigkeiten nach dem ersten Weltkrieg zählten, sah der IWF² eine seiner wichtigsten Aufgaben in der Stabilisierung der Wechselkurse. Entsprechend der Fonds-Satzung³ erfolgte die Festsetzung der 'Ausgangsparitäten' unter Zugrundelegung derjenigen Wechselkurse, die am sechzigsten Tage vor Inkrafttreten der Konvention galten. Sowohl der IWF als auch das betroffene Land hatten ein Einspruchsrecht. Für den Fall, daß innerhalb einer bestimmten Frist über eine für beide Seiten annehmbare Parität keine Einigung erzielt werden konnte, erlosch die Mitgliedschaft. Im September 1946 forderte der IWF sämtliche Mitgliedsländer zur Bekanntgabe ihrer Wechselkurse auf. Nach eingehender Prüfung und Erörterung erfolgte im Dezember des gleichen Jahres die Veröffentlichung der Ausgangsparitäten.⁴

¹ Vgl. dazu auch HARROD, Roy F.: Imbalance of International Payments. In: IMF Staff Papers, Vol. III, 1953-54, S. 25 ff.

² Der im Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzkonferenz von Bretton Woods ins Leben gerufene Internationale Währungsfonds nahm seine Tätigkeit am 1. März 1947 auf.

Über die Entstehung, Aufgaben und Ziele sowie die Funktionsweise des IWF informieren:

PREDÖHL: Außenwirtschaft, a. a. O., S. 304 ff. ;

BACHMANN, Hans: Die Konventionen von Bretton Woods. St. Gallen 1945;

HALM, Georg N.: Internationaler Währungsfonds. In: HdSw, 5. Bd., Göttingen 1956, S. 317 ff. ;

"Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank". In: Europa-Archiv 1948, S. 1165 ff. ;

"Satzung des Internationalen Währungsfonds". In: Dokumente, Heft III, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Frankfurt 1951. (Ausführliches Literaturverzeichnis auf S. 9 f.)

³ Vgl. International Monetary Fund: Articles of Agreement, Article XX, Sect. 4

⁴ Einzelheiten bei METZLER, Lloyd A.: Exchange Rates and the International Monetary Fund. In: International Monetary Policies. Postwar Economic Studies No. 7. Washington 1947. S. 3 ff.

Bei den Verantwortlichen des IWF bestand kein Zweifel darüber, daß mit der Übernahme des bestehenden Wechselkursniveaus lediglich eine provisorische Plattform geschaffen worden war und nachträgliche Wechselkursanpassungen erforderlich sein würden.¹ Diese setzten aber ausgeglichene wirtschaftliche Verhältnisse voraus, als sie unmittelbar nach Kriegsende bestanden. Aus diesem Grund wurden die notwendigen Korrekturen bewußt auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Auch war man sich darüber im klaren, daß bei der Festsetzung der Ausgangsparitäten die während des Krieges erfolgten Preissteigerungen, die von Land zu Land sehr unterschiedlich waren, keine ausreichende Berücksichtigung gefunden hatten und daher eine Überbewertung vieler Währungen gegenüber dem Dollar vorlag.² Hinzu kam, daß sich die meisten Länder in ihren Verhandlungen mit dem IWF um eine möglichst hohe Einstufung ihrer Wechselkurse bemüht hatten. Sie verfolgten damit das Ziel, durch Begünstigung der Importe und Erschwerung der Exporte³ das Güterangebot im Inland zu vergrößern, um den durch den kriegsbedingten Nachfrageüberhang ausgelösten inflationistischen Druck zu mildern.⁴

¹ Vgl. International Monetary Fund; First Annual Report of the Executive Directors of the IMF. Washington 1946, S. 12

² So stiegen z. B. die Großhandelspreise während des Krieges in Frankreich um 700 v. H., in der Tschechoslowakei um 200 v. H., in Mexiko um 185 v. H., in Australien um 45 v. H.

Die aus der divergierenden Preisentwicklung resultierenden relativen Veränderungen in den internationalen Kaufkraftparitäten kommen, wie METZLER nachweist, in den vom IWF festgesetzten Dollarkursen nicht in entsprechendem Umfang zum Tragen. (Vgl. METZLER: Exchange Rates, a. a. O., S. 6 ff.)

³ In den meisten Fällen waren die Exporte weniger durch die Marktbedingungen (zu hohe Wechselkurse) limitiert, als vielmehr durch die unzureichende Produktionskapazität. Dementsprechend mußte den Ländern auch daran gelegen sein, für ihr relativ geringes Exportvolumen einen möglichst hohen Gegenwert zu erhalten.

METZLER (Exchange Rates, a. a. O., S. 33 f.) vertritt sogar den Standpunkt, es sei die ausdrückliche Absicht vieler Länder gewesen, gegenüber dem Dollarraum einen großen (durch Kredite und Schenkungen finanzierten) Importüberschuß zu erzielen. (Wie bereits ausgeführt, wurden die im Rahmen des ERP gewährten Unterstützungen nach den voraussichtlichen bzw. zurückliegenden Dollardefiziten der einzelnen Länder bemessen.)

⁴ Zu Beginn der dreißiger Jahre lagen die Verhältnisse genau umgekehrt. Der damalige Abwertungswettlauf resultierte aus dem Bestreben der Länder, ihre Wechselkurse abnormal tief anzusetzen, um durch Drosselung der Importe und Förderung der Exporte den deflationistischen Tendenzen, d. h. der ungenügenden Nachfrage, dem Preisverfall und der ausgedehnten Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die Marshallplan-Hilfe und die Abwertungen des Jahres 1949 hatten nicht nur eine Verringerung des Zahlungsbilanzungleichgewichts zur Folge, sondern führten auch zu einer Erhöhung der Gold- und Dollarreserven in den Defizitländern (vgl. Tab. 20, Anhang, S. 151). Setzt man die monetären Reserven¹ der einzelnen Länder zum Wert ihrer Jahresimporte ins Verhältnis, so zeigt sich jedoch, daß die Vorkriegsrelationen noch nicht wieder erreicht worden waren.² Bei Gegenüberstellung der Prozentzahlen von 1938 und 1951/52 muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Welt-handel in 1938 (als Folge der Weltwirtschaftskrise) ungewöhnlich stark eingeschränkt war und dementsprechend auch die Importe abnormal niedrig lagen.

Mit der Marshallplan-Periode wollen wir die Analyse des Verlaufs der Dollarknappheit beenden, und zwar einmal, weil wir auf Grund der bisherigen Untersuchung in der Lage sind, alle für unsere Arbeit wichtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, zum anderen, weil die weitere Entwicklung des Dollarproblems sachlich in das Kapitel "Die Überwindung der Dollar-lücke" gehört.

¹ Einzelheiten über die statistische Erfassung und Abgrenzung der monetären Reserven bei DORRANCE, G.S. and HICKS, E.: Gold and Foreign Exchange in IFS. In: International Financial Statistics, June 1953, S. VII ff.

Eine Unterteilung der Devisenreserven in konvertible und nichtkonvertible Währungen fehlt, da entsprechende Statistiken nicht vorhanden sind. Tatsache ist aber, daß sich der größte Teil der monetären Reserven der Welt aus Gold, Dollars und Pfund Sterling zusammensetzt. (Vgl. The Adequacy of Monetary Reserves. In: IMF Staff Papers, Vol. III, 1953-54, S. 198)

² Vgl. Tabelle 21, Anhang, S. 152

Beim Vergleich des Jahres 1928 mit den übrigen Jahren muß die 1933 vorgenommene Goldpreiserhöhung beachtet werden. (1928 ist die Troy-Unze Feingold mit 20,67 \$, in den folgenden Jahren mit 35 \$ bewertet).

Dritter Teil

Die Überwindung der Dollarlücke

6. KAPITEL

BEWEISE FÜR DAS ENDE DER DOLLARKNAPPHEIT

§ 15: Verschiedene Arten der Dollarlücke

Bevor wir zu klären versuchen, inwieweit die Dollarlücke überwunden ist, müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, von der Dollarlücke zu sprechen. Erstaunlicherweise ist dieser unserer Meinung nach sehr wichtigen Frage bisher im Schrifttum kein Wert beigemessen worden. So kommt es, daß man beim Studium der zahlreichen Veröffentlichungen zum Dollarproblem den Eindruck gewinnt, als handele es sich bei der Dollarlücke um ein homogenes Phänomen. In bezug auf Begriffsbestimmung und Ursachen des Dollarmangels gibt es zwar eine Vielzahl voneinander abweichender Meinungen; was aber fehlt, ist eine Differenzierung des Untersuchungsobjektes selbst. Dieses Versäumnis erklärt sich in erster Linie aus der Tatsache, daß sich die einzelnen Beiträge auf bestimmte Zeitabschnitte beschränken, ohne die historische Entwicklung zu berücksichtigen. Die meisten Autoren befaßten sich ausschließlich mit der Dollarlücke nach dem zweiten Weltkrieg, wobei oft noch weitere Einschränkungen zeitlicher und auch regionaler Art vorgenommen wurden. Eine Untersuchung, die den gesamten Zeitraum der Dollarknappheit einschließt, fehlte bisher.

Die in den vorangegangenen Kapiteln durchgeführte Analyse des Verlaufs der Dollarknappheit versetzt uns in die Lage, die einzelnen Phasen des Dollarmangels miteinander zu vergleichen, wobei man zu der Erkenntnis gelangt, daß es offenbar verschiedene Arten der Dollarlücke gibt, deren Unterscheidung nicht nur zweckmäßig, sondern im Hinblick auf eine richtige Beurteilung des Dollarproblems unerlässlich ist.

Aus dem Entwicklungsprozeß kristallisieren sich im wesentlichen drei Arten der Dollarlücke heraus:

1. Die exogen¹ bedingte kurz- bzw. mittelfristige Dollarlücke, wie sie nach beiden Weltkriegen in Erscheinung trat, ² besonders deutlich in der Dollarknappheit Westeuropas nach dem letzten Krieg.

¹ Unter exogenen Ursachen sollen hier ausschließlich kriegsbedingte Einflüsse verstanden werden. (Mißernten und dergleichen bleiben unberücksichtigt.)

² Ihre jeweilige Dauer entsprach annähernd der Schwere der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen.

2. Die konjunkturell bedingte (kurz- bzw. mittelfristige) Dollarlücke, die sich aus der starken Konjunkturabhängigkeit der amerikanischen Warenimporte und deren großer Bedeutung für die Dollarversorgung der übrigen Welt ableitet.¹ Diese Form der Dollarlücke trat, wie wir gesehen haben, bei jeder Depression in den Vereinigten Staaten mehr oder minder deutlich in Erscheinung, am ausgeprägtesten aber während der Weltwirtschaftskrise.
3. Die langfristige Dollarlücke² als Resultante des herrschenden Weltwirtschafts- und Weltwährungssystems. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um eine Kapitallücke, deren Existenz aus dem Nebeneinanderbestehen von Ländern verschiedenen Entwicklungsgrades zu erklären ist. Unter gewissen (noch näher zu bestimmenden) Voraussetzungen tritt ein solcher Kapitalmangel in Form eines Valutaengpasses in Erscheinung, d. h. es besteht Identität zwischen Kapitallücke und Devisenlücke.

Die verschiedenen Arten der Dollarlücke sind erklärlicherweise in der Realität nicht exakt voneinander zu trennen, da eine gegenseitige Überlagerung stattfindet.³ Auf Grund des jeweils vorliegenden Sachverhaltes, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der historischen Entwicklung, wird man aber Aussagen darüber machen können, welche Art von Dollarlücke in der betrachteten Periode die dominierende Rolle spielt bzw. welcher Typus nicht vertreten ist. So läßt unsere Analyse des Verlaufs der Dollarknappheit folgende Schlußfolgerungen zu:

1. Im Falle der weltweiten Dollarlücke bildete der langfristige Typus die Basis, die von den beiden anderen Formen der Dollarlücke zeitweise (einzeln oder gemeinsam) überlagert wurde, wobei die Gewichtsverteilung im Zeitablauf variierte.
2. Bei der westeuropäischen Dollarlücke nach dem zweiten Weltkrieg handelte es sich dagegen nicht um den langfristigen Typus, sondern um ein exogen bedingtes Zahlungsbilanzungleichgewicht, welches vorübergehend noch durch konjunkturelle Einflüsse verstärkt wurde.

¹Vgl. hierzu unsere Ausführungen in § 9, S. 57 f.

²KINDLEBERGER verwendet für 'langfristig' die Bezeichnung 'säkular'. (KINDLEBERGER: The Dollar Shortage, a. a. O., S. 122 ff.)

Das sog. säkulare Zahlungsbilanzungleichgewicht, bei dem die Theorie der säkularen Stagnation Pate stand (HANSEN, Alvin H.: Full Recovery or Stagnation. New York 1938), bildet die Grundlage der von verschiedenen Nationalökonomern vertretenen These einer chronischen Dollarknappheit.

³So läßt sich z. B. nicht angeben, wieviel Prozent des in einem bestimmten Zeitpunkt zwischen den USA und der übrigen Welt bestehenden Zahlungsbilanzungleichgewichts auf die einzelnen Typen der Dollarlücke entfallen.

Wie sich zeigen wird, ermöglicht die Unterscheidung verschiedener Arten der Dollarlücke auch die Klärung der Frage, inwieweit von einem Ende der Dollarknappheit gesprochen werden kann.

§ 16: Folgerungen aus der jüngsten Zahlungsbilanzentwicklung der USA

Wer sich heute, nachdem das Problem der Dollarknappheit seit mehr als einem halben Jahrzehnt aus dem Brennpunkt wirtschaftspolitischer Diskussionen gerückt ist, noch mit der Frage befaßt, ob die Dollarlücke beendet ist oder nicht, läuft unter Umständen Gefahr, des Anachronismus geziehen zu werden. Im Hinblick auf die amerikanischen "Zahlungsbilanzschwierigkeiten", mit denen sich die Wirtschaftspresse seit Jahren beinahe pausenlos beschäftigt ¹, werden derartige Überlegungen möglicherweise als absurd empfunden. Auch aus neueren Veröffentlichungen in der Fachliteratur gewinnt man den Eindruck, als bestehe bei den Autoren kein Zweifel darüber, daß das gesamte Problem der Dollarknappheit längst der Vergangenheit angehört.²

Offiziellen Verlautbarungen der amerikanischen Regierung ³ zufolge hatten die USA in den letzten Jahren erhebliche Zahlungsbilanzdefizite ⁴ zu verzeichnen. Es erhebt sich nun die Frage, ob diese Angaben ohne weiteres zu der Folgerung berechtigen, daß das seit den dreißiger Jahren zwischen

¹In jüngster Zeit wurde sogar von einer "Dollarkrise" (mit umgekehrtem Vorzeichen!) gesprochen. (Artikel "Wirtschaftsdiplomatie". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 4. 1961, S. 2)

Auch der Begriff 'Dollarlücke' tauchte neuerdings wieder auf, allerdings mit entgegengesetzter Bedeutung, d. h. im Sinne eines Zahlungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten. Hierzu zwei Beispiele: "Schließung der (amerikanischen) Dollarlücke" durch höhere deutsche Beteiligung an den Stationierungskosten der USA. (Artikel "Nebentöne der Aufwertung". In: Wirtschaftsdienst, Nr. 3, März 1961, S. 114) - "Amerika wirbt um Touristen. Eine Dollarlücke soll geschlossen werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 1. 1962, S. 6)

²So vertritt z. B. HABERLER die Ansicht, im Jahre 1958 sei die Dollarknappheit von einer "Dollarschwemme" abgelöst worden. (HABERLER: Das Dollarproblem, a. a. O., S. 171).

Vgl. auch den Sammelband "The Dollar in Crisis" (ed. by S. E. HARRIS). New York 1961

³Vgl. die Zahlungsbilanzveröffentlichungen des U. S. Department of Commerce (in: Survey of Current Business), den jährlich im Januar erscheinenden 'Economic Report of the President' sowie den 'Annual Report of the Council of Economic Advisers'.

⁴

	1958	1959	1960
Vom U. S. Department of Commerce ermitteltes Zahlungsbilanzdefizit der USA (in Mrd. \$)	3,5	3,9	3,8

(Vgl. dazu auch Tabelle 3, Anhang, S. 134)

den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt bestehende Zahlungsbilanzungleichgewicht (vgl. §§ 11 und 12), welches nach dem zweiten Weltkrieg wesentlich verstärkt in Erscheinung trat (vgl. §§ 13 und 14), ab 1958 überwunden war oder gar eine Umkehr erfahren hat. Auf Grund unserer vorangegangenen Untersuchungen wissen wir, daß der Zahlungsbilanzsaldo auf sehr unterschiedliche Weise definiert werden kann (vgl. Kap. 2 sowie § 8). Bezüglich irgendwelcher Schlußfolgerungen ist daher Vorsicht geboten. Um im Hinblick auf unsere Fragestellung größere Klarheit zu gewinnen, können wir uns nicht mit dem vom U.S. Department of Commerce ermittelten Gesamtdefizit begnügen, sondern müssen die Struktur der amerikanischen Zahlungsbilanz näher untersuchen.

Beachtung verdient vor allem die Tatsache, daß sowohl die kommerzielle Leistungsbilanz als auch die kommerziellen laufenden Transaktionen der USA in der Zeit von 1958 bis 1960 erhebliche Überschüsse auswiesen. Auch ein Vergleich dieser beiden Teilbilanzen mit dem privaten langfristigen Kapitalexport der Vereinigten Staaten liefert keine Anhaltspunkte für die in den letzten Jahren fortwährend beklagte kritische Zahlungsbilanzsituation der USA.

	1958	1959	1960
Kommerzieller Leistungsbilanz- überschuß der USA (in Mrd. \$)	5,4	3,0	6,7
Überschuß der kommerziellen laufen- den Transaktionen (in Mrd. \$)	4,7	2,2	5,8
Privater langfristiger Kapital- export der USA (in Mrd. \$)	2,5	2,3	2,5

Sogar die Bilanz der gesamten laufenden Transaktionen¹ wies nur 1959 einen deutlichen Passivsaldo (in Höhe von 2,3 Mrd. \$) aus. 1958 war sie noch nahezu ausgeglichen, während 1960 bereits wieder ein beachtlicher Überschuß erzielt wurde. (Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S.165) Ein ungefähr gleich großes Defizit wie 1959 hat aber bereits zu Anfang der fünfziger Jahre bestanden², ohne daß damals von einer Zahlungsbilanzkrise gesprochen wurde oder auch nur irgendwelche Besorgnisse über die außenwirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten laut geworden wären. Zu jener Zeit bildete noch immer die nicht endenwollende Dollarlücke das beherrschende Thema.

¹ Also unter Einbeziehung der 'Sondertransaktionen', d.h. der Militärausgaben und Schenkungen der amerikanischen Regierung. (Vgl. dazu § 2)

² 1950 und 1953 ergab sich bei den gesamten laufenden Transaktionen ein Minussaldo in Höhe von 2,2 bzw. 2,0 Mrd. \$. Aber auch in den Jahren 1952, 1954 und 1955 schloß die Bilanz der gesamten laufenden Transaktionen mit einem Defizit, wenn auch geringen Umfangs. (Vgl. Zahlungsbilanz der USA, Anhang, S. 165)

Wenn die Bilanz der gesamten laufenden Transaktionen in den fünfziger Jahren zeitweilig passiv war, so liegt ein Grund dafür in den umfangreichen politisch-militärisch motivierten Transaktionen der USA, die sich von 1950 bis 1960 auf 3,9 bis 4,7 Mrd. \$ jährlich beliefen.¹ Es kann wohl nicht bestritten werden, daß solche 'Sondertransaktionen' im Rahmen einer langfristigen Zahlungsbilanzanalyse anders zu gewichten sind als die den Kern der Zahlungsbilanz bildenden 'kommerziellen Transaktionen'.²

Es erscheint uns daher durchaus sinnvoll, wenn die Deutsche Bundesbank neben der Gesamtzahlungsbilanz eine sog. 'basic balance'³ zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Situation heranzieht, ein Verfahren, welches inzwischen auch bei amerikanischen Zahlungsbilanz-Experten Anklang gefunden hat.⁴

Schlüsselt man die amerikanischen Zahlungsbilanzen der Jahre 1958 bis 1960 analog der von der Deutschen Bundesbank entwickelten Methode auf, so ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

¹Vgl. Zahlungsbilanzen der USA, Anhang, S. 165

BERNSTEIN faßt die gesamten einseitigen Zahlungsverpflichtungen der amerikanischen Regierung zusammen, d.h. außer den von uns berücksichtigten Militärausgaben und Schenkungen auch die unentgeltlichen militärischen Lieferungen sowie die staatlichen Kredite der USA, und kommt für die Zeit von 1951 bis 1960 auf Jahresbeträge zwischen 6,0 und 8,8 Mrd. \$ (Vgl. BERNSTEIN, Edward M.: The New Administration and the Dollar-Payments Problem. In: The Dollar in Crisis (ed. by S. E. HARRIS). New York 1961, S. 76f.)

²Auf die mit der Hinzurechnung oder Ausklammerung der politisch-militärisch motivierten Transaktionen zusammenhängende Problematik sind wir bereits früher eingegangen. (Vgl. § 8, S. 52 ff.)

³Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1961, S. 12 (An anderer Stelle (S. 70) auch 'grundlegende Zahlungsbilanz' genannt). In der 'basic balance' wird der Saldo der laufenden Transaktionen dem Saldo der langfristigen Kapitalbewegungen gegenübergestellt. Die kurzfristigen Kapitalbewegungen, die statistischen Fehler und Auslassungen sowie alle 'Sondertransaktionen' bleiben unberücksichtigt. (Einzelheiten siehe S. 70)

⁴Vgl. WERTHEIMER, Robert G.: Schein und Wirklichkeit der amerikanischen Zahlungsbilanz. In: Wirtschaftsdienst, 42. Jg., Nr. 9, September 1962, S. 378

	1958	1959	1960
Saldo a) der kommerziellen laufenden Transaktionen (in Mrd. \$)	+ 4,7	+ 2,2	+ 5,8
Saldo a) der langfristigen (privaten und staatlichen) Kapitalbewegungen (in Mrd. \$)	- 3,2	- 2,3	- 3,1
'basic balance' a)	+ 1,5	- 0,1	+ 2,7
a) Überschuß (+); Defizit (-)			

Das Ergebnis stützt unsere bereits mehrfach geäußerte Ansicht, daß für das Vorliegen einer Zahlungsbilanzkrise der USA keine Anhaltspunkte gegeben sind. Unsere Untersuchung beweist außerdem, daß es nicht genügt, lediglich das von der amerikanischen Regierung veröffentlichte Zahlungsbilanzdefizit zugrunde zu legen, wenn man ein klares Bild von der außenwirtschaftlichen Situation der Vereinigten Staaten gewinnen will.

Mit den obigen Ausführungen können wir es an dieser Stelle bewenden lassen, da wir das vom U.S. Department of Commerce zur Ermittlung des Zahlungsbilanzdefizits angewandte Verfahren bereits einer ausführlichen Kritik unterzogen haben (vgl. § 8, Methode II, S. 46 ff.), wobei klar zum Ausdruck kam, daß die besprochene Methode zur Beurteilung der vorliegenden Problematik unbrauchbar ist, was auch vom Ergebnis her bestätigt wird.¹

¹ Wie aus den Tabellen 3 und 4 (Anhang, S. 134 und 135) hervorgeht, haben die USA (entsprechend der Methode des U.S. Department of Commerce) in der Zeit von 1950 bis 1960 ein nahezu permanentes Zahlungsbilanzdefizit gehabt, und zwar sowohl gegenüber der restlichen Welt (Ausnahme 1957) als auch gegenüber Westeuropa (Ausnahme 1951).

HABERLER weist in Anlehnung an TRIFFIN (TRIFFIN, Robert: *Gold and the Dollar Crisis*. New Haven 1960) darauf hin, daß es zweckmäßig sei, in der amerikanischen Zahlungsbilanzentwicklung der Nachkriegszeit zwei Defizitarten zu unterscheiden; bis 1958 "erwünschte" Defizite ("Gleichgewichtsdefizite"), die "es anderen Ländern ermöglichten, Währungsreserven anzulegen, den Handel zu liberalisieren und ihre Währungen konvertibel zu machen"; ab 1958 "unerwünschte" Defizite ("Ungleichgewichtsdefizite"). (HABERLER: *Das Dollarproblem*, a. a. O., S. 183 f.)

§ 17: Politisch-militärische Einflußfaktoren

Im Rahmen unserer Untersuchung kommt den politisch-militärisch motivierten Transaktionen der USA ¹ besondere Bedeutung zu, da sie in starkem Maße zur Verringerung der Dollarknappheit beigetragen haben. Nachstehende Tabelle ² vermittelt eine ungefähre Vorstellung von den betreffenden Größenordnungen und Relationen.

	1946 - 1960	
	USA - übrige Welt (Mrd. \$)	USA - Westeuropa (Mrd. \$)
Kommerzielle Waren- und Dienstleistungs- importe der USA ^{a)}	207, 4	56, 4
Schenkungen der ameri- kanischen Regierung	35, 1	19, 0
Langfristige Kredite der amerikanischen Regierung	20, 8	9, 9
Unentgeltliche mili- tärliche Lieferungen	25, 8	18, 4
Militärausgaben in Übersee	29, 8	14, 9

a) Ohne Militärausgaben

Da für eine statistische Aufgliederung der Schenkungen und Kredite im Hinblick auf die ihnen zugrunde liegenden Motive weder konkrete Zahlenangaben noch Schätzungen vorliegen ³, wollen wir uns damit begnügen, auf die große Bedeutung der außerökonomischen Einflußfaktoren bei diesen beiden Zahlungsbilanzposten hinzuweisen. ⁴

¹Auf die Sonderstellung dieses Bereichs und die Frage seiner Einbeziehung oder Ausklammerung bei der statistischen Messung der Dollarlücke sind wir bereits früher eingegangen. (Vgl. § 8, S. 52 ff.)

²Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce. Vgl. dazu auch Tabelle 23, Anhang, S. 154

³Eine klare Unterteilung ist vermutlich auch gar nicht möglich, da die Grenzen durchaus flüssig sind und bei der Beurteilung sehr weitgehend subjektive Momente ins Spiel kämen. (Vgl. dazu auch unsere Ausführungen auf S. 98)

⁴Es braucht wohl kaum erwähnt werden, daß auch andere außenwirtschaftliche Transaktionen vom politischen Geschehen beeinflußt werden, zum Teil sogar in entscheidendem Maße. So spielt z. B. für den privaten Kapitalexport der Grad des politischen Risikos eine wesentliche Rolle.

Innerhalb der militärisch motivierten Transaktionen rangieren die Militärausgaben der USA an erster Stelle, da sie für das Ausland eine direkte Dollarquelle darstellen. Tabelle 22 (Anhang, S. 153) läßt erkennen, welches Gewicht ihnen im Rahmen der gesamten Güter- und Dienstleistungsimporte der Vereinigten Staaten zukommt.

Die unentgeltlichen militärischen Lieferungen der USA an ihre Verbündeten, die zeitweise über ein Viertel der gesamten amerikanischen Warenexporte (über ein Drittel der kommerziellen Warenexporte) ausmachten (vgl. Tab. 22, Anhang, S. 153), gestatteten dem Ausland erhebliche Dollareinsparungen und dienten somit gleichfalls der Verringerung der Dollarknappheit.¹ Von den umfangreichen Militärgüterexporten der USA ging aber noch ein Sekundäreffekt aus, der nicht übersehen werden sollte: Das Produktionsvolumen und das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten stiegen, dementsprechend auch die amerikanischen Importe, wodurch sich wiederum der Dollarerwerb des Auslandes erhöhte.²

Wie aus den Zahlungsbilanzen der Vereinigten Staaten (Anhang, S. 163 ff.) zu ersehen ist, stellten während des gesamten von uns untersuchten Zeitraums die amerikanischen Warenimporte die Hauptdollarquelle der restlichen Welt dar. Es darf daher nicht unerwähnt bleiben, daß nach dem zweiten Weltkrieg ein beachtlicher Prozentsatz der amerikanischen Gütereinfuhren aus militärischen 'stockpiling'-Importen bestand.³ Wie aus Tabelle 22 (Anhang, S. 153) hervorgeht, betrug der Anteil der militärisch motivierten Importe der USA ('stockpiling'-Importe und Militärausgaben)

¹Dem möglichen Einwand, bei Fortfall der Unentgeltlichkeit wären die Rüstungs-"Käufe" in den Vereinigten Staaten unterblieben, ist folgendes entgegenzuhalten: 1. Für einen großen Teil der militärischen Ausrüstungen ist eine Substituierbarkeit, d. h. ein Ausweichen auf andere Lieferländer (wegen der technischen Überlegenheit der USA) nicht gegeben. 2. Auf Grund der sowjetischen Bedrohung sind die Länder der westlichen Welt zur Aufrüstung gezwungen.

²Der gleiche Effekt geht von den gesamten Rüstungsausgaben (Verteidigungsetat) der Vereinigten Staaten aus. Beachtenswert ist deren wachsender (und im Vergleich zu anderen Ländern relativ hoher) Anteil am Bruttosozialprodukt: 1937 0,9 v. H.; 1950 4,7 v. H.; 1951 9,2 v. H.; 1952 12,5 v. H.; 1953 12,2 v. H.; 1954 12,0 v. H. (Vgl. SCHILLER, Herbert: Some Effects of the Cold War on United States Foreign Trade. In: Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVII, 1955, S. 429)

³Bei den 'stockpiling'-Importen handelt es sich um strategisch wichtige Güter, die in den USA nicht vorhanden sind oder nicht produziert werden können und von denen im Interesse der ständigen Verteidigungsbereitschaft der Vereinigten Staaten große Vorräte angelegt werden.

zeitweilig über ein Fünftel der gesamten amerikanischen Waren- und Dienstleistungseinfuhren.¹

§ 18: Währungskonvertibilität und Dollarlücke

Aus der jüngsten Zahlungsbilanzentwicklung der USA läßt sich, wie wir im vorletzten Abschnitt festgestellt haben, nicht mit Exaktheit ableiten, ob das seit der Weltwirtschaftskrise zwischen den USA und der übrigen Welt bestehende Zahlungsbilanzungleichgewicht als beendet angesehen werden kann oder nicht. Zwar hatte der Internationale Währungsfonds ein brauchbares Konzept zur Ermittlung des Zahlungsbilanzungleichgewichts entwickelt (vgl. dazu unsere Ausführungen in § 4, 1), doch wurde die Veröffentlichung der darauf basierenden analytischen Zahlungsbilanzen bereits 1951 aufgegeben, so daß die statistische Messung der Dollarlücke - von wenigen Jahren abgesehen - ein weitgehend ungelöstes Problem darstellt. (Vgl. § 8, S. 50)

Trotz der geschilderten statistischen Schwierigkeiten und der hinsichtlich der Definition des Zahlungsbilanzsaldos bestehenden Unklarheiten sind wir in der Lage, Aussagen über das Ende der Dollarlücke zu machen, und zwar auf Grund der durch die Differenzierung des Dollarproblems (vgl. § 15) ermöglichten isolierten Betrachtung der verschiedenen Arten der Dollarlücke.

In bezug auf die exogen bedingte Dollarlücke Westeuropas können wir mit Bestimmtheit feststellen, daß sie spätestens seit 1958 überwunden ist. Ein sicheres Indiz dafür ist die Tatsache, daß zu jenem Zeitpunkt für die wichtigsten westeuropäischen Währungen² die Konvertibilität³ eingeführt und seitdem ohne nennenswerte Schwierigkeiten aufrechterhalten werden konnte.⁴

¹ Bedauerlicherweise stehen nur für die Jahre 1950 bis 1954 Zahlenangaben über die 'stockpiling'-Importe zur Verfügung. Die Beschaffung weiteren authentischen Zahlenmaterials war trotz intensiver Bemühungen nicht möglich.

² Es handelt sich um die Währungen folgender Länder: Belgien-Luxemburg, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich (Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Neunundzwanzigster Jahresbericht (1958/59), S. 206)

³ Ausländerkonvertibilität im kommerziellen Verkehr

⁴ Verschiedene westeuropäische Länder hatten schon einige Jahre früher die sog. Konvertibilitätsreife erlangt. Z. T. bestand auch schon in etlichen Staaten eine de-facto-Konvertibilität.

Es bleibt nunmehr noch die Frage zu beantworten, ob auch die langfristige Dollarlücke zu Ende ist. Das wäre dann der Fall, wenn - entsprechend unserer Begriffsbestimmung (vgl. § 7, S. 42) - die defizitäre Zahlungsbilanzsituation der restlichen Welt gegenüber den Vereinigten Staaten nicht mehr bestände. Wie bereits erwähnt, läßt sich dazu keine eindeutige Stellungnahme abgeben. Wir können jedoch auf eine weitere Klärung dieser sehr komplexen Problematik verzichten, da auch bei Fortdauer des langfristigen Zahlungsbilanzungleichgewichts von einer Dollarlücke nicht mehr die Rede sein könnte. Denn ein solches Zahlungsbilanzungleichgewicht würde auf Grund der seit 1958 bestehenden Konvertibilität¹ der Währungen der wichtigsten Welthandelsnationen nicht mehr zu einem Valutaengpaß (i. S. einer Dollarlücke) führen.

Diese auf den ersten Blick überraschend erscheinende These bedarf der näheren Begründung. Bekanntlich hatten wir die Dollarlücke in zweifacher Weise definiert: als Valutaengpaß (vgl. S. 7) und als Zahlungsbilanzungleichgewicht (vgl. § 6, S. 37 und § 7, S. 42). Außerdem wurde bereits darauf hingewiesen, daß es sich bei der langfristigen Dollarlücke im Grunde genommen um eine Kapitallücke handelt, diese aber nicht in jedem Fall von einer Devisenlücke begleitet zu sein braucht, da deren Auftreten von bestimmten Voraussetzungen abhängt.² Hier liegt zugleich der Ansatzpunkt für unsere Beweisführung.

Mit der Einführung der Konvertibilität wurde die bis dahin bestehende Identität zwischen Zahlungsbilanzungleichgewicht und Valutaengpaß bzw. zwischen Kapitallücke und Devisenlücke aufgehoben, d. h. die zweifellos noch immer vorhandene Kapitallücke³ konzentriert sich seitdem nicht mehr auf den Dollar, sondern verteilt sich auf die verschiedenen konvertiblen Währungen. Man kann auch sagen: Die Kapitallücke präsentiert sich heute in Form einer "Vielfach"-Devisenlücke, die sich gewissermaßen aus Dollar-, Pfund-, DM-, Franc-, Lira- usw. -"Mangel" zusammensetzt. Eine Dollarlücke alten Stils ist deshalb nicht mehr zu erwarten, weil die Defizitländer bei Verknappung ihrer Dollarbestände (oder -guthaben) jederzeit andere konvertible Währungen in Dollar umtauschen können oder aber in der Lage sind, ihre Nachfrage auf andere Lieferländer (z. B. Westeuropa) umzulenken.

¹ Voraussetzung für die Einführung der Konvertibilität war die Beseitigung der exogen bedingten Dollarlücke Westeuropas.

² Z. B. feste Wechselkurse, Inkonvertibilität der Währungen der wichtigsten Industrie- und Welthandelsnationen, (kriegsbedingte) Einschränkung der Bezugsquellen für Fertigwaren, insbesondere Investitionsgüter, usw.

³ Man denke nur an den großen Kapitalmangel der Entwicklungsländer, der mit beginnender Industrialisierung verstärkt in Erscheinung tritt, ein Problem, dem auf der Ende September 1962 abgehaltenen Jahrestagung der Weltbank besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Ein Beweis für die Richtigkeit unserer Überlegungen läßt sich beispielsweise in der Umschichtung der bei den Transaktionen des Internationalen Währungsfonds verwendeten Währungen erblicken. Während von 1947 bis 1957 im Durchschnitt 92 v. H. aller Ziehungen in US-Dollar erfolgten, fiel dieser Prozentsatz ab 1958 fortlaufend. Im Jahre 1961 wurde nur noch ein Drittel aller Fonds-Transaktionen in US-Dollar, der Rest in anderen konvertiblen Währungen abgewickelt.

	1956	1957	1958	1959	1960	1961
Ziehungen beim IWF (in Mio \$)	693	977	338	180	280	2.479
davon:						
in US-Dollar						
(Mio \$)	678	977	252	139	149	822
v. H.	98	100	75	77	53	33
in westeuropäi- schen Währungen						
(Mio \$)	-	-	86	41	131	1.476
v. H.	-	-	25	23	47	60

Quelle: Zusammengestellt nach: International Financial Statistics, Vol. XV, No. 6, June 1962, S. 6

In 1961, dem Jahr der bisher stärksten Ausleihetätigkeit des IWF, verteilten sich nahezu vier Fünftel der vom IWF gewährten Kredite auf drei Länder: Großbritannien, Indien und Australien. Es erscheint daher lohnend, sich über die währungsmäßige Zusammensetzung dieser Ziehungen zu orientieren. Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, standen die westeuropäischen Währungen eindeutig im Vordergrund.

	Großbri- tannien	Indien	Austra- lien
Gesamtkreditbetrag (in Mio \$)	1.500	250	175
davon:			
in US-Dollar (in Mio \$)	450	110	40
v. H.	30	44	23
in westeuropäischen Währungen (in Mio \$)	900	135	125
v. H.	60	54	71

Quelle: Zusammengestellt nach: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 14. Jg., Nr. 2, Februar 1962, S. 21

Wir sind damit zu dem Ergebnis gekommen, daß mit dem Ende der exogen bedingten Dollarlücke Westeuropas zugleich auch die langfristige Dollarlücke der restlichen Welt gegenüber den Vereinigten Staaten überwunden ist. Daraus folgt, daß wir uns bei der Erforschung der Ursachen, die zur Überwindung der Dollarlücke geführt haben, in erster Linie auf diejenigen Faktoren konzentrieren müssen, die für das Ende der westeuropäischen Dollarlücke bestimmend waren.

7. KAPITEL

DIE BESEITIGUNG DES WESTEUROPÄISCHEN BILATERALISMUS

§ 19: Die ersten multilateralen Verrechnungs- abkommen

Nach dem zweiten Weltkrieg unterlag der Handels- und Zahlungsverkehr Westeuropas außerordentlich weitgehenden Beschränkungen, gekennzeichnet durch eine lückenlose Kontingentierung, extremen Bilateralismus¹, strenge Devisenbewirtschaftung² und völlige Inkonvertibilität der westeuropäischen Währungen. Vor allem der Handel innerhalb Westeuropas war gegenüber der Vorkriegszeit stark geschrumpft (vgl. Tab. 13, Anhang, S. 144 sowie unsere Ausführungen in § 13, S. 80 f.). Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, hinkte die Entwicklung des Intra-OEEC-Handels auch dann noch hinter der Zunahme der industriellen Produktion her, als diese das Vorkriegsniveau erreicht bzw. überschritten hatte, d. h. nachdem die realwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Intensivierung des innerwesteuropäischen³ Handelsverkehrs gegeben waren. Die völlige Mißachtung des Grundsatzes internationaler Arbeitsteilung hemmte den Wiederaufbau der westeuropäischen Volkswirtschaften ganz erheblich.

¹ 1947 wurden rd. 61 v. H. des Außenhandels der späteren OEEC-Länder auf Grund bilateraler Handels- und Zahlungsabkommen abgewickelt, weitere 14 v. H. entfielen auf Abkommen innerhalb des Sterlingraumes, 25 v. H. waren in konvertierbaren Währungen zu zahlen. (Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht: 10 Jahre Zusammenarbeit. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 1958, S. 68)

Ende 1946 bestanden etwa 200 bilaterale Handels- und Zahlungsabkommen in Westeuropa. (Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): Siebzehnter Jahresbericht (1946/47), S. 136 ff.)

² Eine Ausnahme bildete die Schweiz.

In den anderen westeuropäischen Ländern wurde der gesamte Devisenverkehr über eine zentrale staatliche Stelle abgewickelt und kontrolliert. Für jede Außenhandelstransaktion bedurfte es der vorherigen Genehmigung.

³ Statt 'innerwesteuropäisch' werden wir in Zukunft (entsprechend den Gepflogenheiten der OEEC und der EZU) die Bezeichnung 'innereuropäisch' verwenden. Unter innereuropäischem Handelsverkehr ist der Handel der westeuropäischen (d. h. der OEEC-) Länder untereinander zu verstehen (auch Intra-OEEC-Handel genannt). Entsprechendes gilt für den Zahlungsverkehr.

Jahr	Index der industriellen Produk- tion der OEEC-Länder a) (1950 = 100)	Volumenindex des Intra-OEEC-Handels b) (1950 = 100)
1938	82	80
1948	80	59
1949	90	73
1950	100	100
1951	110	110
1952	111	106

a) Vgl. Tabelle 16, Anhang, S. 147

b) Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Sechster Bericht: Vom Wiederaufbau zur wirtschaftlichen Expansion, Bad Godesberg 1955, S. 332

Eine rasche Ausdehnung des Intra-OEEC-Handels wurde insbesondere durch die beträchtlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Westeuropas verhindert.¹ Es bildeten sich ausgeprägte Schuldner-Gläubiger-Positionen heraus.² Da die in den zweiseitigen Zahlungsabkommen vereinbarten Überziehungskredite verhältnismäßig gering waren und die Möglichkeit eines multilateralen Ausgleichs gänzlich fehlte³, kam es zu einer zunehmenden Lähmung des innereuropäischen Handelsverkehrs.⁴

Ein erster Schritt zur Auflockerung des Bilateralismus erfolgte mit dem britisch-amerikanischen Zahlungsabkommen vom 15. Juli 1946. Die USA

¹In den einzelnen westeuropäischen Ländern waren das Ausmaß der Kriegszerstörungen, der Grad der Kriegs- und Nachkriegsinflation, der Bestand an Gold- und Devisenreserven, die Entwicklung der Produktionskapazität, der Exportfähigkeit usw. sehr unterschiedlich.

²Zahlenangaben finden sich in: Achtzehnter Jahresbericht der BIZ, S. 156

³Der bilaterale Charakter des Abrechnungssystems hinderte die einzelnen Länder daran, ihre Überschüsse und Defizite gegeneinander aufzurechnen. So konnten z. B. die Niederlande ihre Überschüsse gegenüber Westdeutschland nicht zur Abdeckung ihrer Defizite gegenüber Frankreich verwenden. Frankreich wiederum war nicht in der Lage, seine Defizite gegenüber Belgien mit Hilfe seiner Überschüsse gegenüber den Niederlanden auszugleichen usw. (Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 68 f.)

⁴Wegen Fehlens ausreichender internationaler Kredite bestimmte praktisch die Zahlungsfähigkeit des schwächsten Handelspartners das jeweilige bilaterale Austauschvolumen.

gewährten Großbritannien eine Anleihe in Höhe von 3,75 Mrd. \$¹, und zwar mit der Auflage, das Pfund Sterling ein Jahr nach Inkrafttreten des Anleihegesetzes konvertibel zu machen. Die termingerecht am 15. Juli 1947 eingeführte Ausländerkonvertibilität für laufende Transaktionen mußte aber bereits nach fünf Wochen (am 20. August 1947) wieder aufgehoben werden, da der lawinenartige Umtausch von Pfund Sterling in Dollar (und andere harte Währungen) eine Erschöpfung der Gold- und Dollarreserven Großbritanniens zur Folge hatte.²

Das Scheitern des britischen Konvertibilitätsexperiments führte zu einer weiteren Verschlechterung der währungspolitischen Lage Westeuropas. Hinzu kam, daß die von den westeuropäischen Überschußländern auf bilateraler Ebene eingeräumten Überziehungskredite größtenteils voll ausgenutzt waren. Angesichts dieser äußerst kritischen außenwirtschaftlichen Situation entschlossen sich Belgien-Luxemburg, Frankreich, Italien und die Niederlande am 18. November 1947 zur Unterzeichnung eines Abkommens zum Zwecke des multilateralen Zahlungsausgleichs, dem die Bizone als ständiges Mitglied, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal und Schweden als gelegentliche Mitglieder beitraten. Mit diesem Übereinkommen wurden aber die bilateralen Zahlungsabkommen nicht außer Kraft gesetzt, sondern nur ergänzt, und zwar in der Weise, daß die aus den zweiseitigen Verträgen stammenden Salden z. T. gegeneinander aufgerechnet werden konnten, womit eine Erweiterung des Kreditspielraums und dementsprechend eine gewisse Erleichterung des innereuropäischen Zahlungsverkehrs verbunden waren.⁴ Auf Grund des relativ engen Rahmens und der vielfältigen vertraglich fixierten Einschränkungen war dem ersten multilateralen Verrechnungsabkommen im ganzen gesehen jedoch kein großer Erfolg beschieden.

¹ Hinzu kamen ein weiterer langfristiger Kredit der Vereinigten Staaten in Höhe von 650 Mio \$ zur Abdeckung der noch bestehenden britischen Kriegsschulden sowie eine 1,25 Mrd. \$-Anleihe Kanadas.

(Einzelheiten bei TRIFFIN, Robert: *Europe und the Money Muddle*. New Haven 1957, S. 138 ff.)

² Von der amerikanischen Milliarden-Anleihe, die ursprünglich bis Ende 1951 reichen sollte, waren nur noch 400 Mio \$ übriggeblieben. (Vgl. dazu PRE-DÖHL, Andreas: *Die Sterlingkrise*. In: *Zeitschrift für Geopolitik*, XXIII. Jg., 1952, S. 132;

ELLIS: *The Economics of Freedom*, a.a.O., S. 98 ff.)

³ 'Erstes multilaterales Verrechnungsabkommen vom 18. November 1947'. (Vgl. *Achtzehnter Jahresbericht der BIZ*, S. 181 ff.)

⁴ Weitere Einzelheiten über die Funktionsweise dieses Verrechnungsabkommens in: *Achtzehnter Jahresbericht der BIZ*, S. 160 ff.

Am 16. Oktober 1948 schlossen die OEEC-Länder¹ ein neues 'Abkommen über den innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr'², mit dem ein weiterer Schritt in Richtung auf den Abbau des westeuropäischen Bilateralismus getan wurde. Dieses Abkommen stimmte mit dem ersten multilateralen Verrechnungsabkommen von 1947 darin überein, daß wiederum zwei Arten von Verrechnungen unterschieden wurden,³ wobei allerdings insofern eine Verbesserung eintrat, als die bisherige Differenzierung zwischen ständigen und gelegentlichen Mitgliedern fortfiel. Ebenso wie früher behielten die bereits bestehenden bilateralen Zahlungsabkommen ihre Gültigkeit. Die Durchführung der multilateralen Verrechnungen lag wiederum in den Händen der als 'Agent' fungierenden Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und erfolgte in monatlichem Turnus. Das Neue und zugleich der entscheidende Vorteil der jetzigen Regelung war die Eingliederung eines Teils der amerikanischen Marshallplan-Hilfe in den innereuropäischen Zahlungsverkehr in Form von sog. Ziehungsrechten, welche die Schuldnerländer in die Lage versetzten, in Höhe eines ex ante festgelegten Betrages ohne Bezahlung von anderen OEEC-Ländern zu importieren. Die Gläubigerländer wurden durch entsprechende Dollarhilfe der Vereinigten Staaten entschädigt.⁴

¹ Unter Einbeziehung ihrer Kolonialgebiete.

² Vgl. Neunzehnter Jahresbericht der BIZ, S. 216 ff. und 250 ff.;

MÖLLER, Hans: Das intereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. Oktober 1948. In: Europa-Archiv, Jg. 1949, S. 1781 ff.

³ Verrechnungen erster und zweiter Kategorie.

Die 'Verrechnungen erster Kategorie' erfolgten automatisch, da es sich dabei lediglich um eine Kompensation handelte, die zu einer Verminderung der Salden führte. Voraussetzung hierfür war ein geschlossener Kreis von Ländern, die gleichzeitig sowohl Schuldner als auch Gläubiger waren.

Bei den 'Verrechnungen zweiter Kategorie', die bei weitem überwogen, fehlte diese "Symmetrie".

Es kamen also Forderungsübertragungen auf andere Staaten in Betracht, woraus eine Änderung in der ländermäßigen Zusammensetzung der Gläubiger- und Schuldnerpositionen erwuchs. Diese Art der Verrechnungen bedurfte jeweils der Zustimmung aller beteiligten Länder, die jedoch nur selten zustande kam. (Einzelheiten in: Achtzehnter Jahresbericht der BIZ, S. 161 f. und 181 f.)

⁴ Es handelte sich hierbei um die sog. 'indirekte' oder 'bedingte Marshallplan-Hilfe', bedingt, weil sie mit der Auflage verbunden war, westeuropäischen Defizitländern in Höhe der betreffenden Dollarbeträge eigene Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Sinn dieser Regelung war es, den Intra-OEEC-Handel zu intensivieren.

(Den Schwerpunkt der ERP-Hilfe bildete jedoch die Finanzierung westeuropäischer Einfuhren aus dem Dollarraum: 'direkte Marshallplan-Hilfe'.)

Das Abkommen von 1948 hatte im Vergleich zu dem vorangegangenen eine wesentlich größere Effizienz: Während der Umfang der multilateralen Verrechnungen vom November 1947 bis Oktober 1948 nur rd. 52 Mio \$ betragen hatte, wurden in der Zeit von Oktober 1948 bis Juni 1949 Ausgleichsoperationen in Höhe von über 780 Mio \$ abgewickelt.¹ Der größte Nachteil, der diesem Verrechnungssystem anhaftete, bestand darin, daß auf die Schuldnerländer kein Zwang ausgeübt wurde, ihr Zahlungsbilanzungleichgewicht mit Hilfe marktkonformer Maßnahmen zu reduzieren. Teilweise trat sogar ein gegenteiliger Effekt ein: Die mit Hilfe der Ziehungsrechte erreichte Vergrößerung der Liquidität im innereuropäischen Zahlungsverkehr ermöglichte es den chronischen Defizitländern, ihre Schuldnerposition auszuweiten, so daß von einer Verringerung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts innerhalb Westeuropas nicht ohne weiteres gesprochen werden konnte.

Ein Teil der vorhandenen Mängel wurde durch das am 7. September 1949 von den OEEC-Ländern geschlossene 'Abkommen über den innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr für 1949/50'² beseitigt, das zwar im grundsätzlichen den Regelungen des Vorjahres entsprach, aber insofern eine vorteilhaftere Lösung darstellte, als 25 v. H. der Ziehungsrechte multilateral verwendbar waren. Damit sollte der Handel in zunehmendem Maße von seinen Fesseln befreit und die mit dem Bilateralismus einhergehenden Diskriminierungen weiter verringert werden, um die komparativen Kostenvorteile wieder stärker zur Geltung kommen zu lassen.

Insgesamt gesehen kann festgestellt werden, daß die drei multilateralen Verrechnungsabkommen - trotz zweifellos vorhandener Unzulänglichkeiten - entscheidend dazu beigetragen haben, den innereuropäischen Zahlungsverkehr elastischer zu gestalten³ und damit eine Ausweitung des Intra-OEEC-Handels zu ermöglichen⁴. In dem Maße, wie die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Westeuropas abnahmen, erhöhte

¹ Davon entfielen 677 Mio \$ auf die erwähnten Ziehungsrechte. (Vgl. Zwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 233 ff.)

² Vgl. hierzu Zwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 235 ff. und 278 ff.

³ Während der Laufzeit der drei multilateralen Verrechnungsabkommen, d. h. von Dezember 1947 bis Juni 1950, beliefen sich die gesamten innereuropäischen Verrechnungsumsätze auf über 300 Mio. \$. Hinzu kamen die Nettobeträge der von Oktober 1948 bis Juni 1950 ausgenutzten Ziehungsrechte in Höhe von fast 1,1 Mrd. \$. Der Gesamtumfang der Ausgleichsoperationen entsprach demnach einem Gegenwert von knapp 1,4 Mrd. \$. (Vgl. Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 224)

⁴ Der Volumenindex des innereuropäischen Handels stieg von 1948 bis 1950 um 41 Punkte. (Vgl. Übersicht auf S. 107)

An diesem Erfolg waren natürlich auch andere Faktoren beteiligt, z. B. die Erhöhung der Produktionskapazitäten, vor allem in Westdeutschland, die Eindämmung der Nachkriegsinflation, die Korrektur der Wechselkurse (vgl. S. 89 ff.) usw.

sich auch die Effizienz der Marshallplan-Hilfe. Mit der Ausdehnung des innereuropäischen Handelsverkehrs verringerte sich zugleich die Importabhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten¹, was zu einer merklichen Reduzierung der westeuropäischen Leistungsbilanzdefizite gegenüber den USA² und einer entsprechenden Reduzierung der Dollarlücke führte.

§ 20: Die Europäische Zahlungsunion

Mit der Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU)³ wurden die Probleme des innereuropäischen Zahlungsverkehrs einer umfassenden Lösung zugeführt und damit zugleich entscheidende Maßnahmen zur Beseitigung aller jener Hemmnisse ergriffen, die von der Währungsseite her einem multilateralen Handelsverkehr und demzufolge einer Reintegra-

¹Der prozentuale Anteil der Importe aus den USA an den Gesamtimporten der OEEC-Länder fiel zwischen 1947 und 1950 von rd. 26 v. H. auf 13 v. H. Während des gleichen Zeitraums stieg der prozentuale Anteil der Einfuhren aus Westeuropa an den Gesamteinfuhren der OEEC-Länder von rd. 29 v. H. auf über 40 v. H. (Vgl. Tabelle 13, Anhang, S. 144)

²Das kommerzielle Leistungsbilanzdefizit Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten ging von 5,5 Mrd. \$ im Jahre 1947 auf 1,6 Mrd. \$ in 1950 zurück. (Vgl. Zahlungsbilanzen USA-Westeuropa, Anhang, S. 167)

³Das 'Abkommen über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion' wurde am 19. September 1950 von den Mitgliedstaaten der OEEC unterzeichnet und trat rückwirkend ab 1. Juli 1950 in Kraft. (Vertragstext im Bundesgesetzblatt, Jg. 1951, Teil II, S. 32 ff.)

Vgl. dazu auch die Ausführungen in: Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 226 ff.

Die EZU stellte keine selbständige Einrichtung dar, sondern bildete einen integrierenden Bestandteil der OEEC. Die bankgeschäftlichen Operationen der EZU wurden von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel durchgeführt. (Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat - OEEC: Handbuch 1959, Bad Godesberg 1959, S. 43. Künftig zitiert als "OEEC-Handbuch 1959"). Die EZU umfaßte außer den kontinentalen OEEC-Ländern auch deren angeschlossene Währungsräume, d. h. neben den Sterlingländern die Kolonialgebiete Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und Portugals sowie Indonesien. (Vgl. Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 227). Auf Grund dieser Tatsache schloß die EZU-Abrechnung bei der Mehrzahl der Mitglieder 60 bis 70 v. H. ihres Außenhandels ein. (Vgl. MANGOLDT, Hans Karl v.: Die Europäische Zahlungsunion und ihre Aufgaben bei der Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs. (Kieler Vorträge N. F. Nr. 3). Kiel 1953, S. 4)

tion der europäischen Wirtschaft im Wege standen.¹ Im Gegensatz zum Internationalen Währungsfonds, der im wesentlichen die Funktion einer "Währungsaufsichts- und -ausgleichsinstanz"¹ ausübt, stellte die EZU eine Clearingzentrale dar, der die gesamte Abwicklung des innereuropäischen Zahlungsverkehrs oblag.² Die Hauptmerkmale der EZU-Konzeption waren: "Das multilaterale Abrechnungssystem, die automatisch wirksamen Kreditfazilitäten und der teilweise Goldausgleich von Salden der innereuropäischen Abrechnung ..."³

Der entscheidende Fortschritt im Vergleich zu den vorangegangenen Verrechnungsabkommen bestand darin, daß nunmehr jedes Mitglied die Möglichkeit hatte, seine Defizite gegenüber den einen Teilnehmerländern mit Überschüssen gegenüber den anderen voll aufzurechnen⁴, so daß für jedes Land nur ein einziger Saldo gegenüber der EZU als Gesamtheit übrigblieb. Damit wurde den früher üblichen Diskriminierungen bestimmter Währungen sowie der Unterscheidung zwischen härteren und weicheren Währungen der Boden entzogen.

Die technische Abwicklung geschah dergestalt, daß die Mitgliedsländer ihre bilateralen Salden monatlich der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich meldeten, welche dann die multilaterale Verrechnung vornahm ('automatische Kompensation'). Die Verbuchung der sich ergebenden Guthaben- oder Schuldsalden auf den Konten der einzelnen Länder erfolgte

¹ Vgl. dazu PREDÖHL: Die Epochenbedeutung, a.a.O., S. 115 f.

² In der EZU wurden die wesentlichen Gedanken des im Zusammenhang mit der Gründung des IWF entwickelten 'Keynes-Planes' aus dem Jahre 1943 (der aber seinerzeit durch den 'White-Plan' verdrängt worden war) im regionalen Rahmen verwirklicht. Auf Grund der Tatsache, daß die den kontinentalen OEEC-Ländern angeschlossenen Währungsgebiete einbezogen wurden, ging aber die Einflußsphäre der EZU weit über den westeuropäischen Bereich hinaus.

Ein Nachteil der EZU war darin zu sehen, "daß sie nur ein Abrechnungsmechanismus, nicht ein Abrechnungs- und Lenkungsmechanismus zugleich ist, wie es die Goldwährung war." (PREDÖHL, Andreas: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. In: Deutschland und die Weltwirtschaft (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 10). Berlin 1954, S. 31)

Zum 'Keynes-Plan' vgl. PREDÖHL: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 305 ff.; PREDÖHL, Andreas: Die angelsächsischen Währungspläne und die europäische Währungsordnung. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 58 (1943 II), S. 1 ff.;

BACHMANN, Hans: Die angelsächsischen Pläne für die Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs. St. Gallen 1943

³ MANGOLDT: Die Europäische Zahlungsunion, a.a.O., S. 4

⁴ Damit war die Transferierbarkeit der westeuropäischen Währungen untereinander verwirklicht.

nach dem kumulativen Prinzip, d. h. durch laufende Fortschreibung der Rechnungsüberschüsse bzw. -defizite,¹ überschritt nun die in der oben beschriebenen Weise ermittelte monatliche 'Nettoposition' eines Mitgliedslandes seine im Abkommen festgelegte 'Quote' ², so mußte der gesamte überschießende Betrag durch Goldzahlung ausgeglichen werden.³ Lagen die kumulativen Rechnungsüberschüsse bzw. -defizite innerhalb der 'Quote', so geschah der Ausgleich zum Teil durch Kreditgewährung, zum Teil durch Goldzahlung.⁴ Die Regulierung erfolgte nach einem festgelegten Schema, in welchem fünf sog. Tranchen unterschieden wurden. Bei einem kumulativen Saldo bis zu 20 v. H. der Quote (1. Tranche) erfolgte die Deckung ausschließlich durch Kredite. Für die übrigen vier Tranchen bestand nachstehende Regelung: Im Falle eines Überschusses erhielt das Gläubigerland in Höhe der halben Forderung Gold, die restliche Hälfte mußte es der EZU kreditieren. Lag dagegen ein Defizit vor, so variierte das Verhältnis von Goldeinschußpflicht und Kreditierung, wobei mit wachsender Ausschöpfung der Quote die Goldeinschußpflicht anstieg.⁵

¹Durch die kumulative Verbuchungsmethode ergab sich eine Kompensation von Defiziten und Überschüssen im Zeitablauf und damit ein Ausgleich kurzfristiger (saisonal bedingter) Zahlungsbilanzschwankungen. Die integrale Anwendung der multilateralen Verrechnung und des kumulativen Prinzips zeitigte in der Folgezeit günstige Resultate: Bereits im ersten Rumpfgeschäftsjahr der EZU (Juli 1950 bis März 1951) konnten damit 55 v. H. der gesamten bilateralen Brutto-Defizite ausgeglichen werden. (Vgl. Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Dritter Bericht: Die Wirtschaftslage Westeuropas. Bonn 1951, S. 136; künftig zitiert als "Dritter OEEC-Bericht")

²Vgl. Tabelle 24, Anhang, S. 155 .

Die jedem Mitgliedstaat zugeteilte 'Quote' entsprach etwa 15 v. H. des Wertes seines Handels- und Dienstleistungsverkehrs mit den übrigen Teilnehmerländern samt ihren angeschlossenen Währungsräumen während des Jahres 1949. (Vgl. Dritter OEEC-Bericht, a. a. O., S. 134)

³Diese Verpflichtung bestand sowohl seitens der Schuldner gegenüber der EZU als auch von dieser gegenüber den Gläubigern. Statt eines Goldtransfers konnte die Zahlung auch in US-Dollar vorgenommen werden. (Da die Rechnungseinheit der EZU dem fünfunddreißigsten Teil einer Unze Feingold entsprach, bestand wertmäßig Identität mit dem US-Dollar).

⁴Vgl. Tabelle 25, Anhang, S. 156

5 Tranche	Schuldsaldo in v. H. der Quote	Umfang der	
		Kreditierung	Goldeinschußpflicht
1	0 - 20	100 v. H.	-
2	20 - 40	80 v. H.	20 v. H.
3	40 - 60	60 v. H.	40 v. H.
4	60 - 80	40 v. H.	60 v. H.
5	80 - 100	20 v. H.	80 v. H.

(Vgl. dazu Tabelle 25, Anhang, S. 156)

Bei voller Ausnutzung der Quote betrug das prozentuale Gesamtverhältnis zwischen Krediten und Goldzahlungen 60 zu 40 (bzw. 3 zu 2).¹

Die partielle Goldzahlungsverpflichtung hatte einen doppelten Zweck: Auf die Schuldnerländer sollte ein gewisser Druck ausgeübt werden, ihre EZU-Zahlungsbilanzen durch innerwirtschaftliche Maßnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Für die Gläubigerländer wollte man die aus dem regionalen Charakter der EZU resultierenden Härten mildern; sie sollten in die Lage versetzt werden, wenigstens mit einem Teil der im innereuropäischen Handel erzielten Überschüsse ihre Defizite gegenüber anderen Währungsräumen, vor allem gegenüber der Dollarzone, zu kompensieren.²

Im Gegensatz zu dem sehr erfolgreichen Funktionieren des 'Clearing' der EZU entwickelten sich die Verhältnisse im Bereich des multilateralen Kreditmechanismus weniger günstig. Nach den Vorstellungen der Schöpfer der EZU sollten die Kredite "Swing"-Charakter haben, d. h. nur zur Überbrückung temporärer Zahlungsbilanzschwierigkeiten dienen, um so den Schuldnerländern Gelegenheit zu geben, ihre außenwirtschaftliche Situation mittels marktkonformer Maßnahmen zu verbessern. Mit dieser zeitweiligen Hilfe hoffte man vor allem, den Teilnehmerländern die Liberalisierung ihres Außenhandels (vgl. § 21) zu erleichtern und den jeweils erreichten Liberalisierungsgrad auf breiter Front aufrechterhalten zu können.

Statt des erwarteten Abbaus der extremen Schuldner- und Gläubigerpositionen trat aber zunächst eine Vergrößerung des innereuropäischen Zahlungsbilanzungleichgewichts ein³, so daß die EZU schon zu Anfang ihrer Tätigkeit einer harten Belastungsprobe ausgesetzt wurde. Besonders gravierend war die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik, die bereits im November 1950 einen so hohen Verschuldungsgrad gegenüber der EZU aufwies, daß ein umfangreicher Überbrückungskredit eingeräumt werden mußte, der aber nicht verhindern konnte, daß

¹Weitere Einzelheiten über Aufbau und Funktionsweise der EZU vgl.: Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 226 ff.;

SINEWE: Grundlagen und Entwicklung des Zahlungsverkehrs, a. a. O., S. 113 ff.; SCHWEGLER, Sergio: Die Änderungen in den Handelsbilanzen der EZU-Länder seit der Gründung der EZU. Winterthur 1957, S. 49 ff.

²Da die EZU kein autarkes und geschlossenes System darstellte (und auch nicht sein sollte!), war den Überschußländern nur eine Kreditgewährung begrenzten Umfanges zumutbar.

Die partiellen Goldzahlungen sollten zugleich die "Weltoffenheit" der EZU dokumentieren; außerdem statteten sie "die europäischen Währungen mit dem noch schmalen 'Goldrand' einer beschränkten Dollar-Konvertierbarkeit aus." (MANGOLDT: Die Europäische Zahlungsunion, a. a. O., S. 15; vgl. auch S. 7)

³Hierfür waren auch in starkem Maße außerökonomische Faktoren verantwortlich (Koreakrieg mit seinen Folgen).

die deutsche Regierung Anfang 1951 die Liberalisierung vorübergehend aussetzte.¹ Im Falle der Niederlande herrschte eine ähnlich ungünstige Situation.

Das zweite Geschäftsjahr der EZU brachte in der Gruppierung der Überschuß- und Defizitländer einschneidende Veränderungen (vgl. Tab. 26, Anhang, S. 157): Das Vereinigte Königreich und Frankreich, 1951 noch die Hauptgläubiger der EZU, wurden die größten Schuldner. Demgegenüber konnten die Bundesrepublik und die Niederlande ihre Position wesentlich verbessern und bereits 1952 einen kumulativen Nettoüberschuß erzielen, der sich während der folgenden Jahre erheblich ausweitete, besonders im Falle Deutschlands.²

Im weiteren Verlauf kam es zu einer immer deutlicher hervortretenden Scheidung zwischen notorischen Gläubigern und chronischen Schuldnern. Die ursprünglich nur zum Ausgleich kurzfristiger Zahlungsbilanzschwierigkeiten gedachten Überziehungskredite waren zu Dauerkrediten geworden. Um den Defizitländern Erleichterungen zu verschaffen, ging die EZU dazu über, die Quoten elastischer zu gestalten, d. h. denjenigen Mitgliedern, die ihre Quote überschritten hatten, wurden (nach jeweiliger Prüfung des Einzelfalles) sog. Rallongen gewährt. Durch die damit erfolgte Erweiterung der Kreditmöglichkeiten waren die Schuldner der Notwendigkeit enthoben, ihre über die ursprünglichen Quoten hinausgehenden Defizite voll durch Gold- oder Dollarzahlungen abzudecken, was die betroffenen Länder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Entliberalisierungsmaßnahmen veranlaßt hätte.

In der Folgezeit blieb die oben dargestellte Verfahrensweise der EZU im grundsätzlichen dieselbe. Es wurden lediglich einige Änderungen im Kreditmechanismus vorgenommen, deren wichtigste wir nachstehend kurz darstellen werden:³

¹Vgl. Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 51 ff.

²Auf die Ursachen der divergierenden wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung der einzelnen Teilnehmerländer können wir im Rahmen unserer Arbeit nicht eingehen. Wir verweisen auf die Publikationsserie des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Zahlungsbilanzprobleme der Nachkriegswirtschaft Großbritanniens; Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Islands, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Schwedens, Spaniens sowie der türkischen Volkswirtschaft. Kieler Studien, Nr. 2, 7 · 10, 13 - 14, 16, 18, 22, 28. (Genaue Titelangaben im Literatur-Verzeichnis)

³Vgl. dazu SCHWEGLER: Die Änderung in den Handelsbilanzen, a. a. O., S. 56 ff.; OEEC-Handbuch 1956, S. 48 ff.

Bei der Verlängerung der EZU am 1. Juli 1952 wurde die Progression der Goldeinschußpflicht der Defizitländer in den ersten Tranchen verschärft, um auf diese Weise die Kreditnahme zu erschweren. Das Gesamtverhältnis von Krediten zu Goldzahlungen im Rahmen der Quote blieb jedoch unverändert.

Ab Juli 1954 fiel die Progression der Goldzahlungen bei steigender Beanspruchung der Quoten fort.¹ Das Verhältnis von Kreditnahme zu Goldausgleich wurde durchgehend, d. h. unabhängig von der Nutzung der Quote, auf 50 zu 50 festgesetzt. Gleichzeitig erfolgte eine Aufstockung sämtlicher Quoten um 20 v. H., so daß sich an der ursprünglichen Gesamtkreditierungshöhe praktisch nichts änderte, während aber durch die Heraufsetzung der Goldausgleichspflicht (von 40 auf 50 v. H.) eine "Härtung" der Zahlungsmodalitäten in der EZU eintrat. Zum gleichen Zeitpunkt wurde eine bilaterale Tilgung der aufgelaufenen Schulden vorgenommen, da die ständig wachsende Gläubigerstellung einiger Mitglieder - insbesondere der Bundesrepublik - und die anhaltende Verschuldung anderer Teilnehmerländer die Funktionsfähigkeit des Systems lahmzulegen drohten.

In Anbetracht der zwischenzeitlich erfolgten Erhöhung der Gold- und Dollarreserven in den meisten Ländern Westeuropas konnte am 1. Juli 1955 eine weitere Heraufsetzung des Goldanteils beim monatlichen Saldenausgleich, nämlich von 50 auf 75 v. H., vorgenommen werden.² Damit war innerhalb des westeuropäischen Zahlungsverkehrs die "Dreiviertelkonvertierbarkeit" verwirklicht und zugleich ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der vollen (Ausländer-)Konvertibilität in Westeuropa getan.

¹ Mit der Aufgabe der Progression ergab sich für die Abrechnungsinstanz eine wesentliche Vereinfachung. Andererseits verringerte sich aber damit für die Defizitländer der Anreiz, durch entsprechende innerwirtschaftliche Maßnahmen auf einen Abbau ihrer Zahlungsbilanzungleichgewichte hinzuwirken.

² Verschiedene Teilnehmerländer leisteten oder empfangen bereits hundertprozentige Goldzahlungen, so daß in einigen Fällen jetzt schon von einem Zustand der de-facto-Konvertierbarkeit gesprochen werden konnte. (Vgl. dazu SCHLEIMINGER, Günther: Das Europäische Währungsabkommen von 1955 und einige neuere währungspolitische Entwicklungen. (Kieler Vorträge N. F. Nr. 9). Kiel 1956, S. 5)

Angesichts dieser günstigen Gesamtentwicklung wurde am 5. August 1955 von den OEEC-Ländern das 'Europäische Währungsabkommen' (EWA)¹ unterzeichnet und gleichzeitig der EZU-Vertrag durch eine sog. "Abbruchklausel" ergänzt, derzufolge die EZU automatisch aufgelöst und das EWA in Kraft gesetzt werden sollte, sobald eine Anzahl von Mitgliedsländern, die 50 v. H. der EZU-Quoten auf sich vereinigten, zur Konvertibilität überging.²

Die anhaltende Inflation und die damit zusammenhängenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zahlreicher Länder Westeuropas in den Jahren 1955 bis 1957 brachten es mit sich, daß der Übergang von der EZU zum EWA noch einige Zeit hinausgeschoben werden mußte. Nachdem der inflationistische Druck im Laufe des Jahres 1958 nachgelassen und die Gold- und Devisenreserven in den meisten Mitgliedsländern eine kräftige Zunahme erfahren hatten (vgl. Tab. 27, Anhang, S. 158), notifizierten Ende Dezember 1958 Belgien-Luxemburg, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande³ dem Generalsekretär der OEEC ihre Absicht, die EZU zu beenden und das EWA in Kraft zu setzen. Diesem Schrittschlossen sich die skandinavischen Länder: Dänemark, Norwegen und Schweden an, so daß mit dem 27. Dezember 1958 die wichtigsten westeuropäischen Währungen konvertibel wurden⁴, womit zugleich die bisher noch bestehende Schranke zwischen EZU-Zahlungsraum und Dollarraum fortfiel.

§ 21: Die Liberalisierung des westeuropäischen Außenhandels

Sofort nach Ende des zweiten Weltkrieges begannen die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen um eine Wiederbelebung und Intensivierung des Welt Handels. Als Ergebnis interner Vorarbeiten veröffentlichte das amerikanische 'State Department' Anfang Dezember 1945 die 'Proposals for the Expansion of World Trade and Employment', "die einem Kreuzzugspro-

¹Text des Abkommens in: Bundesanzeiger vom 24. Dezember 1955.

Sinn dieses Abkommens war es, nach dem Übergang zur de-jure-Konvertierbarkeit der westeuropäischen Währungen die Fortsetzung der monetären Zusammenarbeit im Bereich der OEEC zu gewährleisten.

Über die Einzelheiten des EWA informieren:

SCHLEIMINGER: Das europäische Währungsabkommen, a. a. O., S. 9 ff. ;

OEEC-Handbuch 1959, a. a. O., S. 45 ff. ;

Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OEEC): Europäisches Währungsabkommen. Erster Jahresbericht des Direktoriums, 1959, Bonn 1960

²Vgl. OEEC-Handbuch 1959, S. 45

³Diese Länder repräsentierten rd. 72 v. H. der gesamten EZU-Quoten

⁴Einzelheiten in: Neunundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 206 ff.

gramm zugunsten von Freihandel und Nichtdiskriminierung gleichkamen"¹ und die Arbeitsgrundlage der späteren Handelskonferenzen bildeten. Nach vorbereitenden Verhandlungen in London und Genf fand von November 1947 bis März 1948 die Konferenz von Havanna statt, auf der von vierundfünfzig Nationen ein zwischenstaatliches Abkommen über gemeinsame Grundsätze der Außenhandels- und Wirtschaftspolitik unterzeichnet sowie die Schaffung einer 'Internationalen Handelsorganisation'² beschlossen wurde.³

Eines der Hauptziele der 'Welthandels-Charta von Havanna' war die Liberalisierung des internationalen Handels, d.h. die Durchsetzung allgemeiner Meistbegünstigung und der Abbau des Protektionismus.⁴ Obwohl bei der Abfassung des Vertragstextes die Sonderwünsche der beteiligten Länder sehr weitgehende Berücksichtigung fanden (wodurch die ursprünglichen amerikanischen 'Proposals' stark verwässert wurden), trat die Charta nicht in Kraft, da sich die Regierungen fast sämtlicher Signatarstaaten - so auch der USA - zu ihrer Ratifikation nicht entschließen konnten.

Dennoch trug die auf den Konferenzen geleistete Arbeit ihre Früchte, da die Havanna-Charta - trotz der nachträglichen Ablehnung - der zukünftigen internationalen Handelspolitik als Richtschnur diente. Die wichtigsten handelspolitischen Zielsetzungen (Kapitel IV)⁵ fanden ihren Niederschlag im 'Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen'⁶, welches Ende Oktober 1947 in Genf von 23 Staaten angenommen wurde und zu Beginn des Jahres 1948 in Kraft trat. Die beiden Kernstücke des GATT sind: 1. Die Senkung der Zölle auf der Grundlage unbedingter Meistbegünstigung, wonach alle bilateral auszuhandelnden Zollkonzessionen auch für die übrigen Abkommensländer Geltung erlangen⁷. 2. Die Abschaffung mengenmäßiger Handelsbeschränkungen.

¹KÜNG, Emil: Handelsverträge. In: HdSw, 5. Bd., Göttingen 1956, S. 18

²'International Trade Organisation' (ITO)

³Über Einzelheiten informieren:

PREDÖHL, Andreas: Weltwirtschaftskonferenzen. In: HdSw, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 616 f.;

PREDÖHL: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 224 ff.;

HENIKSTEIN: Die amerikanische Handelspolitik, a.a.O., S. 53 ff.;

"Die Welthandels-Charta". In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1329 ff., 1485 ff. und 1547 ff.

⁴Vgl. Kapitel IV der 'Havanna-Charta', die somit gewissermaßen das "Gegenteil" zu der 'Konvention von Bretton Woods' bildete.

⁵Vgl. "Die Welthandels-Charta". In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1553

⁶'General Agreement on Tariffs and Trade' (GATT)

⁷Ausnahmen werden im Falle bereits bestehender Präferenzsysteme zugestanden. Die Bildung von Zollunionen ist grundsätzlich erlaubt.

Die größten Erfolge des GATT im Verlauf seiner Tätigkeit liegen auf dem Gebiet des Zollabbaus.¹ Im übrigen wird die Wirksamkeit des Systems durch die zahlreichen 'Ausweichklauseln'² stark herabgesetzt, bei deren extensiver Auslegung für die Mitgliedsstaaten jederzeit die Möglichkeit besteht, zum Restriktionismus zurückzukehren.³

Eine wesentlich höhere Effizienz hatten die im regionalen Rahmen ansetzenden Liberalisierungsmaßnahmen der OEEC, deren Ziel die Herbeiführung eines möglichst umfangreichen Güter- und Dienstleistungsaustausches innerhalb Westeuropas war, um damit die Vorteile internationaler Arbeitsteilung wieder stärker zur Geltung zu bringen. Einem freien Handelsverkehr standen neben der Devisenbewirtschaftung und den Zöllen vor allem die quantitativen Importrestriktionen im Wege, die größtenteils während der Weltwirtschaftskrise zum Ausgleich des Exportrückganges und zur Stützung der heimischen Beschäftigungslage eingeführt (vgl. unsere Ausführungen in § 11, S. 68 und § 12, S. 73) und bis in die Nachkriegszeit aufrechterhalten bzw. auf Grund der verbreiteten Devisenknappheit weiter verschärft worden waren, so daß die Zölle letzten Endes nur noch eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielten. Es war daher durchaus folgerichtig, wenn die OEEC den Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und die Beseitigung der mit dem handelspolitischen Bilateralismus einhergehenden Diskriminierungen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellte.⁴

¹Bereits auf der Konferenz von Genf (1947/48) wurden in 123 Abkommen für rd. 45.000 Einzelpositionen (die sich auf etwa die Hälfte des Welthandels bezogen) Zollermäßigungen und -bindungen beschlossen.
(Vgl. KÜNG: Handelsverträge, a.a.O., S. 19)

²Durch die im Vertragswerk enthaltenen allgemeinen und speziellen Ausnahmebestimmungen - so z.B. zum Schutze heimischer Industrien, insbesondere der Landwirtschaft, zur Überwindung von Zahlungsbilanzdefiziten usw. - werden viele GATT-Vorschriften weitgehend paralysiert.

³Weitere Einzelheiten bei KÜNG, Emil: Das Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel (GATT). Zürich und St. Gallen 1952;
MICKWITZ, Eugen v.: Der Ausbau des Genfer Abkommens über Zölle und Handel. In: Europa-Archiv, Jg. 1950, S. 2843 ff. und 2879 ff.

⁴Vgl. dazu SCHLEIMINGER, Günther: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC/OECD). In: HdSw, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 390 ff.
In Artikel 4 der OEEC-Konvention hatten sich die Mitgliedsstaaten ausdrücklich verpflichtet, zusammen mit der Schaffung eines multilateralen Zahlungssystems auch die quantitativen Handelsrestriktionen zu beseitigen.
(Vgl. "Wortlaut des Abkommens über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC)". In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1345)

Bereits Anfang Juli 1949 forderte der Rat der OEEC die Mitgliedsstaaten auf, die notwendigen Maßnahmen für eine stufenweise Herabsetzung der im innereuropäischen Handelsverkehr¹ bestehenden Importkontingente zu ergreifen. Anfang November 1949 wurde für die privaten Einfuhren² ein Liberalisierungssatz in Höhe von 50 v. H. festgelegt³, der vereinbarungsgemäß am 15. Dezember 1949 in Kraft trat.⁴ Um den Besonderheiten in der Außenhandelsverflechtung und Produktionsstruktur der einzelnen Länder Rechnung zu tragen und das Liberalisierungsverfahren flexibler zu gestalten, wurden die Importe in drei Kategorien unterteilt⁵ und die prozentuale Reduktion der mengenmäßigen Beschränkungen für jede Warengruppe gesondert geregelt.⁶

Nachdem durch die Gründung der EZU die notwendigen währungstechnischen Voraussetzungen geschaffen worden waren⁷, wurde die Liberalisierungsverpflichtung Anfang Oktober 1950 auf 60 v. H. und ab 1. Februar 1951 auf durchschnittlich 75 v. H. der gesamten Privateinfuhren (mindestens 60 v. H. in jeder Warengruppe) erhöht.⁸ Am 20. Juli 1951 erfolgte die Inkraftsetzung des im Vorjahr vom Rat der OEEC verabschiedeten 'Liberalisierungskodex', in dem die Verhaltensregeln beim Abbau der Beschränkungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr im einzelnen festgelegt worden waren.⁹ Auf Grund der eingebauten 'Ausweichklauseln' konnte ein Land im Falle einer schweren Störung seines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts die Liberalisierung vorübergehend aussetzen¹⁰, wobei es

¹ Unter Einbeziehung ihrer überseeischen Gebiete

² Die Importe staatlicher Monopolverwaltungen, die hauptsächlich Grundstoffe (Kohle, Erdöl und dergl.) sowie Nahrungs- und Futtermittel betrafen, blieben zunächst von der Liberalisierung ausgeschlossen.

³ Als Referenzperiode galt i. a. das Jahr 1948 (für Deutschland 1949).

⁴ Vgl. Zwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 148 ff.

⁵ 1. Kategorie: Nahrungs- und Futtermittel; 2. Kategorie: Rohstoffe; 3. Kategorie: Fertigwaren.

⁶ Die erste Liberalisierungsstufe galt jedoch für alle drei Gattungen gleichermaßen.

⁷ Besondere Bedeutung hatten neben der Verwirklichung der Transferierbarkeit der westeuropäischen Währungen untereinander die automatisch wirksamen Kreditfazilitäten, ohne die ein Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr angesichts der mangelnden Devisenreserven zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.

⁸ Bezüglich der für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte andere Güter getroffenen Sonderregelungen vgl. Einundzwanzigster Jahresbericht der BIZ, S. 124 f.

⁹ Vgl. dazu: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 49 ff.

¹⁰ Von dieser Möglichkeit machten 1950/51 die Bundesrepublik, 1951/52 Großbritannien, 1952/55 und 1957/58 Frankreich Gebrauch. (Weitere Einzelheiten vgl. SCHLEIMINGER: Europäischer Wirtschaftsrat, a. a. O., S. 391 f.; OEEC-Handbuch 1956, S. 38 f.)

sich jedoch einem Kontrollverfahren unterwerfen und die Notmaßnahme nach einer bestimmten Frist wieder rückgängig machen mußte.

Wie aus Tabelle 28 (Anhang, S. 159) hervorgeht, hatte Ende 1950 die Mehrzahl der OEEC-Mitglieder die ab Oktober 1950 festgesetzte sechzigprozentige Liberalisierung ihrer privaten Einfuhren verwirklicht, z. T. sogar überschritten. Der durchschnittliche Liberalisierungssatz aller Länder belief sich auf 67 v. H. Schwierigkeiten ergaben sich aber bei der Realisierung der Anfang 1951 beschlossenen Erhöhung auf 75 v. H., und zwar vor allem auf Grund der im Zusammenhang mit dem Koreakrieg aufgetretenen Zahlungsbilanzstörungen, wodurch mehrere westeuropäische Staaten zur Anwendung der Ausweichklauseln gezwungen wurden. Ende 1953 war die Liberalisierungs-"Krise" überwunden. Der durchschnittliche Gesamtumfang der Liberalisierung stieg auf 77 v. H. und überschritt damit den Sollwert. Auch in den folgenden Jahren wurde die sog. "Liberalisierungsschaukel", d. h. die Variation des Liberalisierungsausmaßes je nach der Zahlungsbilanzentwicklung, nicht wieder in Gang gesetzt ¹, obwohl sich die EZU-Bilanzen verschiedener Länder verschlechterten (vgl. Tab. 26, Anhang, S. 157). Die im ganzen gesehen günstigere außenwirtschaftliche Lage der meisten Mitgliedsstaaten, vor allem die inzwischen eingetretene Zunahme ihrer Währungsreserven (vgl. Tab. 27, Anhang, S. 158), ermöglichte es dem Rat der OEEC, den Liberalisierungssatz ab Januar 1955 von 75 auf 90 v. H. zu erhöhen. ²

Die Auswirkungen der Liberalisierung des innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehrs werden an der bemerkenswerten Steigerung des Intra-OEEC-Handels sichtbar.

¹ Vgl. Tabelle 28, Anhang, S. 159

Die einzige Ausnahme bildete Frankreich.

² Einzelheiten vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 53

Über die Liberalisierung der unsichtbaren Transaktionen informieren: Ibidem, S. 57 ff.; OEEC-Handbuch 1959, S. 39 ff.

Jahr	Volumenindex des Intra-OEEC- Handels a)	Index der industr. Prod. b) der OEEC-Länder	Volumenindex des Bruttosozialprod. zu Marktpreisen c) der OEEC-Länder
1938	69	70	76
1949	63	77	81
1950	86	86	88
1951	92	94	93
1952	90	94	95
1953	100	100	100
1954	112	109	105
1955	127	119	111
1956	135	125	116
1957	144	131	121
1958 (IV. Quart.)	152	135	123
1959 (IV. Quart.)	189	148	128

a) Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 288;

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Elfter Bericht: Europa und die Weltwirtschaft. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 1961, S. 140

b) Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 278;

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Elfter Bericht, a. a. O., S. 17

c) Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Elfter Bericht, a. a. O., S. 122

Besonders deutlich kommt die erfolgreiche Tätigkeit der OEEC und der EZU zum Ausdruck, wenn man die Zunahme des Handelsvolumens zur Entwicklung der industriellen Produktion und des Sozialprodukts in Beziehung setzt, wobei sich eindeutig eine überproportionale Expansion des inner-europäischen Güteraustausches zeigt: Während sich in der Zeit zwischen 1949 und 1959 die industrielle Produktion nahezu verdoppelte und das Sozialprodukt um etwas mehr als die Hälfte anstieg, verdreifachte sich das Intra-OEEC-Handelsvolumen. In den ersten Nachkriegsjahren hatte eine umgekehrte Situation bestanden. Seinerzeit entwickelte sich der innereuropäische Handel im Vergleich zur industriellen Erzeugung Westeuropas unterproportional, d. h. ein großer Teil der Produktionszunahme blieb dem innereuropäischen Güteraustausch vorenthalten, was in erster Linie die Folge der starken Beschränkungen im Handels- und Zahlungsverkehr war. (Vgl. dazu unsere Ausführungen in § 19, S. 106 f.)

Allgemein bekannt sind die engen Wechselbeziehungen zwischen heimischer Produktion und internationalem Handel. Einerseits ist das Ausmaß des zwischenstaatlichen Güteraustausches weitgehend vom Produktionsvolumen der beteiligten Länder abhängig; andererseits gehen aber von einer Expansion des Handelsverkehrs wesentliche Impulse auf die heimische Erzeugung aus. So kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Intensivierung des Intra-OEEC-Handels in starkem Maße zur Erhöhung der industriellen Produktion Westeuropas¹ beigetragen hat. Auf Grund der Steigerung der westeuropäischen Erzeugung und der Ausweitung des innereuropäischen Handels verringerte sich die Importabhängigkeit Westeuropas von den USA beträchtlich.²

Die mit der Reintegration Westeuropas einhergehende Erhöhung der Produktionskapazität, der Export- und der Wettbewerbsfähigkeit führte zu einem erheblichen Abbau des Leistungsbilanzungleichgewichts zwischen den Vereinigten Staaten und den OEEC-Ländern³ sowie zu einem beachtlichen Anstieg der westeuropäischen Gold- und Dollarreserven.⁴ Auf Grund dieser günstigen Entwicklung konnte der Rat der OEEC 1954 damit beginnen, seine Liberalisierungspolitik auf den Dollarraum auszudehnen⁵, ohne dabei jedoch den einzelnen Mitgliedsstaaten feste Verpflichtungen auf-

¹ Diese hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit bis 1959 mehr als verdoppelt. (Vgl. die vorstehende Übersicht)

² Zwischen 1947 und 1958 ging der Anteil der OEEC-Einfuhren aus den USA an den Gesamtimporten der OEEC-Länder von 26 auf 11 v. H. zurück (vgl. Tabelle 13, Anhang, S. 144), und zwar trotz der zwischenzeitlich erfolgten Liberalisierung der Einfuhren aus dem Dollarraum, auf die wir noch zu sprechen kommen.

³ Das kommerzielle Leistungsbilanzdefizit verringerte sich von 5,5 Mrd. \$ in 1947 auf 1,2 Mrd. \$ in 1958. Im Jahre 1959 ergab sich sogar ein kleiner Überschuß. (Vgl. Zahlungsbilanzen USA - Westeuropa, Anhang, S. 167 f.) Damit bestätigt sich die von PREDÖHL stets vertretene Auffassung: "Auf jeden Fall aber ist die Desorganisation der Raumökonomie des (europäischen) Kerngebietes ein entscheidender Faktor der Dollarlücke." (PREDÖHL: Die Epochenbedeutung, a. a. O., S. 112)

⁴ Diese waren 1948 auf kaum mehr als 6 Mrd. \$ zusammengeschrumpft, erfuhren aber bis 1954 eine Verdoppelung. Dazu trugen allerdings die Schenkungen und Militärausgaben der USA sehr wesentlich bei. (Vgl. Tabelle 23, Anhang, S. 154)

⁵ "Mit dieser Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes bewies die OEEC, daß sie den Versuchungen einer regionalen Abschließung gegenüber der Außenwelt widerstand und im Gegenteil einen wirksamen Beitrag für die Rückkehr zu einem freien internationalen Handelsverkehr zu erbringen vermochte." (SCHLEIMINGER: Europäischer Wirtschaftsrat, a. a. O., S. 391)

zuerlegen. Bis zum 1. Januar 1958 hatten alle OEEC-Länder außer Frankreich und der Türkei die mengenmäßigen Beschränkungen für einen Teil ihrer privaten Importe aus den USA und Kanada abgebaut. Ende 1958 betrug der durchschnittliche Liberalisierungsgrad aller Mitgliedsstaaten für Einfuhren aus Nordamerika 73 v. H.¹

Die Liberalisierung der Einfuhren aus dem Dollarraum war ein bedeutender und zugleich unerläßlicher Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der Konvertierbarkeit der westeuropäischen Währungen. Ihr zeitliches Zusammenfallen mit der "Härtung" der Zahlungsmodalitäten in der EZU (vgl. § 20, S. 116) war nicht zufällig, sondern entsprang einer wohlüberlegten Gesamtplanung. Der bis zum 1. Januar 1959 erreichte durchschnittliche "Dollar-Liberalisierungsgrad" in Höhe von 73 v. H. kann neben der im Dezember 1958 eingeführten Konvertibilität als weiterer Beweis für das Ende der westeuropäischen Dollarlücke angesehen werden.²

¹ Vgl. Tabelle 30, Anhang, S. 161

Weitere Einzelheiten über die Einfuhrliberalisierung gegenüber dem Dollarraum in: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht, a. a. O., S. 61 ff.; OEEC-Handbuch 1956, S. 44 ff.

² Vgl. dazu unsere Ausführungen in § 16.

Nach Einführung der Konvertibilität konnte der Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen für Einfuhren aus dem Dollarraum nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar noch weiter gesteigert werden: Der durchschnittliche Liberalisierungsgrad aller OEEC-Länder für Importe aus Nordamerika erhöhte sich vom 1. Januar 1959 bis zum 1. März 1960 von 72 auf 86 v. H. (Vgl. Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Elfter Bericht, a. a. O., S. 79 ff.)

Anhang

Die Reihenfolge der Schemata
und Tabellen entspricht ihrer
Erwähnung im Text.

Die großen Zahlungsbilanzüber-
sichten befinden sich am Schluß.

Verzeichnis der Schemata und Tabellen

<u>Tabelle</u>	Seite
Zahlungsbilanzgliederung des Internationalen Währungsfonds	128 f
Zahlungsbilanzgliederung des Department of Commerce	130 f
1-2 Messung der weltweiten Dollarlücke (Methode I)	132 f
3 Messung der weltweiten Dollarlücke (Methode II)	134
4 Messung der westeuropäischen Dollarlücke (Methode II)	135
5 Messung der weltweiten Dollarlücke (Methode III)	136
6 Messung der weltweiten Dollarlücke (Methode IV)	137
7 Messung der weltweiten Dollarlücke (Methode V)	138
8 Messung der westeuropäischen Dollarlücke (Methode V)	139
9 Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder	140
10 Steinkohlenförderung der OEEC-Länder	141
11 Rohstahlerzeugung der OEEC-Länder	142
12 Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder je Beschäftigten und Jahr	143
13 Geographische Verteilung des Außenhandels der OEEC-Länder	144
14 Der Außenhandel Westdeutschlands mit den USA	145
15 Verwendung des Bruttosozialprodukts in den USA und in Westeuropa	146
16 Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder...	147
17 Struktur der industriellen Produktion der OEEC-Länder	148
18 Verwendung des Bruttosozialprodukts in den OEEC-Ländern	149
19 Währungsabwertungen Ende September 1949	150
20 Die Goldbestände und kurzfristigen US-Dollarguthaben der OEEC-Länder	151
21 Verhältnis der Gold- und Devisenreserven zu den Warenimporten	152
22 Verhältnis der militärischen Ex- bzw. Importe zu den gesamten Ex- bzw. Importen der USA	153

Tabelle

Seite

23	Verhältnis der "außerordentlichen" zu den "normalen" Dollareinnahmen des Auslands	154
24	Die 'Quoten' der EZU-Länder	155
25	Das Verhältnis von Goldzahlungen und Krediten beim Ausgleich der Nettoüberschüsse und -defizite innerhalb der EZU	156
26	Die kumulativen Nettopositionen der EZU-Länder	157
27	Gold- und Devisenreserven der OEEC-Länder	158
28	Liberalisierung des Handels innerhalb der OEEC	159
29	Liberalisierung des Intra-OEEC-Handels innerhalb der verschiedenen Güterkategorien	160
30	Liberalisierung der OEEC-Importe aus den USA und Kanada	161
31	Zahlungsbilanz der USA in Mehrjahresperioden von 1850 - 1945	162
32	Zahlungsbilanz der USA 1919 - 1939	163
33	Zahlungsbilanz der USA 1946 - 1960	165
34	Zahlungsbilanz USA - Westeuropa 1946 - 1960	167

Zahlungsbilanzgliederung des Internationalen

Währungsfonds

A. Current Transactions

1. Merchandise
 1. 1 Exports and imports (both f. o. b.)
 1. 2 Other
2. Nonmonetary gold movement (net)
3. Foreign travel
4. Transportation
 4. 1 Gross freight
 4. 2 Other
5. Insurance
6. Investment income
 6. 1 Direct investment
 6. 2 Other interest
 6. 3 Other equity
7. Government, not included elsewhere
 7. 1 Military expenditures, and surplus property
 7. 2 Other
8. Miscellaneous

Total goods and services (1 through 8)
9. Donations
 9. 1 Personal and institutional remittances
 9. 2 Other private transfers
 9. 3 Reparations
 9. 4 Official grants
10. Total current transactions (1 through 9)

Errors and omissions (16 minus 10)

B. Movement of Capital and Monetary Gold

Private (excluding banking institutions)

- 11. Long-term capital
 - 11.1 Direct investment
 - 11.2 Portfolio securities: bonds
 - 11.3 Portfolio securities: shares
 - 11.4 Amortization
 - 11.5 Other contractual repayments
 - 11.6 Other
- 12. Short-term capital
 - 12.1 Currency, deposits, Government obligations
 - 12.2 Other

Official and banking institutions

- 13. Long-term capital
 - 13.1 Official loans
 - 13.2 Bank loans
 - 13.3 Portfolio securities
 - 13.4 Amortization
 - 13.5 Other contractual repayments
 - 13.6 Other
- 14. Short-term capital
 - 14.1 Payments and clearing agreements
 - 14.2 Liabilities to IMF and IBRD
 - 14.3 Other liabilities to official and banking institutions
 - 14.4 Other
- 15. Monetary gold

- 16. Total movement of capital and monetary gold
(11 through 15)

Quelle: International Monetary Fund: Balance of Payments
Manual. Washington 1950, S. 10 und 12

Zahlungsbilanzgliederung des Department of Commerce

1	Exports of goods and services, total
2	Military transfers under aid programs, net, total
3	Other goods and services, total
4	Merchandise, adjusted, excluding military
5	Transportation
6	Travel
	Miscellaneous services:
	Private
	Government, excluding military
9	Military transactions
	Income on investments:
10	Direct investment
11	Other private
12	Government
13	Imports of goods and services, total
14	Merchandise, adjusted, excluding military
15	Transportation
16	Travel
	Miscellaneous services:
17	Private
18	Government, excluding military
19	Military expenditures
	Income on investments:
20	Private
21	Government
	Balance on goods and services:
22	Total
23	Excluding military transfers

	Unilateral transfers, net (to foreign countries (-))
24	Total
25	Excluding military transfers
26	Private remittances
	Government:
27	Military supplies and services
28	Other grants
29	Pensions and other transfers
30	United States capital, net (outflow of funds (-))
31	Private net
32	Direct investment, net
33	New issues of foreign securities
34	Redemptions
35	Other long-term, net
36	Short-term, net
37	Government net
38	Long-term capital, outflow
39	Repayments
40	Short-term, net
41	Foreign capital, net (outflow of funds (-))
42	Direct and long-term portfolio investments other than U.S. Government securities
43	Transactions in U.S. Government securities
44	Short-term liabilities to foreign banks and official institutions
45	Other short-term liabilities
46	Monetary gold (U.S. sales (+), purchases (-))
47	Foreign capital and gold, total
48	Errors and omissions (receipts by foreign areas (-)), net

Quelle: Zusammengestellt nach den im 'Survey of Current Business' veröffentlichten Zahlungsbilanzen des 'Department of Commerce'

Tabelle 1: Messung der weltweiten Dollarlücke (in Mio \$)

Methode I

Jahr	Gold- bewegungen (Saldo)	Kurzfr. Kapital- bewegungen (Saldo)	Statist. Fehler u. Auslass.	Dollardefizit (-) Dollarüberschuß (+) des Auslands (1 + 2 + 3)
	(1)	(2)	(3)	(4)
1919	+164	-	- 1.278	- 1.114
1920	+50	-	- 1.905	- 1.855
1921	- 686	-	- 316	- 1.002
1922	- 235	-	+408	+173
1923	- 295	- 33	- 175	- 503
1924	- 216	+119	- 178	- 275
1925	+102	- 106	- 135	- 139
1926	- 72	+419	- 75	+272
1927	+154	+585	- 423	+316
1928	+272	- 348	- 104	- 180
1929	- 120	- 4	- 384	- 508
1930	- 278	- 479	+320	- 437
1931	+176	- 637	+92	- 369
1932	- 11	- 446	+73	- 384
1933	+173	- 419	+61	- 185
1934	- 1.178	+222	+415	- 541
1935	- 1.720	+1.072	+368	- 280
1936	- 1.147	+431	+157	- 559
1937	- 1.271	+356	+425	- 490
1938	- 1.657	+344	+249	- 1.064
1939	- 3.018	+1.470	+789	- 759

Anmerkungen: (Netto-)Goldbewegungen USA → Ausland (+)
Aussland → USA (-)

(Netto-)Kapitalbewegungen USA → Ausland (-)
Aussland → USA (+)

Dollardefizit = Dollarlücke

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S.
Department of Commerce, veröffentlicht in: "The United
States in the World Economy". Washington 1943 (Anhang)

Tabelle 2: Messung der weltweiten Dollarlücke (in Mio \$)

Methode I

Jahr	Gold- bewegungen (Saldo)	Kurzfr. Kapital- bewegungen (Saldo)	Statist. Fehler u. Auslass.	Dollardefizit (-) Dollarüberschuß (+) des Auslands (1 + 2 + 3)
	(1)	(2)	(3)	(4)
1946	- 623	- 705	+204	- 1. 124
1947	- 2. 162	+61	+911	- 1. 190
1948	- 1. 530	+496	+1. 152	+118
1949	- 164	- 33	+764	+567
1950	+1. 743	+732	- 33	+2. 442
1951	- 53	+949	+472	+1. 368
1952	- 379	+1. 073	+509	+1. 203
1953	+1. 161	+1. 201	+296	+2. 658
1954	+298	+467	+178	+943
1955	+41	+23	+451	+515
1956	- 306	+318	+643	+655
1957	- 798	- 500	+748	- 550
1958	+2. 275	+526	+380	+3. 181
1959	+731	+2. 047	+528	+3. 306
1960	+1. 702	+164	- 648	+1. 218

Anmerkungen: (Netto-)Goldbewegungen USA → Ausland (+)
Aussland → USA (-)

(Netto-)Kapitalbewegungen USA → Ausland (-)
Aussland → USA (+)

Dollardefizit = Dollarlücke

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S.
Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of
Current Business, Juli 1954, Juni 1956, Juni 1960,
Juni 1961

Tabelle 3: Messung der weltweiten Dollarlücke (in Mio \$)

Methode II

Jahr	Gold- bewegungen (Saldo)	Liquide Verbindlichkeiten der USA gegenüb. dem Ausl.		
		Ausl. Guthaben		Dollardefizit (-) Dollarüberschuß (+) des Auslands (1 + 2 + 3)
		in Form von U.S. Regierungs- Obligationen (Saldo)	Kurzfr. Verbind- lichkeiten (Saldo)	
	(1)	(2)	(3)	(4)
1946	- 623	- 270 ^{a)}	- 633	- 1.526
1947	- 2.162	+62 ^{a)}	+363	- 1.737
1948	- 1.530	- 48 ^{a)}	+524	- 1.054
1949	- 164	+96 ^{a)}	- 47	- 115
1950	+1.743	+941	+918	+3.602
1951	- 53	- 659	+1.055	+343
1952	- 379	+302	+1.169	+1.092
1953	+1.161	- 82	+1.023	+2.102
1954	+298	+8	+1.210	+1.516
1955	+41	+529	+560	+1.130
1956	- 306	- 135	+1.409	+968
1957	- 798	- 52	+382	- 468
1958	+2.275	+31	+1.171	+3.477
1959	+731	+686	+2.480	+3.897
1960	+1.702	+127	+2.003	+3.832

Anmerkungen: (Netto-)Goldbewegungen USA —→ Ausland (+)
Ausland —→ USA (-)

Liquide Verbindlichkeiten der USA gegenüber dem
Ausland: Zunahme (+); Abnahme (-)

Dollardefizit = Dollarlücke

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department
of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business,
Juli 1954, Juni 1956, Juni 1960, Juni 1961

a) Federal Reserve Bulletin, Jg. 1952, S. 1343

Tabelle 4: Messung der westeuropäischen Dollarlücke (in Mio \$)

<u>Methode II</u>				
Liquide Verbindlichkeiten der USA gegenüb. Westeuropa				
Jahr	Goldbewegungen USA- Westeuropa (Saldo)	Westeuropäische Guthaben in Form von U.S. Regierungs- Obligationen (Saldo)		
		Kurzfr. Verbind- lichkeiten (Saldo)	Dollardefizit (-) Dollarüberschuß (+) Westeuropas (1 +2 +3)	
	(1)	(2)	(3)	(4)
1950	+1.397	+299	+288	+1.984
1951	-292	-108	+85	-315
1952	-321	+97	+755	+531
1953	+1.017	-22	+952	+1.947
1954	+379	-6	+890	+1.263
1955	+78	+147	+530	+755
1956	-80	-118	+814	+616
1957	-68	+37	+359	+328
1958	+2.326	-68	+674	+2.932
1959	+829	+365	+1.125	+2.319
1960	+1.718	-35	+634	+2.317

Anmerkungen: (Netto-)Goldbewegungen USA —→ Westeuropa (+)
Westeuropa —→ USA (-)

Liquide Verbindlichkeiten der USA gegenüber
Westeuropa; Zunahme (+); Abnahme (-)

Dollardefizit = Dollarlücke

Für die Jahre 1946 bis 1949 sind die benötigten
Zahlen der Spalte 2 nicht verfügbar.

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S.
Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of
Current Business, Juli 1954, Juni 1956, Juni 1960,
Juni 1961

Tabelle 3: Messung des zweiten Dollarrucks (in Mio. \$)

Methode III		1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Dollarverbrauch des Auslands für:																
(1)	Importe aus den USA (Güter u. Dienste) 1)	14.714	19.711	16.758	15.823	13.870	18.812	18.058	17.081	17.938	19.915	23.705	26.733	23.325	23.709	27.300
(2)	Anleihe-Rückzahlungen an die USA	394	589	505	308	596	418	495	626	631	619	653	836	629	1.149	731
(3)	Statistische Fehler und Auslassungen	204	911	1.152	764	- 33	472	509	296	178	451	643	748	380	528	- 648
(4)	Summe (1 bis 3)	15.312	21.211	18.415	16.895	14.433	19.702	19.062	18.003	18.747	20.985	25.001	28.319	24.334	25.386	27.383
Dollarerwerb des Auslands durch:																
(5)	Exporte an die USA (Güter u. Dienste)	6.950	8.162	10.295	9.661	12.053	15.068	15.688	16.644	16.098	17.923	19.829	20.923	21.053	23.537	23.327
(6)	Private einseitige Transfers USA → Ausland (Saldo)	678	664	679	523	455	411	446	476	486	456	530	543	540	575	633
(7)	U. S. Privatkapitalanlagen im Ausland	721	1.282	968	656	1.566	1.181	1.224	508	1.743	1.356	3.164	3.354	2.929	2.470	3.956
(8)	Wirtschaftliche Leistungen der U. S. Regierung 2)	2.249	1.943	3.828	5.106	3.563	3.106	2.088	1.978	1.776	2.006	1.868	1.775	1.798	1.849	1.856
(9)	Langfristige Kredite der U. S. Regierung	3.348	7.150	1.555	684	414	458	847	716	306	375	545	993	1.176	1.051	1.213
(10)	Kurzfristige Kapitalanlagen der U. S. Regierung im Ausland	- 238	113	- 88	173	37	3	2	- 11	108	343	563	624	339	356	527
(11)	Summe (5 bis 10)	13.708	19.314	17.237	16.803	18.088	20.227	20.295	20.311	20.507	22.459	26.499	28.212	27.835	29.838	31.512
(12)	Saldo (11 minus 4): Dollardefizit (1) minus (6) des Auslands (-)	- 1.603	- 1.897	- 1.178	- 92	+3.655	+ 525	+ 1.233	+ 2.308	+ 1.760	+ 1.474	+ 1.498	-	- 107	+3.501	+4.452
Dollariusberschuß des Auslands (+)																

- 1) Ohne militärische Lieferungen
2) Schenkungen, Pensionszahlungen und sonstige einseitige Transfers

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U. S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, Juni 1956, Juni 1960, Juni 1961

Tabelle 6: Messung der weltweiten Dollarlücke (in Mio \$)

Methode IV		1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Dollarverbrauch des Auslands:																
(1) Überschuß der Leistungsbilanz der USA ¹⁾		7.833	11.592	6.763	6.372	2.343	5.214	4.973	4.691	5.011	4.126	6.455	8.245	4.553	2.146	5.738
(2) Statistische Fehler und Auslassungen		204	911	1.152	764	- 33	472	509	286	178	451	643	748	380	528	- 648
(3) Summe (1 + 2)		8.037	12.503	7.915	7.136	2.310	5.686	5.482	4.987	5.189	4.577	7.098	8.993	4.933	2.674	5.090
Dollarerwerb des Auslands:																
(4) Private einseitige Transfers USA → Ausland (Saldo)		679	664	679	523	455	411	448	476	486	456	530	543	540	575	633
(5) Langfristiges Privatkapital USA → Ausland (Saldo)		450	896	962	621	122	1.442	621	412	732	86	2.067	2.608	2.483	1.057	2.120
(6) Summe (4 + 5)		1.129	1.560	1.641	1.144	577	1.853	1.067	888	1.218	542	2.597	3.151	3.023	1.632	2.753
(7) Saldo (6 minus 3): Dollardefizit (Dollarlücke) des Auslands (-)		-6.908	-10.943	-6.274	-5.992	-1.733	-3.833	-4.415	-4.099	-3.971	-4.035	-4.501	-5.842	-1.910	-1.042	-2.337

1) Einschließlich unentgeltlicher militärischer Lieferungen der USA

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, Juni 1956, Juni 1960, Juni 1961.

Tabelle 7: Messung der weltweiten Dollarlücke (in Mio \$)

Methode V

	1946	1947	1948	1949	1950	1951
(1) Überschuß der Leistungsbilanz der USA	8.009	11.746	7.100	6.630	2.499	4.998
(2) Statistische Fehler u. Auslassungen	179	980	1.046	785	156	595
(3) Summe (1 + 2)	8.188	12.726	8.146	7.415	2.655	5.593
(4) Private einseitige Transfers USA → Ausland (Saldo)	672	662	649	521	480	409
(5) Private Kapitalbewegungen USA → Ausland (Saldo)	574	1.285	1.410	1.019	1.082	822
(6) 'Special Official Financing' 1)	-110	-125	-107	527	828	1.324
(7) Summe (4 + 5 + 6)	1.136	1.822	1.952	2.067	2.390	2.555
(8) Saldo ²⁾ (7 minus 3): Dollardefizit (Dollar-Lücke) des Auslands (-)	-7.052	-10.904	-6.194	-5.348	-265	-3.038

1) USA → Ausland (kein Vorzeichen); Ausland → USA (-)

2) Dieser Saldo entspricht definitionsgemäß dem Posten
'Compensatory Official Financing'

Quelle: Zusammengestellt nach IMF; Balance of Payments Yearbook,
Vol. 4, 1950-51, S. 271

Tabelle 8: Messung der westeuropäischen Dollarlücke (in Mrd. \$)

Methode V

	1949	1950	1951 ^{a)}
(1) Überschuß der Leistungsbilanz USA - Westeuropa	3, 1	1, 7 ^{b)}	3, 0 ^{b)}
(2) Statistische Fehler und Auslassungen	-	-0, 1	-
(3) Summe (1 + 2)	3, 1	1, 6	3, 0
(4) Private einseitige Transfers USA → Westeuropa	0, 3	0, 3	0, 2
(5) Private Kapitalbewegungen ^{c)}	-0, 1	-	-
(6) 'Special Official Financing'	0, 2	0, 3 ^{b)}	1, 0 ^{b)}
(7) Summe (4 + 5 + 6)	0, 4	0, 6	1, 2
(8) Saldo ^{d)} (7 minus 3):			
Dollardefizit (Dollarlücke)			
Westeuropas (-)	-2, 7	-1, 0	-1, 8

a) Vorläufige Zahlenangaben

b) Einschließlich unentgeltlicher militärischer Lieferungen der USA

c) Westeuropa → USA (-)

d) Dieser Saldo entspricht definitionsgemäß dem Posten 'Compensatory Official Financing'

Quelle: Zusammengestellt nach IMF: Balance of Payments Yearbook, Vol. 4, 1950-51, S. 22

Tabelle 9: Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder

	1936	1937	1938	1946	1947	1948	1949
Belgien	110	123	100	91	105	113	115
Dänemark	94	100	100	104	120	135	141
Frankreich	102	109	100	79	95	111	122
Griechenland	85	92	100	55	70	76	90
Großbritannien	99	107	100	106	115	128	137
Irland	101	103	100	110	116	134	142
Italien	89	101	100	68	93	98	107
Niederlande	87	99	100	74	94	113	127
Norwegen	93	102	100	101	115	125	132
Österreich	78	93	100	36	49	75	105
Schweden	89	99	100	138	141	152	161
Türkei	85	95	100	145	151	154	158
Westdeutschland	84	93	100	28	33	50	74
Insgesamt (ohne West- deutschland)	97	106	100	93	107	119	129
Insgesamt (einschl. Westdeutschland)	94	102	100	77	89	102	115

Quelle: Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Bonn 1950, S. 174

Tabelle 10: Steinkohlenförderung der OEEC-Länder (in Mio. t)

	1938	1946	1947	1948	1949
OEEC-Länder insgesamt	476,4	336,1	370,0	397,6	435,0
Belgien	29,6	22,8	24,4	26,9	27,6
Frankreich	46,6	47,2	45,2	45,3	51,3
Großbritannien	230,6	188,7	200,6	211,8	218,5
Westdeutschland	136,9	55,3	72,5	87,0	105,5
Sonstige Länder ¹⁾	-	22,1	28,1	28,6	32,1

1) Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich,
Portugal, Saar, Schweden, Türkei

Quelle: Zweiter Bericht der Organisation für europäische
wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Bonn 1950,
S. 174

Der Europäische Wirtschaftsrat - OEEC; Handbuch 1956.
Bad Godesberg 1956, S. 93

Tabelle 11: Rohstahlerzeugung der OEEC-Länder (in Mio. t)

	1938	1946	1947	1948	1949
OEEC-Länder insgesamt	44,4	26,7	30,8	40,2	46,7
Belgien und Luxemburg	-	3,6	4,6	6,4	6,1
Frankreich	-	4,4	5,7	7,2	9,1
Großbritannien	-	12,9	12,9	15,0	15,8
Westdeutschland	27,2	2,7	3,1	5,6	9,1
Andere Länder	-	3,1	4,5	6,0	6,8

Quelle: Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Bonn 1950, S. 30 und 175

Tabelle 12: Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder
je Beschäftigten und Jahr

	1938	1946	1947	1948	1949
OEEC-Länder insgesamt					
einschl. West- deutschland	100	75	80	90	100
ohne West- deutschland	100	90	95	105	110
Bizone	100	24	28	42	61

Quelle: Zweiter Bericht der Organisation für europäische
wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Bonn 1950,
S. 29

Tabelle 13: Geographische Verteilung des Außenhandels der OEEC-Länder (in Mrd. \$)

	1928	1937	1938	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
<u>Gesamteinfuhr</u>	17,21	13,97	12,74	14,02	21,41	24,84	24,90	24,23	33,69	32,31	31,46	33,81	38,73	42,72	46,42	44,33
<u>Gesamtausfuhr</u>	13,59	10,27	9,41	8,56	12,82	16,92	18,87	19,54	26,86	26,84	27,27	29,45	32,97	36,31	39,72	39,47
Handelsbilanzsaldo (Defizit (-))	-3,82	-3,70	-3,33	-5,46	-8,59	-7,92	-6,03	-4,69	-6,83	-5,47	-4,19	-4,36	-5,76	-6,42	-6,70	-3,86
<u>Intra-OEEC-Handel:</u>																
Einfuhr:	7,31	5,23	5,01	4,22	6,25	7,88	8,74	9,80	13,04	13,24	13,60	15,00	17,20	19,20	20,70	20,21
Anteil an der Gesamt- einfuhr (v. H.)	42,5	37,5	39,3	30,1	29,2	31,7	35,1	40,4	38,7	41,0	43,2	44,4	44,5	45,0	44,0	44,7
Ausfuhr:	7,16	5,11	4,74	3,95	5,88	7,63	8,68	9,61	12,88	12,97	13,38	14,78	16,91	18,65	20,33	19,69
Einfuhr aus den USA	2,35	1,29	1,36	2,89	5,55	4,47	4,46	3,14	4,42	3,97	2,87	3,30	4,51	5,33	6,45	4,81
Anteil an der Gesamt- einfuhr (v. H.)	13,7	9,2	10,7	20,6	25,9	18,0	17,9	13,0	13,1	12,3	9,4	9,8	11,6	12,5	13,9	11,1
<u>Ausfuhr in die USA</u>	0,97	0,64	0,47	0,61	0,73	0,94	0,79	1,18	1,77	1,78	2,09	1,84	2,19	2,70	2,83	3,07
Saldo (Defizit (-))	-1,38	-0,65	-0,89	-2,28	-4,82	-3,53	-3,67	-1,96	-2,65	-2,19	-0,88	-1,46	-2,32	-2,63	-3,62	-1,74
Einfuhr aus Osteuropa 1)	1,17	1,19	0,92	0,29	0,62	0,96	0,94	0,74	0,90	0,84	0,73	0,88	1,12	1,31	1,41	1,46
Anteil an der Gesamt- einfuhr (v. H.)	6,8	8,5	7,2	2,1	2,9	3,9	3,8	3,1	2,7	2,6	2,3	2,6	2,9	3,1	3,0	3,4
Einfuhr aus Westdeutschland	1,65	1,26	1,12	0,27	0,42	0,73	0,99	1,36	2,09	2,50	2,68	3,17	3,70	4,41	4,96	4,89
Anteil an der Gesamt- einfuhr (v. H.)	9,6	9,0	8,8	1,9	2,0	2,9	4,0	5,6	6,2	7,7	8,5	9,4	9,6	10,3	10,7	11,3

1) ausgenommen Finnland und Jugoslawien

Anmerkung: Einfuhr c. i. f.; Ausfuhr f. o. b.

Quelle: Zusammengestellt nach OEEC Statistical Bulletin, Serie I,
Foreign Trade by Areas, 1928, 1937-1953 (Paris 1954),
S. 34-36 und 38 (für die Jahre 1928-1949);
Dezember 1959, S. 25 (für die Jahre 1950-1959)

Tabelle 14: Der Außenhandel Westdeutschlands mit den USA (in Mio. \$)

Jahr	Ausfuhr in die USA	Einfuhr aus den USA	Einfuhr- überschuß	Anteil d. westdeutschen an d. westeuropäischen Ausfuhr in die USA (v. H.)
1928	190	482	292	19,6
1937	84	113	29	13,1
1938	60	162	102	12,8
1947	5	600	595	0,7
1948	28	880	852	3,0
1949	46	822	776	5,8
1950	103	431	328	8,7
1951	236	647	411	13,3
1952	250	596	346	14,0
1953	297	394	97	14,2
1954	295	532	237	16,0
1955	387	763	376	17,7
1956	498	953	455	18,5
1957	601	1.344	743	21,2
1958	644	1.005	361	21,0

Anmerkung: Einfuhr c. i. f. ; Ausfuhr f. o. b.

Quelle: Zusammengestellt nach OEEC Statistical Bulletin,
Serie I, Foreign Trade by Areas, 1928, 1937-1953,
S. 84 f. (für die Jahre 1928-1952);
Dezember-Hefte 1954 bis 1959 (für die Jahre 1953-1958)

Tabelle 15: Verwendung des Bruttosozialprodukts in den USA und
in Westeuropa - 1948 - 49 a) -

	<u>Westeuropa</u>		<u>USA</u>	
	<u>Mrd. \$</u>	<u>v. H.</u>	<u>Mrd. \$</u>	<u>v. H.</u>
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	140	100	260	100
Konsum	110	79	200	77
Verteidigungsausgaben	7	5	11	4
Bruttoinvestitionen im Inland	28	20	42	16
Exportüberschuß (+)			7	3
Importüberschuß (-)	-5	-4		
Bevölkerung (in Mio)	270		147	
Pro-Kopf-Produktion (\$)	520		1.770	
Pro-Kopf-Verbrauch (\$)	410		1.360	

a) 1.7. - 30.6. (Haushaltsjahr der USA)

Quelle: ELLIS, Howard S.: The Economics of Freedom. New York 1950,
S. 18

Tabelle 16: Indices der industriellen Produktion der OEEC-Länder

	1938	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Belgien	81	97	98	100	115	112	112	121
Dänemark	63	84	89	100	102	98	102	108
Frankreich	83	90	98	100	111	114	112	122
Griechenland	88	66	79	100	114	114	131	160
Großbritannien	76	87	93	100	104	101	106	114
Irland	58	77	88	100	103	98	110	113
Italien	79	79	87	100	113	116	128	139
Niederlande	72	81	89	100	104	104	113	125
Norwegen	66	81	89	100	107	108	115	122
Österreich	100	64	84	100	114	115	117	133
Schweden	61	92	96	100	105	103	104	109
Türkei	56	87	99	100	109	118	130	141
Westdeutschland	107	55	79	100	120	128	139	156
OEEC-Länder insgesamt	82	80	90	100	110	111	116	127

Quelle: OEEC Statistical Bulletins, General Statistics, Sept. 1955,
S. 8

Tabelle 17: Struktur der industriellen Produktion der OEEC-Länder
(Erzeugung in ausgewählten Bereichen)

		1938	1948	1949	1950	1951	1952
Stromerzeugung (Mrd. KWh)		143	202	216	241	271	287
	(1950=100)	59	84	90	100	113	119
Steinkohle (Mio t)		476	399	432	442	464	475
	(1950=100)	108	90	98	100	105	107
Rohstahl (Mio t)		45,2	40,2	47,2	51,2	56,7	61,8
	(1950=100)	88	78	92	100	111	121
Metallerzeugnisse (1950=100)		77	80	92	100	113	120
Chemische Erzeugnisse (1950=100)		71	72	84	100	117	113
Textilien (1950=100)		89	80	89	100	104	93

Quelle: Zusammengestellt nach: Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Sechster Bericht: Vom Wiederaufbau zur wirtschaftlichen Expansion. Bad Godesberg 1955, S. 327

Tabelle 18: Verwendung des Bruttosozialprodukts in den OEEC-Ländern (Zu Preisen und Wechselkursen von 1951)

	1938	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.	Mrd. \$ v. H.
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	133,0 100	120,3 100	130,5 100	141,7 100	153,1 100	162,4 100	165,6 100	174,0 100	183,2 100
Gesamtvverbrauch	116,1 87	109,7 91	115,3 88	121,7 86	128,2 84	132,8 82	138,2 84	144,5 83	150,3 82
Privatverbrauch	96,1 72	89,5 74	95,3 73	100,5 71	106,4 70	109,3 67	112,0 68	117,6 68	123,2 67
Staatsverbrauch	20,0 15	20,2 17	20,0 15	21,3 15	21,8 14	23,5 15	26,2 16	26,9 15	27,0 15
Verteidigungs- ausgaben	-	-	6,6 5	7,2 5	7,6 5	8,8 5	11,2 7	11,3 6	10,9 6
Bruttoinvestitionen im Inland	21,2 16	21,2 18	21,8 17	25,1 18	26,9 18	31,1 19	28,7 17	30,7 18	33,7 18
Vorratsveränderungen	-	-	2,4 2	2,2 2	1,7 1	4,8 3	2,1 1	1,8 1	2,2 1
Einfuhrüberschuß (-)	-4,4 3	-10,7 9	-6,6 5	-5,1 4	-2,0 1	-1,5 1	-1,3 1	-1,2 1	-0,8 0,5

Quelle: Zusammengestellt nach: Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris: Siebenter Bericht: Die wirtschaftliche Expansion und ihre Probleme.
Bad Godesberg 1956, S. 9 und 104

Anmerkung: Da die Zahlen auf- und abgerundet sind, entsprechen die Gesamtbeträge nicht immer der Summe ihrer Teilbeträge.

Tabelle 19: Währungsabwertungen Ende September 1949

	Abwertungssatz gegenüber dem US - Dollar (v. H.)
Belgien	12,7
Dänemark	30,5
Finnland	30,4
Frankreich	22,1
Griechenland	33,3
Großbritannien	30,5
Irland	30,5
Italien	8,0
Island	60,2
Niederlande	30,2
Norwegen	30,5
Österreich	53,2
Portugal	13,0
Schweden	30,5
Westdeutschland	20,7

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich:
Zwanzigster Jahresbericht (1. April 1949 - 31. März 1950),
S. 160

Tabelle 20: Die Goldbestände und kurzfristigen US-Dollarguthaben der

OEEC-Länder

- (in Mio \$) -

	Ende 1945	März 1948	Ende 1952
Belgien-Luxemburg	1.011	818	1.039
Dänemark	64	80	102
Frankreich	2.122	785	974
Griechenland	99	47	57
Großbritannien	2.721	2.600	2.312
Island	5	2	3
Italien	87	242	654
Niederlande	597	359	815
Norwegen	316	121	160
Österreich	5	14	101
Portugal	484	335	371
Schweden	692	150	275
Schweiz	1.640	1.798	2.053
Türkei	293	201	151
Westdeutschland	7	104	691
Andere OEEC-Länder	184	51	30
OEEC-Länder insgesamt	10.327	7.707	9.788

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; Dreiundzwanzigster Jahresbericht (1. April 1952 - 31. März 1953), S. 40

Tabelle 21: Verhältnis der Gold- und Devisenreserven zu den Warenimporten (c. i. f.)

	Verhältnis der Goldreserven zu den Importen (v. H.)						Verhältnis der Gold- und Devisenreserven zu den Importen (v. H.)					
	1928	1938	1951	1952	1928	1952	1928	1938	1951	1952	1928	1952
Belgien-Luxemburg	14	102	25	29	39	39	102	42	44			
Dänemark	10	15	3	3	17	17	22	12	15			
Deutschland 1)	19	-	1	4	23	23	-	14	24			
Finnland	4	14	4	3	13	13	41	32	21			
Frankreich	60	208	12	13	121	121	211	18	15			
Griechenland	4	21	1	3	34	34	-	-	-			
Großbritannien	13	63	20	15	13	13	63	22	20			
Irland	-	5	3	4	-	-	29	36	45			
Island	6	9	2	2	-	-	9	16	16			
Italien	23	33	15	-	50	50	34	48	39			
Niederlande	16	124	12	24	24	24	129	22	42			
Norwegen	14	29	6	6	19	19	46	17	17			
Österreich	5	-	-	-	28	28	-	-	-			
Portugal	8	84	80	82	21	21	-	-	-			
Schweden	14	62	9	11	26	26	100	27	26			
Schweiz	20	192	106	118	30	30	209	117	137			
Spanien	85	-	13	10	88	88	-	-	-			
Türkei	18	24	38	26	18	18	29	54	34			
USA	85	592	191	202								
Welt 2)	23	60	18	17	35	35	69	39	40			

1) 1928 und 1938 das ungeteilte Deutschland; 1951 und 1952 Bundesrepublik

2) Ohne Sowjet-Block, ohne USA, ohne internationale Institutionen (IWF, EZU, BIZ)

Quelle: The Adequacy of Monetary Reserves. In: IMF Staff Papers, Vol. III, 1953-54, S. 206 f.

Tabelle 22: Verhältnis der militärischen Ex- bzw. Importe zu den gesamten Ex- bzw. Importen der USA (in Mio \$)

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
(1) <u>Gesamte Warexporte a)</u>	11.776	16.058	18.493	12.359	10.643	15.583	15.922	16.548	15.975	16.398	19.958	21.825	18.544	18.256	21.174
davon:															
(2) Kommerzielle Warexporte	11.707	15.015	18.193	12.149	10.117	14.124	13.319	12.294	12.814	14.264	17.379	19.300	16.263	16.282	19.409
(3) Unentgeltliche militärische Lieferungen b)	69	43	300	210	526	1.470	2.603	4.254	3.161	2.134	2.579	2.435	2.281	1.974	1.765
(4) v. H. der gesamten Warexporte (1)	0,6	0,3	2,2	1,7	4,9	9,4	16,3	25,7	19,8	13,0	12,9	11,1	12,3	10,8	8,4
(5) v. H. der kommerziellen Warexporte (2)	0,0	0,3	2,3	1,7	5,2	10,4	15,6	34,6	24,6	15,0	14,8	12,6	14,0	12,1	9,1
(6) <u>Gesamte Waren- und Dienstleistungsimporte c)</u>	6.950	8.162	10.295	9.661	12.054	13.068	15.688	16.644	16.088	17.923	19.829	20.323	21.053	23.537	23.327
davon															
(7) Warenimporte	5.073	9.979	7.563	6.879	9.108	11.202	10.838	10.990	10.354	11.516	12.804	13.291	12.951	15.284	14.722
(8) Militärische "stockpiling-Importe" d)					453	739	991	746	813						
(9) v. H. der Warenimporte (7)					5,0	6,6	9,1	6,8	7,9						
(10) v. H. der gesamten Waren- u. Dienstleistungsimporte (6)					3,8	4,9	6,3	4,5	5,1						
(11) Militärausgaben	493	455	799	621	576	1.270	1.957	2.535	2.603	2.804	2.955	3.165	3.412	3.109	3.048
(12) v. H. der gesamten Waren- u. Dienstleistungsimporte (6)	7,1	5,6	7,8	6,4	4,8	8,4	12,5	15,2	16,3	15,6	14,9	15,1	16,2	13,2	13,1

a) Einschließlich unentgeltlicher militärischer Lieferungen

b) Einschließlich Frachten usw.

c) Einschließlich Militärausgaben

d) Vgl. SCHILLER, Herbert: Some Effects of the Cold War on United States Foreign Trade. In: Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVII, 1955, S. 428

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, Juni 1956, 1960, 1961

Tabelle 23: Verhältnis der "außerordentlichen" zu den "normalen" Dollareinnahmen des Auslands

Jahr	Kommerzielle Waren- und Dienstleistungsimporte der USA 1)		Schenkungen und Militärausgaben der amerikanischen Regierung			
	aus der übrigen Welt (Mio \$)	aus Westeuropa (Mio \$)	an die übrige Welt (Mio \$)	v. H. von (1)	an Westeuropa (Mio \$)	v. H. von (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1946	6.457	1.328	2.767	43	398	30
1947	7.707	1.553	2.352	31	836	54
1948	9.496	1.899	4.693	49	3.164	167
1949	9.040	1.924	5.618	62	4.256	221
1950	11.477	2.454	4.060	35	2.943	120
1951	13.798	3.182	4.305	31	2.630	83
1952	13.731	3.403	3.917	29	2.192	64
1953	14.109	3.709	4.372	31	2.309	62
1954	13.485	3.539	4.250	32	2.473	70
1955	15.119	4.147	4.669	31	2.433	59
1956	16.874	4.871	4.688	28	2.193	45
1957	17.758	5.146	4.781	27	2.126	41
1958	17.641	5.476	5.028	28	2.175	40
1959	20.428	6.949	4.742	23	1.982	29
1960	20.279	6.845	4.689	23	1.882	27
1946 - 60	207.399	56.425	64.931	31	33.992	61

1) Ohne Militärausgaben

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, Juni 1956, 1960, 1961

Tabelle 24: Die 'Quoten' der EZU-Länder
(Stand Juli 1950)

	Millionen Rechnungseinheiten
Belgien-Luxemburg	360
Bundesrepublik Deutschland	320
Dänemark	195
Frankreich	520
Griechenland	45
Island	15
Italien	205
Niederlande	330
Norwegen	200
Österreich	70
Portugal	70
Schweden	260
Schweiz	250
Türkei	50
Vereinigtes Königreich ¹⁾	1.060

1) Großbritannien und Irland

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich:
Einundzwanzigster Jahresbericht (1. April 1950 -
31. März 1951), S. 230

Tabelle 25: Das Verhältnis von Goldzahlungen und Krediten beim Ausgleich
der Nettoüberschüsse und -defizite innerhalb der EZU ¹⁾

	Nettoüberschuß oder -defizit					
	in v. H. der Quote					insges.
	0-20	20-40	40-60	60-80	80-100	
Tranche:	1	2	3	4	5	
<u>Gläubiger</u>						
empfangen Gold von der EZU (v. H.)	--	10	10	10	10	40
gewähren Kredit an die EZU (v. H.)	20	10	10	10	10	60
<u>Schuldner</u>						
zahlen Gold an die EZU (v. H.)	--	4	8	12	16	40
empfangen Kredit von der EZU (v. H.)	20	16	12	8	4	60

1) Gültigkeitsdauer: 1. Juli 1950 bis 1. Juli 1952

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Einundzwanzigster Jahresbericht (1. April 1950 - 31. März 1951), S. 230

Tabelle 26: Die kumulativen Nettopositionen ¹⁾ der EZU-Länder (in Mio Rechnungseinheiten)

	Juli 1950 bis März							Juli 1950	
	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	bis Dez. 1958
Belgien-Luxemburg	+ 89	+747	+739	+725	+755	+928	1.042	+1.096	+1.234
Bundesrepublik Deutschland	-457	+123	+429	+978	+1.299	+1.745	+2.966	+4.015	+4.591
Dänemark	- 41	- 5	- 37	- 83	- 192	- 207	- 257	- 271	- 272
Frankreich	+271	-458	-687	-957	-923	-957	-1.747	-2.447	-2.953
Griechenland	- 94	- 196	-243	-268	-326	-275	-266	-283	-317
Island	- 4	- 8	- 14	- 21	- 23	- 27	- 31	- 34	- 44
Italien	- 83	+209	+ 10	-206	-425	-576	-718	-539	-435
Niederlande	-193	+147	+328	+311	+394	+441	+317	+364	+581
Norwegen	- 74	- 68	- 94	-178	-252	-285	-249	-300	-360
Österreich	- 83	-137	-115	- 12	- 58	-101	- 91	- 76	- 58
Portugal	+ 63	+108	+ 67	+ 57	+ 12	- 20	- 61	-123	-173
Schweden	- 46	+241	+195	+171	+ 59	+ 66	+148	+129	+146
Schweiz	+ 26	+176	+223	+306	+383	+314	+223	+ 37	+ 39
Türkei	- 11	-130	-214	-276	-331	-366	-396	-458	-481
Vereinigtes Königreich	+634	-747	-588	-549	-370	-677	-874	-1.106	-1.479

1) Kumulativer Überschuß (+); kumulatives Defizit (-)

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; Einundzwanzigster bis Neunundzwanzigster Jahresbericht

Tabelle 27: Gold- und Devisenreserven der OEEC-Länder (in Mio \$)

	1937		1950		1951		1952		1953		1954		1955		1956		1957		1958	
	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold	ins- ges.	davon Gold
Belgien-Luxemburg	827	826	733	587	1.054	635	1.077	704	1.088	776	1.042	778	1.147	928	1.163	925	1.142	915	1.497	1.270
Bundesrepublik Deutschland	-	-	274	-	518	28	960	140	1.737	325	2.496	626	2.934	920	4.120	1.494	5.114	2.541	5.732	2.638
Dänemark	70	54	97	31	118	-	142	-	167	-	144	-	133	-	131	-	172	-	230	-
Frankreich	2.784	-	791	737	616	597	686	582	829	617	1.261	708	1.912	942	1.180	924	645	581	1.050	750
Griechenland	-	24	187	1	87	4	94	10	140	11	148	11	201	11	204	10	193	13	170	17
Großbritannien	4.141	4.141	3.868	2.900	2.374	2.200	1.958	1.500	2.546	2.300	2.798	2.550	2.156	2.050	2.276	1.800	2.374	1.600	3.105	2.850
Irland	57	-	392	17	331	18	317	18	335	18	364	18	331	18	283	18	296	18	300	18
Island	1	1	8	1	9	1	9	1	16	1	20	1	14	1	14	1	16	1	16	1
Italien	212	210	878	256	774	333	696	346	768	346	927	346	1.167	352	1.236	338	1.354	452	2.082	1.086
Niederlande	938	933	606	311	554	316	923	544	1.163	737	1.209	796	1.223	865	1.038	844	1.009	744	1.470	1.050
Norwegen	132	74	122	50	151	50	151	50	143	52	138	44	166	45	179	50	184	45	243	43
Österreich	-	-	91	50	106	50	152	52	320	52	412	62	361	71	406	71	510	103	665	194
Portugal	-	80	497	192	592	264	603	286	665	361	714	429	730	428	754	448	750	461	776	493
Schweden	513	244	289	80	-	152	479	184	533	219	518	265	497	276	510	266	476	219	491	204
Schweiz	769	650	1.580	1.470	1.644	1.451	1.667	1.411	1.768	1.458	1.837	1.513	1.847	1.597	1.882	1.664	1.898	1.706	2.063	1.925
Spanien	-	-	-	-	-	-	134	127	149	130	188	132	225	132	155	132	106	101	66	57
Türkei	49	29	214	150	210	151	197	144	208	144	204	144	208	144	225	144	268	144	286	144

Quelle: OEEC Statistical Bulletins, General Statistics, Jan. 1956, S. 88 f. und Jan. 1957, S. 88 f. (für 1937);
International Financial Statistics, Vol. XIII, Jan. 1960, S. 17 f. und Vol. XV, June 1962, S. 22 und 24 (für die Jahre 1950-1958)

Tabelle 28: Liberalisierung des Handels innerhalb der OEEC

	Liberalisierungssatz ¹⁾ am Jahresende								
	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Belgien-Luxemburg	64	75	75	87	88	96	96	96	96
Bundesrepublik Deutschland ²⁾	63	0	81	90	90	91	92	93	92
Dänemark	50	65	75	76	76	78	86	86	86
Frankreich	66	76	0	18	65	78	82	0	90
Großbritannien	86	61	44	75	83	85	94	94	95
Irland	87	75	73	77	77	90	90	90	90
Island	15	41	0	29	29	29	29	29	29
Italien	76	77	100	100	100	99	99	99	98
Niederlande	66	71	75	93	93	96	96	96	96
Norwegen	45	51	75	76	75	75	78	81	81
Österreich ³⁾	66	0	0	51	82	89	90	90	90
Portugal	61	84	85	93	93	94	94	94	94
Schweden	69	75	85	91	91	93	93	93	93
Schweiz	85	85	91	92	92	93	91	91	91
Türkei	60	63	63	0	0	0	0	0	0
Mitgliedsländer insgesamt ⁴⁾	67	61	65	77	83	86	89	83	89

1) Der Liberalisierungssatz gibt für jedes Land den auf den Basiszeitraum (1948) bezogenen Hundertsatz seiner privaten Einfuhren an, die es aus anderen OEEC-Ländern frei von mengenmäßigen Beschränkungen hereinlieft.

2) Basiszeitraum 1949

3) Basiszeitraum 1952

4) Ohne Griechenland

Quelle: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Neunter Bericht: 10 Jahre Zusammenarbeit. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 1958, S. 282;

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Zehnter Bericht: Politik des gesunden wirtschaftlichen Wachstums. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 1959, S. 126

Tabelle 29: Liberalisierung des Intra-OEEC-Handels innerhalb der verschiedenen Güterkategorien

	Liberalisierungssatz ¹⁾ am 1. Januar 1959			
	1. Kategorie	2. Kategorie	3. Kategorie	Insgesamt
	Nahrungs- u. Futtermittel	Rohstoffe	Fertigwaren	
Belgien-Luxemburg ²⁾	89,3	99,2	94,4	95,6
Bundesrepublik Deutschland ³⁾	87,6	91,2	98,2	91,8
Dänemark	80,6	98,2	79,0	86,2
Frankreich	83,0	97,0	85,0	90,0
Griechenland	100,0	100,0	89,0	95,0
Großbritannien	92,5	99,6	91,0	95,0
Irland	84,6	97,0	88,9	90,2
Island	56,5	40,9	15,0	29,0
Italien	95,0	100,0	99,2	98,4
Niederlande ²⁾	89,3	99,2	94,4	95,6
Norwegen	83,3	93,2	77,1	81,4
Österreich ⁴⁾	79,4	98,6	87,2	90,3
Portugal	88,2	98,9	91,7	93,7
Schweden	79,6	100,0	90,6	92,6
Schweiz	67,8	100,0	94,3	91,4
Türkei	0	0	0	0

1) Der Liberalisierungssatz gibt für jedes Land den auf den Basiszeitraum (1948) bezogenen Hundertsatz seiner privaten Einfuhren an, die es aus anderen OEEC-Ländern frei von mengenmäßigen Beschränkungen hereinließ.

2) Basiszeitraum 1955

3) Basiszeitraum 1949

4) Basiszeitraum 1952

Quelle: Der Europäische Wirtschaftsrat - OEEC: Handbuch 1959, Bad Godesberg 1959, S. 39

Tabelle 30: Liberalisierung der OEEC-Importe aus den USA und Kanada

	Liberalisierungssatz ¹⁾ am					
	1. 1. 1953	30. 9. 1954	1. 1. 1956	1. 5. 1957	1. 1. 1958	1. 1. 1959
Belgien-Luxemburg	57	86	86	86	86	86
Bundesrepublik Deutschland	-	54	68	90	94	78
Dänemark	-	-	55	55	55	66
Frankreich	-	-	11	11	-	50
Griechenland	-	99	99	99	99	99
Großbritannien	7	49	56	59	62	73
Irland	-	-	15	15	15	15
Island	-	33	33	33	33	33
Italien	-	24	24	39	68	68
Niederlande	-	86	86	86	86	86
Norwegen	-	-	-	84	87	91
Österreich	-	-	8	40	40	45
Portugal	-	-	53	53	53	53
Schweden	-	-	64	68	68	68
Schweiz	98	98	98	99	99	99
Türkei	-	-	-	-	-	-
Mitgliedsländer insgesamt	-	44	54	61	64	73

1) Der Liberalisierungssatz gibt für jedes Land den auf das Basisjahr 1953 bezogenen Hundertsatz seiner privaten Einfuhren an, die es aus den USA und Kanada frei von mengenmäßigen Beschränkungen hereinließ.

Quelle: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC): Zehnter Bericht: Politik des gesunden wirtschaftlichen Wachstums. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 1959, S. 127

Tabelle 31: Zahlungsbilanz der USA in Mehrjahresperioden von 1850-1945 (in Mio. \$)

	1950 - 1973	1874 - 1895	1896 - 1914	1. 7. 14. 31. 12. 18	1919 - 1921	1922 - 1929	1930 - 1933	1934 - 1939	1940 - 1945									
Gesamt-Jahres- betrag	Gesamt- betrag	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt	Jahres- durch- schnitt									
<u>Laufende Transaktionen</u>																		
Saldo des Warenhandels	-1,475	-61,5	2,493	113	9,222	488	11,808	2,625	10,007	3,336	6,053	756	1,749	437	2,739	456	38,711	6,452
Saldo der Dienstleis- tungen	-1,283	-53,5	-3,200	-145	-7,481	-394	-1,037	-230	503	167	2,566	321	518	129	664	111	1,362	227
Saldo der Leistungs- bilanz	-2,758	-115	-707	-32	1,781	94	10,771	2,395	10,510	3,503	8,619	1,077	2,267	566	3,403	567	40,073	6,679
Saldo der einseitigen Transfers	330	14	-440	-20	-2,850	-150	-711	-158	-2,229	-743	-2,882	-360	-1,061	-265	-1,062	-177	-41,844	-6,974
Saldo der laufenden Transaktionen	-2,428	-101	-1,147	-52	-1,069	-56	10,060	2,237	8,281	2,760	5,737	717	1,208	301	2,341	390	-1,771	-295
<u>Kapitaltransaktionen</u>																		
N. S. Kapitalanlagen in Ausland	-	-	-	-	-1,000	-52,5	-9,276	-2,061	-3,784	-1,261	-7,428	-929	796	199	1,765	294	-2,257	-376
Ausländische Kapital- anlagen in den USA	1,000	41,5	1,000	45,5	2,000	105	-1,797	-399	-487	-166	3,382	423	-2,449	-612	4,188	698	4,562	760
Goldbewegungen	1,098	45,5	112	5	-174	-9	-1,044	-233	-501	-167	-625	-78	-99	-25	-10,697	-1,783	-2,284	-380,5
Saldo der Kapitaltrans- aktionen (einschl. Gold)	2,098	87	1,112	50,5	826	43,5	-12,117	-2,693	-4,782	-1,594	-4,671	-584	-1,752	-438	-4,744	-791	21	3,5
Statistische Fehler u. Auslassungen	330	14	35	1,5	243	12,5	2,057	456	-3,498	-1,166	-1,066	-133	546	137	2,403	401	1,750	291,5

Anmerkungen: Von 1850-1914 Fiskaljahre (1. 7. - 30. 6.); ab 1919 Kalenderjahre
 --- Kein Vorzeichen: Überschuf; Kapitalbewegungen Ausland → USA
 --- Goldbewegungen USA → Ausland
 --- Minuszeichen: Defizit; Kapitalbewegungen USA → Ausland;
 Goldbewegungen Ausland → USA

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U. S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, S. 14 - 15

Tabelle 32: Zahlungsbilanz der USA, 1919 - 1939 (in Mio \$)

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
<u>Laufende Transaktionen</u>																					
<u>Warenhandel:</u>																					
Ausfuhr	8891	8481	4586	3929	4259	4741	5011	4922	4382	5249	5347	3929	2494	1667	1736	2238	2404	2590	3451	3343	3347
Einfuhr	3995	5384	2572	3184	3866	3684	4281	4500	4240	4159	4463	3104	2120	1343	1510	1763	2462	2546	3181	2173	2409
Saldo des Warenhandels	4896	3097	2014	745	393	1057	720	422	742	1090	884	825	374	324	226	475	- 53	44	270	1070	938
<u>Dienstleistungen:</u>																					
<u>Transport:</u>																					
Einnahmen	1109	1119	394	286	302	315	318	370	360	372	390	325	247	171	108	133	139	158	236	267	303
Ausgaben	818	848	334	341	332	361	391	415	417	480	509	477	366	255	154	196	206	247	366	303	367
Saldo	291	271	60	- 55	- 30	- 46	- 73	- 45	- 57	- 88	- 119	- 152	- 119	- 84	- 46	- 63	- 67	- 89	- 130	- 36	- 64
<u>Reiseverkehr:</u>																					
Einnahmen	56	67	76	61	71	77	83	110	114	121	139	129	94	65	66	81	101	117	135	130	135
Ausgaben	123	190	200	243	260	303	347	372	400	448	483	463	341	259	199	218	245	287	348	303	290
Saldo	- 67	- 123	- 124	- 182	- 189	- 226	- 264	- 262	- 286	- 327	- 344	- 334	- 247	- 194	- 133	- 137	- 144	- 180	- 213	- 173	- 155
<u>Kapitalvertrage:</u>																					
Einnahmen	719	596	445	670	840	762	912	953	981	1080	1139	1040	766	527	437	437	521	569	577	585	541
Ausgaben	130	120	105	105	130	140	170	200	240	275	330	295	220	135	115	135	155	270	285	200	230
Saldo	589	476	340	565	710	622	742	753	741	805	809	745	546	392	322	302	366	299	282	385	311
<u>Versch. Dienstleistungen:</u>																					
Einnahmen	1	1	4	8	15	16	24	26	19	20	19	25	40	44	55	86	100	105	154	111	106
Ausgaben	843	200	173	92	73	81	73	77	95	133	111	87	90	87	78	72	89	95	78	77	81
Saldo	-842	-199	-169	-84	-58	-65	-49	-51	-76	-113	-92	-62	-50	-43	-23	14	11	10	76	34	25
<u>Dienstleistungen insges.:</u>																					
Einnahmen	1885	1783	919	1025	1228	1170	1337	1459	1474	1593	1687	1519	1147	807	666	737	861	949	1102	1093	1085
Ausgaben	1914	1358	812	761	795	895	981	1064	1152	1316	1433	1322	1017	736	546	621	695	909	1087	883	968
Saldo der Dienstleistungen	- 29	425	107	244	433	285	356	395	322	277	254	197	130	71	120	116	166	40	15	210	117
<u>Warenhandel und Dienstleistungen:</u>																					
Einnahmen	10776	10264	5505	4954	5487	5911	6348	6391	6456	6842	7034	5448	3641	2474	2402	2975	3265	3539	4553	4336	4432
Ausgaben	5909	6742	3384	3965	4861	4569	5272	5564	5392	5475	5896	4426	3137	2079	2056	2384	3157	3455	4268	3056	3377
Saldo der Leistungsbilanz	4867	3522	2121	989	826	1342	1076	817	1064	1367	1138	1022	504	395	346	591	108	84	285	1280	1055
<u>Einseitige Transfers (Saldo)</u>																					
Saldo der laufenden Transaktionen	-1043	-678	-508	-344	-349	-355	-392	-372	-348	-355	-367	-332	-307	-226	-196	-162	-122	-177	-223	-171	-167
	3824	2844	1613	645	477	987	684	445	716	1012	771	690	197	169	150	429	- 54	93	62	1109	888

noch Tabelle 32 :

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
<u>Kapitaltransaktionen</u>																					
<u>U.S. Kapitalanlagen im Ausland</u>																					
Private Kapitalleistungen	-2497	-729	-558	-791	-374	-966	-890	-827	-1200	-1452	-798	-478	777	510	-13	281	540	232	321	67	324
langfristig	-169	-554	-588	-822	-465	-994	-917	-857	-1336	-1541	-836	-555	756	478	-6	289	540	231	321	68	339
kurzfristig	-169	-554	-588	-822	-383	-885	-871	-821	-987	-1310	-636	-384	128	251	-48	185	116	177	276	40	113
Staatliche Kapitalleistungen	-	-	-	-	-82	-109	-46	-36	-349	-231	-200	-191	628	227	42	104	424	54	45	28	226
-2328	-175	30	31	91	28	27	30	46	49	38	77	21	32	-7	-8	-	-	1	-	-1	-15
<u>Ausländische Kapitalanlagen in den USA</u>																					
langfristig	-215	-278	-4	7	387	413	241	550	884	346	554	-222	-1199	-699	-329	141	968	976	556	374	1173
kurzfristig	-215	-278	-4	7	338	185	301	95	-50	463	358	66	66	-26	125	15	320	600	245	57	-85
Goldbewegungen	186	68	-735	-269	-315	-256	100	-93	113	238	-143	-310	133	-53	131	-1266	-1822	-1272	-1364	-1799	-3174
<u>Saldo der Kapitaltransaktionen (einschl. Gold)</u>	-2546	-939	-1297	-1053	-302	-809	-549	-370	-293	-908	-387	-1010	-289	-242	-211	-844	-314	-64	-487	-1358	-1677
Statistische Fehler und Auslassungen	-1278	-1905	-316	-408	-175	-178	-135	-75	-423	-104	-384	320	92	73	61	415	368	157	425	249	789

Kein Vorzeichen: Überschuß; Kapitalbewegungen Ausland —→ USA; Goldbewegungen USA —→ Ausland
 Minuszeichen: Defizit; Kapitalbewegungen USA —→ Ausland; Goldbewegungen Ausland —→ USA

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1954, S. 14 - 15

Tabelle 33: Zahlungsbilanz der USA 1946 - 1960 (in Mio \$.)

Laufende Transaktionen		1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Warenhandel: 1)	Ausfuhr (f. a. s.)	11.707	16.015	13.183	12.149	10.117	14.123	13.319	12.284	12.814	14.264	17.379	19.390	16.263	16.282	19.409
	Einfuhr (f. a. s.)	5.073	5.979	7.563	6.879	9.108	11.202	10.838	10.990	10.354	11.516	12.804	13.291	12.951	15.294	14.722
Saldo des Warenhandels		6.634	10.036	5.630	5.270	1.009	2.921	2.481	1.304	2.460	2.748	4.575	6.099	3.312	988	4.687
Dienstleistungen: 2)																
Transport:	Einnahmen	1.383	1.738	1.317	1.238	1.033	1.556	1.488	1.198	1.171	1.336	1.642	1.999	1.872	1.646	1.816
	Ausgaben	459	583	646	700	818	974	1.115	1.081	1.026	1.202	1.408	1.569	1.636	1.759	1.942
	Saldo	924	1.155	671	538	215	582	373	117	145	134	234	430	36	- 113	- 126
Reiseverkehr:	Einnahmen	257	342	308	368	392	430	511	574	584	645	705	785	825	902	968
	Ausgaben	457	548	600	678	727	722	811	929	1.009	1.155	1.275	1.372	1.460	1.610	1.744
	Saldo	- 200	- 206	- 292	- 310	- 335	- 292	- 300	- 355	- 425	- 510	- 570	- 587	- 635	- 708	- 776
Kapitalerträge:	Einnahmen	772	1.102	1.340	1.355	1.593	1.832	1.828	1.910	2.227	2.512	2.611	2.881	2.922	3.043	3.205
	Ausgaben	212	245	280	333	345	355	390	450	419	512	580	653	676	830	929
	Saldo	560	857	1.060	1.022	1.248	1.527	1.438	1.460	1.808	2.000	2.031	2.228	2.246	2.213	2.276
Verbleibende Dienstleistungen:																
Dienstleistungen: 2)	Einnahmen	595	514	600	673	735	821	912	913	963	956	1.210	1.306	1.347	1.554	1.567
	Ausgaben	256	332	407	450	479	545	577	659	677	734	807	873	918	935	942
	Saldo	339	182	193	223	256	276	335	254	286	222	403	433	429	599	625
Dienstleistungen insgesamt:																
Saldo der Dienstleistungen: 2)	Einnahmen	3.007	3.696	3.565	3.674	3.753	4.689	4.739	4.595	4.945	5.449	6.168	6.971	6.766	7.125	7.556
	Ausgaben	1.384	1.738	1.933	2.161	2.369	2.596	2.893	3.119	3.131	3.603	4.070	4.467	4.690	5.134	5.557
	Saldo	1.623	1.968	1.632	1.513	1.384	2.093	1.846	1.476	1.814	1.846	2.098	2.504	2.076	1.991	1.999
Warenhandel und Dienstleistungen: 1) 2)	Einnahmen	14.714	19.711	16.758	15.823	13.870	18.812	18.058	16.889	17.759	19.713	23.547	26.361	23.029	23.407	26.965
	Ausgaben	6.457	7.707	9.496	9.040	11.477	13.798	13.731	14.109	13.485	15.119	16.874	17.758	17.641	20.428	20.279
	Saldo der kommerziellen Leistungsbilanz: 1) 2)	8.257	12.004	7.262	6.783	2.393	5.014	4.327	2.780	4.274	4.594	6.673	8.603	5.388	2.979	6.686
Private einseitige Transfers, Pensionszahlungen usw. (Saldo)		- 654	- 710	- 613	- 632	- 554	- 482	- 574	- 617	- 615	- 597	- 665	- 702	- 722	- 791	- 848
Saldo der kommerziellen laufenden Transaktionen: 1) 2) 3)		7.603	11.294	6.649	6.151	1.839	4.532	3.753	2.163	3.659	3.997	6.008	7.901	4.666	2.188	5.838
Sondertransaktionen:																
(Unentgeltliche militärische Lieferungen)		69	43	300	210	526	1.470	2.603	4.254	3.161	2.134	2.579	2.435	2.281	1.974	1.765
Militärausgaben (Saldo)		- 494	435	799	621	574	1.270	- 1.457	2.344	2.424	- 2.602	2.797	2.198	- 1.114	- 2.807	- 2.715
Schenkungen (et al.) amerikanischer Regierung		2.274	1.847	- 3.894	- 4.197	- 3.484	3.035	1.960	1.837	1.647	1.805	- 1.733	1.616	1.616	1.677	- 1.941
Saldo der gesamten lfd. Transaktionen		4.836	8.942	1.956	553	- 2.201	227	- 164	- 2.017	- 412	- 470	1.478	3.492	- 66	- 2.252	1.454

noch Tabelle 33 :

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
<u>Kapitaltransaktionen</u>															
<u>U.S. Kapitalanlagen im Ausland</u>															
<u>Private</u>															
Direktinvestitionen im Ausland	- 3.437	- 7.956	- 1.930	- 1.205	- 1.421	- 1.224	- 1.578	- 587	- 1.526	- 1.455	- 3.619	- 4.133	- 3.815	- 2.728	- 4.965
Portfeuille-Investitionen	- 413	987	906	553	- 1.265	- 1.068	1.158	369	1.619	- 1.159	2.890	2.175	2.844	2.175	- 1.857
Kurzfr. Forderungen gegenüber dem Ausland	- 230	- 749	- 721	- 660	- 621	- 528	- 850	- 721	- 664	- 679	- 1.859	- 2.058	- 1.094	- 1.372	- 1.694
<u>Staatlich</u>															
Langfristige Kredite	127	- 49	- 69	- 80	- 495	- 437	- 214	185	- 320	- 280	- 603	- 859	- 1.444	- 926	- 850
Anleihe-Rückzahlungen	- 310	- 189	- 116	187	- 149	- 103	- 94	167	- 635	- 194	- 528	- 258	- 306	- 77	- 1.312
Kurzfr. Forderungen gegenüber dem Ausland	- 3.024	- 6.969	- 1.024	- 652	- 156	- 156	- 420	- 218	93	- 302	- 629	- 958	- 971	- 353	- 1.109
<u>Ausländische Kapitalanlagen in den USA</u>															
Langfristige Investitionen	- 3.348	- 7.150	- 1.555	- 684	- 414	- 458	- 847	- 716	- 306	- 375	- 545	- 993	- 1.176	- 1.051	- 1.213
Erwerb von U.S. Regierungs-Obligationen	86	294	443	205	295	305	429	487	507	416	470	659	544	1.054	631
Kurzfr. Forderungen gegenüber dem Ausland	238	- 113	88	- 173	- 37	- 3	- 2	- 11	- 108	- 343	- 563	- 624	- 339	- 356	- 527
<u>Ausländische Kapitalanlagen in den USA</u>															
Langfristige Investitionen	- 980	265	352	72	1.912	578	1.612	1.147	1.452	1.433	1.804	691	1.226	3.721	2.427
Erwerb von U.S. Regierungs-Obligationen	- 347	- 98	- 172	119	53	182	141	206	244	344	530	361	24	555	297
Kurzfr. Forderungen gegenüber den USA	- 633	363	524	- 47	918	1.055	1.169	1.023	1.210	560	1.409	382	1.171	2.480	2.003
<u>Goldbewegungen</u>															
Saldo der Kapitaltransaktionen (einschl. Gold)	- 623	- 2.162	- 1.530	- 164	1.743	- 53	- 379	1.161	298	41	- 306	- 798	2.275	731	1.702
Statistische Fehler und Auslassungen	- 5.040	- 9.853	- 3.108	- 1.297	2.234	- 699	- 345	1.721	234	19	- 2.121	- 4.240	- 314	- 1.724	- 836
	204	911	1.152	764	- 33	472	509	296	178	451	643	748	380	528	- 648

Ein Vorzeichen heisst: Überschuss, Kapitalbewegungen Ausland → USA;
Goldbewegungen USA → Ausland

Mausgeschweife: Defizit: Kapitalbewegungen USA → Ausland;
Goldbewegungen Ausland → USA

1) Ohne unentgeltliche militärische Lieferungen

2) Ohne Militärausgaben

3) Ohne Schenkungen der amerikanischen Regierung

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des U.S. Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business,

Juli 1954, Juni 1956, 1960, 1961

noch Tabelle 34 :

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
<u>Kapitaltransaktionen</u>															
U.S. Kapitalanlagen im Ausland	-2.272	-3.746	-1.205	-594	-451	154	-226	257	-50	-238	-827	-768	-452	72	-1.357
Privat	-164	-78	-141	-28	-369	-17	-116	103	-252	-191	-777	-396	-411	-477	-1.511
Direktinvestitionen im Ausland	-22	-43	-62	-22	-117	-61	8	-51	-50	-129	-486	-254	-173	-484	-962
Portefeuille-Investitionen	12	-92	-20	-88	-192	-41	-90	180	38	-37	-114	-63	-176	-147	-137
Kurzfr. Forderungen gegenüber dem Ausland	-154	57	-59	82	-60	85	-34	-26	-240	-25	-177	-79	-62	154	-412
Staatlich	-2.108	-3.668	-1.064	-566	-82	141	-110	154	-202	-47	-50	-372	-41	549	154
Langfristige Kredite	-2.329	-3.737	-1.213	-503	-180	-84	-453	-172	-105	-74	-91	-368	-236	-160	-215
Anleihe-Rückzahlungen	43	84	121	107	173	225	339	337	335	253	288	218	239	713	297
Kurzfr. Forderungen gegenüber dem Ausland	178	-15	28	-170	-75	-	4	-11	-28	-228	-247	-222	-44	-4	72
Ausländische Kapitalanlagen in den USA	-511	-968	260	123	638	125	888	1.049	1.094	972	1.053	706	800	1.947	864
Langfristige Investitionen	-113	-184	-187	66	51	148	46	119	210	285	357	310	-6	457	265
Erwerb von U.S. Regierungsbeteiligungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kurzfr. Forderungen gegenüber den USA	-398	-784	447	57	288	85	755	952	890	530	814	359	674	1.125	634
Goldebewegungen	-368	-1.447	-928	-200	1.387	-282	-321	1.017	379	78	-80	-68	2.326	829	1.718
Saldo der Kapitaltransaktionen (einschl. Gold)	-3.151	-6.161	-1.873	-671	1.584	-43	351	2.323	1.423	812	146	-130	2.474	2.848	1.225
Statistische Fehler und Auslassungen	-238	1.806	1.515	1.850	39	606	627	-335	-96	89	57	-451	-1.313	-679	-1.333

1) Ohne unentgeltliche militärische Lieferungen

2, Ohne Militärausgaben

3) Ohne Schenkungen der amerikanischen Regierung

Quelle: Zusammengestellt nach den Zahlungsbilanzen des Department of Commerce, veröffentlicht in: Survey of Current Business, Juli 1964, Juni 1956, 1960, 1961

Kein Vorzeichen: Überschuß; Kapitalbewegungen Ausland → USA;
Goldbewegungen USA → Ausland

Minuszeichen: Defizit; Kapitalbewegungen USA → Ausland;
Goldbewegungen Ausland → USA

Wertebezug: 1946-1951 OPEC-Länder; ab 1952 einschließlich
Finnland, Jugoslawien, Spanien

LITERATURVERZEICHNIS

Bücher und Aufsätze

- Adler, J. H. : United States Import Demand during the Interwar Period.
In: The American Economic Review, Vol. XXXV, 1945, S. 418 ff.
- Aftalion, Albert: L'équilibre dans les relations économiques internationales. Paris 1937
- Alexander, Sidney S. : Europe's Needs and Prospects. In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S.E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 351 ff.
- Effects of a Devaluation on a Trade Balance. In: IMF Staff Papers, Vol. II, 1951-52, S. 263 ff.
- Angell, James W. : Equilibrium in International Payments: The United States 1919-35.
In: Explorations in Economics. New York, London 1936
- Arnim, Wolf v. : Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Dänemarks. (Kieler Studien, Nr. 9). Kiel 1950
- Baade, Fritz: Der Europäische Longterm-Plan und die amerikanische Politik. (Kieler Studien, Nr. 1). Kiel 1949
- Bachmann, Hans: Die angelsächsischen Pläne für die Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs. St. Gallen 1943
- Die Konventionen von Bretton Woods. St. Gallen 1945
- Die Marshall-Hilfe. In: Außenwirtschaft, 3. Jg., 1948, S. 209 ff.
- Badger, Donald G. : The Balance of Payments: A Tool of Economic Analysis. In: IMF Staff Papers, Vol. II, Washington 1951-52, S. 86 ff.
- Balogh, Thomas: Exchange Depreciation and Economic Readjustment.
In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXX, 1948, S. 276 ff.
- The United States and International Economic Equilibrium.
In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S.E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 446 ff.
- The Dollar Crisis, Causes and Cure. London and Oxford 1950
- European Unification and the Dollar Problem. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. LXV, 1951, S. 110 ff.

- Balogh, Thomas: Notes on the Dollar Shortage: A Comment.
In: The American Economic Review, Vol. XLI, 1951, S. 405 ff.
- Bernstein, Edward M.: American Productivity and the Dollar Payments Problem. In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVII, 1955, S. 101 ff.
- The New Administration and the Dollar-Payments Problem.
In: The Dollar in Crisis (ed. by S. E. Harris). New York 1961, S. 73 ff.
- Berolzheimer, Josef: The Impact of U.S. Foreign Aid since the Marshall Plan on Western Europe's Gross National Product and Government Finances. In: Finanzarchiv, N.F. Bd. 14, 1953/54, S. 114 ff.
- Biehl, Max: Das Zahlungsbilanzproblem der Vereinigten Staaten und Deutschlands Dollar-Ausfuhr. Kiel 1951
- Bismarck-Osten, Ferdinand v.: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der türkischen Volkswirtschaft. (Kieler Studien, Nr. 16). Kiel 1951
- Bloomfield, Arthur I.: Induced Investment, Overcomplete International Adjustment, and Chronic Dollar Shortage. In: The American Economic Review, Vol. XXXIX, 1949, S. 970 ff.
- Capital Imports and the American Balance of Payments, 1934-39. Chicago 1950
- Speculative and Flight Movements of Capital in Postwar International Finance. Princeton 1954
- Bonner, Josef: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Österreichs. (Kieler Studien, Nr. 13). Kiel 1950
- Bosch, F. und Veit, R.: Die amerikanische Rezession von 1948/49.
In: Ordo, 8. Bd., 1956, S. 219 ff.
- Briefs, Goetz: Amerika und der Europäische Wiederaufbauplan.
In: Außenwirtschaft, 3. Jg. 1948, S. 1 ff.
- Brown, W. A. and Opie, R.: American Foreign Assistance. Washington 1953
- Buchanan, Norman S.: The Process of International Capital Movements.
In: Foreign Trade and Finance (ed. by Allen and Allen). New York 1959, S. 457 ff.

- Buchanan, Norman S. and Lutz, Friedrich A. : Rebuilding the World Economy. New York 1947
- Cassel, Gustav: Der Zusammenbruch der Goldwährung. Stuttgart 1937
- Chang, Tse Chun: International Comparison of Demand for Imports.
In: Review of Economic Studies, Vol. XIII, 1945-46, S. 53 ff.
- Cyclical Movements in the Balance of Payments. Cambridge 1951
- Colm, Gerhard: Über den Inhalt und Erkenntniswert der Zahlungsbilanz.
In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 29/2 (1929 I), S. 1*ff.
- Condliffe, John Bell: The Reconstruction of World Trade. New York 1940
- Crowther, Geoffrey: Balances and Imbalances of Payments. Boston 1957
- Diebold, William jr. : Trade and Payments in Western Europe. New York 1952
- Dorrance, G.S. and Hicks, E. : Gold and Foreign Exchange in IFS.
In: International Financial Statistics, June 1953
- Ellis, Howard S. : Bilateralism and the Future of International Trade.
In: Essays in International Finance, No. 5. Princeton 1945
- The Dollar Shortage in Theory and Fact. In: The Canadian Journal of Economics and Political Science, Vol. 14, 1948, S. 358 ff.
- The Economics of Freedom. New York 1950
- Ellsworth, P. T. : The International Economy. New York 1950
- Enke, Stephen and Salera, Virgil: International Economics. New York 1947
- Eucken, Walter: Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem.
Jena 1923
- Frisch, Ragnar: On the Need for Forecasting a Multilateral Balance of Payments. In: The American Economic Review, Vol. XXXVII, 1947, S. 535 ff.
- Gardner, Walter R. : An Exchange-Market Analysis of the U.S. Balance of Payments. In: IMF Staff Papers, Vol. 8, No. 2, 1961, S. 195 ff.
- Gatz, Werner: Zahlungsbilanzprobleme der Nachkriegswirtschaft Großbritanniens. (Kieler Studien, Nr. 2). Kiel 1949

Gordon, Margaret S. : Barriers to World Trade. New York 1941

Graham, Frank D. : The Cause and Cure of 'Dollar Shortage' .
In: Essays in International Finance, No. 10. Princeton 1949

Haberler, Gottfried: Der internationale Handel. Berlin 1933

Comments on "National Central Banking and the International Economy".
In: International Monetary Policies. Postwar Economic Studies, No. 7.
Washington 1947, S. 82 ff.

Currency Depreciation and the International Monetary Fund.
In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S. E. Harris).
Cambridge (Mass.) 1948, S. 384 ff.

Dollar Shortage ? In: Foreign Economic Policy for the United States (ed.
by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 426 ff.

Some Economic Problems of the European Recovery Program.
In: The American Economic Review, Vol. XXXVIII, 1948, S. 495 ff.

Der Marshall-Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und
die Dollarknappheit. In: Außenwirtschaft, 4. Jg., 1949, S. 193 ff.

Außenhandel. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd.,
Göttingen 1956, S. 457 ff.

Currency Convertibility. In: Foreign Trade and Finance (ed. by Allen
and Allen). New York 1959, S. 441 ff.

Das Dollarproblem. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87, 1961,
S. 171 ff.

Halm, Georg N. : Internationaler Währungsfonds. In: Handwörterbuch der
Sozialwissenschaften, 5. Bd., Göttingen 1956, S. 317 ff.

Währungsausgleichsfonds. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften,
11. Bd., Göttingen 1961, S. 443 ff.

Währungsblock. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd.,
Göttingen 1961, S. 447 ff.

Hansen, Alvin H. : Full Recovery or Stagnation. New York 1938

America's Role in the World Economy. New York 1945

Fundamental Disequilibrium. In: Foreign Economic Policy for the Uni-
ted States (ed. by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 379 ff.

- Hansen, Alvin H. : The American Economy. New York, Toronto, London 1957
- Harris, Seymour E. : Dollar Scarcity. Some Remarks inspired by Lord Keynes' last Article.
In: The Economic Journal, Vol. LVII, 1947, S. 165 ff.
- International and Interregional Economics. New York, Toronto, London 1957
- Harrod, Roy F. : Are these Hardships necessary ? London 1947
- International Economics. London - Cambridge 1948
- Imbalance of International Payments. In: IMF Staff Papers, Vol. III, 1953-54, S. 1 ff.
- Heeckt, Hugo: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Norwegens. (Kieler Studien, Nr. 8). Kiel 1950
- Heinrich, Klaus; Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Spaniens. (Kieler Studien, Nr. 28). Kiel 1954
- Henikstein, Hugo: Die amerikanische Handelspolitik nach dem zweiten Weltkrieg und die Wiederbelebung des Welthandels. Wien 1950
- Hicks, J. R. : The Long-run Dollar Problem. In: Oxford Economic Papers, Vol. V, 1953, S. 117 ff.
- Hilgerdt, Folke: The Case for Multilateral Trade. In: Foreign Trade and Finance (ed. by Allen and Allen). New York 1959, S. 426 ff.
- Hirschman, Albert O. : Disinflation, Discrimination, and the Dollar Shortage. In: The American Economic Review, Vol. XXXVIII, 1948, S. 886 ff.
- Hoffmann, Walther G. : Wachstum und Entwicklungsaussichten der amerikanischen Wirtschaft.
In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 71 (1953 II), S. 22 ff.
- Hoffmeyer, E. : Dollar Shortage and the Structure of US Foreign Trade. Copenhagen and Amsterdam 1958
- Hoover, Calvin B. : What can Europe do for itself ?
In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 298 ff.
- Iversen, Carl: Some Aspects of the Theory of International Capital Movements. Copenhagen 1935

Kahn, R.F.: The Dollar Shortage and Devaluation.

In: *Economia Internazionale*, Vol. III, 1950, S. 89 ff.

Keynes, John Maynard: The Balance of Payments of the United States.

In: *The Economic Journal*, Vol. LVI, 1946, S. 172 ff.

Kindleberger, Charles P.: International Short-Term Capital Movements.
New York 1937

International Monetary Stabilization. In: *Postwar Economic Problems*
(ed. by S. E. Harris). New York and London 1943, S. 375 ff.

The Foreign-Trade Multiplier, the Propensity to Import and Balance-of-Payments Equilibrium.

In: *The American Economic Review*, Vol. XXXIX, 1949, S. 491 ff.

The Dollar Shortage. New York, London 1950

International Economics. Homewood, Illinois 1958

Kreutzfeldt, Hans: Der internationale Dollarkreislauf. Hamburg 1960

Küng, Emil: Die Selbstregulierung der Zahlungsbilanz. St. Gallen 1948

Das Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel (GATT). Zürich und St. Gallen 1952

Währungsordnung und Außenhandel. In: *Deutschland und die Weltwirtschaft* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 10). Berlin 1954, S. 65 ff.

Handelsverträge. In: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 5. Bd., Göttingen 1956, S. 16 ff.

Zahlungsbilanzpolitik. Zürich - Tübingen 1959

Lederer, Walther: The Balance of United States Payments: A Statement of the Problem. In: *The Dollar in Crisis* (ed. by S. E. Harris). New York 1961, S. 114 ff.

Lubell, S.: The Revolution in World Trade and American Economic Policy.
New York 1955

Lutz, Friedrich: Goldwährung und Wirtschaftsordnung. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 41 (1935 I), S. 224 ff.

Neue Goldwährung. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 46 (1937 II), S. 409 ff.

- Lutz, Friedrich: Europäische Währungsprobleme. In: Ordo, 4. Bd., 1951, S. 299 ff.
- MacDougall, Donald: A Lecture on the Dollar Problem.
In: *Economica*, Vol XXI, 1954, S. 185 ff.
- The World Dollar Problem. London, New York 1957
- Machlup, Fritz: International Trade and the National Income Multiplier.
Philadelphia 1943
- Elasticity Pessimism in International Trade.
In: *Economia Internazionale*, Vol. III, 1950, S. 118 ff.
- Three Concepts of the Balance of Payments and the so-called Dollar Shortage. In: *The Economic Journal*, Vol. LX, London 1950, S. 46 ff.
- Mackenroth, Gerhard und Predöhl, Andreas: Deutschland und die wirtschaftliche Einheit Europas. Hamburg 1948
- Mahr, Alexander: Die wesentliche Bedingung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz. In: *Economia Internazionale*, Vol. IV, 1951, S. 350 ff.
- Die Tendenz zum Ausgleich der Zahlungsbilanz.
In: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. XVII, 1957, S. 169 ff.
- Mangoldt, Hans-Karl v.: Die Europäische Zahlungsunion und ihre Aufgaben bei der Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs. (Kieler Vorträge N.F. Nr. 3). Kiel 1953
- Marshall, George C.: Address on Aid to Europe. In: *Current History* (A monthly magazine of World affairs), August 1947
- Mason, Edward S.: The New Approach to the Role of the United States in Europe Economic Stabilization.
In: *Foreign Economic Policy for the United States* (ed. by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 291 ff.
- Meade, J.E.: The Theory of International Economic Policy, Vol. 1: The Balance of Payments. London, New York, Toronto 1951
- The Dollar Gap. In: *Foreign Trade and Finance* (ed. by Allen and Allen). New York 1959, S. 206 ff.
- Mendershausen, Horst: Foreign Aid with and without Dollar Shortage.
In: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. XXXIII, 1951, S. 38 ff.

- Metzler, Lloyd A.: Exchange Rates and the International Monetary Fund.
In: International Monetary Policies. Postwar Economic Studies No. 7.
Washington 1947, S. 1 ff.
- Meyer, Fritz W.: Der Ausgleich der Zahlungsbilanz. Jena 1938
- Mickwitz, Eugen v.: Der Ausbau des Genfer Abkommens über Zölle und Handel. In: Europa-Archiv, Jg. 1950, S. 2843 ff. und 2879 ff.
- Mikesell, Raymond F.: The Role of the International Monetary Agreements in a World of Planned Economics.
In: The Journal of Political Economy, Vol. LV, 1947, S. 497 ff.
- International Disequilibrium and the Postwar World.
In: The American Economic Review, Vol XXXIX, 1949, S. 618 ff.
- Mishan, E. J.: The Long-run Dollar-Problem; A Comment.
In: Oxford Economic Papers, Vol.VII, 1955, S. 215 ff.
- Möller, Hans: Das intereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. Oktober 1948.
In: Europa-Archiv, Jg. 1949, S. 1781 ff.
- Gegenwartsprobleme der internationalen Handels- und Währungspolitik.
In: Deutschland und die Weltwirtschaft (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 10). Berlin 1954, S. 143 ff.
- Mühlhaupt, Ludwig: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Schwedens. (Kieler Studien, Nr. 7). Kiel 1952
- Müller-Ohlsen, Lotte: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Frankreichs. (Kieler Studien, Nr. 22). Kiel 1952
- Mun, Thomas: England's Treasure by Foreign Trade. Herausgegeben 1664.
(Deutsche Übersetzung von Rudolf Biach, Wien 1911)
- Myrdal, Gunnar: An International Economy. New York 1956
- Nevin, Edward: United States Foreign Investment and Dollar Shortage: A Comment. In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVI, 1954, S. 425 ff.
- Niehans, Jürg: Ausgleichsgesetze der amerikanischen Zahlungsbilanz.
Bern 1951

Nurkse, Ragnar: Internationale Kapitalbewegungen. Wien 1935

Conditions of International Monetary Equilibrium.

In: Essays in International Finance, No. 4. Princeton 1945. (Reprinted in: Readings in the Theory of International Trade, London 1950, S. 3 ff.)

A New Look at the Dollar Problem and the U.S. Balance of Payments.

In: Economia Internazionale, Vol. VII, 1954, S. 46 ff.

Domestic and International Equilibrium. In: Foreign Trade and Finance (ed. by Allen and Allen). New York 1959, S. 239 ff.

Equilibrium and Growth in the World Economy. Cambridge (Mass.) 1961

Otto, Hans-Joachim: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Italiens. (Kieler Studien, Nr. 18). Kiel 1951

Pfeiffer, Gerhard: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft der Niederlande. (Kieler Studien, Nr. 14). Kiel 1950

Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Belgiens. (Kieler Studien, Nr. 19). Kiel 1951

Polak, J. J.: Balance of Payments Problems of Countries Reconstruction with Help of Foreign Loans.

In: Quarterly Journal of Economics, Vol. LVII, 1943, S. 208 ff.

Exchange Depreciation and International Monetary Stability.

In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXIX, 1947, S. 173 ff.

Contribution of the September 1949 Devaluation to the Solution of Europe's Dollar Problem. In: IMF Staff Papers, Vol. II, 1951-52, S. 1 ff.

The Repercussion of Economic Fluctuation in the United States on Other Parts of the World. In: IMF Staff Papers, Vol. V, 1956-57, S. 279 ff.

Predöhl, Andreas: Die angelsächsischen Währungspläne und die europäische Währungsordnung. In: Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 58 (1943 II), S. 1 ff.

Außenwirtschaft. Göttingen 1949

Die Sterlingkrise. In: Zeitschrift für Geopolitik, XXIII. Jg., 1952, S. 132 ff.

Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931.

In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1. Jg., 1953, 2. Heft, S. 97 ff.

- Predöhl, Andreas: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.
In: Deutschland und die Weltwirtschaft (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 10). Berlin 1954, S. 19 ff.
- Weltwirtschaftskonferenzen. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 614 ff.
- Weltwirtschaftskrise. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Bd., Göttingen 1961, S. 618 ff.
- Robertson, Denis H.: Britain in the World Economy. London 1954
- Robinson, Joan: Essays in the Theory of Employment. Oxford 1947
- Exchange Equilibrium. In: *Economia Internazionale*, Vol. III, 1950, S. 396 ff.
- Röpke, Wilhelm: Internationale Ordnung. Zürich 1945
- Devisenzwangswirtschaft: das Kardinalproblem der internationalen Wirtschaft. In: *Außenwirtschaft*, 5. Jg., 1950, S. 21 ff.
- Samuelson, Paul A.: Disparity in Postwar Exchange Rates.
In: *Foreign Economic Policy for the United States* (ed. by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 397 ff.
- Schiller, Herbert: Some Effects of the Cold War on United States Foreign Trade. In: *Review of Economics and Statistics*, Vol. XXXVII, 1955, S. 428 ff.
- Schleiminger, Günther: Das Europäische Währungsabkommen von 1955 und einige neuere währungspolitische Entwicklungen. (Kieler Vorträge N.F. Nr. 9). Kiel 1956
- Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC/OECD).
In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 3. Bd., Göttingen 1961, S. 386 ff.
- Schumpeter, Joseph A.: *Business Cycles*, Vol II. New York and London 1939
- Schwegler, Sergio: Die Änderungen in den Handelsbilanzen der EZU-Länder seit der Gründung der EZU. Winterthur 1957
- Sinewe, Klaus E.: Grundlage und Entwicklung des Zahlungsverkehrs nach dem zweiten Weltkrieg. Meisenheim 1954

- Smithies, Arthur: European Unification and the Dollar Problem.
In: Quarterly Journal of Economics, Vol. LXIV, 1950, S. 159 ff.
- Stolper, Wolfgang F.: A Note on Multiplier, Flexible Exchange and the Dollar Shortage.
In: Economia Internazionale, Vol. III, 1950, S. 765 ff.
- Notes on the Dollar Shortage. In: The American Economic Review, Vol. XL, 1950, S. 285 ff.
- Surányi-Unger, Theo: Long Term Perspectives of the Dollar Problem.
In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 75 (1955 II), S. 196 ff.
- Tew, Brian: International Monetary Co-Operation, 1945-1952. New York 1952
- Tinbergen, J.: Observations sur le Problème de la Rareté du Dollar.
In: Revue d'Economie Politique, Bd. LVIII, 1948, S. 36 ff.
- Some Remarks on the Problem of Dollar Scarcity.
In: Econometrica, Vol. 17, 1949, S. 73 ff.
- Towle, Lawrence W.: International Trade and Commercial Policy. New York and London 1947
- Triffin, Robert: National Central Banking and the International Economy.
In: International Monetary Policies, Postwar Economic Studies, No. 7. Washington 1947, S. 46 ff.
- Exchange Control and Equilibrium.
In: Foreign Economic Policy for the United States (ed. by S. E. Harris). Cambridge (Mass.) 1948, S. 413 ff.
- Europe and the Money Muddle. New Haven 1957
- Gold and the Dollar Crisis. New Haven 1960
- Viner, Jacob: Canada's Balance of International Indebtedness 1900-1913. (Harvard Economic Studies, Vol. XXVI). Cambridge 1924
- World Equilibrium. In: Foreign Trade and Finance (ed. by Allen and Allen). New York 1959, S. 202 ff.
- Wander, Hilde: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Islands. (Kieler Studien, Nr. 10). Kiel 1950

- Wendt, Siegfried: Die Lage der Währungen nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1273 ff.
- Wertheimer, Robert G.: Schein und Wirklichkeit der amerikanischen Zahlungsbilanz. In: Wirtschaftsdienst, 42. Jg., Nr. 9, September 1962, S. 376 ff.
- Zassenhaus, H. K.: Direct Effects of a United States Recession on Imports. In: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXVII, 1955
- Zassenhaus, H. K. and Dirks F. C.: Recent Developments in the U.S. Balance of Payments. In: IMF Staff Papers, Vol. II, 1951-52, S. 213 ff.
- Zimmerman, L. J.: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Köln 1954
- Zupnick, Elliot: Britain's Postwar Dollar Problem. New York 1957

Abkommen, Berichte, Statistiken

"Abkommen über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) vom 16. April 1948".

In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1345 ff. und 1565 ff.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Siebzehnter bis Neunundzwanzigster Jahresbericht.

Bericht der ECA-Handelskommission (vorgelegt von der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Washington 1949

Board of Governors of the Federal Reserve System: Federal Reserve Bulletin, Jg. 1952

Bundesanzeiger vom 24. Dezember 1955

Bundesgesetzblatt, Jg. 1951, Teil II

Committee for European Economic Cooperation (CEEC): General Report, United States Government, Department of State, Washington 1947

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC):
Handbuch 1956. Bad Godesberg 1956

Handbuch 1959. Bad Godesberg 1959

Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC):
Dritter Bericht: Die Wirtschaftslage Westeuropas. Bonn 1951

Vierter Bericht: Europas Wirtschaft im Aufstieg. Bad Godesberg 1953

Fünfter Bericht: Fortschritte und Probleme der europäischen Wirtschaft.
Bad Godesberg 1954

Sechster Bericht: Vom Wiederaufbau zur wirtschaftlichen Expansion.
Bad Godesberg 1955

Siebenter Bericht: Die wirtschaftliche Expansion und ihre Probleme.
Bad Godesberg 1956

Achter Bericht: Europa heute und 1960. Bad Godesberg 1957

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC):
Neunter Bericht: 10 Jahre Zusammenarbeit. Bad Godesberg 1958

Zehnter Bericht: Politik des gesunden wirtschaftlichen Wachstums. Bad Godesberg 1959

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC):

Elfter Bericht: Europa und die Weltwirtschaft. Bad Godesberg 1961

"Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank".

In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1165 ff.

"Die Welthandels-Charta".

In: Europa-Archiv, Jg. 1948, S. 1329 ff., 1485 ff. und 1547 ff.

Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1961

International Monetary Fund:

Articles of Agreement.

In: Dokumente, Heft III, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Frankfurt 1951

Balance of Payments Manual. Washington 1950

Balance of Payments Yearbook 1938, 1946, 1947. Washington 1949

Balance of Payments Yearbook 1948 and Preliminary 1949. Washington 1950

Balance of Payments Yearbook, Vol. 4, 1950-51. Washington 1952

Balance of Payments Yearbook, Vol. 5, 1947-53. Washington 1954

First Annual Report of the Executive Directors of the IMF. Washington 1946

International Financial Statistics, Vol. XIII, Jan. 1960; Vol. XV, June 1962

League of Nations: Commercial Policy in the Interwar Period. Geneva 1942

Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 14. Jg., Nr. 2, Februar 1962

OEEC Statistical Bulletins, General Statistics, Jg. 1955-1957

OEEC Statistical Bulletins, Serie I, Foreign Trade by Areas, Jg. 1928, 1937-1953, 1954-1959

Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC): Zweiter Bericht: Europäisches Wiederaufbauprogramm. Bonn 1950

Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OEEC): Europäisches Währungsabkommen. Erster Jahresbericht des Direktoriiums, 1959. Bonn 1960

Société des Nations: La Production Mondiale et les Prix 1938/39. Genève 1939

"The Adequacy of Monetary Reserves".
In: IMF Staff Papers, Vol. III, 1953-54, S. 181 ff.

The Economic Report of the President, transmitted to the Congress, Jan. 1948-1962

The Midyear Economic Report of the President, transmitted to the Congress, July 1951

The International Position of the Dollar. A Statement on National Policy by the Research and Policy Committee of the Committee for Economic Development. May 1961

United Nations:

Economic Survey of Europe since the War. Geneva 1953

Economic Survey of Europe, Jg. 1953-1960

International Capital Movements in the Interwar Period. New York 1949

The International Flow of Private Capital 1946-52. New York 1954

World Economic Survey, Jg. 1949-1958

U.S. Commission on Foreign Economic Policy: Report to the President and the Congress ("Randall-Report"). Washington 1954

U.S. Department of Commerce:

Survey of Current Business, Jg. 1946-1962

The Balance of Payments of the United States 1919-1953. (A Supplement to the Survey of Current Business). Washington 1949

The Balance of International Payments of the United States 1946-1948. Washington 1950

The Balance of Payments of the United States 1949-1951. (A Supplement to the Survey of Current Business). Washington 1952

The United States in the World Economy. (Verfaßt von Hal B. Lary and Associates). Washington 1943

